

# **Oppositionstradition versus Regierungsverantwortung**

**Die Positionen der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik**

**zwischen 1993 und 2005**

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der  
Philosophischen Fakultät  
der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

vorgelegt von

**Andreas Rath**

aus

Koblenz

Bonn 2019

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

**Zusammensetzung der Prüfungskommission:**

Prof. Dr. Xuewu Gu

*(Vorsitzender)*

Prof. Dr. Frank Decker

*(Betreuer und Gutachter)*

Prof. Dr. Tilman Mayer

*(Gutachter)*

Tag der mündlichen Prüfung: 02. Juli 2019

Meinen Eltern Gabriele und Alfred gewidmet.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung</b>	S.1
1.1 Methodik	S.4
1.2 Quellen	S.7
<b>2 Opposition und Regierung im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland</b>	S.9
2.1 Oppositionstheorien	S.9
2.1.1 Das KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	S.11
2.1.2 Funktionstrias „Kritik, Kontrolle, Alternative“	S.14
2.1.3 Thematisierungs- und Integrationsfunktion	S.15
2.2 Oppositionsarbeit im parlamentarischen Alltag	S.17
2.2.1 Opposition in der Historie	S.17
2.2.2 Moderne Opposition in der politischen Gegenwart	S.18
<b>3 Die historischen Grundlagen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik</b>	S.23
3.1 Die Anfänge: Von 1863 bis zum Ersten Weltkrieg	S.23
3.1.1 Von der späten Entdeckung der Außenpolitik: Die Gründerjahre der deutschen Sozialdemokratie	S.23
3.1.2 Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs als Triebfeder für außenpolitisches Engagement der SPD	S.26
3.1.3 Noch nicht reif für die Regierungsverantwortung: Der Bruch der SPD-Reichstagsfraktion	S.28
3.2 Zwischen den Weltkriegen	S.30
3.2.1 Die Sozialdemokratie auf dem Weg in die Regierung	S.30
3.2.2 Erstmalige Sehnsucht nach den Oppositionszeiten	S.31
3.3 In der Bundesrepublik	S.33
3.3.1 Die „Stunde Null.“ Ist die SPD schon auf die Oppositionsrolle festgelegt?	S.33
3.3.2 Abschied von der Klassenpartei: Das Godesberger Programm	S.36
3.3.3 Die erstmalige Übernahme von Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik	S.37

3.3.4	„Mehr Demokratie wagen!“ Die SPD/FDP-Koalition in den siebziger Jahren	S.38
3.3.5	Sehnsucht nach der Rolle als Oppositionspartei?	S.40
3.3.6	Oppositionspolitik zwischen 1982 und 1993	S.43

## **4 Auf der Oppositionsbank zwischen 1993 und 1998** S.44

4.1	„Jetzt geht’s los!“ Rudolf Scharping übernimmt die Parteiführung	S.44
4.1.1	Die außenpolitische Positionierung des neuen Parteivorsitzenden	S.48
4.1.2	Blauhelm-Einsätze im Machtkampf zwischen den Parteiflügeln	S.52
4.1.3	Ein zweifelhafter Kompromiss	S.62
4.1.4	Reform der Vereinten Nationen	S.65
4.1.5	Der Bundestagswahlkampf 1994	S.66
4.1.5.1	Aktuelle Problembereiche der Außenpolitik	S.66
4.1.5.2	Scharping versus Schröder	S.71
4.1.5.3	Die Positionen des Kanzlerkandidaten Scharping	S.73
4.1.5.4	Analyse der Bundestagswahl 1994	S.82
4.1.6	Wohin steuert die SPD? Der Führungsstreit nach der verlorenen Wahl	S.85
4.1.6.1	Wahlnachlese	S.85
4.1.6.2	Der Führungsstreit verstärkt sich	S.89
4.1.6.3	Diskussion über die Wehrpflicht	S.96
4.1.6.4	Gerangel im Sommer 1995	S.97
4.2	Die SPD wechselt die Spitze aus	S.99
4.2.1	Lafontaine ersetzt Scharping	S.99
4.2.2	Neue Wege mit Blick auf Bosnien	S.102
4.2.3	Wer bestimmt die sozialdemokratische Außenpolitik? Parteivorstand oder Bundestagsfraktion?	S.106
4.2.4	Die nächste Bundestagswahl im Blick	S.109
4.2.5	Die konkrete Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes	S.112
4.2.6	„Die Beschlüsse der Wirklichkeit anpassen.“ Vorbereitungen für einen möglichen Regierungswechsel	S.117
4.2.7	Parteitag in Hannover 1997	S.121
4.3	„Wir sind bereit!“ Der Bundestagswahlkampf 1998	S.127
4.3.1	Kanzlerkandidat Schröder: ein außenpolitischer Laie?	S.127
4.3.2	Das Regierungsprogramm 1998	S.132
4.3.3	Die Bundestagswahl 1998	S.135

<b>5 Die Übernahme von Regierungsverantwortung ab 1998</b>	S. 136
<b>5.1 Der Regierungswechsel als Konfrontation mit außenpolitischen Herausforderungen</b>	S.136
5.1.1 Die Situation auf dem Balkan	S.136
5.1.2 Erste Personalquerelen in der neuen Regierungspartei SPD	S.138
5.1.3 Außenpolitische Kontinuität in Verbindung mit einem neuen deutschen Selbstbewusstsein	S.141
5.1.4 Das Fehlen eines UN-Mandates: Parteitag in Bonn	S.145
<b>5.2 Der Kosovo-Konflikt als Nagelprobe für die neue Bundesregierung</b>	S.147
5.2.1 Der NATO-Einsatz über dem Balkan	S.147
5.2.1.2 Die Entscheidung im Machtkampf zwischen Lafontaine und Schröder	S.147
5.2.1.3 Der Rücktritt Oskar Lafontaines	S.150
5.2.1.4 Die Vorbereitung der Luftschläge	S.154
5.2.1.5 Das Wiedererstarken einer alten Rivalität?	S.157
5.2.1.6 „Internationale Politik“ als neuer Schwerpunkt der SPD	S.158
5.2.1.7 Übernahme von Verantwortung oder der Sündenfall sozialdemokratischer Sicherheitspolitik?	S.161
5.2.1.8 Annäherung an die eigene Regierungsfähigkeit?	S.168
5.2.1.9 „Verantwortung“ – auch Horizonterweiterung?	S.170
5.2.2 Die „Seele“ der SPD nach den Luftschlägen	S.173
5.2.2.1 Eine kritische Reflexion durch die Parteibasis	S.173
5.2.2.2 Die Europawahl 1999 im Fokus	S.175
5.2.2.3 Parteitag in Berlin 1999	S.177
5.2.2.4 Allmähliche Akzeptanz der neuen außenpolitischen Realität	S.182
5.2.2.5 Kooperation als Leitprinzip	S.183
5.2.3 Die Wehrreform	S.185
5.2.4 Vom Umgang mit Kritikern und dem politischen Gegner	S.189
5.2.5 Reflexion des bisher Erreichten	S.191
5.2.6 Ruhe vor dem Sturm	S.195
<b>5.3 Mazedonien</b>	S.198
5.3.1 Heftige Debatten um ein Bundeswehrmandat	S.198
5.3.2 Strategische Konsequenzen aus der Mazedonien-Entscheidung	S.207
5.3.3 Mazedonien versus Mallorca – Scharping wird zum Problemfall	S.209
<b>5.4 Der 11. September 2001 und die Folgen</b>	S.211
5.4.1 Risiken ja – Abenteuer nein!	S.211
5.4.2 Scharping gerät erneut ins Visier	S.224
5.4.3 Eine Große Koalition als Ausweg?!	S.225

5.4.4	Des Kanzlers Kampf gegen den Terror - Eine Frage des Vertrauens	S.227
5.4.5	Parteitag in Nürnberg 2001	S.229
5.4.6	Petersberg-Konferenz	S.232
5.4.7	Die Konsequenzen von Nürnberg	S.233
5.4.8	Privatisierte Gewalt als neue sicherheitspolitische Herausforderung	S.234
5.4.9	Afghanistan und der Schlusstrich unter dem Kapitel „Mazedonien“	S.238
<b>5.5</b>	<b>Das Regierungsprogramm und der Wahlkampf 2002</b>	<b>S.239</b>
5.5.1	Diskussion des Programms im Parteivorstand	S.239
5.5.2	Scharpings Entlassung als Verteidigungsminister	S.244
<b>5.6</b>	<b>Die Irak-Politik der SPD</b>	<b>S.248</b>
5.6.1	Nur eine wahltaktische Chance?	S.248
5.6.2	Geschlossene Reihen: Die Irak-Politik der Regierung eint die SPD	S.254
5.6.3	Parteitag in Bochum 2003	S.256
5.6.4	Kritik an Schröders Irak-Entscheidung	S.257
5.6.5	Außenpolitik mit neuem Selbstbewusstsein	S.262
5.6.6	Stolz auf die friedenspolitische Dividende	S.264
<b>5.7</b>	<b>Vom Berliner Programm auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm</b>	<b>S.269</b>
5.7.1	Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms 2004 und 2005	S.269
5.7.2	Europawahl 2004	S.274
5.7.3	Programmdiskussion versus Regierungsalltag	S.276
<b>6</b>	<b>Das Ende von Rot-Grün</b>	<b>S.280</b>
6.1	Parteitag in Karlsruhe 2005	S.282
6.1.2	Die Reflexion rot-grüner Außenpolitik durch Müntefering	S.283
6.1.3	Die Reflexion rot-grüner Außenpolitik durch Schröder	S.283
6.1.4	Die Debatte über den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU	S.284
6.1.5	Der Beginn der Großen Koalition 2005	S.285
<b>6.2</b>	<b>Die Zukunft der Bundeswehr</b>	<b>S.286</b>
6.2.1	Die Bundeswehr bleibt eine Parlamentsarmee	S.286
6.2.2	Auf dem Weg zu einer Berufsarmee?	S.292
6.2.3	Die Debatte um eine künftige Wehrverfassung	S.293
<b>7</b>	<b>Fazit</b>	<b>S.296</b>



# 1 Einleitung

„Der Todfeind der Demokratie sind nicht die polaren gegensätzlichen Prinzipien, der Todfeind der Demokratie ist ihre Passivität, ihr Nichtkämpfenwollen, ihr Gleitenlassen!“<sup>1</sup>

So beschrieb der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher 1950 die parlamentarische Opposition im Kontrast zur Dominanz von Regierungsparteien.

Obwohl der Begriff „Opposition“ im Grundgesetz nicht vorkommt, hat das Bundesverfassungsgericht 1952 festgelegt, dass das Recht zur Bildung einer Opposition zu den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört. Aufgabe der Opposition ist es demnach, die Regierung zu kritisieren, zu kontrollieren und sachliche sowie personelle Alternativen anzubieten.<sup>2</sup>

In der herrschenden Literatur und Lehre ist unbestritten, dass der Opposition innerhalb der parlamentarischen Demokratie eine wichtige Bedeutung zukommt.<sup>3</sup> Hans-Peter Schneider verweist auf den in der Politikwissenschaft angelsächsischer Prägung stehenden Terminus von einem Parlament, „das immer nur so viel wert ist wie seine Opposition.“<sup>4</sup>

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich nicht auf die Untersuchung der Struktur von parlamentarischer Opposition im bundesdeutschen Verfassungsgefüge. Die Fragestellung der Dissertation geht vielmehr der Vermutung nach, dass die Akteure der Oppositionspartei SPD andere Entscheidungen in Bezug auf inhaltliche und personelle Weichenstellungen treffen als in ihrer Rolle als Akteure der SPD in Regierungsverantwortung.

---

<sup>1</sup> Dowe, Dieter (Hg.): Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996, S. 41.

<sup>2</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich: Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975, S. 230.

<sup>3</sup> Vgl. Haberland, Stephan: Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Opposition nach dem Grundgesetz, Berlin 1995, S. 13.

<sup>4</sup> Schneider, Hans-Peter: Keine Demokratie ohne Opposition, in: Buckmiller, Michael (Hg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie, S. 245.

Es wird ebenso untersucht werden, ob sich Parteien während einer Phase als parlamentarische Opposition von den Jahren in Regierungsverantwortung „erholen“, oder sich nur auf andere Weise verzeihen.

Grundsätzlich steht jede Opposition vor der Frage, ob sie sich konstruktiv verhält, d.h. ob sie mit der Regierung in wesentlichen Politikfeldern zusammenarbeitet, oder ob sie sich primär auf den Austrag öffentlicher Kontroversen konzentriert. Mit Bezug auf die Bundesrepublik kann man sagen, dass die Praxis der Opposition stets in einer gemischten Strategie bestand, auch vor dem Hintergrund, dass in der deutschen Öffentlichkeit Vorbehalte gegen eine ausschließlich „negative“ Opposition bestehen. Allein die Aufteilung der Ausschussvorsitze auf die Fraktionen belegt dies über Legislaturperioden hinweg.<sup>5</sup>

Um den Begriff der „Opposition“ in der Praxis erfahrbar zu machen, wird die Arbeit zunächst die Phase der Oppositionszeit der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1993 und 1998 betrachten. Dieser Zeitraum ist von besonderem Interesse, da die SPD hier schon eine Oppositionsphase von elf Jahren hinter sich gebracht hatte. Ab dem Jahr 1993 fielen einige weitreichende Entscheidungen im Nachgang zu der sich gravierend verändernden Weltlage. Mit dem Amtsantritt eines neuen Parteichefs beginnt die Untersuchung.

Die SPD hatte stets darauf geachtet, durch eine „kritisch-kontrollierende Mitarbeit“ im politischen Kräftespiel zum Gegenspieler der Regierung, zum anderen „Beweger von Politik“, zu werden.<sup>6</sup> Obwohl die SPD-Fraktion während ihrer Oppositionszeit ständig über eine kleine Bürokratie verfügte, welche ein fachliches Gegengewicht zur Ministerialadministration bilden sollte, waren doch kaum Kapazitäten zur wirklichen Entwicklung eines Gegengewichtes zur Regierung vorhanden. Deswegen war die SPD darauf angewiesen, Expertisen zu

---

<sup>5</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen 1991, S. 227ff.

Vgl. Helms, Ludger: Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen, Opladen 2002, S. 46f.

<sup>6</sup> Vgl. Schmitz, Kurt Thomas: Opposition im Landtag. Merkmale oppositionellen Verhaltens in Länderparlamenten am Beispiel der SPD in Rheinland-Pfalz 1951-1963, Hannover 1971, S. 14.

bestimmten Politikbereichen aus den Ministerien jener Länder einzuholen, in denen sie an der Macht war.<sup>7</sup>

Demgegenüber steht die Regierungsverantwortung, die eine Partei übernehmen kann. Eine Regierungspartei hat die Aufgabe, den politischen Willen einer parlamentarischen Mehrheit in die Form konkreter Gesetzesvorschläge zu bringen. Darüber hinaus soll die Regierung durch organisatorische, personelle und sachliche Maßnahmen die Realisierung des Mehrheitswillens sichern.<sup>8</sup>

Die SPD trug im Laufe ihrer über 140jährigen Geschichte zu verschiedenen Zeitpunkten Regierungsverantwortung. Doch jedes Mal tat sie sich schwer mit der Bürde der administrativen Staatslenkung. Oftmals waren Schwierigkeiten bei der Gewöhnung an die Regierungstätigkeit schon nach kurzer Zeit erkennbar. Außerdem war es immer von Bedeutung, ob die SPD während ihrer Regierungszeit den Bundeskanzler stellte, oder ob sie der Bundesregierung lediglich als Juniorpartner angehörte.

Julius Leber unterzog die SPD schon 1928 in ihrer Zerrissenheit zwischen Oppositionssehnsüchten und hartem Regierungsalltag einer scharfen Kritik: „Man muss entweder regieren oder man muss in ausgesprochener Opposition stehen. Zum einen nicht die Verantwortungsfreudigkeit, zum andern nicht den Mut zu haben, also eine Politik des Durchlaviens festen Entschlüssen vorzuziehen, das ist der größte Fehler, den eine politische Partei begehen kann.“<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. Lösche, Peter und Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1996, S.215.

<sup>8</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen 1991, S. 269f.

<sup>9</sup> <https://www.zeit.de/1966/30/noch-eine-unbewaeltigte-vergangenheit/seite-2> (abgerufen am 11.12.2018).

## 1.1 Methodik

Die vorliegende Arbeit stellt die Positionen der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik während der Oppositionsjahre von 1993 bis 1998 sowie während der nächsten sieben Jahre in wiedererlangter Regierungsverantwortung von 1998 bis 2005 dar.

Die Analyse der dargestellten Jahre orientiert sich dabei an folgenden Fragestellungen:

- Kann man einen Unterschied feststellen, wenn man die Positionen der SPD aus Oppositions- und Regierungszeiten miteinander vergleicht?
- Änderte sich die Beschlusslage der Partei? Wenn ja: wann änderte sie sich?
- Wie argumentierten die wichtigsten Akteure der deutschen Sozialdemokratie? Ist auch in ihrem Verhalten eine Veränderung feststellbar?
- Inwiefern kann sich eine Partei während der Oppositionszeit außenpolitisch „regierungsfähig“ halten?
- Inwiefern kann man von einer Zukunftsorientierung der Regierungspolitik bis 2005 mit Blick auf die Sicherheitspolitik sprechen?

Die Arbeit wird infolgedessen untersuchen, ob die SPD als Partei bzw. die wesentlichen Akteure der SPD im Jahre 1998 im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Übernahme von Regierungsverantwortung vorbereitet gewesen sind.

Beschrieben werden zunächst die Jahre von der Gründung der deutschen Sozialdemokratie 1863 bis 1993 in einem Überblick. Schwerpunkt dieser Betrachtung bilden die außenpolitischen Grundsatzentscheidungen sowie die Probleme, die die SPD während dieser Zeit bei der Realisierung von Oppositionswünschen im praktischen Regierungshandeln zwischen 1969 und 1982 hatte.

Darauf folgt dann die eingehende Analyse der Jahre von 1993 bis 2005.

Mit der Untersuchung dieses Zeitraumes soll der Versuch gemacht werden, fünf Jahre vor Regierungseintritt mit den Jahren in Regierungsverantwortung (als „Kanzlerpartei“ und Partei zweier sozialdemokratischer Verteidigungsminister) zu vergleichen.

Begonnen wird 1993 deshalb, da zu diesem Zeitpunkt – nach dem Ende der Blockkonfrontation - mit den Konflikten auf dem Balkan eine neue sicherheitspolitische Lage in Europa entstand. Diese Konflikte prägten die Außenpolitik der SPD bis weit in die Jahre der eigenen Regierungstätigkeit. Im Vordergrund steht bei der Betrachtung der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik der Diskussions- und Entscheidungsprozess innerhalb der Partei. Es wird gezeigt, wie die einzelnen Positionen gefunden wurden und welche Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer Positionsbestimmung jeweils lagen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD verdient eine umfassende Untersuchung. Trotzdem kann es nicht darum gehen, die gesamte Palette von sozialdemokratischer Außenpolitik möglichst lückenlos abzudecken. Einzelne Themenfelder wie die Europapolitik, Entwicklungshilfepolitik, Außenwirtschaftspolitik oder der kulturelle Austausch werden nur am Rande untersucht. Ebenso bleibt im historischen Abriss nur wenig Raum für ein

Eingehen auf die Deutschlandpolitik der SPD und den Wiedervereinigungsprozess.

Demgegenüber spielt die Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle in dieser Arbeit. Sicherheitspolitik wird hier als wichtiger, vielleicht sogar wichtigster Teil von Außenpolitik betrachtet. Denn Sicherheitspolitik soll „staatliche Selbständigkeit, territoriale Integrität, den Fortbestand einer selbstgewählten staatlichen Ordnung sowie die Unversehrtheit der Bevölkerung“ garantieren.<sup>10</sup>

Der Kosovo-Konflikt und seine Auswirkungen auf die Diskussionskultur und die Beschlussfassung der SPD werden deshalb ebenso intensiv beleuchtet werden wie die sicherheitspolitischen Konsequenzen aus den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 sowie die Frage nach einer militärischen Beteiligung im Irak-Krieg.

.

---

<sup>10</sup> Rattinger, Hans: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1988, S. 8.

## 1.2 Quellen

Der Fokus richtet sich zum einen auf die Entscheidungen, welche die SPD auf den Parteitag traf. Zum anderen stehen die Diskussionen im Parteivorstand, im Präsidium und im Parteirat im Zentrum der Betrachtung. Denn als Partei ist die SPD zwar eine politische Organisation, aber keine politische Handlungseinheit wie z.B. Bundestagsfraktion oder Bundesregierung. Folglich können Parteien auch nicht am Willensbildungsprozess beteiligt sein, sondern nur die oben genannten Bezugseinheiten. Daher gibt es keine kontinuierliche Außenpolitik der Gesamtorganisation Partei, sondern nur zwei Ansatzpunkte für den Komplex „Parteien und Außenpolitik“: die Parteitage und die Führungsspitzen der Parteien.<sup>11</sup>

Zu diesem Zweck analysiert die Arbeit unter anderem eine umfangreiche Sammlung von Parteitageprotokollen und Parteitagebeschlüssen sowie Protokolle der Sitzungen des Präsidiums, des Parteivorstandes und des Parteirates, aber auch die Regierungsprogramme im Vorfeld der Bundestagswahlen 1994, 1998, 2002 und 2005. Dadurch werden die zu den jeweiligen Zeitpunkten aktuellen Meinungen sozusagen „ungefiltert“ erkennbar. Ferner wird auf Protokolle von Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages und auf eine vielschichtige Auswahl von Presseartikeln zurückgegriffen. Daraus wird ersichtlich, welche Kompromisse gebildet wurden oder eben nicht, wie sich einzelne Akteure verhielten, mit welcher Intensität die Delegierten der Bundesparteitage hinter der Positionsfindung der Parteiführung standen - oder eben nicht standen - und wie die Öffentlichkeit auf die Entscheidungen reagierte.

Neben diesen Quellen haben sich Akteure der SPD-Außenpolitik im zu untersuchenden Zeitraum bereit erklärt, zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD Rede und Antwort zu stehen.

Rudolf Scharping, ehemaliger SPD-Parteivorsitzender und Bundesminister der Verteidigung a.D., hat umfassend zu einer Reihe von Fragen Stellung bezogen.

---

<sup>11</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München-Zürich 1975, S. 175.

Auch der inzwischen verstorbene Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung zwischen 2002 und 2005, hat ausführlich Stellung zu den Fragen des Autors genommen. Inge Kerz, Delegierte auf den Bundesparteitag zwischen 1987 und 2003, hat sich ebenfalls bereit erklärt, auf diverse Fragen zu antworten. Der sich selbst zur Parteilinken rechnende ehemalige Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges schildert in einem Interview sehr konkret seine Sicht der Dinge. Dies gilt ebenso für Sigrid Skarpelis-Sperk und Rolf Mützenich. Kurt Beck, langjähriger Weggefährte und ehemaliger SPD-Parteivorsitzender, hat ebenfalls wertvolle Hinweise gegeben. Rainer Sontowski, ehemaliger Büroleiter Gerhard Schröders und heutiger Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, trägt durch seine handschriftlichen Notizen während der Gremiensitzungen sowie durch seine Antworten erheblich zur erfolgreichen Forschung bei.

Diese Interviews sind für den Verfasser der Arbeit eine große Stütze, um zu einer wirklich umfassenden Würdigung des Themas zu gelangen.

Es ist eine Herausforderung, die Jahre, in denen Sozialdemokraten zum ersten Mal in der über 140-jährigen Parteigeschichte über den Einsatz von Militär im Ausland entscheiden mussten, zu analysieren. Interessant für die nahe Zukunft wird allerdings sein, welche Konsequenzen die SPD selbst aus den dargestellten Ereignissen noch ziehen wird.



## 2 Opposition und Regierung im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

### 2.1 Oppositionstheorien

Um beurteilen zu können, welche Rolle die SPD als Opposition zwischen 1993 und 1998 spielte, ist es bedeutsam, den Begriff der „Opposition“ genau zu kennen und schließlich Rückschlüsse zu ziehen, ob und wie die SPD vor dem Hintergrund dieses wissenschaftlichen Begriffes agierte.

Abgeleitet aus dem lateinischen „oppositio“ bedeutet Opposition „Entgegensetzung, Gegenüberstellung, Widerspruch“.<sup>12</sup> Bereits im 16. Jahrhundert wurde der Begriff Opposition zur Charakterisierung einer Institution, die einer anderen zum Zwecke der Machtkontrolle entgegengesetzt ist, gebraucht: Laut Walter Euchner bezeichnete Jean Bodin in seinem Werk „Six livres de la Republique“ von 1576 „den Einspruch der römischen Volkstribunen gegen Maßnahmen des Senats als `opposition`“.<sup>13</sup>

Schubert/Klein unterscheiden zwischen drei Formen von Opposition:

1. die parlamentarische Opposition, die ihre Ziele innerhalb des parlamentarischen Systems verfolgt,
2. die außerparlamentarische Opposition, die ihre Ziele durch gesellschaftliche Opposition durchzusetzen sucht, und
3. die fundamentale Opposition, die ihre Ziele außerhalb der gegebenen Verfassungsordnung verfolgt.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Stern, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., München 1984, S. 1032.

<sup>13</sup> Zitiert nach: Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Ordnung, in: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 8.

<sup>14</sup> Ebd.

In der vorliegenden Arbeit geht es um eine kritische Analyse des Oppositions- und Regierungshandelns der SPD innerhalb des parlamentarischen Systems. Somit scheidet eine Betrachtung der oben genannten Punkte 2. und 3. aus. Wie schon zuvor beschrieben, soll die Arbeit Impulse zur wirkungsvolleren Arbeit als Partei in der parlamentarischen Opposition liefern.

Doch weshalb verwendet die Wissenschaft nun ausdrücklich auch im Parlamentarismus den (harten) Begriff der Opposition? Wäre hier nicht vielmehr eine Bezeichnung angebracht, die trotz aller Unterschiede das parlamentarische Miteinander von Regierenden und Kritisierenden hervorhebt? Tatsächlich ist die Bedeutung des Begriffes für unser bundesdeutsches Regierungssystem – hergeleitet aus dem englischen Verfassungsrecht – zum einen auf einen räumlichen Aspekt zurückzuführen: Im britischen Unterhaus saß und sitzt die nicht an der Regierung beteiligte Partei gegenüber („opposite“) der Regierung.<sup>15</sup> Somit ergibt sich zwangsläufig eine konfrontative Arbeitsweise. Diese allein schon räumliche Konfrontation hat jedoch für den deutschen Parlamentarismus keine Bedeutung. Hier befinden sich die Parteien in einem Halbrund meist nebeneinander.

Als zentraler Aspekt wird jedoch die geistige Bedeutung des Oppositionsbegriffs, nämlich „eine der Regierungsseite widersprechende oder zu ihr im Gegensatz stehende politische Ansicht“, betrachtet.<sup>16</sup>

Haberland stützt die in der Einleitung vertretene Ansicht, dass das Grundgesetz keine ausdrückliche Erwähnung einer Opposition findet, jedoch finden sich seiner Meinung nach Ansatzpunkte dafür, dass „Opposition verfassungsrechtlich zugelassen, mitgedacht und (wohl auch) vorausgesetzt wird.“<sup>17</sup> Insbesondere stellt er auf das Demokratieprinzip aus Art. 20 Abs. 1 und 2 GG ab. Die Möglichkeit zur Bildung und Ausübung von Opposition wird als notwendiges Korrelat zur Geltung des Mehrheitsprinzips als parlamentarischen Entscheidungsmodus angesehen. Sinn dabei sei dabei die Möglichkeit der „überstimmten Minderheit,

---

<sup>15</sup> Haberland, Stephan: Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Opposition nach dem Grundgesetz, Berlin 1995, S. 15.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd.

bei späteren Entscheidungen darauf hinwirken zu können, selbst einmal zur Mehrheit zu werden und somit ihre Auffassungen durchsetzen zu können.“<sup>18</sup>

### 2.1.1 Das KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

Verfassungsrechtlich hat das Bundesverfassungsgericht sehr früh in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich am 17. August 1956, mit der Entscheidung zum Verbot der „Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)“, einen ersten Beschluss zur Stellung von politischen Parteien im Status von „Oppositionsparteien“ gefasst. Das Gericht kam zu der Auffassung, dass die KPD auf Grund ihrer Agitation gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verboten werden müsse. Die dauernden Angriffe auf höchste Repräsentanten und die Organe des noch jungen Staates, insbesondere die Angriffe auf den Bundeskanzler, führten zu einer Erosion der Staatsordnung. Gleichwohl wiesen die Richter in ihrer Gesamtwürdigung noch einmal auf die Notwendigkeit des ungetrübten Ausübungsrechtes von politischer Opposition hin:

„Es ist bereits dargelegt, dass das Grundgesetz mit der Bestimmung "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit" bewusst den Schritt der "Konstitutionalisierung" der politischen Parteien getan hat. Mit ihrer Erhebung in den Rang verfassungsrechtlicher Institutionen sind die Parteien zugleich in die Reihe der "Integrationsfaktoren" im Staate eingerückt. Hieraus hat die Verfassungsauslegung Folgerungen zu ziehen. Gewiss darf man die sich aus der Integrationsaufgabe der Parteien für sie ergebenden Pflichten nicht überbewerten. Für oppositionelle Parteien muss politischer Bewegungsraum bleiben. Eine grundsätzlich reformerisch orientierte Partei muss die bestehende Ordnung kritisieren können; damit muss ihr auch die Möglichkeit zugestanden sein, eine Propaganda zu treiben, die die Massen des Volkes erreicht. Das bedeutet immer eine gewisse Vulgarisierung ihrer politischen Ideen, ihre "Adaptation" an die emotionalen Bedürfnisse der Massen, mit anderen Worten: den Gebrauch trivialer, das Gefühl ansprechender Schlagworte und Kampfparolen. Das alles ist unschädlich und verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, solange die Partei in ihrer Haltung erkennen lässt, dass ihr das

---

<sup>18</sup> Ebd.

Bewusstsein, sich als politische Partei im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie zu bewegen, stets gegenwärtig bleibt. Das heißt aber mindestens, dass sie eine vom Volk in freien Wahlen bestätigte Verfassungsordnung mit der in ihr verkörperten Rangordnung der Werte als allgemeinen Rahmen des politischen Lebens respektiert und die übrigen politischen Parteien als Konkurrenten in einem unablässigen Ringen um die beste Ordnung im Staat jedenfalls insofern anerkennt, als sie ihnen dabei nicht von vornherein auch nur die Möglichkeit, das politisch Richtige zu wollen, bestreitet. Daraus ergibt sich als Mindestpflicht jeder politischen Partei im freiheitlich-demokratischen Staate, in ihrem öffentlichen Auftreten, in Form und Stil ihrer politischen Betätigung, die obersten Verfassungswerte als für sich verbindlich anzuerkennen, an der Festigung ihres Ansehens im Volke mitzuarbeiten, allermindestens aber sich jeder Herabsetzung, Schmähung und Verächtlichmachung dieser Ordnung zu enthalten. Eine Partei, die bewusst, dauernd und planmäßig einen Feldzug der Verleumdung und Verhöhnung dieser Werte und der sie verkörpernden Ordnung unternimmt, geht auf ihre Beeinträchtigung, ja auf ihre Beseitigung aus. Es ist nicht denkbar, dass eine solche Partei verfassungsrechtlich zur Mitwirkung an der Bildung des staatlichen Willens in einer freiheitlichen Demokratie herangezogen werden könnte.“<sup>19</sup>

Bis heute entzündet sich Kritik an dem von der Bundesregierung initiierten Verbot. Die ZEIT schrieb 2006: „Zwar standen die Karlsruher Richter dem Verbot zunächst sehr skeptisch gegenüber, aber dem massiven Druck der Politik konnten und wollten sie sich nicht verweigern. Dabei konnten der KPD gar keine umstürzlerischen Aktionen nachgewiesen werden. Weder wurden geheime Waffenlager gefunden, noch konnten der Partei gewalttätige Demonstrationen wie einst in der Weimarer Republik zur Last gelegt werden. Es war ein politisches Urteil, das der antikommunistischen Staatsdoktrin der jungen Bundesrepublik folgte. Noch am selben Tag wurden 25.000 Wohnungen und Geschäfte durchsucht, Zeitungen verboten, Druckereien beschlagnahmt, alle 199 Parteibüros geschlossen. Proteste dagegen gab es kaum, die KPD war längst isoliert, die Angst vor der „kommunistischen Gefahr“ allgegenwärtig. Nur vereinzelt waren kritische Töne zu hören. 1956 tobt in Deutschland der Kalte Krieg, in Ost-Berlin hatte die SED ihre Macht gefestigt, in Ungarn wurde ein Aufstand blutig

---

<sup>19</sup> BVerfG, 17.08.1956, 1 BvB 2/51.

niedergeschlagen. In Westdeutschland begann der Aufbau der Bundeswehr, der Antikommunismus dient parteiübergreifend als ideologischer Grundpfeiler von Wirtschaftswunder und Westbindung. Die alten nationalsozialistischen Eliten konnten so leicht integriert werden, in die Politik, die Verwaltung und die neu gegründete Bundeswehr. In der Justiz tummelten sich besonders viele ehemalige NS-Juristen. Diese freuten sich, dass unter Kanzler Adenauer im 1. Strafrechtsänderungsgesetz 1950 an das NS-Gesinnungsstrafrecht angeknüpft wurde. Erneut waren jetzt nicht nur konkrete politische Handlungen strafbewehrt. Schon die pure politische Einstellung oder die Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei genügte, um ins Gefängnis zu wandern. So konnten manche furchtbare Juristen wieder das tun, was sie schon unter Hitler gemacht hatten: Kommunisten verfolgen.“<sup>20</sup>

Eine ernsthafte Bedrohung habe die KPD gar nicht dargestellt: 2,2 Prozent der Stimmen erreichte sie bei der zweiten Bundestagswahl 1953. „Aber die Partei ruft zum `revolutionären Sturz` der Bundesregierung unter Konrad Adenauer (CDU) auf, sie verfolgt einen prosovjatischen Kurs und will die `nationale Wiedervereinigung` mit der DDR. Adenauer, der die Westintegration Deutschlands anstrebt, betreibt deshalb konsequent ihr Verbot. Seit 1950 werden KPD-Anhänger vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Straftaten wie Hoch- und Landesverrat oder Staatsgefährdung werden bewusst weit gefasst.“<sup>21</sup>

Der Eindruck, dass eine Partei aus dem Weg geräumt werden sollte, die durch ihre Veröffentlichungen in Inhalt und Stil der Regierung Adenauer Probleme bereitete, drängt sich auf. Eine offenkundige Gegnerschaft zur Ordnung der Bundesrepublik lässt sich ohne weiteres jedenfalls nicht schlussfolgern. Das Verbot der KPD ist eher als Entfernung unliebsamer Querulanten aus dem politischen System einer noch nicht gefestigten Demokratie zu betrachten.

---

<sup>20</sup> <http://www.zeit.de/online/2006/33/KPD-Verbot> (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>21</sup> <https://www.saechsische.de/als-die-kpd-verboten-wurde-3467652.html> (abgerufen am 10.12.2018).

### 2.1.2 Funktionstrias „Kritik, Kontrolle, Alternative“

Walter Euchner bezeichnet als Opposition die Kräfte innerhalb eines Staatswesens, „die gegen eine herrschende Macht in einem Gemeinwesen ankämpfen.“<sup>22</sup> Mit Blick auf die in den zurückliegenden Jahrzehnten und Jahrhunderten „opfer- und blutreich geführten Kämpfe um die Macht im Staat“ wertet Euchner die „Entwicklung von Verfahren und Institutionen, die es ermöglichen, politische Konflikte gewaltlos auszutragen“, als „unschätzbaren zivilisatorischen Fortschritt.“<sup>23</sup>

Doch welche Aufgaben hat die Opposition nun explizit? Als klassisch kann man die Unterscheidung in drei Funktionsgruppen bezeichnen:

- „1. Kritik
2. Kontrolle
3. Entwurf einer Alternativ-Politik“<sup>24</sup>

Kritikfunktion meint nach Sebaldt, dass „Regierungshandeln von der parlamentarischen Minderheit kritisch begleitet, kommentiert und auf seine Brauchbarkeit und Sinnhaftigkeit hin untersucht wird. Die Kontrollfunktion besteht darin, gouvernementales Handeln auf seine Verfassungskonformität und seine politische Verantwortbarkeit hin zu prüfen. Die Präsentation eigener politischer Konzepte und Aktionsprogramme schließlich, die in Konkurrenz zu den Planungen der Regierung treten macht die Alternativfunktion der Opposition aus.“<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Ordnung, in: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 7.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Sternberger, Dolf: Lebende Verfassung, Meisenheim (Hain) 1956, S. 134.

Vgl. Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Ordnung, in Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 13 (Euchner spricht hier von der „Funktionstrias `Kritik, Kontrolle, Alternative`“.

<sup>25</sup> Sebaldt, Martin: Die Thematisierungsfunktion der Opposition, Frankfurt/Main 1992, S. 16.

Winfried Steffani differenziert noch exakter und kommt zu einem kleinteiligeren Ergebnis:

1. Kontrolle der Regierung einschließlich des von ihr zu verantwortenden Verwaltungshandelns
2. Kritik der und Einflussnahme auf die Regierungspolitik (ggfs. durch Aufzeigen von Alternativen)
3. Erarbeitung von Alternativpositionen (Sachalternative)
4. Selektion und Ausbildung qualifizierter Regierungsaspiranten (Personalalternative)
5. stete Bereitschaft zur Regierungsübernahme
6. kritischer Mahner zur Wahrung von Freiheit und Minderheitenschutz
7. Integration von Minderheitengruppen in den politischen Prozess
8. Mobilisierung der Öffentlichkeit<sup>26</sup>

### 2.1.3 Thematisierungs- und Integrationsfunktion

Sebaldt kritisiert diese Sichtweise jedoch und erarbeitet auf Steffani aufbauend ein eigenes Schema. Folgende Überlegungen leiten ihn: Ist eine Opposition in ihrer Kritik konstruktiv, so leiste sie bereits das, was Steffani unter „Alternativfunktion“ subsumiere. Aus diesem Grund gingen Kritik- und Alternativfunktion ineinander über und machten das besondere Ausweisen einer Kritikfunktion überflüssig. Außerdem bemängelt er, dass die Alternativfunktion zwar die Auswahl zwischen zwei bestehenden Alternativen beinhalte, jedoch werde der Opposition nicht zugestanden, die erste von mehreren Entscheidungsoptionen zu formulieren, also *initiativ* zu werden. Für Sebaldt steht fest: „Alternative ist nicht Initiative, ist von ihr klar zu unterscheiden.“<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> Steffani, Winfried: Opposition, in: Sontheimer/Röhring (Hg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1978, S. 430.

<sup>27</sup> Sebaldt, Martin: Die Thematisierungsfunktion der Opposition, Frankfurt/Main 1992, S. 18.

Vor diesem Hintergrund wird zu untersuchen sein, inwieweit die Oppositionspolitik der SPD zwischen 1993 und 1998 initiierenden Charakter hatte. Es stellt sich somit die Frage, ob die SPD den Ansprüchen an eine funktionierende Opposition überhaupt gerecht wurde.

Sebaldt erkennt außerdem, dass es eine weitere Aufgabe von Opposition ist, Personen oder Personengruppen an sich zu binden, sprich: zu *integrieren*, die aus dem politischen Entscheidungsprozess abgedrängt zu werden drohen. Die parlamentarische Minderheit leiste somit einen wichtigen Beitrag zur Legitimität politischer Systeme, indem sie wirkungsvoll verhindere, dass systemfeindliche und extremistische politische Kräfte durch vernachlässigte gesellschaftliche Minderheiten übermäßig Zulauf erhalten. Somit verdichtet er die Funktionen von Opposition in das folgende Schema:

- „1. Kontrollfunktion
2. Alternativfunktion
3. Initiativ- oder Thematisierungsfunktion
4. Integrationsfunktion“.<sup>28</sup>

Ludger Helms beschreibt anhand der verfassungsmäßig garantierten Rechte der Opposition in der Bundesrepublik, welche Einflussmöglichkeiten trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit und trotz fehlender administrativer Unterstützung den Oppositionsparteien offen stehen. So erwähnt er zum einen „das uneingeschränkte Recht der Opposition, Gesetzesinitiativen in den Bundestag einbringen zu können“, und zum anderen den Anspruch auf eine „proportional zu ihrer Mandatsstärke im Plenum bemessene Berücksichtigung bei der Vergabe von Ausschusssitzen.“<sup>29</sup>

Nach Ansicht des Verfassers genügt es jedoch nicht, beim rein quantitativen Aspekt der Besetzung von Ausschüssen des Parlamentes stehen zu bleiben. Vielmehr ist es von besonderem Interesse, den Modus der Besetzung vom

---

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Helms, Ludger: Wettbewerb und Kooperation. Zum Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Österreich, Opladen 1997, S. 56.



jeweiligen Vorsitz der Ausschüsse zu kennen. Nach dem Grundgesetz gibt sich der Bundestag eine Geschäftsordnung. Nach § 12 GeschO ist „die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Regelung des Vorsitzes in den Ausschüssen im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen.“<sup>30</sup> Nachweislich ist es im Parlamentsalltag gute Tradition, der größten Oppositionspartei den Vorsitz im einflussreichen Haushaltsausschuss zu überlassen.<sup>31</sup> Somit bleibt auch der Opposition die Möglichkeit erhalten, Einfluss im parlamentarischen Alltag zu nehmen und ggfs. sogar das Handeln der Regierung in Nuancen zu beeinflussen.

## 2.2 Oppositionsarbeit im parlamentarischen Alltag

### 2.2.1 Opposition in der Historie

Weder die athenische noch die römische Demokratie kannten den der Politikwissenschaft heute geläufigen und zwischenzeitlich intensiv erforschten Begriff der Opposition.

Wenn man denn von Opposition in der Antike spricht, dann war diese lediglich als zarter Hauch wahrnehmbar: Die Demokratie Athens „war vom Gegensatz zwischen wohlhabenden, mittelständischen und armen Schichten geprägt. Ein geordnetes Verfahren der politischen Auseinandersetzung kannte sie nicht (...) In Rom dagegen entstand das Institut des Volkstribunats, das als von der Verfassung vorgesehenes Widerlager gegen die Politik der Regierung und die Interessen der Patrizier angesehen werden kann.“<sup>32</sup> Schwachpunkte dieser vermeintlichen „Opposition“ waren allerdings die Beschränkung der Tribunatsämter nach

---

<sup>30</sup> [https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go\\_btg/go04/245158](https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/go04/245158) (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>31</sup> Vgl. dazu Helms, Ludger: Wettbewerb und Kooperation. Zum Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Österreich, Opladen 1997, S. 57.

<sup>32</sup> Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Ordnung; in: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 7.

Provenienz sowie die Machtfülle und Veto-Option, die einer parlamentarischen Opposition heutiger Prägung in dieser Form gleichsam verwehrt bleibt.<sup>33</sup>

Für Hans-Peter Schneider stellt die „Freiheit zur Opposition“ ebenfalls erst ein Merkmal der Demokratie westlichen Typs dar.<sup>34</sup> In einer Zeit der Ausbreitung demokratischer Staatsformen würden Staatsformen sozialistischer Prägung sich zunehmend mit der Forderung nach Anerkennung von „Opposition“ auseinandersetzen. Durch die somit zu erkennende „Globalisierung des demokratischen Gedankens“ habe die „Oppositionsrolle als Gradmesser von politischer Freiheit an Bedeutung gewonnen.“<sup>35</sup>

### 2.2.2 Moderne Opposition in der politischen Gegenwart

Nach der Darstellung des gedanklichen Überbaus in Bezug auf Opposition kann man nun zu der Frage gelangen, inwiefern sich die Theorien in die Tat umsetzen lassen und an welchen Stellen es Probleme beim Übertrag in die Praxis gibt.

Nach H.-P. Schneider habe die Opposition die Aufgabe, „das Regierungsprogramm und die Regierungsentscheidungen im Einzelnen zu kritisieren sowie die Regierung als Verfassungsorgan insgesamt zu kontrollieren. Außerdem steht sie der Regierungsmehrheit als Personal- und Sachalternative gegenüber.“<sup>36</sup> Wie dies in concreto auszusehen vermag, beschreibt Schneider ebenfalls: „Die Organisationsformen der Parlamentsopposition sind vielfältig: Normalerweise besteht sie aus einer oder mehreren Fraktionen. Es können aber auch parlamentarische Gruppen ohne Fraktionsstatus oder nur einzelne Abgeordnete die Oppositionsrolle übernehmen. Dem Vorsitzenden der stärksten Oppositionsfraktion fällt in der Regel das Amt des `Oppositionsführers` zu. Es ist allerdings nur im reinen Zweiparteiensystem unumstritten. Im Mehr- oder

---

<sup>33</sup> Vgl. [http://imperiumromanum.com/staat/magistrat/magistrat\\_06.htm](http://imperiumromanum.com/staat/magistrat/magistrat_06.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>34</sup> Schneider, Hans-Peter: Keine Demokratie ohne Opposition, in: Buckmiller, Michael (Hg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie, S. 245.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Schneider, Hans-Peter: Keine Demokratie ohne Opposition, in: Buckmiller, Michael (Hg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie, S. 248.

Vielparteiensystem besteht auf Seiten der Regierung die Notwendigkeit von Koalitionen, während auf Seiten der Opposition ein solcher Kooperationszwang nicht existiert. Es kann daher zu einer inhomogenen Opposition, im äußersten Fall sogar zu einer Spaltung des Parlaments in extremistische Flügel kommen. Insofern ist auch innerhalb der Parlamentsopposition ein Minimum an Kooperationsbereitschaft Voraussetzung für eine wirksame Wahrnehmung und Erfüllung der Oppositionsaufgaben.<sup>37</sup>

Die Analyse Schneiders trifft den Kern mit Blick auf die inhaltlich-programmatische Konkurrenz zwischen den Oppositionsparteien, greift aber im Hinblick auf eine ganzheitliche Betrachtung zu kurz. Denn neben der Auseinandersetzung mit Themen spielen die Akteure und ihre individuellen Interessen eine bedeutende Rolle.

Der These, dass in der Regierungszeit die Mitglieder der Regierung zusammen mit Parteivorstand und Bundestagsfraktion das Machtzentrum einer Partei bilden, hingegen in Oppositionszeiten lediglich der Parteivorstand zusammen mit der Bundestagsfraktion das Entscheidungszentrum bildet, lässt sich mit Blick auf kleine Parteien zustimmen.<sup>38</sup> Die Parteien CDU, CSU und SPD hingegen entfalten ihre Wirkung nicht zuletzt durch die mediale Präsenz ihrer Ministerpräsidenten in den Ländern.

Korte gibt zu bedenken, „dass die meisten Deutschen keine scharf konfrontative Oppositionspolitik wünschen. Anders als in Konkurrenzdemokratien wie Großbritannien, honorieren die Deutschen eher den Konsensstil. Aktuelle Umfragen belegen, dass zwei Drittel der Meinung sind, gute Oppositionsarbeit bestehe in der Unterstützung der Regierung.“<sup>39</sup>

Anhand der Oppositionsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen im Jahr 1994/95 lässt sich exemplarisch feststellen, dass ein Kampf um die Rolle des

---

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Vgl. Glock, Florian: Die politischen Orientierungen von Parteitagsdelegierten, S. 31.

<sup>39</sup> Korte, Karl-Rudolf und Manuel Fröhlich: Politik und Regieren in Deutschland, S. 48.

Oppositionsführers stattfand – es also nicht (mehr) den Automatismus gab, dass der Vorsitzende der größten Nichtregierungs-Fraktion auch als Oppositionsführer fungierte. Es ging in diesem Wettbewerb weniger um die – ohnehin öffentlich kaum wahrnehmbaren - inhaltlichen Differenzen, sondern darum, wer „der starke Mann“ in der Opposition sei.

Zunächst stellte sich diese Frage mit Blick auf die SPD selbst. Machtkämpfe zwischen Scharping, Schröder und Lafontaine ließen es nicht zu, dass der Fraktionsvorsitzende als Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik erkennbar werden konnte.<sup>40</sup> Mehrere Medien fanden aber auch Gefallen daran, nicht nur die innerparteilichen Schwierigkeiten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Scharping ins Feld zu führen, sondern auch einen medialen Konkurrenzkampf zwischen Scharping und dem Aushängeschild der Grünen, Joschka Fischer, herbei zu schreiben. Der Spiegel bewertete noch Jahre später, dass Scharping nur „bürokratische Bandwurmsätze ohne Anfang und Ende“ geboten habe, und resümierte: „Bald galt der wortgewaltige Grünen-Fraktionschef Joschka Fischer als eigentlicher Oppositionsführer im Parlament.“<sup>41</sup>

Als weiterer Beleg für die Richtigkeit der oben beschriebenen Annahme kann die Rolle des nur kurz zuvor amtierenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, gesehen werden. Klose amtierte als Nachfolger Hans-Jochen Vogels seit 1991 als SPD-Fraktionsvorsitzender. Mit dem 1993 zum SPD-Parteivorsitzenden gewählten rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping erwuchs ihm ein Konkurrent um das Amt des Fraktionschefs. Scharping hatte schon kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden deutlich gemacht, Kanzlerkandidat seiner Partei werden und in jedem Fall – ob als Bundeskanzler oder als Oppositionsführer - von Mainz nach Bonn wechseln zu wollen.<sup>42</sup> Wiederkehrende Kritik an Klose ließen den Fraktionsvorsitzenden innerhalb der Parteihierarchie stark abfallen und Scharping im Vorfeld der

---

<sup>40</sup> Vgl. [http://www.zeit.de/1996/39/Die\\_Versprechen\\_welken\\_schon/seite-3](http://www.zeit.de/1996/39/Die_Versprechen_welken_schon/seite-3) (abgerufen am 10.12.2018).

Vgl. dazu auch <http://www.welt.de/print-welt/article664144/Scharping-richtet-sich-ein.html> (abgerufen am 10.12.2018). Scharpings Rolle als Oppositionsführer wird hier angezweifelt ob der Tatsache, dass Oskar Lafontaine nach einer Kampfkandidatur neuer Parteivorsitzender geworden war und Scharping nun an innerparteilichem Stellenwert dramatisch verloren habe.

<sup>41</sup> Vgl. [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/2176/schmalspur\\_obama\\_aus\\_dem\\_westerwald.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/2176/schmalspur_obama_aus_dem_westerwald.html) (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>42</sup> Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-52691146.html> (abgerufen am 10.12.2018).

Bundestagswahl als wirklichen Strippenzieher auch innerhalb der Fraktion erscheinen.<sup>43</sup>

Der Kontrast zwischen Opposition und Regierung führt auch unter den Akteuren zu mitunter abwertenden Einschätzungen. So kommt es nach dem explosivem Konflikt zwischen Schröder und Lafontaine 1999 Jahre später in einer Rückschau Schröders zu einer wenig wertschätzenden Beurteilung von Oppositionspolitik: „Lafontaine, dessen Begabung (...), dessen Intelligenz (...) hat ein Manko (...) die tief sitzende Angst, Verantwortung für Dinge zu übernehmen, die nicht die Zustimmung der eigenen Klientel erbringen können und erbringen dürfen. Also das, was in der Politik einfach nötig ist, wenn man herausgehobene Verantwortung übernehmen will, nämlich auch mal gegen den Konsens (...) der eigenen Gruppe und derjenigen zu verstoßen, die einen sozusagen publizistisch tragen. Das ist ihm absolut fremd, das kann er nicht (...) So gesehen ist er eigentlich der geborene Oppositionspolitiker.“<sup>44</sup> Opposition als Verweigerung von Verantwortung, ein Oppositionspolitiker als zwar begabter, in letzter Instanz aber unbrauchbarer Akteur – diese spezielle Lesart wird im Folgenden, auch unter den besonderen persönlichen Verhältnissen, zu untersuchen sein.

Trotz aller Notwendigkeiten in parlamentarischen Demokratien, eine wirkungsvolle Opposition der Verfassung nach zuzulassen, sind strukturelle Probleme erkennbar.

Oft stellt sich die Frage, ob in bestimmten westlichen Regierungssystemen das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition überhaupt funktioniert. Otto Kirchheimer vermutet, dass die Opposition ihre Fähigkeit, mit realistischen Alternativkonzeptionen vor die Wähler treten zu können, in modernen Industriestaaten zunehmend verliert. Grund hierfür sei das Auflösen von Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik in reine Methoden- und Zweckmäßigkeitfragen. Somit bleibe Oppositionsparteien nur noch die eingeeengte Möglichkeit, „den zur Lösung anstehenden Aufgaben eine von der Regierungspolitik abweichende Rangfolge beizumessen und geeignete

---

<sup>43</sup> Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683261.html> (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>44</sup> Gerhard Schröder im Gespräch mit Gregor Schöllgen, zitiert nach Schöllgen: Gerhard Schröder, S. 410.

Persönlichkeiten zur Besetzung der führenden Staatsämter ins Spiel zu bringen.“<sup>45</sup> Demnach sei laut Korte auch Fundamentalopposition „keine nachhaltige Strategie der Fraktionen im Bundestag gewesen. Andererseits steigt jedoch im Falle unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat die Einwirkungsmöglichkeit der Opposition auf die Regierungsarbeit, sodass man gelegentlich von informellen großen Koalitionen, Mit- oder Gegenregierungen sprechen kann.“<sup>46</sup>

Schlieben nimmt gleich ganz Abschied von der Vorstellung von großen Spielräumen einer Opposition, in dem er feststellt: „(...) Die Opposition (gewinnt) nicht Wahlen, sondern die Regierung verliert sie (...).“<sup>47</sup> Korte analysiert, die Rhythmen des Regierens in Deutschland seien „desillusionierend. Im Schnitt hat sich bislang ein Machtwechsel nur alle 16 Jahre ereignet. Dies liegt wohl nicht zuletzt an der grundsätzlichen Stellung und Verfasstheit der Regierung in der Bundesrepublik.“<sup>48</sup> Erhard Eppler kommt diesbezüglich in seinen Erinnerungen zu einer interessanten These: Im Rahmen der baden-württembergischen Landtagswahl 1980 habe eine Umfrage ergeben, dass die Bürger „befanden, sie hätten einen tüchtigen Ministerpräsidenten (...), aber auch einen tüchtigen Oppositionsführer. Was wollten sie mehr? Man konnte alles beim Alten lassen.“<sup>49</sup>

Für Niklas Luhmann bleibt – bei Betrachtung der Inhalte konkret betriebener Politik – Opposition wirkungslos. Seiner Auffassung nach habe Opposition heute nur noch die Funktion, innerhalb des politischen Systems ein zusätzliches „Referenzsystem“ einzubauen, um auf die parlamentarische Demokratie allgemein bezogen destabilisierende Effekte zu verhindern.

---

<sup>45</sup> Vgl. Kirchheimer, Otto: Deutschland oder der Verfall der Opposition, in: Hans-Gerd Schumann: Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S. 251ff.

<sup>46</sup> Korte, Karl-Rudolf und Manuel Fröhlich: Politik und Regieren in Deutschland, S. 48.

<sup>47</sup> Schlieben, Michael: Politische Führung in der Opposition, S. 158.

<sup>48</sup> Korte, Karl-Rudolf und Manuel Fröhlich: Politik und Regieren in Deutschland, S. 50.

<sup>49</sup> Eppler, Erhard: Links leben, S. 186.

### 3 Die historischen Grundlagen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik

#### 3.1. Die Anfänge: Von 1863 bis zum Ersten Weltkrieg

##### 3.1.1. Von der späten Entdeckung der Außenpolitik: Die Gründerjahre der deutschen Sozialdemokratie

Die vorrangige Aufgabe des von Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) sahen dessen Mitglieder in der Beseitigung sozialer Missstände und der Herbeiführung einer Gesellschaft ohne Klassen. Die von der Gründung des ADAV ausgehende, nach Heinrich Potthoff „das Eigenwertgefühl der Arbeiter beflügelnde Wirkung“ lässt sich in dem von Georg Herwegh gedichteten Bundeslied nachspüren.<sup>50</sup>

Der ADAV wurde gemäß seiner Statuten streng zentralistisch aufgebaut und von Lassalle „so diktatorisch als möglich organisiert.“<sup>51</sup> Die Konzentration der noch jungen Sozialdemokratie auf ihre Kernforderung – nämlich die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung zugunsten einer Veränderung der sozialen und materiellen Situation der Arbeiter - verhinderte zunächst deren ernsthafte Auseinandersetzung mit anderen Teilbereichen der deutschen Reichspolitik.

So blieb die Außenpolitik lange ein weißer Fleck auf der Landkarte sozialdemokratischer Betätigungsfelder. Das erste Programm, mit welchem eine außen- bzw. sicherheitspolitische Forderung erhoben wurde, war das Programm des Eisenacher Parteitages von 1869. Dort gründete sich als zweite sozialdemokratische Partei die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SAP). Unter Punkt III Nr. 4 ihres Programms erhob sie die Forderung nach „Errichtung einer Volkswehr anstelle der stehenden Heere“.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, 2. Aufl., Bonn 1978, S. 27: „*Mann der Arbeit aufgewacht. Und erkenne Deine Macht! Alle Räder Stehen still, wenn Dein starker Arm es will...Brecht das Doppeljoch entzwei! Brecht die Not der Sklaverei! Brecht die Sklaverei der Not! Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!*“

<sup>51</sup> Statuten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, beschlossen auf der Gründungsversammlung in Leipzig 1863, in: Dieter Dowe (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bonn 1984, S. 145.

<sup>52</sup> Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, beschlossen auf dem Kongress

Erst mit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, umfassender zur Außenpolitik Stellung zu beziehen. Im Reich diskutierte man intensiv die Frage, ob dieser Krieg zur Verteidigung geführt wurde oder als Angriffskrieg zu werten sei. Die in dieser Frage zunächst gesplattene sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewann bald wieder Einigkeit in der Ablehnung des Krieges zu dem Zeitpunkt, als sich Bismarck mit den französischen Regierungstruppen solidarisierte und zusammen mit ihnen „das Experiment einer neuen Demokratie und Sozialordnung in einem Meer von Blut erstickten.“<sup>53</sup> August Bebel rief den Abgeordneten im Reichstag zu, „dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: *‘Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang!’* der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats wird“.<sup>54</sup>

Diese Aussagen nahm Reichskanzler Bismarck zum Anlass, um von der Sozialdemokratie als der „Partei des Umsturzes“ zu sprechen und vor der „roten Gefahr“ eindringlich zu warnen. Auf dem Gothaer Parteitag 1875 vereinigten sich ADAV und SAP schließlich zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. In ihrem Programm forderte die neue Partei die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk sowie die allgemeine Wehrhaftigkeit. Die Forderung des Eisenacher Programms der SAP nach einer Volkswehr anstelle der stehenden Heere wurde beibehalten.<sup>55</sup> Die Delegierten bekannten sich zu einer Verteidigungsbereitschaft, lehnten jedoch Krieg als Mittel der Politik entschieden ab.<sup>56</sup> Kaiser Wilhelm II. bezeichnete Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ - eine Bezeichnung, die in Zukunft in polemischer Hitze immer wieder aufgegriffen werden sollte und bis zum heutigen Tage dem politischen Gegner vereinzelt ins Argumentationsmuster zu passen scheint.<sup>57</sup>

---

in Eisenach 1869, in: Dieter Dowe (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bonn 1984, S. 175.

<sup>53</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 37.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Programm und Organisationsstatuten der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, beschlossen auf dem Vereinigungskongress in Gotha 1875, in: Dieter Dowe: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bonn 1984, S. 181.

<sup>56</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 23.

<sup>57</sup> Siehe auch die Debatte im Oktober 2004 um die Streichung des 3. Oktobers als nationalen Feiertag. Die Oppositionsparteien CDU und CSU nutzten die Gelegenheit, um den Regierungsparteien SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN unpatriotisches Verhalten vorzuwerfen.



Auf ihrem Erfurter Parteitag 1891 gab sich die Partei nicht nur ihren bis heute währenden Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD), sondern ebenfalls ein neues Programm. Eine wichtige Veränderung erfuhr ein sicherheitspolitisch bedeutsamer Aspekt: Die Entscheidung über Krieg und Frieden wurde nicht mehr dem Volke zugebilligt, sondern sollte von nun an einer „Volksvertretung“ zugewiesen werden.<sup>58</sup> Außerdem kam eine erste internationalistische Forderung im Programm der Partei zum Tragen: Internationale Streitigkeiten sollten „auf schiedsgerichtlichem Wege“ einer Schlichtung zugeführt werden.<sup>59</sup>

Mit diesen Änderungen „präsentierte sich die SPD in ihren Forderungen eher als radikaldemokratische denn als durch und durch sozialistische Partei.“<sup>60</sup> Doch auch als eine Partei mit „radikaldemokratischem“ Programm lehnte die SPD noch 1903 entschieden die Beteiligung an einer Regierung ab. An die Stelle der Forderung nach Überwindung der staatlichen Verhältnisse sollte keine Strategie des Entgegenkommens an den Staat treten.<sup>61</sup>

---

<sup>58</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 45.

<sup>59</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891, in: Dieter Dowe: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bonn 1984, S. 190.

<sup>60</sup> Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 1, München 2000, S. 288. Vgl. dazu Immanuel Kants Definition vom „ewigen Frieden“, in: Ritter, Joachim (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 2, Darmstadt 1972, S. 1118.

<sup>61</sup> Resolution gegen die revisionistischen Bestrebungen, beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Dresden 1903, in: Dieter Dowe: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Bonn 1984, S. 194.

### 3.1.2 Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs als Triebfeder für außenpolitisches Engagement der SPD

Reichskanzler Bismarck verfolgte außenpolitisch einen Kurs der Expansion: Nachdem die europäischen Mächte England und Frankreich, aber auch Belgien und die Niederlande auf dem afrikanischen Kontinent und in Übersee Völker brutal unterworfen und sich Land zu eigen gemacht hatten, wollte auch der deutsche Kanzler eine Politik der Kolonialisierung betreiben.

Einige Sozialdemokraten mochten erst einmal Ergebnisse dieser Politik abwarten. Die große Mehrheit der SPD positionierte sich jedoch schon frühzeitig gegen jegliche Kolonialpolitik. So beschloss 1903 der Dresdener Parteitag, dass „die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, (...) dazu benutzt, (...) den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.“<sup>62</sup> Der Aufstand der Hereros, danach auch jener der Hottentotten in Deutsch-Südwestafrika, veranlasste die Reichsregierung, zusätzliche Mittel für eine koloniale Schutztruppe im Reichstag zu beantragen. Die massive Kritik am Vernichtungsfeldzug der Deutschen durch Sozialdemokraten und Zentrum führte zu baldigen Neuwahlen. Diese „Hottentottenwahlen“ vom 5. Februar 1907 entschieden die Konservativen mit nationalen Parolen jedoch für sich. Die SPD hingegen verlor fast die Hälfte ihrer Mandate.<sup>63</sup> Die nationalistische Stimmung verstärkte sich in den folgenden Jahren. Die deutsche Außenpolitik geriet immer mehr in die Isolation. Das imperialistische Großmachtstreben ließ Deutschland und Europa auf den Ersten Weltkrieg zusteuern.

---

<sup>62</sup> Ebd., S. 195.

<sup>63</sup> Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 1, S. 297.

Als sich die drohende Kriegsgefahr im Sommer 1914 immer deutlicher abzeichnete, mahnte der SPD-Vorstand die Arbeiter: „*Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen (...) Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!*“<sup>64</sup>

Ende Juli 1914 gab es in den meisten Großstädten Antikriegsdemonstrationen, zu denen die SPD aufgerufen hatte. Gleichzeitig fanden aber Verhandlungen der Regierung mit dem SPD-Parteivorstand statt, um die Loyalität der Arbeiterschaft gegenüber der Staatsleitung im Kriegsfall sicherzustellen. Am 29. Juli teilte die SPD mit, dass im Kriegsfall weder irgendwelche Aktionen „geplant noch zu befürchten seien.“<sup>65</sup> Am 4. August stimmte die SPD-Reichstagsfraktion geschlossen der Bewilligung von Kriegskrediten zu.

Der Parteivorsitzende Hugo Haase rief im Reichstag aus: „*Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich!*“<sup>66</sup> Die Befürworter einer solchen Position begründeten ihre Haltung damit, dass sich auch Marx und Engels zum Verteidigungskrieg bekannt hätten und der ein Jahr zuvor verstorbene August Bebel erklärt hatte, er werde im Falle eines russischen Angriffs „die Flinte auf die Schulter“ nehmen.<sup>67</sup>

Die Sozialdemokraten witterten allerdings mit dieser Zustimmung auch die Chance, den Makel der „vaterlandslosen Gesellen“ abstreifen zu können und sich möglichen Repressalien, die im Falle einer Ablehnung der Kredite gedroht hätten, zu entziehen. Außerdem stammte ungefähr ein Drittel der Reichstagsfraktionsmitglieder unmittelbar aus den Gewerkschaften. Diese Abgeordneten hatten ein besonderes Augenmerk darauf, dass auch die Industrie- und Werftarbeiter nicht zu kurz kamen.<sup>68</sup> Und da kam das Mittel der Aufrüstung vielen gerade recht.

---

<sup>64</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 61.

<sup>65</sup> Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 1, S. 333.

<sup>66</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 61.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 43.

Kritik an den Entscheidungen der Fraktion ließ nicht lange auf sich warten: Von Opportunismus bis zu Verrat sprach man in den Klagen, die von der sozialdemokratischen Basis nach Berlin drangen.

Festzustellen ist: Die SPD hatte sich mit ihrer regierungsfreundlichen Haltung ein Stück Etablierung im Kaiserreich erarbeitet. Ab nun durften Staatsbeamte in die Partei aufgenommen und sogar in Kasernen sozialdemokratische Schriften verteilt werden.<sup>69</sup> Man kann außerdem feststellen, „dass der deutschen Arbeiterbewegung das Wilhelminische Reich als der Boden ihrer Existenz und ihres Wirkens erschien, welchen sie sich erhalten wollte.“<sup>70</sup> Für die Dauer des Krieges vereinbarten die im Reichstag vertretenen Parteien eine Art „Waffenstillstand“, den sogenannten „Burgfrieden“. Unter diesem Begriff verstand sich eine Mehrheit der SPD „als eine Art Stütze der Reichsregierung unter Kanzler Bethmann Hollweg.“<sup>71</sup>

### 3.1.3 Noch nicht reif für die Regierungsverantwortung: Der Bruch der SPD-Reichstagsfraktion

Zum ersten Mal gelang es einem Kanzler des Reiches, die Sozialdemokraten durch Versprechungen und äußeres Entgegenkommen an die Regierungspolitik zu binden. Doch innerhalb der SPD wuchs die Gruppe derer, die sich für die Beibehaltung der traditionellen Oppositionsrolle aussprachen. Karl Liebknecht brach als erster aus der Fraktionsdisziplin aus und stimmte am 2. Dezember 1914 gegen die zweite Kriegskreditvorlage. Und sogar der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert sprach noch 1915 davon, dass man Verantwortung für die Regierungspolitik ablehne und Verhandlungen mit der Regierung ausschließlich dann führe, wenn Beschwerden vorzubringen seien.<sup>72</sup> Im März 1916 kam es zum Auseinanderbrechen der Fraktion. Eine Gruppe von 20 Personen stimmte im

---

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Miller, Susanne: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in : Sozialdemokratie als Lebenssinn: Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD, Bonn 1995, S. 116.

<sup>71</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 64.

<sup>72</sup> Vgl. Miller, Susanne: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, S. 117.

Reichstag entgegen der in der Fraktion vereinbarten Linie gegen den Notetat der Regierung. Die Fraktion betrachtete dieses Verhalten als Treuebruch und sprach mit 58 zu 33 Stimmen den 20 Dissidenten die Fraktionszugehörigkeit ab. Diese konstituierten sich unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ als eigene Fraktion.<sup>73</sup>

Am 6. und 7. April 1917 gründete sich aus dieser Arbeitsgemeinschaft die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ als Konsequenz aus dem zuvor vollzogenen Bruch der Fraktion. Während die SPD auf Kooperation mit der Regierung aus war, setzte die USPD die Linie der durchgängigen Opposition fort. Die USPD forderte die Auflösung aller militärischen Zivil- und Polizeiformationen, Einwohnerwehren, die Entwaffnung des Bürgertums sowie die Errichtung einer revolutionären Wehr. Hinzu kamen die „Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern“ und die „sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken“.<sup>74</sup>

Obwohl die USPD zur Hoffnung für viele hungernde, kriegsmüde Menschen geworden war, blieben ihr der große Durchbruch und der elektorale Erfolg versagt. Die USPD verweigerte sich grundsätzlich einer Mitarbeit im Staat, während SPD, Zentrum und Fortschrittspartei zu einer Zusammenarbeit fanden. Potthoff schlussfolgert daraus, „diese neue Parteienkonstellation bedeutete eine wichtige Etappe der Sozialdemokratie auf dem Weg von einer nahezu reinen Oppositionspartei zu einer möglichen Regierungspartei.“<sup>75</sup>

---

<sup>73</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 65.

<sup>74</sup> Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig 1919, in: Dieter Dowe (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 203f.

<sup>75</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 68.

## 3.2 Zwischen den Weltkriegen

### 3.2.1 Die Sozialdemokratie auf dem Weg in die Regierung

Die SPD befand sich nach der Kapitulation des Kaiserreichs auf dem Weg in die Regierungsverantwortung. Auf dem Würzburger Parteitag im Oktober 1917 erhielt Philipp Scheidemann stürmischen Beifall für seine Aussage, wonach die Sozialdemokratie durch den Krieg zu einer Partei geworden sei, die unmittelbar vor der Macht stehe. Man müsse mit einem Ausgang der ersten Wahlen nach dem Krieg rechnen, der es nicht gestatten werde, „die Annehmlichkeiten der Opposition zu genießen und den anderen die Verantwortung zu überlassen.“<sup>76</sup>

Das Protokoll der sich mit einer möglichen Regierungsbeteiligung befassenden Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion vom 2. Oktober 1918 vermerkte denn auch: „Grundsätzlicher Einspruch gegen den Eintritt in die Regierung wurde nicht erhoben.“<sup>77</sup>

Am 9. November rief Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die „Deutsche Republik“ aus. Doch die Spaltung der Sozialdemokratie manifestierte sich auch in dieser historischen Stunde: Denn am gleichen Tag verkündete Liebknecht die „sozialistische Republik“ und grüßte die „russischen Brüder“.<sup>78</sup>

Nachdem der Versuch, die Differenzen zwischen SPD und USPD in einer Koalition zu überwinden, scheiterte, folgten am 19. Januar 1919 Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Friedrich Ebert wurde daraufhin das erste parlamentarisch gewählte Staatsoberhaupt in Deutschland, erster Wehrminister der jungen Republik wurde der Sozialdemokrat Gustav Noske. Diesem hing bald die Bezeichnung eines „Bluthundes“ an, da er mittels Freikorps und Militär Arbeiteraufstände oft brutal niederschlagen ließ. Diese „Exzesse“ der Noske-Truppen trugen entscheidend zur weiteren Spaltung der

---

<sup>76</sup> Miller, Susanne: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, S. 123.

<sup>77</sup> a.a.O., S. 124.

<sup>78</sup> SPD-Parteivorstand: Sozialdemokratie in Deutschland 1863-1996. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Bonn 1996, S. 49f.

Arbeiterbewegung bei.<sup>79</sup> Ferner reagierten die Massen der Arbeiter empört auf das Ausbleiben von Aktionen, „die man auf Grund einer jahrzehntelangen sozialistischen Propaganda als selbstverständliches Ergebnis eines Eintrittes der Sozialdemokratie in die Regierung erwartet hatte.“<sup>80</sup>

Die SPD tat seit Eintritt in die Regierung nichts anderes, als das Programm fortzuführen, welches von der kaiserlichen deutschen Regierung unter Prinz Max von Baden schon begonnen worden war. Man könnte auch sagen, „dass die SPD im Rausche der Revolution sich nie richtig vergegenwärtigt hatte, was das Volk von einer sozialdemokratischen Regierung erwartete und die Partei sich deshalb programmatisch nicht vorbereitet hatte.“<sup>81</sup>

### 3.2.2 Erstmalige Sehnsucht nach den Oppositionszeiten

Schon im Juli 1920 verschwand die SPD wieder aus der Regierung. Die Bildung eines Kabinetts unter Hermann Müller misslang. Der Verlust der Regierungsverantwortung wurde aber „ohne Bedauern und Besorgnis“ in der Partei aufgenommen.<sup>82</sup> Im Gegenteil, eine Sehnsucht nach Opposition war deutlich spürbar.

Es war wohl die völlig unzureichende Vorbereitung der Sozialdemokraten Anfang der 20er Jahre, welche Fehlperzeptionen im Umgang mit der Macht ermöglichten. Ob dies bei späteren Regierungseintritten ähnlich war, wird weiter unten erläutert.<sup>83</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 53.

<sup>80</sup> Müller, Susanne: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, S. 128.

<sup>81</sup> a.a.O., S. 129.

<sup>82</sup> Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, S. 97.

<sup>83</sup> Vgl. mit den Kapiteln „Sehnsucht nach Opposition? Die letzten Jahre der sozialliberalen Koalition“ und „Die Phase des Regierungswechsels als Konfrontation mit der außenpolitischen Realität“.

Auf dem Heidelberger Parteitag im Jahre 1925 verfassten die Sozialdemokraten als erste deutsche Partei eine langfristige Vision von Europa. Die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit sollte in letzter Konsequenz zur „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ führen.<sup>84</sup>

Doch es blieb nicht beim Formulieren von Zielen aus der Perspektive einer Oppositionspartei. 1928 war die SPD wieder gefordert, in die Regierung einzutreten. Außenpolitische Erfolge dieser Zeit waren der Kellogg-Pakt (Ächtung des Krieges) und der Young-Plan, der Deutschland nicht nur eine Verringerung der aus dem Versailler Vertrag resultierenden Reparationslast und eine Befreiung von den bisherigen alliierten Kontrollen, sondern auch eine baldige Räumung der besetzten Gebiete brachte.

Die Jahre 1928 bis 1933 standen im Zeichen des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den aufkommenden Nationalsozialismus.

Am 22. Juni 1933 wurden der SPD sämtliche Tätigkeiten durch das Regime der Nationalsozialisten verboten.

---

<sup>84</sup> Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Heidelberg 1925, in: Dieter Dowe (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 224.

Vgl. Bahr, Egon (Hg.): SPD – Porträt einer Partei, München-Wien 1980, S. 53.



### 3.3 In der Bundesrepublik

#### 3.3.1 Die „Stunde Null“. Ist die SPD schon auf die Oppositionsrolle festgelegt?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm die Weimarer Generation den Aufbau der Bundesrepublik. Sie knüpfte nahtlos an die Zeit vor 1933 an.

Für die deutsche Sozialdemokratie galt noch das Heidelberger Programm aus dem Jahre 1925. Kurt Schumacher wurde zur dominierenden Person innerhalb der Partei. Er vertrat einen klaren Kurs der Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien.

Die Enttäuschung der Sozialdemokraten über das Wahlergebnis von 1949<sup>85</sup> löste einen alten sozialdemokratischen Reflex aus: Obwohl das Ergebnis alles andere als eine bittere Niederlage war, zog sich die Partei in den Schmollwinkel zurück und haderte mit der Gesellschaft.<sup>86</sup> Die Sozialdemokraten waren vor der Wahl davon ausgegangen, dass sie die mit Abstand stärkste Kraft im ersten Bundestag sein würden. Aus dieser Annahme heraus lässt sich begründen, weshalb die SPD im Parlamentarischen Rat der nach dem Grundgesetz starken Stellung des Bundeskanzlers zugestimmt hatte. Sie ging davon aus, dass sie den ersten und auch die weiteren Kanzler der Bundesrepublik stellen würde.<sup>87</sup> Aus ihrer Enttäuschung über das Wahlergebnis heraus versuchten die Sozialdemokraten erst gar nicht, sich an den folgenden Koalitionsverhandlungen mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien zu beteiligen.

Erste Weichen für den Gang in die Opposition wurden allerdings schon einige Jahre zuvor gestellt. Als die SPD 1947 im Frankfurter Wirtschaftsrat für sich das Recht beanspruchte, den Posten des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft mit einem Sozialdemokraten zu besetzen, setzten CDU und FDP diesem Ansinnen einen Kandidaten aus den eigenen Reihen entgegen. Daraufhin lehnte die SPD eine weitere Beteiligung an der Frankfurter Verwaltung ab und entschied sich auf Drängen Schumachers für den Gang in die Opposition.<sup>88</sup> Schumacher baute

---

<sup>85</sup> Die Unionsparteien gewannen die Wahl mit einem Vorsprung von 1,8% der Wählerstimmen: SPD: 29,2 %, CDU/CSU: 31 %.

<sup>86</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 126f.

<sup>87</sup> Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 25.

<sup>88</sup> a.a.O., S. 20.

darauf, dass man in der Opposition der Bevölkerung die Augen öffnen könne für die fehlgeschlagene Politik der Verwaltung. Die Opposition war für Schumacher „der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien ihren positiven Gestaltungswillen aufzuzwingen.“<sup>89</sup>

In der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik verfolgten Schumacher und seine Partei einen schroffen Kurs der Ablehnung gegenüber der Regierung Adenauer: Seit Sommer 1950 stand die Sicherheits- und Wiederaufrüstungsfrage im Raum. Die SPD sah die Kompetenz in militärischen Fragen nicht bei Bundesregierung und Bundestag, sondern bei den alliierten Besatzungsmächten verankert. Sie ließ aber auch durchblicken, dass man bereit sei, an einer „künftigen Wehrverfassung“ mitzuwirken.<sup>90</sup>

1951 machte die SPD dann ein prinzipielles Ja zu einem deutschen Wehrbeitrag von der Frage der deutschen Wiedervereinigung abhängig. Die nicht erfüllbare Forderung, dass eine deutsche Wiederbewaffnung einen Einigungsprozess nicht behindern sollte, machte aus dem „bedingten Ja“ schließlich ein „grundsätzliches Nein“ der SPD zur Wiederbewaffnung.<sup>91</sup> Schumacher war fest entschlossen, an seiner Linie der intransigenten Opposition festzuhalten. Er tat so, als ob die SPD Regierungspartei wäre und „als ob es allein in der Kraft der SPD läge, die politischen Verhältnisse zu ändern.“<sup>92</sup> 1953 kritisierte der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner die starre Haltung seiner Partei: „Unsere Partei darf sich nicht mehr darauf beschränken, Außenpolitik hauptsächlich unter Betonung ihrer eigenen nationalen Ziele und einiger allgemeiner internationalistischer Forderungen und Bekenntnisse zu treiben.“<sup>93</sup>

---

<sup>89</sup> Dowe, Dieter (Hg.): Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996, S. 41.

<sup>90</sup> Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 – 1965, Bonn 1996, S. 211.

<sup>91</sup> a.a.O., S. 221.

Vgl. Appelius, Stefan: Heine – Die SPD und der lange Weg zur Macht, 1. Auflage, Essen 1999, S. 293.

<sup>92</sup> Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 – 1964, München 1965, S. 126.

<sup>93</sup> Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 – 1965, Bonn 1996, S. 227.

Tatsächlich begann die SPD in ihrer Rolle als deutschlandpolitischer Herold zu vereinsamen. Deshalb setzte sich mehr und mehr auch in der Parteiführung die Erkenntnis durch, dass eine militärische Aufrüstung der Bundesrepublik unvermeidlich war. Noch im Februar 1954 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der SPD die Einführung der Wehrpflicht, doch in den folgenden Jahren wurde die ablehnende Haltung der SPD in der Wehrfrage unter dem Eindruck vollzogener Tatsachen in der Bundesrepublik und weltpolitischer Entwicklungen immer mehr modifiziert, so dass die Partei schließlich für „eine zahlenmäßig begrenzte, dafür aber bewegliche und gut ausgebildete Truppe aus Freiwilligen“ plädierte.<sup>94</sup>

Den Pariser Verträgen von 1955 stimmte die SPD nicht zu, da ihrer Meinung nach das Verhältnis von militärischer Westintegrations- und nationaler Einheitspolitik nicht ausgewogen war.<sup>95</sup> Doch innenpolitisch stand bald die Umsetzung der Pariser Verträge auf der Tagesordnung. Der außenpolitische Sprecher der Partei, Fritz Erler, erkannte früh den politischen Sprengstoff, den eine Verweigerung seiner Partei an der Mitwirkung an einer deutschen Wehrverfassung barg. Man dürfe nicht zulassen, „dass sich eine der unseligsten Konfrontationen der jüngeren Geschichte, nämlich der Arbeiterschaft und bewaffneter Macht“, noch einmal wiederhole.<sup>96</sup>

Bundeskanzler Adenauer erkannte die Möglichkeit, die Sozialdemokratie mittels der Wehrpolitik in Verlegenheit zu bringen: So bot er an, im künftigen Verteidigungsministerium den Posten des Staatssekretärs mit einem Sozialdemokraten zu besetzen. Für die SPD hätte dies aber unweigerlich „einen politischen Gesichtsverlust“ mit nicht einzuschätzenden Folgen gehabt, darum lehnte man das Angebot ab.<sup>97</sup>

---

<sup>94</sup> Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 32f.

<sup>95</sup> Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 – 1965, Bonn 1996, S. 341.

<sup>96</sup> a.a.O., S. 356.

<sup>97</sup> Ebd.

Susanne Miller stellt hierzu fest: „Die Gesetze, in denen es um die Grundrechte der Soldaten und deren soziale Stellung ging, kamen hingegen unter intensiver Mitarbeit der SPD zustande und wurden mit ihren Stimmen verabschiedet.“<sup>98</sup>

Man kann somit feststellen, dass die SPD die Wehrpflicht zunächst ablehnte, sie diese später aus der Opposition heraus aber mitprägte.

### 3.3.2 Abschied von der Klassenpartei: Das Godesberger Programm

Im Godesberger Programm bejahte die SPD die Landesverteidigung und betrachtete den Schutz der Zivilbevölkerung als wesentlichen Bestandteil der Verteidigung des Landes. Die Streitkräfte müssten der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein. Zum Zweck der besseren Einbindung des Militärs in die Gesellschaft entwarf die Partei das Leitmotiv eines „Staatsbürgers in Uniform“<sup>99</sup> Außerdem stellte sich die SPD „schützend“ vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigerte: „Wehrpflicht und das (...) Recht zur Kriegsdienstverweigerung waren und sind aus sozialdemokratischer Sicht eineiige Zwillinge“, so der spätere Sicherheitspolitiker Florian Gerster.<sup>100</sup>

Der Konflikt innerhalb der SPD, sich mit den bestehenden Verträgen nicht zu identifizieren und gleichzeitig die deutsche Verteidigungspolitik mittragen zu müssen, machte eine konsequente Korrektur der bisherigen Politik notwendig.

Die Auflösung des Widerspruches zwischen Anspruch und Wirklichkeit sozialdemokratischer Außenpolitik erfolgte in der Hauptsache mit einer Rede Herbert Wehners im Bundestag am 30. Juni 1960, durch die Wehner die Außenpolitik der SPD nachhaltig veränderte: Er kündigte namens der SPD – aber ohne vorherige Rücksprache mit der übrigen Parteiführung - die Anerkennung der Außenpolitik Adenauers und damit der Politik der Westbindung und der

---

<sup>98</sup> Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 33.

<sup>99</sup> Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in Dieter Dowe (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 367f.

<sup>100</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 32.

Bündnistreue an.<sup>101</sup> Damit boxte er die SPD mit einem Schlag aus dem außenpolitischen Abseits heraus.

Wehner war im Herbst 1957 zu einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden und galt als starker Mann der Sozialdemokratie. Für ihn sollte die Opposition nicht mehr missmutig wirken, sondern staatsmännisch und optimistisch sein. Unter dem Einfluss Wehners präsentierte sich die SPD nicht als grundsätzliche Alternative zur Regierungspolitik, sondern in den Augen mancher als „die beste CDU aller Zeiten“.<sup>102</sup> Damit war der Bruch zur Vorgehensweise der Schumacher-SPD offenbar.

### 3.3.3 Die erstmalige Übernahme von Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik

Nach zwei gescheiterten Kanzlerkandidaturen übernahm Willy Brandt 1966 das Amt des Außenministers in der Großen Koalition. Obwohl der SPD-Vorsitzende das Amt nur widerwillig übernahm<sup>103</sup>, stürzte sich der neue Außenminister in seine Arbeit und entwickelte eine Reisediplomatie, die jene seiner Vorgänger im Amte bei weitem übertraf.<sup>104</sup>

Brandts Hauptanliegen in dieser Zeit war die Einleitung einer Entspannungspolitik mit dem Ostblock. Für ihn stand die Aussöhnung der Völker im Mittelpunkt der Bemühungen: „Der Friede, den wir suchen, ist nicht einfach die Verbannung des Krieges. Es muss ein Friede sein, der in den gegenseitigen Abhängigkeiten wurzelt. (...) Um dieses Friedens willen stehen wir gegen die Gewalt und arbeiten für Verhandlungen“.<sup>105</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 164.

<sup>102</sup> a.a.O., S. 160.

<sup>103</sup> Brandt traute sich zunächst ein solches Ressort nicht zu, er liebäugelte mit dem Gesundheits- oder Forschungsministerium.

<sup>104</sup> Vgl. Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, 3. Aufl., Berlin-München 2001, S. 147. Statt „Reisediplomatie“ hier: „Reisefreude“.

<sup>105</sup> Grebing, Helga u.a. (Hg.): Die Partei der Freiheit – Willy Brandt und die SPD 1972 – 1992, Bonn 1999, S. 173.

Brandt ergänzte die Westpolitik seiner Vorgänger durch eine systematisch entwickelte Ostpolitik. Einzelne Elemente dieser Politik waren „die Vorbereitung eines Gewaltverzichtsabkommens mit der Sowjetunion, die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien und schließlich die Anbahnung von Verhandlungen mit der DDR.“<sup>106</sup>

Dieses Projekt deckte sich mit den als Folge des Vietnamkrieges hervorgetretenen friedenspolitischen Sehnsüchten der Parteibasis. Franz Walter und Tobias Dürcher: „Das sozialdemokratische „Fußvolk“ lechzte nach einem Thema, das den Kontrast zur verachteten Union und die moralische Überlegenheit des demokratischen Sozialismus deutlich machen konnte, für das man sich endlich wieder mit Lust und Verve in den politischen Kampf werfen konnte.“<sup>107</sup> Es trat der seltene Fall ein, dass reale Außenpolitik und eine sozialdemokratische Vision (nämlich die von Entspannung) zusammenfielen. Brandt verstand seine Partei auch als „Partei des Friedens“.<sup>108</sup> Die Jahre in der Großen Koalition waren geprägt vom Zwang der Zusammenarbeit mit konservativen Kräften, aber auch vom gleichzeitigen Eröffnen einer friedenspolitischen Perspektive.

### 3.3.4 „Mehr Demokratie wagen!“ Die SPD/FDP-Koalition in den siebziger Jahren

Als Brandt 1969 der erste sozialdemokratische Bundeskanzler wurde, konnte er außenpolitisch das weiterführen, was er im Auswärtigen Amt begonnen hatte. Die neue Ostpolitik wurde nach dem Regierungswechsel 1969 deshalb so zügig in Angriff genommen, weil die konzeptionellen Grundlagen gelegt und von Außenminister Brandt während der Großen Koalition „weiter ausgebaut und im Sinne einer möglichen Operationalisierung konkretisiert worden waren.“<sup>109</sup> Erstarrte Fronten wurden gelockert und bisher als versperrt betrachtete Möglichkeiten eines internationalen Modus Vivendi wurden eröffnet.

---

<sup>106</sup> Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 47.

<sup>107</sup> Walter, Franz und Tobias Dürcher: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S. 90.

<sup>108</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 170.

<sup>109</sup> Groh, Dieter und Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992, S. 292.

Wesentlich für die Außenpolitik der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel waren die Grundlagenverträge mit Moskau, Warschau und der DDR, die den gegenseitigen Gewaltverzicht bekräftigten und eine neue Phase der Dialogbereitschaft einleiteten.<sup>110</sup> Für Willy Brandt hieß der Imperativ dieser Zeit: *„Integration statt Konfrontation und Aktion für den Frieden.“*<sup>111</sup>

Die innovative Ostvertragspolitik der Regierung Brandt kann als der letzte große spektakuläre Akt von souveräner deutscher Außenpolitik bezeichnet werden, „denn die alle Staaten immer stärker überwölbende Ratio der Bündnispolitik zwang bald auch die Bundesrepublik, sich auf die unterschiedlichen Gangarten der Partner einzustellen.“<sup>112</sup>

Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik hatte sich seit 1966 eine alternative Militärkonzeption abgezeichnet, welche auf „die Entnuklearisierung der Verteidigung Westdeutschlands und auf eine stärker defensive Ausrichtung (...), auf Verringerung der Präsenzstärke, auf Freiwilligenheer und Milizverbände zielte.“<sup>113</sup> Doch die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 stoppte diese Debatte. Zwar wurde innerhalb der SPD weiterhin die Notwendigkeit einer gezielten Entspannungspolitik betont, jedoch verstärkte sich die Einsicht, dass einer Fixierung auf das militärische Gleichgewicht und der Einheit des NATO-Bündnisses als Voraussetzung einer erfolgreichen Entspannungspolitik der Vorzug zu geben sei.

Damit wurde die Position Helmut Schmidts gefestigt, der nach dem Tode Eplers 1967 der wichtigste Sicherheitspolitiker der SPD geworden war und zwischen 1969 und 1972 das Amt des Verteidigungsministers innehatte.<sup>114</sup>

Die Veränderung, die 1974 mit dem Übergang der Kanzlerschaft von Brandt auf Schmidt einherging, war im Wesentlichen auf dem Feld der Sicherheitspolitik spürbar. Die Regierung Brandt hatte sich ganz darauf konzentriert, die

---

<sup>110</sup> Vgl. Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Aufl., Bonn 1978, S. 49f.

<sup>111</sup> Grebing, Helga u.a. (Hg.): Die Partei der Freiheit – Willy Brandt und die SPD 1972 – 1992, S. 173.

<sup>112</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a. M. – Berlin 2003, S. 271.

<sup>113</sup> Groh, Dieter und Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992, S. 294.

<sup>114</sup> a.a.O., S. 295.

Normalisierung der Beziehungen mit der DDR und Osteuropa, vor allem aber mit der Sowjetunion, durchzusetzen. SPD und FDP hatten das Ende der Sackgasse in den Beziehungen zum Osten früher als alle anderen deutschen Parteien erkannt, und kehrten auch deutlich früher auf ihrem Weg um.<sup>115</sup>

Die Regierung Schmidt hob den „realistischen Charakter“ ihrer Entspannungspolitik hervor, was bedeutete, dass der Zusammenhalt der NATO als vorrangiges Ziel angesehen wurde.<sup>116</sup>

Auf die Bundeswehr blickte die Regierungspartei SPD nun sogar mit Stolz: So rühmte sich die Partei ihrer Leistungen für das Militär im Wahlprogramm von 1972 und verlangte durch Parteitagsbeschluss 1975 eine „angemessene Ausstattung der Bundeswehr“.<sup>117</sup>

### 3.3.5 Sehnsucht nach der Rolle als Oppositionspartei?

Die zentrale innerparteiliche Kontroverse auf dem Gebiet der Außenpolitik während der Kanzlerschaft Schmidts war der Streit über den NATO-Doppelbeschluss. Dieser Beschluss der Nordatlantischen Allianz vom 12. Dezember 1979 sah vor, der aufrüstenden Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung atomarer Mittelstreckenwaffen anzubieten, allerdings unter einer nicht verhandelbaren Voraussetzung: Der Doppelbeschluss bedeutete "die Stationierung von 108 amerikanischen Pershing-2-Raketen und 464 Marschflugkörpern vom Typ Cruise Missile in Westeuropa binnen vier Jahren, wenn Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion nicht zu einer Rücknahme der sowjetischen Raketennachrüstung führten“.<sup>118</sup> Dieser zweite Teil des Beschlusses löste in der SPD leidenschaftliche Debatten aus.

Ein Teil der Partei war davon überzeugt, dass es zu keiner Verbesserung im Hinblick auf Sicherheit führen würde. Gleichwohl sah man die Möglichkeiten für

---

<sup>115</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M – Berlin 2003, S. 273.

<sup>116</sup> Vgl. Groh, Dieter und Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, S. 305.

<sup>117</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, S. 35.

<sup>118</sup> Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, S. 62.

vgl. Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 591.



eine Dialoglösung mit dem Ziel von Abrüstung sinken. Das Drängen der Partei auf „ein Gleichgewicht der Kräfte auf niedrigem Niveau“ war deutlich hörbar.<sup>119</sup> Einer der Protagonisten mit dieser Haltung war der ehemalige Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler. Eppler war außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, als Helmut Schmidt deren Vorsitzender war. Im Streit um Kürzungen im Entwicklungshilfe-Etat trat Eppler als Bundesminister zurück. Rückblickend beschreibt Eppler seine Entfremdung vom Kanzler damit, dass er dessen „Macher-Pathos“ als „albern“ empfand.<sup>120</sup>

Wie schon in den fünfziger Jahren und abschließend mit Wehners Bundestagsrede zur sozialdemokratischen Außenpolitik 1960 war es auch gegen Ende der siebziger Jahre die Perzeption globaler Veränderungen, die – kombiniert mit der Reaktion auf parteipolitische Anpassungserfordernisse - eine „schleichende Erosion der bis dahin gültigen Politik“ bewirkte.<sup>121</sup> Ein geringer Teil der Partei glaubte, dass der Doppelbeschluss geeignet sei, „maßloser sowjetischer Vorrüstung“ entgegen zu treten.<sup>122</sup>

Der SPD-Parteitag in Berlin 1979 beschloss, dass die Bundesregierung der Raketenstationierung „nur unter der auflösenden Bedingung“ zustimmen dürfe, „dass auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen.“<sup>123</sup> Die Parteiräson hielt den Vorsitzenden Brandt zwar davon ab, dem Kanzler öffentlich in den Rücken zu fallen. Doch in Präsidium und Fraktion flogen „die Fetzen.“<sup>124</sup> Die sicherheitspolitischen Beschlüsse der Regierung Schmidt fanden zwar Zustimmung in der Opposition aus CDU/CSU, aber nicht mehr bei den eigenen Parteigängern.<sup>125</sup> Schmidt argumentierte in seiner letzten Rede als Bundeskanzler, dass es zur Politik der vereinbarten schrittweisen Abrüstung, des vereinbarten Gleichgewichts auf

---

<sup>119</sup> Parteivorstand der SPD (Hg.): Sozialdemokratie in Deutschland 1863 – 1996. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Bonn 1996, S. 107.

<sup>120</sup> Eppler, Erhard: Links leben, S. 178.

<sup>121</sup> Groh, Dieter und Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992, S. 309.

<sup>122</sup> Hacke, Christian: Die Weltmächte und der Kalte Krieg, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 319.

<sup>123</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 3. –7. Dezember 1979, Band II, S. 1243.

<sup>124</sup> Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, 3. Aufl., Berlin-München 2001, S. 243.

Vgl. Seebacher, Brigitte: Willy Brandt, München-Zürich 2004, S. 49f.

<sup>125</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 208f.

niedriger Ebene keine vernünftige friedenspolitische Alternative gegeben habe und dass die Bundesrepublik auf die Abrüstung der Kernwaffenarsenale weiter bestehen werde.<sup>126</sup> Doch seine Partei konnte ihm emotional nicht mehr folgen. So erhielt beispielsweise der junge rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete und spätere Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping lautstarken Beifall, als er in einer Parteiversammlung in seinem Wahlkreis davon sprach, dass der Frieden „nicht durch Abschreckung, sondern durch gegenseitigen Handel und Austausch zwischen Ost und West gesichert“ werde.<sup>127</sup>

Deutlicher sichtbar wurden die Differenzen auf dem Bundesparteitag im Dezember 1982, zwei Monate nach Schmidts Amtsaufgabe: Knapp 400 Delegierte stimmten gegen seine sicherheitspolitischen Vorstellungen, nur 14 Delegierte sammelten sich um ihren ehemaligen Kanzler.<sup>128</sup>

Es lässt sich feststellen, dass zunehmender Anti-Amerikanismus und eine gewisse „Kriegspsychose“ innerhalb der SPD eine sachliche Debatte erschwerten und im Ausland als arrogant und provinzialistisch wahrgenommen wurden.<sup>129</sup> Nicht Schmidt verließ die SPD, „sondern sie ihn.“<sup>130</sup>

Die SPD verlor nun ihre Anhänger sowohl in das Mitte-Rechts-Spektrum als auch an die GRÜNEN nach links. Den Gang in die Opposition im Oktober 1982 empfanden viele Sozialdemokraten denn auch als Erleichterung. Wie schon 1919 – damals nach nur kurzer Regierungszeit - sahen viele Sozialdemokraten auch zu Beginn der 1980er Jahre die Opposition als Chance, um sich von langjähriger Regierungszeit zu regenerieren und neue „Kräfte zu sammeln.“<sup>131</sup> Die Sehnsucht nach Opposition war größer als der Hang zum Handeln in der Administration.

---

<sup>126</sup> Schmidt, Helmut: Jedermann darf und muss mit unserer Stetigkeit rechnen, Bonn 1982, S. 70.

<sup>127</sup> Rosenbaum, Ulrich: Rudolf Scharping, Berlin – Frankfurt a.M. 1993, S. 51.

<sup>128</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 275.

<sup>129</sup> a.a.O., S. 276.

<sup>130</sup> Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 596.

<sup>131</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 213.

### 3.3.6 Oppositionspolitik zwischen 1982 und 1993

Von 1983 bis 1989 stand der Dialog zwischen Ost und West im Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik. Die SPD trat wiederholt mit Forderungen nach deutschen Beiträgen zur Entspannungspolitik und zum Aufbau einer politischen Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West an die Öffentlichkeit.<sup>132</sup> Die Wahrung deutscher Interessen bei einem gleichzeitigen Ja zu Abrüstung und Frieden waren Hauptmerkmale der SPD-Außenpolitik bis zum Ende der achtziger Jahre.<sup>133</sup>

Das Grundsatzprogramm von 1989 forderte, dass Krieg kein Mittel der Politik sein könne. Ziel sei es, den Export von Waffen zu verhindern und die militärischen Bündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Die Bundeswehr diene ausschließlich der Landesverteidigung; langfristig sei es das Ziel, Streitkräfte überflüssig zu machen. Durch Kompetenzübertragung von Nationalstaaten auf die Vereinten Nationen sollten diese an Bedeutung wachsen und zu einem Instrument gewaltfreier Weltinnenpolitik werden.<sup>134</sup>

Der Parteitag in Bremen 1991 forderte die Reform und Stärkung der UNO sowie die weitestgehend finanzielle Beteiligung Deutschlands an der Herstellung internationaler Stabilität, denn „eine deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando oder durch Ermächtigung der UNO lehnen wir ab“.<sup>135</sup> Der Parteitag forderte den Parteivorstand auf, bis zum nächsten Bundesparteitag 1993 ein außenpolitisches Programm vorzulegen, welches die Rolle eines vereinigten Deutschlands berücksichtigen sollte.<sup>136</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1982-1983, Bonn 1984, S. 9.

<sup>133</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1986/87, Bonn 1988, S. 631.

<sup>134</sup> SPD-Parteivorstand: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, S.12ff.

<sup>135</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll vom Parteitag Bremen 28.-31. Mai 1991, S. 650 (Anhang A1).

<sup>136</sup> Vgl. ebd.

## 4 Auf der Oppositionsbank zwischen 1993 und 1998

### 4.1 „Jetzt geht’s los!“ Rudolf Scharping übernimmt die Parteiführung

Das Jahr 1993 begann turbulent für die deutsche Sozialdemokratie. Der zwei Jahre zuvor zum Parteivorsitzenden und damit zum Hoffnungsträger avancierte schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm geriet immer stärker in den Sog einer Finanzaffäre im Zusammenhang mit Ausläufern des Skandals um Uwe Barschel aus dem Jahr 1987. Engholm hatte in seinen bisher eineinhalb Amtsjahren als Bonner SPD-Chef eine defensive und auf Kompromiss angelegte Außen- und Sicherheitspolitik betrieben. Zur Regierungspolitik der CDU/CSU/FDP-Koalition waren kaum Unterschiede zu erkennen. Sowohl die Auflösung der Blöcke und die daraus resultierende Identitäts- und Berechtigungskrise als auch die Neuausrichtung der NATO und Fragen nach einer Beteiligung deutscher Soldaten an Blauhelm-Einsätzen wären Felder gewesen, die die SPD mit einem klaren Kontrastprogramm als Opposition hätte besetzen können. Doch stattdessen verzichtete die Partei auf klare Profilierung und „gerierte sich in Zeiten, in denen der Regierung politisch das Wasser bis zum Halse stand, wie eine Regierungspartei.“<sup>137</sup> Engholm war zwar niemand, der der Partei nach dem Munde redete oder sich mit folgenlosen Kompromissformeln aus der Affäre zog. Engholm machte sich sogar gegen den Widerstand einiger Teile der SPD für Bundeswehreinätze im Rahmen der Vereinten Nationen stark, jedoch „fehlten ihm sowohl die Härte als auch die nötige Hausmacht, um Veränderungen in der SPD durchzusetzen.“<sup>138</sup> Auch seine zunächst zögerliche Haltung zur Übernahme der nächsten Kanzlerkandidatur ließen das öffentliche Prestige der Opposition rapide sinken.<sup>139</sup>

---

<sup>137</sup> Burchardt, Rainer und Werner Knobbe: Björn Engholm. Die Geschichte einer gescheiterten Hoffnung, Stuttgart 1993, S. 340f.

<sup>138</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 231f.

<sup>139</sup> Filmer, Werner und Heribert Schwan: Wolfgang Schäuble. Politik als Lebensaufgabe, 1. Auflage, München 1992, S. 326.

Lediglich ausgewiesene Vertreter des linken Parteiflügels<sup>140</sup> artikulierten öffentlich ihren Unmut über Entwicklungen in der deutschen Außenpolitik.

So lehnte SPD-Vize Oskar Lafontaine in einem Rundfunkinterview am 12. Januar 1993 Kampfeinsätze der Bundeswehr zur Erreichung militärischer Ziele außerhalb des NATO-Vertragsgebietes grundsätzlich ab.<sup>141</sup> Auch das SPD-Präsidiumsmitglied Heidemarie Wieczorek-Zeul sprach sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr unter Bezugnahme auf die damals aktuelle Situation in Jugoslawien aus: Niemand könne sagen, mit welchem Kriegsziel im ehemaligen Jugoslawien interveniert werden müsste, um die schrecklichen Verbrechen wirklich zu beenden.<sup>142</sup>

Der 1990 in das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählte Gerhard Schröder hatte eine klare Haltung in dieser Frage. Dem SPIEGEL sagte Schröder 1992, „dass ich es für falsch halte, wenn die SPD einer Verfassungsklarstellung oder – änderung zustimmt, die über Blauhelm-Aktionen hinausgeht.“<sup>143</sup> Der SPD – so schien es – war in ihren langen Jahren bundespolitischer Opposition eine außenpolitische Diskussions- und Diskurskultur abhanden gekommen, und es mangelte der Partei an kritischen und innovativen Geistern auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>144</sup>

Am 3. Mai 1993 verzichtete Engholm auf die Kanzlerkandidatur und trat von seinen Ämtern als Parteivorsitzender und Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zurück. Der SPD-Parteivorstand beschloss daraufhin, den neuen Vorsitzenden erstmals durch eine Urwahl zu bestimmen. Dieses Verfahren war neu bisher, keine der im Bundestag vertretenen Parteien hatte bisher ihren Vorsitzenden von den Mitgliedern bestimmen lassen. Auch in der SPD-Führung gab es diesbezüglich starke Skepsis.

---

<sup>140</sup> Vgl. zu dieser Eingruppierung Decker, Frank: Die Macht der Gesäßgeografie, in: Berliner Republik Nr. 4/2002, S. 55f.

<sup>141</sup> SPD-Parteivorstand (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1993/94, Bonn 1995, S. 9.

<sup>142</sup> a.a.O., S. 28.

<sup>143</sup> Zitiert nach Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 240.

<sup>144</sup> Vgl. Bruckmann, Wolfgang: Diskurs statt Erneuerung!, in: *Vorwärts* vom November 1993, S. 11.

So äußerte sich der Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, dahingehend, dass eine Mitgliederbefragung die „Gefahr der Amerikanisierung der Partei in sich berge. Die SPD müsse sie nicht durchführen, außerdem solle man die hohen Kosten nicht vernachlässigen. Eine zügige Entscheidung müsse durch die Führungsgremien getroffen werden. Er halte ein Team für notwendig, da Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur nicht von einer Person allein bewältigt werden könnten. Dabei sei er bereit, darin mitzuarbeiten und als Aufgabe die Kanzlerkandidatur zu übernehmen.“<sup>145</sup> Gerhard Schröder positionierte sich gegen Lafontaine und wies darauf hin, dass eine Konzentration beider Aufgaben in einer Hand gerade nach den Erfahrungen des Jahres 1990 Sinn mache.<sup>146</sup> Der SPD-Landesverband Bayern schlug Renate Schmidt als Kanzlerkandidatin vor, Lafontaine versuchte eine Kanzlerkandidatur Schröders zu verhindern, indem er fragte, „in welche Situation die Partei durch den engen zeitlichen Zusammenhang zwischen Niedersachsen- und Bundestagswahl gebracht werden könne.“<sup>147</sup>

Das Ergebnis dieser Mitgliederbefragung sollte für den - nach den Statuten für die Wahl des Vorsitzenden zuständigen - Parteitag als eindeutige Empfehlung gelten. Zur Urwahl traten der niedersächsische Ministerpräsident, Gerhard Schröder, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Rudolf Scharping, sowie das SPD-Präsidiumsmitglied, Heidemarie Wieczorek-Zeul, an. Alle drei hatten sich nach Aufforderung des amtierenden Vorsitzenden Johannes Rau in einer Sitzung des Parteirates am 18. Mai 1993 zu ihren Absichten erklärt.<sup>148</sup>

Schröder habe – so konnte man es noch Jahre später den Medien entnehmen - Scharping nie als „ebenbürtig“ betrachtet – lediglich Lafontaine betrachtete der Niedersachse als Akteur auf Augenhöhe.<sup>149</sup>

---

<sup>145</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. Mai 1993, S.3.

<sup>146</sup> Ebd.

<sup>147</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 10. Mai 1993, S. 5.

<sup>148</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 18. Mai 1993, S. 2ff..

<sup>149</sup> Vgl. STERN Nr. 49/1997, S. 48.

Am 13. Juni 1993, dem „Tag der Ortsvereine“, fand die Urwahl statt und endete mit folgendem Ergebnis: Rudolf Scharping erhielt 197.059 Stimmen, das entsprach 40,3%. Gerhard Schröder kam auf 162.358 Stimmen (33,2%) und Heidemarie Wieczorek-Zeul kam auf 129.858 Stimmen (26,5%).<sup>150</sup>

Der Parteivorstand hatte im Vorfeld der Urwahl beschlossen, auf eine eventuell notwendig werdende Stichwahl zu verzichten und denjenigen als Anwärter auf den Parteivorsitz dem Parteitag vorzuschlagen, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielt. Sicherlich kann man diese Vorgehensweise der mächtigen Landes- und Bezirksvorsitzenden als ein taktisches Instrument betrachten, mit dem der als eigenwillig geltende niedersächsische Regierungschef Schröder als SPD-Chef verhindert werden sollte.<sup>151</sup>

Dieser Annahme widerspricht jedoch Rudolf Scharping: „Gerhard Schröder war sich sicher, die Urwahl zu gewinnen. So kam der Beschluss des Parteivorstandes – zu dessen Zeitpunkt er übrigens noch der einzige Kandidat für den Parteivorsitz war - auch auf sein Betreiben hin zustande.“<sup>152</sup> Diese Einschätzung lässt sich anhand der Protokolle des Parteivorstandes nicht belegen. Schröder hatte – wie Scharping auch - eine stärkere Beteiligung der Mitglieder bei der Findung des neuen Vorsitzenden gefordert.<sup>153</sup> Die offizielle Erklärung zur Übernahme von Parteivorsitz und/oder Kanzlerkandidatur erfolgte dann in der oben erwähnten Sitzung des Parteirates am 18. Mai 1993.

Von Vorstand und Präsidium der Partei wurde nunmehr der Kandidat oder die Kandidatin akzeptiert, der oder die mindestens die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

---

<sup>150</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll vom außerordentlichen Parteitag in Essen am 25. Juni 1993, S. 133.

<sup>151</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 236.

Vgl. Leif, Thomas und Joachim Raschke: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt, Hamburg 1994, S. 14.

<sup>152</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>153</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 10. Mai 1993, S. 4.

Am Abend des 13.6.1993 stand Rudolf Scharping somit als neuer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fest.<sup>154</sup> Die formelle Wahl Scharpings fand auf einem außerordentlichen Parteitag in der Essener Grugahalle am 25. Juni 1993 statt.

Den Start des neuen Parteichefs beschreibt ein späterer Nachfolger im Parteivorsitz als gelungen: *„Scharping hatte sich auf die neue Aufgabe gut vorbereitet. Er war innerlich auf den Parteivorsitz eingestellt – schließlich hatte er dieses Amt ja angestrebt. Die Bestimmung des neuen Bundesvorsitzenden in einer Urwahl war die Chance für ihn gewesen. Der Einstieg in diese Funktion schien auch nicht schwierig. Schließlich wurde er auch medial gut aufgenommen.“*<sup>155</sup>

Auch die Parteilinke hatte zunächst keine Vorbehalte dem neuen Parteichef gegenüber. Sigrid Skarpelis-Sperk lässt sogar ansatzweise Sympathie für sozialpolitische Initiativen Scharpings erkennen: *„Mit Scharping hatte ich nie ein persönliches Problem – wir sind uns eher aus dem Weg gegangen. Er hat sogar meine Hochachtung erworben, als er auf meinen Hinweis hin einen Brief an den damaligen Bundeskanzler Kohl im Rahmen der OECD-Verhandlungen schrieb und damit die Verringerung sozialer Standards verhinderte.“*<sup>156</sup>

#### 4.1.1 Die außenpolitische Positionierung des neuen Parteivorsitzenden

Auf dem Wahlparteitag skizzierte der neue Vorsitzende u.a. auch die Ansätze seiner Außen- und Sicherheitspolitik: Die SPD sollte – unter dem Vorbehalt einer geklärten Verfassungslage - internationale Hilfe unterstützen. Wenn es erforderlich sei, auch mit deutschen Blauhelmen. Allerdings dürfe die Bundeswehr keine frei verfügbare Interventionsarmee werden. Scharping bekräftigte mit Blick auf den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, dass Soldaten nicht die Unfähigkeit der Politik und der Unternehmen ausbaden dürften,

---

<sup>154</sup> Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, Wirges, 26. Juni 2005.

<sup>155</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>156</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.



einen Staat wirksam zu blockieren.<sup>157</sup> Die deutsche Sozialdemokratie setzte auf eine Blockadepolitik gegenüber dem serbischen Regime. Der dort diktatorisch regierende Präsident Slobodan Milosevic und seine Anhänger müssten international vollständig isoliert werden. Zur Frage einer Beteiligung der Bundeswehr an einem Einsatz im ehemaligen Jugoslawien führte die stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herta Däubler-Gmelin, aus: „Von deutschen Soldaten haben die Menschen dort seit Hitlers Armeen genug.“<sup>158</sup>

Der neue SPD-Chef erhielt für seine Aussagen in Essen „lebhaften Beifall“.<sup>159</sup> Auf weitere Details der SPD-Außenpolitik ging Scharping nicht ein, seine Rede stellte die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund. Trotzdem hatte Scharping den Weg beschrieben, den die Partei nach seiner Meinung beschreiten sollte: Ein Ja zur Beteiligung Deutschlands an internationalen Friedenseinsätzen, ein Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Bürgerkrieg des Balkan und bei Kampfeinsätzen allgemein.

Wenige Wochen nach dem Parteitag warf der kommissarische Bundesgeschäftsführer der SPD, Günter Verheugen, der Bundesregierung vor, sie wolle die Bundeswehr zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee machen. An diesem „Rückfall in die Denkweise des Wilhelminismus“ werde sich die SPD nicht beteiligen und auch nicht über die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen im Auftrag der UNO sprechen. Am 24. August 1993 lehnte auch das SPD-Präsidium Gespräche mit der Koalition über eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando ab.<sup>160</sup>

---

<sup>157</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll vom außerordentlichen Parteitag in Essen am 25. Juni 1993, S. 92f.

Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>158</sup> SPD-Parteivorstand (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1993/94, Bonn 1995, S. 14.

Vgl. STERN Nr. 30/1992, S. 17A.

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> SPD-Parteivorstand (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 1993/94, Bonn 1995, S. 46.

Im Vorfeld des nächsten ordentlichen SPD-Bundesparteitages versuchten einige Außenpolitiker der SPD jedoch, die Programmatik der Partei in Richtung einer eng abgegrenzten Bejahung friedens erzwingender Einsätze im Rahmen der UN-Charta fortzuschreiben. Infolgedessen entwickelte sich (nun endlich) eine innerparteiliche Diskussion. In deren Verlauf warnte u.a. Heidemarie Wiczorek-Zeul vor einer „Kriegsführung“ mit deutscher Beteiligung. Rudolf Scharping sprach sich gegen eine „Interventionsarmee“ aus, um den Streit zu begrenzen und eine Linie für den Parteitag vorzugeben.<sup>161</sup>

Scharping hatte in der ersten, von ihm als Parteivorsitzenden geleiteten Sitzung des Parteivorstandes nach seiner Wahl auf dem Bundesparteitag eine Kommission vorgeschlagen, die ein Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1994 erarbeiten sollte.<sup>162</sup> Dieser Kommission gehörten für den Bereich „Außen- und Sicherheitspolitik“ der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, und für den Bereich „Europapolitik“, die stellvertretende Parteivorsitzende, Heidemarie Wiczorek-Zeul, an.<sup>163</sup> Ganz offenbar war dies der Versuch Scharpings, die Protagonisten zweier gegensätzlicher außenpolitischer Richtungen einzubinden und ihnen Verantwortung für das gesamte Erscheinungsbild der SPD mit zu übertragen.

Es lässt sich allerdings feststellen, dass die mühsam gefundene Einigkeit der Partei nach den unruhigen Wochen des Frühjahrs 1993 schon bald zu bröckeln begann.

Erste Anzeichen für eine sich fortsetzende Diskrepanz in Bezug auf Verpflichtungen aus der deutschen UNO-Mitgliedschaft konnten die Beteiligten der SPD-Parteiratssitzung am 14. September 1993 in Bonn wahrnehmen. In der Diskussion ging es laut Protokoll vorrangig um die Frage, „welche

---

<sup>161</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 72.

<sup>162</sup> Da die Mitglieder einer solchen Kommission nicht nur inhaltlich, sondern auch personell Verantwortung für das von ihnen erarbeitete Programm tragen, wird eine solche Kommission auch meist als eine Art „Regierung im Wartestand“ oder „Schattenkabinett“ bezeichnet.

<sup>163</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 5. Juli 1993 in Bonn, S. 2.

Verpflichtungen die Bundesrepublik Deutschland mit der UNO-Mitgliedschaft eingegangen sei und bei Anforderungen der UNO eingehen sollte“.<sup>164</sup>

Norbert Gansel verlangte eine Prüfung der Frage, was denn nach einem möglichen Versagen aller politischen Maßnahmen weiter getan werden könne. Dem stellte sich Parteiratsmitglied Erich Küchenhoff aus dem Bezirk Westliches Westfalen entgegen und konstatierte, dass die UNO keine Kampfeinsätze vorsehe. Noch einen Schritt weiter zurück im Hinblick auf eventuelle Verpflichtungen Deutschlands ging der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine. Er führte aus, dass nach der Bewältigung der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch der Blockkonfrontation die außenpolitische Verantwortung Deutschlands nun „eher geringer als früher“ sei.<sup>165</sup> Frieden sei, so Lafontaine, „ohnehin nicht militärisch herzustellen, außenpolitisch müsse die Wiederherstellung des europäischen Währungssystems, die europäische Integration, das deutsch-französische Verhältnis und die Sicherheitsbedingungen in Mittel- und Osteuropa in den Mittelpunkt gestellt werden.“<sup>166</sup> Heidi Wiczorek-Zeul pflichtete dieser Aussage bei, indem sie die Ablehnung von Kriegseinsätzen sowie die „Schwerpunktsetzung des Leitantrages bei der Friedenssicherung durch Demokratiehilfe in Mittel- und Osteuropa sowie die gemeinsame Bewältigung globaler ökologischer Risiken“ betonte.<sup>167</sup>

Hier bleibt festzustellen, dass seit dem Rücktritt Engholms am 3. Mai 1993 keine intensiven Debatten zur Außen- und Sicherheitspolitik stattgefunden hatten. Ein Großteil der Zeit wurde in den entsprechenden Zusammenkünften der Parteigremien mit Überlegungen zum künftigen Führungspersonal verbraucht. Es galt, sich für die Bundestagwahl und die Zeit danach bestmöglich in Position zu bringen. Diese Einschätzung wird durch eine Äußerung der stellvertretenden Parteivorsitzenden, Herta Däubler-Gmelin, bestätigt. Im Hinblick auf die sich ihr bietende Möglichkeit, mithilfe der Stimmen der CDU/CSU und der FDP Richterin am Bundesverfassungsgericht zu werden, führte sie aus, „dass ihre Chancen für das Bundesverfassungsgericht davon beeinflusst seien, dass nach dem Rücktritt

---

<sup>164</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Parteiratssitzung am 14. September 1993 in Bonn, S. 4.

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Ebd.

von Björn Engholm die Bundesregierung mehr als ein halbes Jahr freies Spiel gehabt habe. Die Standfestigkeit der SPD werde in Sachfragen und bei Personalvorschlägen derzeit ausgetestet und erfordere die entsprechenden Schritte.“<sup>168</sup>

Erst mit der Behandlung des außenpolitischen Leitantrages in Wiesbaden gewann die Außen- und Sicherheitspolitik wieder an Aufmerksamkeit innerhalb der SPD.

#### 4.1.2 Blauhelm-Einsätze im Machtkampf zwischen den Parteiflügeln

An den Debatten des Parteitages der SPD in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993 kann man erkennen, wie mühsam die Parteispitze einen inhaltlichen Kompromiss zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet hatte. Denn es standen starke Gruppierungen bereit, gegen die bisher erstrittenen Kompromisse Front zu machen.<sup>169</sup> Es kam wie so oft auf sozialdemokratischen Versammlungen zu einem „Schlagen der beiden Parteiflügel“ auf der linken und rechten Seite.

Allerdings fielen die meist leidenschaftlich geführten Debatten weitaus weniger heftig aus als gewohnt: Die Bundestagswahl 1994 zeichnete sich am Horizont ab, und eine solche Wahl verlangte Geschlossenheit. Und eben diese Geschlossenheit war es, die der Parteivorsitzende in seinem Redebeitrag zu den Perspektiven einer Außen- und Sicherheitspolitik in der Sitzung des Parteivorstandes am 13. September 1993 einforderte. Für Scharping hatten die außenpolitischen Differenzen innerhalb der SPD in den Hintergrund zu treten, um keinen Schaden in der Wählergunst zu nehmen. Er befürchtete, dass eine außenpolitische Diskussion nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundestages zum Somalia-Einsatz sowie der Frage eines deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat erneut aufbrechen könne. „Es kommt nunmehr darauf an“, so Scharping, „dass der Leitantrag auf dem Parteitag eine breite Mehrheit findet, da sonst keine Konzentration auf die wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen möglich ist und damit die Wahlchancen 1994 beeinträchtigt werden.“<sup>170</sup>

---

<sup>168</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Oktober 1993, S. 6.

<sup>169</sup> DER SPIEGEL Nr. 46/1993, S. 18.

<sup>170</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. September 1993, S. 7.

In den Protokollen über die Parteivorstandssitzungen fällt immer wieder auf, dass Scharping Lösungen anstrebte, die beständig die Bundestagswahl 1994 im Blick hatten. Statt einer grundsätzlichen, die Partei vermutlich in erheblichem Maße als zerstritten erscheinenden Diskussion, setzte Scharping auf Formelkompromisse. Und ließ damit eine dringend nötige Auseinandersetzung um sicherheitspolitische Positionen schleifen.

Das Verhalten seiner beiden – zu diesem Zeitpunkt – vormaligen Konkurrenten um den Parteivorsitz ließ das Anschwellen eines baldigen Konfliktes um

- a) die Richtung der Außenpolitik im Vordergrund und
- b) die Machtfrage um die Führung der Partei im Hintergrund erahnen.

Denn Wieczorek-Zeul blieb bei ihrer Haltung der „Status-Quo-Orientierung“.<sup>171</sup> Und Gerhard Schröder nahm an Sitzungen des Parteivorstandes zur Vorbereitung des Parteitages erst gar nicht teil.<sup>172</sup> Seine Verachtung für oppositionelles Verhalten spiegelte Schröders Äußerung hinsichtlich seines Einsatzes für die Interessen der niedersächsischen Rüstungsindustrie wider: „Grundsätze und programmatische Basis darf man nicht vergessen. Doch als Ministerpräsident muss ich damit leben, dass die Wirklichkeit noch nicht so ist, wie ich sie gern hätte. Diesen Widerspruch muss eine SPD-Opposition in Bonn nicht aushalten.“<sup>173</sup>

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel versuchte zu moderieren und führte aus, dass ein im Justizministerium während der Regierungszeit von Helmut Schmidt erstelltes Gutachten als Konsens feststelle, dass Deutschland sich nicht an „Lizenzeinsätzen der UNO“ beteilige und Blauhelm-Einsätze mit dem Grundsatzprogramm der SPD vereinbar seien. Im Übrigen müsse man „nicht allen Anforderungen der UNO zustimmen, sondern nur über Verhandlungsbereitschaft verfügen. Der Effekt der derzeitigen Diskussion sei nur, dass die wirklichen Probleme verdeckt und Personen beschädigt würden“.<sup>174</sup> Die genannten

---

<sup>171</sup> Vgl. die Protokolle vom 5. Juli und 13. September 1993.

<sup>172</sup> Vgl. die Protokolle und die dazugehörigen Anwesenheitslisten der Parteivorstandssitzungen vom 5. Juli und 13. September 1993.

<sup>173</sup> Zitiert nach Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S.257.

<sup>174</sup> Ebd.

Anforderungen der UNO hatte Norbert Gansel in einem Antrag an den Parteivorstand zuvor generell befürworten wollen: Falls bei friedenserhaltenden Maßnahmen die Grenze zu Zwangsmaßnahmen überschritten werde, sei eine Beteiligung der Bundeswehr nur nach Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage zulässig. Die SPD solle zu einer Grundgesetzänderung bereit sein.<sup>175</sup> Gansels Antrag wurde durch den Parteivorstand abgelehnt.<sup>176</sup>

„Der Stellenwert außenpolitischer Probleme auf Parteitagen hängt allgemein eher vom innerparteilichen Problemhaushalt als von der Intensität der Auseinandersetzung im Bundestag ab. Erfordert der Wahlkampf innerparteiliche Geschlossenheit, so dominieren in aller Regel Grundsatzreferate der Parteiführung, in denen meist der Parteivorsitzende die außenpolitischen Grundsatzpositionen seiner Partei mit Blickrichtung Öffentlichkeit darstellt“, so Hans-Peter Schwarz in einer grundsätzlichen Analyse zur Bedeutung von außenpolitischen Debatten in der Tagespolitik.<sup>177</sup> Generell gilt diese Aussage auch für den SPD-Parteitag des Jahres 1993 in Wiesbaden.

Trotzdem war schon an den Debatten des ersten Verhandlungstages in Wiesbaden abzulesen, dass das Thema Außenpolitik Unruhe in die Partei brachte.<sup>178</sup>

Auf dem Parteitag legte zunächst Heidemarie Wieczorek-Zeul als Berichterstatterin des Parteivorstandes die Grundzüge sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik dar: Sie erläuterte, dass die SPD Wert auf die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Märkte lege und in Handelsbeziehungen künftig soziale und ökologische Kriterien einbezogen werden sollten. Ferner werde eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Rüstungsexporte stoppen und Abrüstung forcieren. Eine Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr war ebenso angedacht wie eine Neuformulierung der NATO-Strategie. Deutschland sollte sich an UNO-Blauhelm-Aktionen beteiligen können – dazu müssten aber gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Dies seien die Zustimmung aller Konfliktparteien zu einem Einsatz und der restriktive

---

<sup>175</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Antrag des Vorstandsmitgliedes Norbert Gansel für die Parteivorstandssitzung am 13. September 1993.

<sup>176</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. September 1993, S. 8.

<sup>177</sup> Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München-Zürich 1975, S. 176.

<sup>178</sup> Vgl. Glotz, Peter: Die Deutschen in der Zwickmühle, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 1994, 41. Jahrgang, Heft 11, S. 994.

Waffengebrauch ausschließlich zur Selbstverteidigung und zur Absicherung des eigenen Auftrages.<sup>179</sup>

Wieczorek-Zeul machte am Ende ihrer Ausführungen eine interessante Bemerkung. Sie sprach über die Bedeutung von Entscheidungen einer Oppositionspartei SPD für deren mögliche Zeit als Regierungspartei: „Ich meine, für das, was wir politisch wollen, ist doch wohl die Frage, ob man in der Regierung oder in der Opposition ist, nicht entscheidend, sondern bei solchen Punkten wie Krieg und Frieden ist doch unsere politische Überzeugung das Entscheidende. Da müssen wir imstande sein, das, was wir in der Opposition formulieren, auch in unsere Regierungspolitik einzubeziehen und zu verwirklichen.“<sup>180</sup>

Ihrer Meinung nach sollte also von diesem Parteitag das Signal ausgehen: Die SPD wird in Regierungsverantwortung keinem Kampfauftrag der Bundeswehr die Zustimmung geben. In einem Gespräch zu dieser Arbeit revidiert Wieczorek-Zeul ihre damalige Haltung: *„Diese Aussage hatte ich 1993 gemacht. Damals ordnete sich die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes neu – da gab es einfach andere Voraussetzungen. Aber ja: Ich habe einen Veränderungsprozess hinsichtlich meiner Einstellung vollzogen, gerade auch wegen einer veränderten Welt.“*<sup>181</sup>

In einem Forum zur Außen- und Sicherheitspolitik, welches der Plenardebatte auf dem Parteitag vorgelagert war, prallten die unterschiedlichen Meinungen aufeinander: Der rheinland-pfälzische Minister für Bundesrats- und Europaangelegenheiten, Florian Gerster, benannte Konsens und Dissens zwischen der von Wieczorek-Zeul vorgetragenen Meinung und der seinen: Konsens bestehe bei der Frage, dass Prävention und Konfliktbegrenzung mit nichtmilitärischen Mitteln absoluten Vorrang vor allem anderen habe. Dissens bestehe in der Frage, ob das Ausschließen bestimmter in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehener Optionen durch die Partei noch kompatibel sei mit den Pflichten

---

<sup>179</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 256ff.

<sup>180</sup> a.a.O., S. 260.

<sup>181</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

einer Mitgliedschaft in der UNO.<sup>182</sup> Gerster sah nämlich keinen nennenswerten Unterschied zwischen friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen und somit keinen Grund, deutsche Soldaten von Kampfeinsätzen fernzuhalten.

In der Tat fiel es seit dem UNO-Einsatz in Kambodscha schwer, diesen Unterschied zu machen. Immer häufiger hielten sich einzelne Konfliktparteien nicht mehr an die Regeln eines kollektiven Sicherheitssystems wie das der UNO und behandelten UN-Einheiten wie militärische Gegner.<sup>183</sup> Zuspruch erhielt Gerster vom Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel. Dieser bemängelte, dass es bei Verstößen gegen das Völkerrecht nicht nur bei Proklamationen bleiben könne, sondern die Vereinten Nationen auch dringend das Recht zur Durchsetzung des Völkerrechts benötigten. Diese Realitäten wahrzunehmen sei eine der dringlichsten Aufgaben, der sich die Sozialdemokratie stellen müsse.

Gansel fragte: „Was bleibt von der Sozialdemokratie nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Bankrott des Kommunismus? (...) Wir haben uns ja immer als dritten Weg definiert, und den gibt es nicht mehr. Wir müssen unseren Weg neu und selbständig bestimmen.“<sup>184</sup>

Gansel und Gerster beurteilten die sicherheitspolitische Lage insgesamt anders als die Parteimehrheit.<sup>185</sup> Sie glaubten, dass es in Zukunft nicht nur um die Verteidigung im Bündnis, sondern auch um kollektive Sicherheit im Rahmen von UNO und KSZE gehen werde.<sup>186</sup> Noch gut zwanzig Jahre später wird von Seiten der Parteilinken negiert, dass es „eine Einbindung der Diskussionen in völkerrechtliche Vorgaben“ gegeben habe.<sup>187</sup>

Noch einen Schritt weiter ging der Verteidigungsexperte der Bundestagsfraktion, Walter Kolbow. Er konstatierte zwar, dass auch die Diskussion um friedenserhaltende Blauhelmeinsätze für die SPD schon ein gewaltiger Schritt nach vorne gewesen sei. Er vertrat jedoch weitergehend den Standpunkt, dass sich

---

<sup>182</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 314f.

<sup>183</sup> Vgl. Schöllgen, Gregor: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B24/2000 vom 09.06.2000, S. 9.

<sup>184</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 321.

<sup>185</sup> Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, Wirges, 26. Juni 2005.

<sup>186</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 107/93 vom 24.02.1993. (Norbert Gansel zur Diskussion um die Bundeswehr)

<sup>187</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.



Deutschland im Rahmen der Sicherheitsgemeinschaft kollektiv zu verhalten habe und damit sämtliche Optionen der UN-Charta in Betracht gezogen werden müssten.<sup>188</sup>

Kolbow, Gansel und Gerster traten mit dieser Meinung diametral dem entgegen, was die Parteilinke um Wiczorek-Zeul durchzusetzen versuchte.<sup>189</sup> Sie befürworteten Kampfeinsätze der Bundeswehr unter dem Dach der Vereinten Nationen, die Parteilinke hingegen sammelte sich hinter der Ansicht, dass Blauhelme lediglich unter restriktiven Voraussetzungen zur Erhaltung von Frieden eingesetzt werden dürften. Weit geht auf Seiten der SPD-Linken die Abgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk. In ihrer Argumentation klingt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber allem Militärischen auf dem Erfahrungshintergrund vieler durch den Zweiten Weltkrieg traumatisierter Deutscher mit: *„Meiner Meinung nach steht die Bundeswehr zur Verteidigung unseres Landes zur Verfügung. Das war’s. Bei Fragen der Friedensschaffung hege ich grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Motiven des Militärs. Meine Sicht auf Außen- und Sicherheitspolitik ist bei Willy Brandt begründet. Das Aushandeln von Positionen und das ständige Gespräch miteinander dürfen nicht abgelöst werden von Soldaten und Waffen. Diese Position hat auch einen innenpolitischen Hintergrund: Nahezu in jeder Familie gab es Kriegsschicksale. Deshalb hat sich in Deutschland eine enorme Anti-Kriegs-Haltung manifestiert.“*<sup>190</sup>

Nicht übersehen werden darf an dieser Stelle, dass Gerster als rheinland-pfälzisches Regierungsmitglied eine enge Bindung zu Rudolf Scharping besaß. Abstimmungen zwischen den beiden waren mehr als wahrscheinlich. Gansel wiederum ist seit Juso-Tagen freundschaftlich mit Scharping verbunden. Die vertrauensvollen Beratungen zwischen dem Kieler Gansel und dem an die Parteispitze gewählten Scharping trugen ihre Früchte.<sup>191</sup>

---

<sup>188</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 335.

<sup>189</sup> Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

<sup>190</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>191</sup> Vgl. Rosenbaum, Ulrich: Rudolf Scharping, Berlin – Frankfurt a.M. 1993, S. 45.

Nach Kolbows Redebeitrag bildeten sich die beiden innerparteilichen Flügel in einem Wortgefecht ab. Wiczorek-Zeul ergriff das Wort und verwies darauf, dass die Diskussion bisher ohne persönliche Verletzungen stattgefunden habe. Dann griff sie Kolbow direkt an: „Wer heute überhaupt nur hier ist, um zu sehen, wer spricht, und ansonsten abschaltet, der ist für solche Diskussionen, glaube ich, nicht geeignet.“<sup>192</sup> An Florian Gerster gerichtet führte sie aus: „Es gibt keinen Fall, jedenfalls nicht unter den Bedingungen der Konflikte, die wir heutzutage vorfinden, in dem Frieden durch Krieg hätte hergestellt werden können.“ Das Protokoll vermerkte an dieser Stelle den Beifall des Parteitages.<sup>193</sup>

Wiczorek-Zeul skizzierte den Dissens, welchen Gerster ansprach, so, wie er sich für sie darstellte: Ihrer Meinung nach könne man die Polizei im Inneren nicht mit dem Militär auf der internationalen Ebene vergleichen. Auch Egon Bahr, als ehemaliger Planungschef der sozialdemokratischen „Ikone“ Brandt sowie als ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Partei in der SPD hoch angesehen, hatte sich im Laufe des Jahres 1993 gegen eine Beteiligung Deutscher an Kampfeinsätzen ausgesprochen. Die Deutschen seien nicht ermächtigt, Kriege zu führen. Er begründete seine Haltung mit dem in der Verfassung niedergeschriebenen Grundsatz, dass deutsches Militär nur im Verteidigungsfall zum Einsatz kommen dürfe.<sup>194</sup>

Eine weitere Differenz zwischen den beiden Flügeln der Partei wurde in der Betrachtung der geplanten Nachhaltigkeit des Parteitagsbeschlusses deutlich: Gerster wollte das Thema Sicherheitspolitik mit einem vorläufigen Beschluss auf dem Wiesbadener Parteitag beenden und damit Ruhe vor der anstehenden Bundestagswahl schaffen. Er konnte sich vorstellen, dass die Wiesbadener Linie der SPD lediglich ein Zwischenschritt zur uneingeschränkten deutschen Beteiligung an internationalen Einsätzen sein sollte.<sup>195</sup>

---

<sup>192</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 335.

<sup>193</sup> a.a.O., S. 337.

<sup>194</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 203/93 vom 02.04.1993.

(Egon Bahr zur Entscheidung des UN-Sicherheitsrates über die militärische Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien)

<sup>195</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 73.

Wieczorek-Zeul widersprach dieser Auffassung energisch und wollte ein eindeutiges und abschließendes Votum der Delegierten: „Das, was wir jetzt hier für uns gemeinsam (...) verabreden, ist die Position der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die wir gemeinsam vertreten sollten, nicht als Zwischenergebnis, sondern als das, was wir in einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung machen wollen.“<sup>196</sup>

Auch der Bundesgeschäftsführer der Partei, Günter Verheugen, verlangte eine klare Linie, nachdem die Beschlüsse gefasst waren: Die getroffenen Entscheidungen sollten für das Regierungsprogramm verbindlich sein, „sonst kann ich keinen Wahlkampf führen.“<sup>197</sup>

Gegen Schluss der Debatte im Forum meldete sich der Delegierte Berthold Ebeling zu Wort und artikulierte offen seine Befürchtung, dass die SPD in den Augen der Wähler mit dem von Wieczorek-Zeul vorgetragenen Ansatz als nicht regierungsfähig betrachtet werden würde: „Es kommt doch darauf an, im richtigen Augenblick das Richtige zu tun. Da nützt keine Tradition und nichts. Wenn etwas erforderlich ist, muss man es erkennen.“<sup>198</sup>

Heidemarie Wieczorek-Zeul spürte offenbar den Druck, der vom rechten Parteiflügel auf sie ausgeübt wurde. Ebenso offensichtlich hielt sie es für geboten, auf diesen Druck angemessen zu reagieren. In der Plenardebatte des Parteitages am nächsten Tag griff sie deshalb zu einem taktischen Hilfsmittel, das die Zweifel an der Mehrheitsfähigkeit der eigenen Positionen offen zutage treten ließ: Sie berief sich in ihrer Rede mit Vehemenz auf frühere Aussagen des Parteivorsitzenden Scharping, um selbst genügend Autorität in die innerparteiliche Waagschale werfen zu können. Auch zum Schluss der Debatte berief sie sich noch einmal auf den Vorsitzenden.<sup>199</sup> Die enge Bindung Scharpings

---

<sup>196</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 338.

Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>197</sup> DER SPIEGEL Nr. 46/1993, S. 21.

<sup>198</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 203/93 vom 02.04. 1993.

(Egon Bahr zur Entscheidung des UN-Sicherheitsrates über die militärische Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien).

<sup>199</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November

zu Gansel und Gerster war ja nicht unbekannt. Deshalb kam es an dieser Stelle zum Versuch, Scharping als Kronzeugen für eine dezidiert linke Ausrichtung der Außenpolitik zu zitieren.

Scharping selbst äußerte sich von nun an vorsichtiger in der Öffentlichkeit: „Ein Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, der sich ihr im Grundsatz verweigern wollte, würde sich seinen Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen entziehen“, so der Vorsitzende. Ihm kam es darauf an, dass die SPD schrittweise realitätstauglich wurde, ohne ihre Einheit vor der Wahl aufs Spiel zu setzen.<sup>200</sup>

Diese Einschätzung bestätigt auch einer der späteren Nachfolger Scharpings im Parteivorsitz, Kurt Beck. Er erklärt dies mit Scharpings Hintergrund aus den Gesprächen im Zuge der Vollendung der deutschen Einheit sowie mit dessen Rolle als Ministerpräsident eines US-amerikanisch geprägten Landes: *„Scharping hatte den Prozess um die Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands als aktiv Handelnder miterlebt. Hier sei besonders seine Rolle während der Verhandlungen zum ersten Länderfinanzausgleich erwähnt. Diese Verhandlungen auf der Grundlage eines sich verändernden Staates haben ihn sehr geprägt. Infolgedessen erkannte er, dass sich auch Deutschlands Rolle in der Welt würde verändern müssen. Neben den innenpolitischen Erfahrungen kam hinzu, dass Scharping als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident gute Kontakte über den Atlantik pflegte. Dies war der großen Zahl der in unserem Land stationierten US-Streitkräfte geschuldet. All das führte in der Summe zu Scharpings Bewusstsein für die Notwendigkeit von Veränderungen. Allerdings: Er ging nicht rücksichtslos vor. Man kann seine außenpolitische Positionsfindung wohl eher als tastend und suchend umschreiben.“*<sup>201</sup>

Im Gegensatz zur Parteilinken verwahrte sich Scharping gegen jegliche Form von Pazifismus. Dieser verbiete sich aus Verantwortungsbewusstsein und Wirklichkeitssinn. Trotzdem hatte der SPD-Chef schon vor dem Wiesbadener Parteitag festgelegt, wo der Unterschied zum Handeln der regierenden schwarz-gelben Koalition liege: „Aus Selbstbewusstsein verbietet sich der bei den

---

1993, S. 703.

<sup>200</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>201</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

Konservativen um sich greifende vorausseilende Gehorsam bei der Bereitstellung militärischer Verbände für kriegerische Zwecke.“<sup>202</sup>

Hans-Ulrich Klose, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erwiderte die oben erwähnte Rede Wieczorek-Zeuls auf dem Parteitag. Seiner Meinung nach müssten UNO-Kräfte bei Verstößen gegen das Völkerrecht auch mit Gewalt gegen die Verursacher der Verstöße vorgehen dürfen. Und da Deutschland in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr als Konsument, sondern als Produzent von Sicherheit betrachtet werde, müsse sich eben auch Deutschland an diesen UN-Einsätzen beteiligen.<sup>203</sup>

Klose ging noch weiter: Er hielt die SPD nur für regierungsfähig, wenn sie sich der Koalition im Streit um Blauhelm-Einsätze annäherte.<sup>204</sup> So weit ging zu diesem Zeitpunkt jedoch noch kein anderes Mitglied der Parteiführung. Für diese Haltung erfuhr Klose, der in einem Kabinett Scharping als Verteidigungsminister vorgesehen war, „mehr Wertschätzung unter führenden Militärs als bei vielen Sozialdemokraten.“<sup>205</sup>

Kritik an der Position Wieczorek-Zeuls kam aber auch von eher unbekanntem Delegierten. Matthias Esche appellierte: „Wir sagen mit keinem Wort (...), was eine sozialdemokratische Außenpolitik konkret ändern wird. Heidi, es reicht nicht aus zu sagen, wenn wir am Ruder sind, dann wird es diese Konflikte nicht mehr geben.“<sup>206</sup>

Die Parteilinke hingegen stellte vereinzelt sogar die Notwendigkeit von Streitkräften in Frage.<sup>207</sup> Auf jeden Fall sollte der als Leitantrag vorliegende außenpolitische Kompromiss als Orientierung für das Wahljahr 1994 dienen.

Die Jusos als Teil der Parteilinken formulierten die zu diesem Zeitpunkt am weitesten gehende Forderung. Sie schlossen für sich nicht nur jegliche

---

<sup>202</sup> Vgl. Interview mit Rudolf Scharping in: *Vorwärts* vom Juli 1993, S. 10.

<sup>203</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 656.

<sup>204</sup> DER SPIEGEL Nr. 46/1993, S. 21.

<sup>205</sup> STERN Nr. 14/1994, S. 36.

<sup>206</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 662.

<sup>207</sup> a.a.O., S. 668.

Beteiligung an Kampfeinsätzen aus, sie stellten die demokratische Legitimität der Vereinten Nationen als solche in Frage.<sup>208</sup>

Einer, der sonst gerne gegen die Oppositions-SPD in Bonn opponierte und keine Gelegenheit ausließ, sich auch auf Kosten der eigenen Partei zu profilieren, fand bei diesem Thema auf die Linie der Mehrheit der SPD: Gerhard Schröder lehnte Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes – auch dann, wenn sie mit einem Mandat der UNO ausgestattet würden – ab.<sup>209</sup>

Walter Kolbow unterstrich vor dem Parteitag noch einmal seine Kampfeinsätze befürwortende Position und sprach einen Satz aus, welcher später in Reden sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker oftmalige Wiederkehr erfahren wird: „Wir müssen in der internationalen Völkergemeinschaft auch für die Bewehrung des Rechts zur Stärkung des Rechts gegen das Recht des Stärkeren gewappnet sein.“<sup>210</sup> Kolbow verwendete damit eine Formel, die Egon Bahr in Bezug auf die Ostpolitik der Regierung Brandt geprägt hatte.

#### 4.1.3 Ein zweifelhafter Kompromiss

Der Parteitag in Wiesbaden beschloss eine auf Friedenssicherung und Friedenserhaltung orientierte deutsche Außenpolitik. Die UNO sollte gestärkt werden, auch unter Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Blauhelmeinsätzen. Dagegen lehnte der Parteitag jede Beteiligung Deutscher an Kampfeinsätzen ab.<sup>211</sup>

Die von Kolbow geäußerte Formulierung, wonach die Stärke des Rechts an die Stelle der Macht des Stärkeren zu treten habe, wurde in den Beschluss integriert. Wichtiger als die Integration dieser von einem sogenannten „Bellizisten“ kommenden Äußerung war hingegen die Durchsetzung der Parteilinken bei der Frage, ob denn überhaupt zwischen friedenserhaltenden und friedensschaffenden

---

<sup>208</sup> a.a.O., S. 699.

<sup>209</sup> Zitiert nach Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S.257.

<sup>210</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 684.

<sup>211</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1993/94, Bonn 1995, S. 63.

Maßnahmen unterschieden werden könne. Der Parteitag beschloss: „Auch wenn das Spektrum der Blauhelm-Missionen breiter und ihre Durchführung sehr viel komplizierter geworden ist, ist eine klare Grenzziehung möglich und erforderlich zwischen Blauhelm-Missionen einerseits und Kriegsführung andererseits.“<sup>212</sup>

Wieczorek-Zeul konnte sich also mit ihren Forderungen auf dem Wiesbadener Parteitag weitestgehend durchsetzen. Man kann sich hier der Einschätzung anschließen, dass der Wiesbadener Parteitag „in einer gründlichen Verkenntung der Realität, welche die SPD allerdings zu dieser Zeit mit der Mehrheit der Bevölkerung teilt, beschließt (...), dass deutsche Soldaten allenfalls an friedenserhaltenden Maßnahmen teilnehmen dürfen.“<sup>213</sup>

Es bleibt außerdem festzuhalten, dass die gesamte Parteilinke in ihrer Argumentation unterschlug, dass zu Blauhelmeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta eben auch die Möglichkeit der Friedenserzwingung dazu gehörte.<sup>214</sup>

Die Ausblendung dieser rechtlichen Möglichkeit spiegelt auch die stark emotionalisierte und vom persönlichen Hintergrund geprägte Einstellung der Abgeordneten Sigrid Skarpelis-Sperk wider: *„Meine Grundüberzeugung ist seit jeher: Kein Krieg! Das hat sicher mit meiner Sozialisation als Flüchtlingskind und somit als Opfer von Krieg und Vertreibung zu tun. Meiner Meinung nach darf die Bundeswehr lediglich zur Landesverteidigung zur Verfügung stehen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich bin keine Pazifistin. Aber ich bin gegen militärische Einsätze ohne weiteres Hinterfragen der Sinnhaftigkeit. Außerdem verbietet es die jüngere Geschichte Deutschlands, sich stark militärisch im Ausland zu engagieren.“*<sup>215</sup>

Dem widersprach Peter Struck scharf: *„Manche Leute werfen uns vor, wir hätten uns mit der Beteiligung an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr von unseren Prinzipien verabschiedet. Das ist Unsinn. Unsere Prinzipien stehen. Grundlegend geändert hat sich*

---

<sup>212</sup> Perspektiven einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik, in: SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.-19. November 1993, S. 991.

<sup>213</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S.257f.

<sup>214</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>215</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

*allerdings das internationale Umfeld, in dem sich diese Prinzipien bewähren müssen.* <sup>216</sup>

Allerdings fanden die biografischen Beweggründe für friedensbewegte Verhaltensmuster auch bei ihm Beachtung: *„Es gibt bis heute in Teilen meiner Partei Skepsis gegenüber den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Ich halte das für ehrenwert, auch wenn ich diese Skepsis nicht teile. Gerade ältere Mitglieder, die den 2. Weltkrieg noch selbst erlebt haben, fragen: Muss das wirklich sein? Hat deutsches Militär in der Geschichte nicht genug Schaden angerichtet? Es ist gut, dass es diese kritischen Stimmen gibt, denn sie zwingen alle Beteiligten dazu, sich immer wieder zu fragen: Ist ein Einsatz der Bundeswehr legitim, entspricht er unseren Interessen und nützt er der Sache? Ich bin überzeugt, dass das in allen Fällen, über die wir bisher zu entscheiden hatten, der Fall war.* <sup>217</sup>

An dieser Stelle ist eine Wurzel der Konflikte zu erkennen, die nach der Übernahme von Regierungsverantwortung aufbrechen werden. Die SPD hatte sich in Wiesbaden dazu entschieden, Geschlossenheit vor eine grundsätzliche und intensive Analyse der sich verändernden außenpolitischen Lage zu setzen. Somit blieb eine gründliche Debatte, die dringend notwendig gewesen wäre, aus.

Die oben geschilderte Priorität des Parteivorsitzenden, Geschlossenheit vor der Bundestagswahl zu zeigen, manifestierte sich dann auch in dessen „Bericht zur Lage“ in der ersten Sitzung des Vorstandes nach dem Parteitag: *„Rudolf Scharping sagte, nach dem Wiesbadener Parteitag habe sich die Stimmung für die Partei erheblich verbessert. Besonders wichtig sei, dass sie auf allen politischen Feldern (...) mittlerweile einen Kompetenzvorsprung vor der Union aufweise.“* <sup>218</sup> In der nächsten Sitzung des Parteivorstandes sollte mit Blick auf die Außenpolitik lediglich die Lage in Mittel- und Osteuropa, insbesondere die in Russland, angesprochen werden. <sup>219</sup>

---

<sup>216</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. Dezember 1993, S. 2.

<sup>219</sup> a.a.O., S. 7.



Zum Thema „Wehrpflicht“ fasste die SPD einen Beschluss, welcher bis zur Aussetzung der Wehrpflicht durch die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Jahr 2011 gültig blieb. Die Partei erkannte, dass durch einen geringeren Bedarf an Grundwehrdienstleistenden die wachsende Wehrungerechtigkeit zu einem Verfassungsproblem werden könne. Deshalb lautete der Beschluss: „Die SPD will die Wehrpflicht so lange wie möglich erhalten. Sie darf jedoch einer Verringerung unserer Streitkräfte nicht im Wege stehen.“<sup>220</sup> Als Alternativen wurden eine Freiwilligenarmee oder ein Mischsystem mit milizähnlicher Komponente angedacht.<sup>221</sup> Diese Forderungen blieben allerdings ohne hinlängliche Konkretisierung oder einer Erläuterung mit Fachleuten aus dem militärischen Sektor.

#### 4.1.4 Reform der Vereinten Nationen

Die SPD beschloss außerdem, dass die KSZE zu einem System kollektiver Sicherheit ausgebaut und die UNO derart reformiert werden solle, dass sie in der Weltgesellschaft verantwortlich für die Entwicklung einer Weltinnenpolitik sein könne. Ferner forderte die Partei den vollständigen Verzicht auf Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO sowie die Einlösung des Versprechens, dass bis zum Jahr 2000 alle Industrieländer 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen.<sup>222</sup>

Signifikant ist das Ergebnis zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden: Mit 70,4% erhielt Wieczorek-Zeul das schlechteste Ergebnis. Dies war sicher ein Ausdruck der turbulenten und polarisierenden Debatten auf dem Parteitag und in dessen Vorfeld, zu deren Schärfe Wieczorek-Zeul erheblich beigetragen hatte (siehe oben).

Die Beschlüsse der Partei 1993 wirkten „wie ein Mangel an Bereitschaft zu Veränderung. Die SPD blieb immer noch in den überholten Kategorien des Ost-

---

<sup>220</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.  
Kritisch dazu Naumann, Klaus: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, 1. Aufl., Berlin 1994, S. 152.

<sup>221</sup> Vgl. Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, S. 179.

<sup>222</sup> Ebd.

West-Konfliktes verhaftet. Anstelle eines neuen, kreativen außenpolitischen Programms beschränkte sich die Partei auf die Formulierung von Glaubensbekenntnissen. Es fehlte eine Diskussionskultur, welche die Partei befähigte, sich den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu stellen und eine zukunftsgerichtete Programmatik zu entwickeln.“<sup>223</sup>

#### 4.1.5 Der Bundestagswahlkampf 1994

##### 4.1.5.1 Aktuelle Problembereiche der Außenpolitik

Nach dem Wiesbadener Parteitag glätteten sich die innerparteilichen Wogen wieder, die Partei suchte noch stärker nach Geschlossenheit beim Eintritt ins sogenannte „Super-Wahljahr“ 1994.

In der ersten Sitzung des Parteivorstandes nach dem Jahreswechsel wies der im „Schattenkabinett“ für die Außenpolitik zuständige Hans-Ulrich Klose auf die Bedeutung außenpolitischer Überlegungen und Festlegungen für das Jahr 1994 hin. So enthalte die außenpolitische Agenda „den Rückzug aus Somalia Ende März, den 50. Jahrestag der Landung in der Normandie mit US-Präsident Clinton im Sommer, die deutsche Präsidentschaft in der EU im zweiten Halbjahr, den G-7-Gipfel in Neapel im Juni, den Abzug der Russen aus den ostdeutschen Bundesländern im August sowie der Alliierten aus Berlin im September. Damit müsse man rechnen.“<sup>224</sup>

Auf diesen Einwand des Außenpolitikers Klose hin folgten merkwürdigerweise keine Wortmeldungen, und dementsprechend auch keine weitere Diskussion im Parteivorstand. Dies kann als ein erneuter Hinweis darauf verstanden werden, welche geringen Stellenwert die Außen- und Sicherheitspolitik im Vorfeld der Bundestagswahl einnahm.

---

<sup>223</sup> Bruckmann, Wolfgang: Diskurs statt Erneuerung!, in: *Vorwärts* vom November 1993, S. 11.

<sup>224</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. Januar 1994, S. 4.

Lediglich Karsten Voigt berichtete später aus den USA, dass sich die US-Regierung auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Deutschland einstelle und weiterhin außenpolitische Handlungsfähigkeit von einer neuen Bundesregierung erwarte.<sup>225</sup>

Und Hermann Scheer vom linken Parteiflügel mahnte, „mögliche Hegemoniebestrebungen im Osten sorgfältig zu beobachten, da die Koalition die Außenpolitik sonst in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen könne.“<sup>226</sup>

Somit trat das Feilschen des linken und des rechten Parteiflügels um Zugeständnisse in der Außen- und Sicherheitspolitik hinter das Ziel eines Sieges bei der Bundestagswahl im Herbst des Jahres 1994 zurück.

Heidemarie Wieczorek-Zeul brachte die SPD gleich zu Beginn des neuen Jahres in Stellung gegen die Bundesregierung: Sie forderte die Regierung Kohl auf, keine Aufweichung der Rüstungsexportrichtlinien im Europäischen Ministerrat „hinter dem Rücken des Bundestages“ erreichen zu wollen.<sup>227</sup> Die Forderung nach verschärften Regelungen bei Waffenlieferungen war auf keinem SPD-Parteitag bisher umstritten gewesen - somit artikulierte Wieczorek-Zeul ein Ziel, dem sich die gesamte Partei anschließen konnte, ohne zuvor langwierige Abstimmungsprozesse in Gang zu setzen.

Die SPD befasste sich auch mit der anstehenden Osterweiterung der NATO. Einerseits sollte durch ein Ausgrenzen der unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands kein sicherheitspolitisches Vakuum entstehen, andererseits durfte durch die Ausdehnung der NATO auf das gesamte Gebiet des früheren Warschauer Paktes keine neue Blockgrenze hin zu Russland geschaffen werden. Die SPD plädierte für ein Zusammenwachsen der Systeme und eine Veränderung der NATO weg von einer reinen Verteidigungsallianz und hin zu einem System kollektiver Sicherheit.<sup>228</sup> Die Erweiterung sei als Chance und nicht als Gefahr zu

---

<sup>225</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. Januar 1994, S. 4.

<sup>226</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. Januar 1994, S. 4.

<sup>227</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1993/94, Bonn 1995, S. 69.

<sup>228</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 05/94.

(SPD-Bundesgeschäftsführer Verheugen beschreibt in einer Kolumne für die Braunschweiger

betrachten. Scharping sprach sich offen für eine Mitgliedschaft der neuen Demokratien Mitteleuropas in der NATO aus.<sup>229</sup> Durch „vorausblickende Stabilisierungspolitik“ statt „kurzfristigem Krisenmanagement“ wollte die Partei neue Akzente in der deutschen Außenpolitik setzen.

Grundlegende Gedanken dazu skizzierte der Parteivorsitzende Scharping vor Sicherheitsexperten auf der Wehrkundetagung im Februar 1994 in München: Nach seinem Verständnis konnte Sicherheitspolitik nicht mehr allein in Militär- und Bündniskategorien gedacht werden, sondern die Zerstörung der Umwelt und die Verelendung in manchen Teilen der Welt seien ebenfalls zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Vor diesem Hintergrund seien verstärktes multilaterales Handeln, eine Stärkung internationaler Organisationen sowie eine Verstärkung präventiver Diplomatie erforderlich. Zwangsläufig bedeute dies eine Reform der UNO, und diesbezüglich solle Deutschland seinen Beitrag leisten, dass „nicht das Recht des Stärkeren, sondern der Schutz des Schwächeren durch die Stärke des Rechts der bestimmende Maßstab“ werde.<sup>230</sup> Beachtung schenkt der Verfasser hier erneut einer Formulierung, die Scharpings Vertrauter Walter Kolbow auf dem Wiesbadener Parteitag in Anlehnung an Egon Bahr gebraucht hatte. Die inhaltliche Verbindung zu Kolbow darf hier ausdrücklich hervorgehoben werden.

Wie intensiv der Zusammenbruch des alten Ost-West-Gegensatzes die Beurteilung sicherheitspolitischer Lagen beeinflusst hatte, zeigte der Vergleich der obigen Rede Scharpings mit Wahlaussagen des rheinland-pfälzischen Oppositionsführers im Landtagswahlkampf 1986: „Wir leben in einem kleinen Bundesland. Aber kein Land ist so mit militärischen Einrichtungen überladen wie Rheinland-Pfalz (...) Ist das noch unsere Heimat, vollgestopft wie ein Waffenlager?“<sup>231</sup> Die Zeit des Umbruchs und des Endes der Ost-West-Konfrontation stellte neue Anforderungen an alle außenpolitischen Akteure, auch

---

Zeitung die Chancen und Risiken einer NATO-Osterweiterung.)

<sup>229</sup> Scharping, Rudolf: Was jetzt zu tun ist, München 1994, S. 204.

<sup>230</sup> SPD-Parteivorstand: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994, Bonn 1994, S. 2.

Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>231</sup> Rosenbaum, Ulrich: Rudolf Scharping, Berlin – Frankfurt a.M. 1993, S. 104f.

an sozialdemokratische. Das Einstellen auf diese Anforderungen war im Jahr 1994 offensichtlich noch sehr gering ausgeprägt.

Auch wenn keine grundsätzliche Behandlung außenpolitischer Positionen nach dem Wiesbadener Parteitag mehr erwünscht war und auch tatsächlich nicht mehr erfolgte, so leuchtete doch eine Debatte im Parteivorstand zu Beginn des Jahres 1994 kurz auf. Es ging um die aktuelle Frage, inwiefern die SPD Stellung zum Ablauf des NATO-Ultimatums an die Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina bezieht.

Heidi Wieczorek-Zeul schlug vor, die aktuelle Bewertung der Entwicklung in Bosnien von der außenpolitischen Grundsatzdebatte zu entkoppeln.<sup>232</sup> Verheugen bekräftigte dies und führte aus, dass eine außenpolitische Grundsatzdiskussion nicht sinnvoll sei.<sup>233</sup> Lediglich Katrin Fuchs „erinnerte an die außenpolitischen Parteitagsbeschlüsse und sagt, ihrer Auffassung nach sei die Situation der NATO in Bosnien nicht mit den Positionen der SPD vereinbar.“<sup>234</sup> Dabei blieb es dann jedoch. Eine diskursive Erörterung der Vorgänge auf dem Balkan blieb bewusst aus. Karsten Voigt wies ganz zum Schluss in der Reihe der Wortmeldungen noch auf einen sensiblen Punkt hin: Deutsche Offiziere waren in den integrierten Stäben an der NATO-Einsatzplanung beteiligt. Er bat darum, dies nicht-öffentlich zum Diskussionsthema zu machen.<sup>235</sup>

Auch hier wird deutlich: Die Außenpolitik sollte und durfte aus der Perspektive sozialdemokratischer Wahlkämpfer keine öffentliche Rolle spielen. Zurückhaltung war offensichtlich das nicht immer leicht einzuhaltende Gebot der Stunde. Dabei behandelte man an diesem Tag im SPD-Parteivorstand aber keine Randnotiz der Balkan-Krise: Es ging um einen Waffenstillstand für Sarajevo und die Entsendung einer zivilen UN-Mission dorthin. Der UN-Sicherheitsrat betonte „in diesem Zusammenhang die Achtung der Souveränität, territorialen Integrität

---

<sup>232</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Februar 1994, S. 4.

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Ebd.

<sup>235</sup> Ebd.

und politischen Unabhängigkeit der Republik Bosnien-Herzegowina und äußerte sich betroffen über die Situation in Maglaj, Mostar und Vitez<sup>236</sup>

Trotz der prekären Situation auf dem Balkan blieb es bei den wenigen Wortmeldungen. Der Formulierungsvorschlag des Parteivorsitzenden zur Lage in Bosnien wurde anschließend vom Parteivorstand gebilligt.<sup>237</sup>

In der Sitzung des Parteirates am darauffolgenden Tag gab es keinerlei außenpolitische Diskussionswünsche. Wie vernünftig der Parteiführung eine solche Enthaltensamkeit auf einem wichtigen Politikfeld erschien, wird durch eine Randbemerkung von Klose deutlich: Er „stellt fest, die notwendige Konzentration von Partei und Fraktion auf die wichtigen politischen Themen nehme der Bundesregierung, die sich am liebsten eine außenpolitische Krise und außenpolitischen Streit innerhalb der SPD wünsche, den Wind aus den Segeln.“<sup>238</sup> Diese – unwidersprochene - Wortmeldung belegte, dass die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1994 die Außen- und Sicherheitspolitik nicht als wichtiges politisches Thema betrachtete und vor allem nicht wünschte.<sup>239</sup>

So findet man im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl auch lediglich weiche Formulierungen wieder: „Auf Deutschland ruhen große Hoffnungen und Erwartungen. Wir wollen, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, ein zuverlässiger, berechenbarer Partner und ein guter Nachbar. Eine aktive, vorwärtstreibende deutsche Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Union, die sich an Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Völker orientiert, ist unser Ziel (...) Sozialdemokratische Außenpolitik verfolgt drei Kernziele: Frieden durch gewaltfreie Regelung von Konflikten, Freiheit von Unterdrückung und

---

<sup>236</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21 März 1994, Anhang „Resolutionen zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien“ der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, S. 18.

<sup>237</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Februar 1994, Anlage 1: „Der Abzug der serbischen Belagerer von Sarajevo ist ein Erfolg, vor allem für die dort lebenden Menschen. Insofern hat das NATO-Ultimatum Wirkung gezeigt. Die russische Politik hat dazu beigetragen, das Ende der Belagerung von Sarajevo zu ermöglichen. Dieser Erfolg darf nicht verdecken, dass andere Städte und Landesteile noch immer brutal zugrundegerichtet werden. Eine dauerhafte politische Lösung wird durch den Erfolg des Ultimatums aber nicht ersetzt. Um diese dauerhafte Lösung müssen sich alle Beteiligten, auch Griechenland gegenüber der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien, weiterhin bemühen.“

<sup>238</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 22. Februar 1994, S. 4.

<sup>239</sup> Es liegt in den Protokollen keine Wortmeldung vor, die der Außen- und Sicherheitspolitik mehr Gewicht im Bundestagswahlkampf verleihen wollte. Alle Redner beschränkten sich auf notwendige Berichte zur Lage in verschiedenen SPD-Landesverbänden, vermieden aber demonstrativ die grundsätzliche Diskussion in der Öffentlichkeit.

Ausbeutung, Wohlstand auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Solidarität (...) Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich für weitere drastische Abrüstung und eine wirklich defensive Strategie und Streitkräftestruktur der NATO einsetzen (...) Die Bundeswehr dient der Landesverteidigung. Sie nimmt ihre Aufgaben in der NATO als dem gemeinsamen Bündnis zur Verteidigung wahr. Dabei soll es bleiben. Darüber hinaus soll die Bundeswehr die UN unterstützen, damit diese ihre Aufgaben in friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen durchführen kann (...) An der allgemeinen Wehrpflicht halten wir fest. Die SPD steht dafür ein, dass die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen (...) gibt, unabhängig davon, ob solche Kriege unter dem Dach der UN, der NATO oder der WEU stattfinden.“<sup>240</sup>

#### 4.1.5.2 Scharping versus Schröder

In der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994 stellte Scharping einen Entwurf für das Regierungsprogramm zur Diskussion. Kurz zuvor begrüßte er seinen (ehemaligen?!) Rivalen um das Amt des Parteivorsitzenden, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder. Dieser hatte gerade die Landtagswahl in Niedersachsen gewonnen. Es war erkennbar, dass nach wie vor eine Rivalität zu Scharping vorhanden war, da Schröder mit indirekter Kritik an der mangelnden Unterstützung aus Bonn in seinem Landtagswahlkampf nicht sparte. Schröder führte aus, „dass die knappe absolute Mehrheit mit einer Stimme nun zur Disziplin zwingt. Alle notwendigen Entscheidungen in Niedersachsen seien bereits getroffen. Durch seine Parteiführung habe Rudolf Scharping beim Wahlerfolg in Niedersachsen sehr geholfen. Die Orientierung auf die absolute Mehrheit sei Mut zum Risiko gewesen, der in Bonn nicht immer verstanden worden sei. Dies sei jedoch mittlerweile geklärt. Wenn man die absolute Mehrheit für die SPD in Sicht habe, müsse man diese auch wollen.“<sup>241</sup>

Andere Vorstandsmitglieder nutzten Schröders Ausführungen, um Scharping zu unterstützen. So betonte allerdings auch zunächst Schröder selbst, „dass zur Führung der Partei auch inhaltliche Vorgaben durch den Parteivorsitzenden

---

<sup>240</sup> SPD-Parteivorstand: Regierungsprogramm 1994 „Reformen für Deutschland“, S. 72ff.

<sup>241</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994, S. 3.

gehörten, und die professionelle Führung der SPD ihm auch bei den Landtagswahlen in Niedersachsen geholfen habe. Dies sei eine Erfolgsvoraussetzung. Christoph Zöpel stellte fest, er habe dies ebenso gesehen. Heide Simonis erinnerte an den Vorwurf der Führungsschwäche an Björn Engholm und sagte, dies sei anders geworden.<sup>242</sup>

In der Vorbereitung der betreffenden Sitzung des Parteivorstandes baute allerdings das Vorstandssekretariat schon einer möglichen Eskalation der schwelenden Konkurrenz „Scharping versus Schröder“ vor: In einem Vermerk zur Unterrichtung des Parteivorsitzenden und des Bundesgeschäftsführers findet man zu TOP 1 „Bericht über die Landtagswahl in Niedersachsen“ den Hinweis: „Atmosphärisch zu beachten: Zu Beginn letzter Woche Irritationen, da Gerhard Schröder Eindruck hatte, Erich-Ollenhauer-Haus würde Ergebnis der Wahl herunterreden. Beschwerde Gerhard Schröders. Günter Verheugen und Pressestelle sind dem entgegengetreten.“<sup>243</sup>

Doch damit war der Konflikt nicht behoben. Schröder ließ immer wieder erkennen, dass er sich für den „besseren“ Kanzlerkandidaten hielt. Nach mehreren Interviews in verschiedenen Medien ging der Parteivorsitzende am 6. Juni auf die fortwährende Kritik an seinen Entscheidungen ein. Rudolf Scharping „verbitte sich öffentliche Ratschläge über die Medien. In Zukunft werde er dies nicht weiter akzeptieren und auch öffentlich entsprechend deutlich reagieren.“<sup>244</sup> Oskar Lafontaine unterstützte Scharpings Appell, aber Gerhard Schröder „entgegnet, trotz des Appells zur Geschlossenheit müsse man über einige politische Probleme sprechen (...) und darüber, ob eine Beratermannschaft oder legitimierte Gremien im Wahlkampf entschieden. Er nehme die Kritik an seinem Interview zur Kenntnis und werde sich nicht mehr öffentlich dazu äußern.“<sup>245</sup>

---

<sup>242</sup> Ebd., S. 10.

<sup>243</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994, Anhang „Vermerk Vorstandssekretariat“.

<sup>244</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 6. Juni 1994, S. 2

<sup>245</sup> Ebd.



Scharpings Verfahrensvorschlag, den Entwurf für das Regierungsprogramm am 2. Mai im Vorstand und dann noch einmal bis zum Parteitag in zwölf Wochen intensiv zu debattieren, billigte der Vorstand.<sup>246</sup> In der ganzen Diskussion über die Ergebnisse der „Kommission Regierungsprogramm“ meldete sich lediglich ein Sitzungsteilnehmer zur Außenpolitik zu Wort. Norbert Gansel forderte „präzisere Formulierungen in den außenpolitischen Abschnitten und zur Rüstungsexportkontrolle“.<sup>247</sup> Sonst vermerkte das Protokoll Wortmeldungen vornehmlich zu sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekten.<sup>248</sup> In seinem allgemeinen Bericht zur Lage begrüßte der Parteivorsitzende, „dass die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO Fortschritte machten, und in Bosnien eine Verständigung zwischen der kroatischen und der muslimischen Seite erfolge.“<sup>249</sup>

#### 4.1.5.3 Die Positionen des Kanzlerkandidaten Scharping

Wenn Scharping im Wahljahr einerseits die Probleme und Konflikte mit der Regierung auf dem wirtschafts- und sozialpolitischen Gebiet bei jeder Gelegenheit herausstrich, so war er auf dem Feld der Außenpolitik bemüht, keine Ängste vor einem Regierungswechsel in der Wählerschaft aufkommen zu lassen.<sup>250</sup> Es galt und gilt als ein ungeschriebenes Gesetz, dass bei einem Regierungswechsel außenpolitische Kontinuität möglichst gewahrt wird. Wenn, dann sollen Veränderungen in Einzelfragen erfolgen.

Scharping erklärte deshalb, dass es keine prinzipiellen Unterschiede in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Regierung und SPD gebe.<sup>251</sup> Mit Blick auf Bestandteile des Wahlprogramms von Bündnis90/Die Grünen grenzte sich Scharping sogar vom möglichen Koalitionspartner ab: „Im Zusammenhang mit

---

<sup>246</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994, S. 7.

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Vgl. ebd.

<sup>249</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994, S. 4.

<sup>250</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>251</sup> SPD-Parteivorstand: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994, S. 1.

sozialer und ökologischer Entwicklung füge ich hinzu: Die SPD wird auch nicht Partner einer Politik, die glaubt, man könne den Benzinpreis auf fünf DM erhöhen, die Bundeswehr auflösen oder aus der NATO ausscheiden oder diese auflösen.“<sup>252</sup> Für Scharping war es eine Leitlinie sozialdemokratischer Außenpolitik, dass „Deutschland ein verlässlicher Partner für friedliche Entwicklung und für Zusammenarbeit sein soll – gleichgültig in welchen internationalen Organisationen und in welchen außenpolitischen Zusammenhängen sich das vollzieht.“<sup>253</sup>

Doch Scharping führte auch aus, wo eine SPD-geführte Regierung die oben erwähnten Akzentverschiebungen vornehmen würde. So sei im Zuge einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union möglichst bald ein gemeinsamer Sitz der EU im Weltsicherheitsrat anzustreben, die Kooperation zwischen NATO und EU müsse intensiviert werden, das Konzept einer „Partnerschaft für den Frieden“ müsse in Einklang mit der KSZE gebracht und der Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen müsse eine besondere Priorität beigemessen werden.<sup>254</sup> Scharping forderte eine bessere Ausnutzung der diplomatischen und politischen Mittel der westlichen Staatengemeinschaft im Umgang mit Krisen und Konflikten. Er wollte nach der Bundestagswahl im Oktober 1994 eine Bundesregierung bilden, „die den Schutz von Mensch und Umwelt als weltweite Aufgabe annimmt, anstatt Waffen zu exportieren und junge Soldaten irgendwohin in den Krieg zu schicken.“<sup>255</sup> Aber: „Die Bundesrepublik Deutschland ist den Vereinten Nationen beigetreten, und sie hat damit Rechte und Pflichten übernommen. (...) Das war die Linie der Bundesregierung beim Eintritt in die Vereinten Nationen, das ist auch die Grundüberzeugung der heutigen Bundesregierung. Sie dürfen sich sicher sein: das wird die Grundüberzeugung deutscher Außenpolitik bleiben.“, so Scharping vor Fachleuten aus Sicherheitspolitik und Militär in München.<sup>256</sup>

---

<sup>252</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung des Parteivorstandes vom 18. März 1994, S. 4.

<sup>253</sup> Ebd.

<sup>254</sup> a.a.O., S. 3ff.

<sup>255</sup> SPD-Parteivorstand: Rudolf Scharping im Gespräch mit Hans-Joachim Friedrichs, Bonn 1994, S. 6.

<sup>256</sup> SPD-Parteivorstand: Schlusswort des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994, Bonn 1994, S. 2.

Tatsächlich hatte die Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren mit der stärksten Kontinentalarmee im NATO-Bereich die Rolle einer zumindest latenten Führungsmacht spielen gelernt.<sup>257</sup> Scharpings Absage an die Forderungen von Bündnis90/DIE GRÜNEN, aus der NATO auszutreten und die Bundeswehr aufzulösen, machten deutlich, „wie wenig der SPD-Chef im beginnenden Wahljahr mit extremen Positionen im Sinn hatte.“<sup>258</sup>

Das Regierungsprogramm von 1994 legte fest: „Sozialdemokratische Außenpolitik verfolgt drei Kernziele: Frieden durch gewaltfreie Regelung von Konflikten, Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung, Wohlstand auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.“ Außerdem: „Die Bundeswehr dient der Landesverteidigung. Sie nimmt ihre Aufgaben in der NATO (...) wahr. Dabei soll es bleiben. Darüber hinaus soll die Bundeswehr die UN unterstützen, damit diese ihre Aufgaben in friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen durchführen kann.“<sup>259</sup>

Offenkundig ging es Scharping und der SPD-Spitze darum, möglichst wenige Wähler in der wahlentscheidenden Mitte zu verschrecken.<sup>260</sup> Denn die Versuche der Regierungsparteien, die Sozialdemokraten als außenpolitische Laien darzustellen, waren unübersehbar. So forderte die FDP die Opposition im Deutschen Bundestag auf, sich nicht zu verweigern, sondern „ihrer außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden.“<sup>261</sup>

Am 2. Mai 1994 traf sich der Parteivorstand zur Vorbereitung des Parteitages in Halle. Der Entwurf für ein Regierungsprogramm wurde dem Parteitag zur Beschlussfassung empfohlen. Die Außen- und Sicherheitspolitik stand an letzter Stelle des 33 Seiten umfassenden Programms. Fünf Punkte subsumierte der

---

<sup>257</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994, S. 97.

<sup>258</sup> Rhein-Zeitung vom 19./20. März 1994, S. 7.

<sup>259</sup> SPD-Parteivorstand: Reformen für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 1994, Bonn 1994, S. 76.

<sup>260</sup> Forster, Kurt: Niemanden verschreckt?, in: Rhein-Zeitung vom 19./20. März 1994 (Kommentar zum Wahlprogramm der SPD).

<sup>261</sup> FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Das Programm der FDP zur Bundestagswahl 1994, Bonn 1994, S. 119.

Partei Vorstand unter der Überschrift „Eine Welt in Sicherheit und Frieden durch Mitverantwortung für globale Probleme, durch ökonomische Zusammenarbeit, durch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, durch Partnerschaft.“<sup>262</sup>

Folglich agierte Scharping auf dem Parteitag in Halle, der ihn zum Kanzlerkandidaten der SPD nominierte, in außenpolitischen Fragen eher vorsichtig. In seiner Bewerbungsrede um die Kanzlerkandidatur der Partei drückte er zunächst seine Zustimmung dazu aus, dass die Grundorientierung der deutschen Außenpolitik mit Blick auf das Ende der Ost-West-Konfrontation nach über vierzig Jahren nun nicht mehr umstritten war. Daraufhin folgte Balsam für die sozialdemokratische Parteiseele, indem Scharping den markantesten außenpolitischen Dissens zwischen der amtierenden Bundesregierung und seiner Partei darstellte: „Die Bundesregierung wird den außenpolitischen Konsens in den Grundfragen (...) zerstören, wenn sie weiterhin der närrischen Idee folgt, man müsse erst Waffen in die Welt schicken und hinterher junge Männer, die sie wieder einsammeln. Das nicht!“<sup>263</sup> Deutschlands Verantwortung bestehe in der Entfesselung menschlicher Möglichkeiten, nicht militärischer.

Mit diesen Aussagen traf Scharping die Stimmung in der Partei. An den Stellen seiner Rede in Halle, an welchen er auf die vermeintlich zu starke Fixierung der schwarz-gelben Koalition auf das Militärische einging, und gleichzeitig den Kontrast zu einer friedliebenden und abrüstungswilligen Sozialdemokratie zeichnete, erhielt er den meisten Beifall.<sup>264</sup>

Keine Rede mehr war hingegen von den möglichen Verpflichtungen, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen für das wiedervereinigte Deutschland ergeben konnten. Denn naturgemäß – so Karl Kaiser - bereitete es der SPD, die sich der friedlichen Konfliktregelung verschrieben hatte und sich der moralischen Verantwortung bewusst war, „Schwierigkeiten, sich auf die Weiterentwicklung der Außenpolitik durch Beteiligung an multilateralen Aktionen einzustellen.“<sup>265</sup>

---

<sup>262</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 2. Mai 1994, Anlage 1, S. 30ff.

<sup>263</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Wahlparteitages in Halle am 22. Juni 1994, Bonn 1994, S. 86.

<sup>264</sup> Vgl. ebd.

<sup>265</sup> Kaiser, Karl: Eine Welt in Sicherheit und Frieden, in: Scherer, Klaus-Jürgen und Heinrich Tiemann (Hg.): Wechsel '94. Das Regierungsprogramm der SPD. Stellungnahmen aus der Wissenschaft, Marburg 1994, S. 182.

Die sicherheitspolitische Ausrichtung der SPD kann – im wahrsten Sinne des Wortes - als „konservativ“ beschrieben werden, nämlich als eine Politik, die an Jahrzehnte alten Positionen festhielt und damit den Eindruck von Sicherheit beim Wähler schaffen sollte. So lautete eine Formulierung im Regierungsprogramm: „Die Bundeswehr dient der Landesverteidigung (...) Dabei soll es bleiben. Darüber hinaus soll die Bundeswehr die UN unterstützen, damit diese ihre Aufgaben in friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen durchführen kann. Dafür werden wir die verlässlichen Rechtsgrundlagen schaffen. Wir wollen eine verlässliche Bundeswehrplanung auf der Basis von 300.000 Mann Friedensstärke einschließlich der UN-Bereitschaftskräfte. An der allgemeinen Wehrpflicht halten wir fest. Die SPD steht dafür, dass die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und dass es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen, z.B. nach dem Muster des Golfkrieges, gibt, unabhängig davon, ob solche Kriege unter dem Dach der UN, der NATO oder der WEU stattfinden.“<sup>266</sup>

Ein wenig naiv mutet es an, wenn im Wahlprogramm die Hoffnung geäußert wird, dass die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes plötzlich eine friedliche Welt sein sollte: „Das Ende des Kalten Krieges hat noch nicht den Weltfrieden gebracht.“<sup>267</sup> Dass genau dieser Zusammenbruch zweier konfrontativer Systeme die Voraussetzungen dafür schaffen wird, dass unzählige schwelende Konflikte ausbrechen können, wird (nicht nur) die SPD in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.

Außerdem hatte sich ein Streit zwischen Scharping und Lafontaine an der Frage entzündet, ob deutsche Soldaten zum Schutz waffenfreier Zonen in Bosnien Gewalt anwenden durften. Auf diese weiter schwelende Kontroverse zwischen dem Parteivorsitzenden und einem seiner Stellvertreter wird noch weiter unten vor dem Hintergrund des Kosovo-Konfliktes eingegangen werden.

---

<sup>266</sup> SPD-Parteivorstand: Reformen für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 1994, S. 76f.

<sup>267</sup> a.a.O., S. 72.

Rudolf Scharping wurde nach dieser Rede mit 479 von 502 gültigen Stimmen (95%) zum Kanzlerkandidaten der SPD gewählt.<sup>268</sup> Die Gründe für die hohe Zustimmung zu Scharping mögen vielschichtig sein, sicher aber auch ein Ausfluss der Forderung prominenter Vorstandsmitglieder wie Günter Verheugen, Anke Fuchs und Oskar Lafontaine nach einem Parteitag, der „den Aufbruch der Partei und ihres Sieges- und Kampfeswillens“ vermittele und „dass der Parteitag ein Medienereignis sei, und Spannungsbogen und Inszenierung angemessen sein müssten.“<sup>269</sup>

In der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes im Herbst 1994 versuchte die SPD-Führung, das Thema `Wirtschaft und Arbeit` in den Mittelpunkt der Kampagne zu rücken. Dementsprechend blieb wenig Platz für eine medial wirksame Auseinandersetzung mit der Außen- und Sicherheitspolitik, meist war in den Wahlkampfauseinandersetzungen von Außenpolitik keine Rede.<sup>270</sup> In Pressemeldungen tauchte hin und wieder eine Forderung aus dem Regierungsprogramm der Partei auf. So kritisierte die im Schattenkabinett Scharpings als Europaministerin nominierte Heidemarie Wieczorek-Zeul erneut die geplante Lockerung der Rüstungsexportpolitik seitens der Bundesregierung.<sup>271</sup> Rudolf Scharping machte im Wahlkampf wiederholt deutlich, dass für ihn eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen ein Schwerpunkt sein würde. Dazu gehörte sowohl eine Stärkung des Sicherheitsrats als Entscheidungsorgan als auch die Möglichkeit, Kriege zu verhindern.<sup>272</sup>

Trotz der klaren „Ressortbildung“ innerhalb Scharpings Kompetenzmannschaft und trotz eines guten Ergebnisses bei der Nominierung zum Kanzlerkandidaten in Halle machte sich alsbald Unsicherheit und Nervosität bei den Sozialdemokraten hinsichtlich der Wahlchancen breit.

---

<sup>268</sup> Vgl. a.a.O., S. 156.

<sup>269</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 6. Juni 1994, S. 7f.

<sup>270</sup> Vgl. Glotz, Peter: Die Deutschen in der Zwickmühle, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 1994, Nr. 11, S. 994.

<sup>271</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 723/94 vom 14.09.1994.

(Erklärung von Heidemarie Wieczorek-Zeul zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft)

<sup>272</sup> Vgl. Scharping, Rudolf: Was jetzt zu tun ist, München 1994, S. 201.

In ihren sicherheitspolitischen Aussagen gingen die sozialdemokratischen Parteien Europas ein Stück weiter als die deutsche Sozialdemokratie. Denn den Primat von Konfliktprävention erkannten selbstverständlich auch sie an, aber die naive Haltung, dass man Gewalt von staatlicher Seite nicht mit Gewalt begegnen dürfe, machen sie sich nicht zu eigen: „Unsere wichtigste friedenspolitische Aufgabe ist der Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen armen und reichen Staaten. Denn als Insel des Wohlstands in einem Meer von Armut kann die EU nicht bestehen (...) Um Ursachen von Krisen und Konflikten möglichst vorbeugend entgegenzuwirken, wollen wir die Vereinten Nationen stärken und reformieren. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, Frieden zu sichern und Frieden durchzusetzen (...) Für den Frieden ist enge Zusammenarbeit wichtiger als militärische Stärke. Aber ohne Sicherheit vor militärischen Bedrohungen kann es keinen Frieden geben.“<sup>273</sup>

Nach der Niederlage bei der Europawahl im Juni 1994 richtete der Bundesgeschäftsführer in seinem „Bericht zur Lage“ nach einer bemerkenswerten Analyse der aktuellen Situation einen eindringlichen Appell an seine Kolleginnen und Kollegen: „Bei der Kanzlerfrage liege sowohl im Osten wie auch im Westen Rudolf Scharping nach wie vor deutlich vor Helmut Kohl. Angesichts dieser Situation sei der Versuch unverzichtbar, mit positiven Nachrichten die Stimmung für die SPD zu stabilisieren. Es gebe eine psychologische Schwäche der SPD, die sich in schwierigen Situationen zu leicht verunsichern lasse und damit Negativmeldungen verstärke. Er rate, so Günter Verheugen weiter, zu Selbstbewusstsein und dazu, den festen Willen zum Sieg deutlich zu machen. Im Moment gebe es keine die SPD stützende, veröffentlichte Meinung und jede Äußerung müsse darauf hin geprüft werden, ob sie gegen die Partei auslegbar sei.“<sup>274</sup>

In der ersten Sitzung des Parteivorstandes nach dem Parteitag in Halle stand die Analyse der Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sowie die Bewertung des Parteitages im Zentrum. Die Frage nach einer möglichen Wahl Reinhard Höppners zum Ministerpräsidenten im sachsen-anhaltinischen Landtag auch durch Stimmen von Abgeordneten der PDS unterlag einer eingehenden

---

<sup>273</sup> SPD-Parteivorstand: Manifest zu den Europawahlen im Juni 1994, S.10.

<sup>274</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 6. Juni 1994, S. 3.

Bewertung der Vorstandsmitglieder. Höppners Entscheidung, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu wagen, wurde vom Parteivorstand unterstützt, auch vom Vorsitzenden. Dieser wies jedoch mit Blick auf eine zu erwartende Angstkampagne der CDU/CSU vor einer kommunistisch geprägten Bundesregierung ab Herbst auf die Auswirkungen auf die Bundestagswahl hin: „Das öffentliche Gerede der CDU/CSU ist nichts anderes als eine abstoßende Lügenpropaganda. Damit soll verdeckt werden, dass die Politik von CDU/CSU und FDP hauptverantwortlich ist für das relative Erstarken der PDS. (...) Damit es nie ein Missverständnis gibt, füge ich hinzu: Die SPD wird in keiner Weise mit der PDS zusammenarbeiten. Wir nehmen die Wählerinnen und Wähler ernst, aber wir bekämpfen die PDS als Partei.“<sup>275</sup> Nach zahlreichen Wortmeldungen billigte der Vorstand die Erklärung des Vorsitzenden.

Unter TOP 3 erfolgte der Bericht aus der Bundestagsfraktion. In Stellvertretung für Hans-Ulrich Klose sprach Anke Fuchs „die bevorstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe zur Entsendung von Soldaten in Gebiete außerhalb des NATO-Vertragsgebietes an. Sie regt eine einheitliche Sprachregelung an, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes greifen soll. Sie muss auf der Basis des Wiesbadener Parteitagsbeschlusses und des Regierungsprogramms erfolgen. Dies wird vom Parteivorstand zur Kenntnis genommen.“<sup>276</sup>

Um es deutlich hervorzuheben: Die Diskussion über die Wahlaussichten der Partei nahmen in der Protokollierung der Wortbeiträge einen Raum von mehr als fünf Seiten ein, die Behandlung der Frage durch das Bundesverfassungsgericht, ob deutsche Soldaten in Zukunft uneingeschränkt an Auslandseinsätzen teilnehmen dürfen, erfährt in genau sechs Zeilen Aufmerksamkeit. Auch hier zeigte sich deutlich die Vernachlässigung außen- und sicherheitspolitischer Aspekte im laufenden Bundestagswahlkampf. Nach der Kurzberichterstattung durch Anke Fuchs wendete sich der Parteivorstand dann auch unverzüglich wieder der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes zu.<sup>277</sup>

---

<sup>275</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 4. Juli 1994, Anlage 1.

<sup>276</sup> a.a.O., S. 6.

<sup>277</sup> Vgl. a.a.O., S. 6ff.



Noch deutlicher wird die Fokussierung der gesamten Spitze der Partei auf die anstehende Bundestagswahl in der letzten Sitzung des Parteivorstandes vor der Wahl am 29. August. Die Sitzung ist in ihrer Dauer ungewöhnlich kurz (13.00 Uhr bis 15.30 Uhr). Der Grund hierfür lag im Verzicht auf langwierige Debatten durch die Sitzungsteilnehmer, vermutlich insbesondere wegen der Dichte wahrzunehmender Wahlkampftermine. Im Bericht zur Lage der Partei stellte der Vorsitzende den zu erwartenden Verlauf der Wochen bis zum Wahltermin dar und wies darauf hin, „dass die amtierende Bundesregierung in keiner bekannt gewordenen Umfrage eine Mehrheit besitze. Er sagt, jetzt müsse man die Konfrontation mit der Bundesregierung suchen. Hinter diesem Ziel müssten innerparteiliche Debatten zurückstehen.“<sup>278</sup> Doch auch dieser Appell Scharpings an seine Vorstandskollegen zu mehr Geschlossenheit verzeichnete eine kurze Halbwertszeit. Innerparteilich wurde –insbesondere mit Blick auf innenpolitische Fragestellungen - auch öffentlich weiter gerungen.

Einen kurzen sicherheitspolitischen Disput gibt es dann unter TOP 2 „Bericht der Bundestagsfraktion“. So kritisierte Karsten Voigt, „dass bisher deutsche Nachrichtendienste Erkenntnisse über gesetzwidrige Verhaltensweisen, beispielsweise bei illegalen Rüstungsexporten, nicht hätten nutzen können. Herta Däubler-Gmelin erläutert die Probleme zwischen BND und polizeilicher Tätigkeit und die im Verhältnis zu Staatsanwaltschaften und Gerichten und betont, dass die Union mit Hilfe des BND eine Kontrolle aller Telefonate ins Ausland einführen wolle. Es komme darauf an, dass auch die Bundesländer diese Erweiterung nachrichtendienstlicher Befugnisse ablehnten. Anke Fuchs weist ebenfalls die Forderung von Karsten Voigt zurück.“<sup>279</sup> Eine weitere Behandlung außen- bzw. sicherheitspolitischer Fragestellungen neben diesem geschilderten, sehr speziellen Randthema vor der Bundestagswahl in den Führungsgremien der Partei ist nicht dokumentiert.

---

<sup>278</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. August 1994, S. 2.

<sup>279</sup> a.a.O., S. 4.

Aus der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 ging die SPD gestärkt hervor, jedoch reichte der Stimmenanteil nicht, um die amtierende Koalition mit Hilfe von Bündnis90/Die Grünen abzulösen. Die amtierende CDU/CSU/FDP-Koalition hatte einen Vorsprung von zehn Mandaten.<sup>280</sup> Rudolf Scharping legte um 0.00 Uhr in der Nacht zum Wahlsonntag sein Amt als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident nieder und wurde in den darauffolgenden Tagen zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Trotz eines Zugewinns von 2,9 Prozentpunkten hatte die SPD die Wahl nicht für sich entscheiden können und landete in der Opposition. Scharping startete aber gerade wegen der Zugewinne zunächst gestärkt als SPD-Chef und Oppositionsführer in die neue Legislaturperiode.<sup>281</sup>

#### 4.1.5.4 Analyse der Bundestagswahl 1994

In der ersten Sitzung des Parteivorstandes nach der Wahl dankte Scharping den anwesenden Mitgliedern des Parteivorstandes „und der gesamten Partei für den engagierten Wahlkampf. Er stellte fest, man habe das Ziel des Regierungswechsels zwar nicht erreicht, aber eine strategisch günstige Ausgangsposition für die nächsten vier Jahre geschaffen. (...) Er stellte außerdem fest, dass die Regierungskoalition angesichts ihrer ungewöhnlich knappen Mandatsmehrheit ihre Stabilität zunächst noch unter Beweis stellen müsse.“<sup>282</sup>

Aufschlussreich ist eine erste Wahlanalyse des Bundesgeschäftsführers am 17. Oktober 1994: Verheugen „teilt mit, dass die Wahlkampfmaterialien des Parteivorstandes auf großen Zuspruch gestoßen und zum Teil vergriffen seien. Die im Wahlkampf zutage getretenen strukturellen Probleme müssten nunmehr angegangen und gelöst werden. Insbesondere im Hinblick auf die Mediensituation müsse man die Meinungsbildung zulasten der SPD durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten deutlich machen, die jedoch auch bei einzelnen Zeitungen vorgekommen sei. Die SPD habe so gut wie keine Medienunterstützung gehabt.

---

<sup>280</sup> Vgl. Focus „Wahl spezial“ vom 18. Oktober 1994: Insgesamt erhielten CDU/CSU 41,5%, die SPD 36,4%, FDP 6,9% und Bündnis90/DIE GRÜNEN 7,3% der Stimmen. Die PDS erhielt 4,4%, sicherte sich jedoch durch den Gewinn von drei Direktmandaten den Einzug in den Bundestag.

<sup>281</sup> Vgl. Glotz, Peter: Die Deutschen in der Zwickmühle, in Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 1994 Nr. 11, S. 995.

Vgl. Focus „Wahl spezial“ vom 18. Oktober 1994, S. 7.

<sup>282</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. Oktober 1994, S. 2.

Entgegenwirken könne man dem nur durch eine Stärkung des Parteiapparates als Kommunikationsinstrument. Ein weiteres Merkmal des Wahlkampfes sei gewesen, dass wichtige gesellschaftliche Gruppen mit Ausnahme der Gewerkschaften nicht auf Seiten der Partei gestanden hätten. Dies sei zum Teil auf die Vernachlässigung der Kontakte zu den Vorfeldorganisationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zurückzuführen (...) Außerdem müsse die Partei sich stärker als bisher in den gesellschaftlich-geistigen Diskurs einschalten und diesen nicht nur alle vier Jahre kurz vor der Bundestagswahl organisieren (...) Die politische Lage sei dadurch gekennzeichnet, dass Bundeskanzler Kohl einen Autoritätsverfall und massive Schwierigkeiten mit der FDP als Koalitionspartner bekommen werde, die ein erhöhtes Profilierungsbedürfnis habe. Seine Mehrheit sei relativ knapp, allerdings dürfe man die Bundesratsmehrheit der SPD nur vorsichtig handhaben. Notwendig sei im Medienzeitalter mehr als früher die Geschlossenheit der Partei als Voraussetzung für eine effiziente Oppositionspolitik.<sup>283</sup>

Ein ehemaliger Vorsitzender der SPD sah mit Blick auf selbstbewusste und machtorientierte Ministerpräsidenten in den Ländern offenkundig schon dunkle Wolken am Horizont der deutschen Sozialdemokratie aufziehen und mahnte deshalb Geschlossenheit an: „Hans-Jochen Vogel bekundet seinen Respekt für das Bundestagswahlergebnis, das die stärkste Veränderung zugunsten der Partei seit 1961 gebracht habe. Er nennt das Engagement auf vielen Ebenen der Partei vorbildlich und erinnert an die große Standfestigkeit von Rudolf Scharping sowie die Bedeutung der Geschlossenheit der Parteispitze. Die Ausgangslage sei ähnlich gut wie 1965, wobei jedoch für die Zukunft die Einigkeit in der Parteiführung und zwischen Fraktion und Bundesrat entscheidend sein werde.“<sup>284</sup>

Eine Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF gab der SPD-Führung aus wahltaktischer Sicht insofern Recht, dass der Verzicht auf eine Fokussierung der Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne einer Mehrheit der Wähler gewesen sei. So habe „die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung und das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die größere Kompetenz der

---

<sup>283</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 17. Oktober 1994, S. 4.

<sup>284</sup> a.a.O., S. 2.

Koalition maßgeblich zum Wahlausgang beigetragen. Abgesehen von dem Wirtschaftsthema gab es laut ZDF fünf weitere Themen, die für die Wählerinnen und Wähler besonders wichtig waren: Arbeitslosigkeit, Ausländer/Asyl, Innere Sicherheit, Umwelt und Wohnen. Während die Union beim Thema „Innere Sicherheit“ vorne lag und es beim Thema „Ausländer/Asyl“ einen Gleichstand zwischen den Parteien gab, wurde bei den übrigen Themen der SPD eine größere Kompetenz zugewiesen. Vor allem in der Endphase des Wahlkampfes war eine starke Personalisierung spürbar. In der Direktwahlfrage lag der Amtsinhaber Helmut Kohl mit 49% nur knapp vor Rudolf Scharping, der mit 44% ein für einen Herausforderer außergewöhnlich gutes Ergebnis erzielte. Bei den Popularitätswerten lagen beide Politiker fast gleichauf: Rudolf Scharping erzielte einen Wert von + 0,9, Helmut Kohl + 1,0.“<sup>285</sup>

Diese parteiunabhängige Analyse ließ zwei Rückschlüsse im Sinne des Parteivorsitzenden zu:

- a) mit den ermittelten Persönlichkeitswerten war und ist Rudolf Scharping der richtige Gegenkandidat zum amtierenden Bundeskanzler
- b) das Setting der Themen war exakt so, dass der Kompetenzvorsprung für die SPD zukünftig einen Wahlerfolg auf Bundesebene wahrscheinlich werden ließ.

Diese beiden Punkte negierten nunmehr aber automatisch eine inhaltliche oder personelle Neuausrichtung oder Weiterentwicklung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen. Aus den Gesprächsprotokollen und den Analysetexten kann man schlussfolgern, dass ein „Weiter so“ im Oktober 1994 als folgerichtig empfunden wurde und somit die Voraussetzungen für das Scheitern Scharpings als Parteichef geschaffen wurden.

Da am 16. Oktober 1994 neben der Bundestagswahl auch noch Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und in Thüringen sowie Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen stattfanden, verwendete der

---

<sup>285</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 17. Oktober 1994, Anlage „Kurzanalyse der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994“ -Textteil-, S. 6.

Partei Vorstand weitere Zeit auf die Berichterstattung aus den jeweiligen Ländern sowie der dazugehörigen Analysen und Aussprachen.<sup>286</sup>

#### 4.1.6 Wohin steuert die SPD? Der Führungsstreit nach der verlorenen Wahl

##### 4.1.6.1 Wahlnachlese

Die 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages entwickelte sich schon von Beginn an sehr unruhig für die Sozialdemokratie. Kurz nach der Bundestagswahl konnte sich scheinbar niemand mehr aus der Führungsebene<sup>287</sup> an die vor der Wahl viel beschworene Einigkeit und Geschlossenheit erinnern.

Rudolf Scharping wollte von Bonn aus als Partei- und Fraktionsvorsitzender die Linie der SPD vorgeben. Doch in den zurückliegenden zwölf Jahren – seit dem Regierungswechsel 1982 - hatte die SPD in einigen Ländern regionale Wahlen klar für sich entschieden. Somit „standen dem SPD-Chef mehrere selbstbewusste Ministerpräsidenten aus den Reihen der SPD gegenüber, und diese hatten eigene Vorstellungen, spezifische Länderinteressen und waren einflussreich genug, um ihre bundespolitischen Mitspracherechte nicht einfach beim Partei- und Fraktionschef abzugeben.“<sup>288</sup>

Schon im Dezember 1994 waren die Debatten um den Kurs der SPD innerhalb der Parteiführung derart intensiv und öffentlich, dass die Kritik an diesen Debatten inzwischen auch Raum in den Parteivorstandssitzungen einnahm. So betonte am 5. Dezember Herta Däubler-Gmelin, „es habe ja leider schon häufiger Gelegenheit gegeben, unbedachte Äußerungen oder bewusste Disziplinlosigkeiten von einigen Spitzenpolitikern der SPD zu kritisieren. Die Streitereien zum Sozialstaat und zu Bosnien seien nur ein neues schädliches Beispiel, das die SPD-Mitglieder immer mehr verärgere. Es sei erstaunlich, wie sich mangelnde Disziplin und gezielte

---

<sup>286</sup> a.a.O., S. 2.

<sup>287</sup> Der Verfasser bezeichnet als solche Präsidium und Vorstand der SPD.

<sup>288</sup> Herres, Volker und Klaus Waller: Gerhard Schröder. Der Weg nach Berlin, München 1998, S.170.

Tabu-Verletzung für einige in der SPD-Spitze offensichtlich immer wieder auszahle.<sup>289</sup>

Zum Ende des Jahres 1994 hin änderte sich die außenpolitische Lage. Die Spannungen im ehemaligen Jugoslawien nahmen zu, und sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch im NATO-Bündnis reiften Überlegungen zu einem militärischen Eingriff von außerhalb in den blutigen Konflikt.

Nun fand sich auch in den Gremiensitzungen der SPD die Außenpolitik wieder. Im Dezember 1994 beschäftigte sich die Partei damit noch eher am Rande, aber doch so, dass eine intensivere Beschäftigung mit dem Bürgerkrieg auf dem Balkan schon bald zu erwarten war. In TOP 1 „Zur Lage“ sprach Rudolf Scharping die folgenden Themen an: „Sitzung der Sozialistischen Internationale in Budapest, Bundestagswahlkampf '94, Modernisierung der Wirtschaft, Steuer- und Finanzpolitik 1995, politische Auseinandersetzung mit der PDS und aktuelle Lage im ehemaligen Jugoslawien (...) Die Äußerungen von Hans-Ulrich Klose, die Moslemenklave Bihac militärisch von Bundeswehrsoldaten schützen zu lassen, sieht der Parteivorsitzende in dieser Stoßrichtung als wenig hilfreich an. Nach seiner Ansicht wurden sie auch dahingehend geäußert, um bewusst politische Wellen zu schlagen. Dabei ist wiederum das Problem aufgetaucht, dass die Debatten zwischen Sozialdemokraten zur Außen- und Sicherheitspolitik die Schwierigkeiten verdecken, anstatt sie zu beseitigen.“<sup>290</sup>

Scharping wies den Parteivorstand darauf hin, dass Verheugen „zu der Situation in Bihac in einem Interview alles gesagt“ habe.<sup>291</sup> Einzig Norbert Gansel mochte sich diesbezüglich zu Wort melden und bemerkte, dass „sich die SPD hier in einer Schiefelage in der Diskussion befindet. Die Frage des Einsatzes der ECR wird sich im Falle eines Rückzuges der UNO auf jeden Fall anders stellen.“<sup>292</sup>

Mit Blick auf die außenpolitische Kompetenz der politischen Konkurrenz war es dann lediglich noch Karsten Voigt, der in einer von Wahlnachlese und

---

<sup>289</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 5. Dezember 1994, S. 8.

<sup>290</sup> a.a.O., S. 2f.

<sup>291</sup> a.a.O., S. 9.

<sup>292</sup> Ebd.

Innenpolitik dominierten Vorstandssitzung das Wort zur Außenpolitik ergriff. Er „unterstützt den Parteivorsitzenden in seiner Auffassung, dass der Umgang mit der PDS auch vor dem internationalen Hintergrund gesehen werden muss. So ist die Aufnahme der ungarischen, slowakischen und slowenischen Sozialisten in die Sozialistische Internationale nur erfolgt, weil sich diese Parteien nach dem Umbruch in Osteuropa erneuert haben. Diese Erneuerung fand in der PDS nicht statt. Er weist die Mitglieder des Parteivorstandes darauf hin, dass die PDS in ihrem Parteiprogramm die NATO ablehnt. Deshalb ist auch eine Zusammenarbeit auf Bundesebene auszuschließen.“<sup>293</sup>

Am darauffolgenden Tag waren die Ausführungen Scharpings im Parteirat der SPD schon weitergehender. So berichtete Scharping den Anwesenden, dass „die Sozialistische Internationale auf ihrer Sitzung in Budapest einige osteuropäische Parteien, unter anderem die ungarische Partei von Gyula Horn, aufgenommen habe. Im Hinblick auf die Anfrage der NATO zum Einsatz deutscher Tornado-Kampfflugzeuge in Bosnien sagte Rudolf Scharping, der Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien sei nicht akzeptabel, und die Partei dürfe nicht den in der Regierungskoalition zwischen Bundesaußenminister Kinkel und Bundesverteidigungsminister Rühle ausgebrochenen Streit durch eigene interne Auseinandersetzungen verdecken. Die weitere Entwicklung in der Europäischen Union bewertete er als schwierig. Bundeskanzler Kohl habe die deutsche Ratspräsidentschaft für seinen Wahlkampf missbraucht und keine Fortschritte erzielt. Auch die französische Präsidentschaft drohe im dortigen Wahlkampf unterzugehen. In der EU müsse die sozialdemokratische Linie wieder stärker betont werden.“<sup>294</sup>

Im Parteirat zeichnete sich ein ähnliches Bild bei der Schwerpunktsetzung der Diskussionsredner ab. Zahlreiche Wortmeldungen zur Zusammenarbeit mit der PDS, zur Wirtschafts-, Sozial- und Asylpolitik sind dokumentiert – doch auf Scharpings außenpolitische Ausführungen ging laut Protokoll keines (!) der anwesenden Parteiratsmitglieder ein.<sup>295</sup>

---

<sup>293</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 5. Dezember 1994, S. 5.

<sup>294</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 6. Dezember 1994, S. 3.

<sup>295</sup> Vgl. a.a.O., S. 2ff.

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder profilierte sich - wie weiter oben schon mehrfach beschrieben - grundsätzlich gegen die Linie der Bonner Parteiführung: Er sicherte sich Schlagzeilen, indem er über aus seiner Sicht antiquierte Parteidogmen lästerte und den Chef der eigenen Partei „durch den Kakao zog“.<sup>296</sup> Der damalige Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, mahnte ebenfalls zu innerparteilicher Geschlossenheit: „Wenn jemand in absehbarer Zeit in der SPD die Chance hat, Kanzler zu werden, dann gibt es nur einen: Das ist Scharping. Das habe ich Schröder schon fünfmal erzählt, aber der glaubt das nicht.“<sup>297</sup> An dieser Stelle ließe sich trefflich über die Fähigkeiten zur Einschätzung politischer und persönlicher Perspektiven durch führende Sozialdemokraten im Jahr 1994 streiten. Dies sei aber hier unterlassen.

Als Schröder im Sommer 1995 davon sprach, dass es nicht mehr um sozialdemokratische oder konservative Wirtschaftspolitik ginge, sondern um moderne oder unmoderne, entließ ihn Scharping am 31. August 1995 als wirtschaftspolitischen Sprecher der Partei.<sup>298</sup>

Verschiedene Mitglieder der SPD-Führung nutzten die Monate bis zum Parteitag im Oktober, um sich mit Stellungnahmen im Führungsstreit der SPD zu profilieren. Die Kabale an der Spitze ließen die Partei führungs- und richtungslos erscheinen, sodass die SPD in Umfragen unter die 30-Prozent-Marke fiel, während die Union bei 47 Prozent lag.<sup>299</sup>

---

<sup>296</sup> Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 236f.

<sup>297</sup> Köpf, Peter: Der Neue, S. 190.

<sup>298</sup> Herres, Volker und Klaus Waller: Gerhard Schröder. Der Weg nach Berlin, München 1998, S. 172.

Vgl. DER SPIEGEL Nr. 37/ 1995, S. 26ff.

<sup>299</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 239.



#### 4.1.6.2 Der Führungsstreit verstärkt sich

Schon im Januar 1995 konnte eine dramatische Verschärfung des Streits in der SPD-Führung festgestellt werden. Die hessische Landtagswahl stand an, und diese wollte die Parteiführung als eine erste Denkmittelwahl gegen die im Herbst 1994 wiedergewählte Bundesregierung nutzen. So sagte Heidemarie Wieczorek-Zeul in der Vorstandssitzung am 30. Januar 1995, dass der Wahlkampf in Hessen nun in Gang gekommen sei „und man versuche, ihn auch gegen die Maßnahmen der Bundesregierung in Bonn zu wenden. Sie bitte darum, eigene Äußerungen sorgfältig abzuwägen, da sich eine parteiinterne Diskussion als Mobilisierungshindernis niederschlagen könne. Insbesondere gehe es darum, die außenpolitische Linie der Partei nicht ständig in Frage zu stellen (...). Dann könne die hessische Landtagswahl mit Rückenwind aus Bonn zum Erfolg werden.“<sup>300</sup> In dieser Sitzung meldete sich ebenfalls Norbert Gansel zu Wort. In seinen Positionierungen stand er Wieczorek-Zeul bekanntlich meist entgegen, so auch dieses Mal. Da er friedensschaffende Einsätze unter Beteiligung der Bundeswehr befürwortete, bezeichneten ihn einige „Genossen“ als Bellizisten. Am 30. Januar plädierte Norbert Gansel dafür, „eventuell notwendige Entscheidungen, die vom Parteitagbeschluss abweichen könnten, im Parteivorstand zu diskutieren und wehrt sich gegen die Bezeichnung als Bellizist.“<sup>301</sup>

Damit war eine (wenn auch nur kurze) außenpolitische Debatte im Parteivorstand eröffnet. Wieczorek-Zeul erinnerte daran, „dass Ende Dezember keine Präsidiumssitzung zu diesem Thema mehr zustande gekommen sei und verweist auf Parteitagbeschlüsse, die eine Beteiligung Deutschlands an Kriegseinsätzen nicht erlaubten. Sie stellt fest, vor einer Entscheidung im Deutschen Bundestag müsste eine Entscheidung in den Parteigremien fallen, und es gebe keine rechtliche Verpflichtung zur Hilfe aus dem NATO-Vertrag.“<sup>302</sup> Reinhard Klimmt pflichtete Wieczorek-Zeul bei und betonte, „dass es einen Waffeneinsatz nur zur Selbstverteidigung und aus Bündnisverpflichtungen heraus geben dürfe, zu denen der Schutz eines Rückzuges der UNPROFOR aus Jugoslawien nicht gehöre.“<sup>303</sup>

---

<sup>300</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Januar 1995, S. 6.

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> Ebd.

<sup>303</sup> Ebd.

Dem widersprach nun Norbert Gansel (das Protokoll beschränkt sich leider lediglich auf diese Feststellung).<sup>304</sup>

Rudolf Scharping schlug vor, falls Entscheidungsbedarf entstehe, sollten „notwendige Entscheidungen in der Sitzung des Parteivorstandes am 20. Februar getroffen werden.“<sup>305</sup> Ansonsten gelte die beschlossene Linie mit den vier Kernpunkten:

- 1) „Aufrechterhaltung der Präsenz der Vereinten Nationen im früheren Jugoslawien
- 2) die Stärkung des Mandates der UN
- 3) die Beibehaltung des Waffenembargos und
- 4) eine generelle, nicht Einzelheiten festlegende Hilfsbereitschaft.“<sup>306</sup>

Die Sitzung offenbarte, dass es einen tiefen Graben zwischen den beiden Flügeln innerhalb der SPD gab. Ein weiterer Hinweis darauf, dass dem Parteivorsitzenden Scharping von führenden Sozialdemokraten nicht unbedingt Unterstützung zukommen sollte, lässt sich mit Blick auf die Teilnehmerliste entnehmen: Der stellvertretende Parteivorsitzende Oskar Lafontaine hatte sich zuvor entschuldigt, Gerhard Schröder fehlte ohne Abmeldung.

In der vorgelagerten Präsidiumssitzung am 9. Januar 1995 hatten die UN-Beauftragten für das ehemalige Jugoslawien, Thorvald Stoltenberg und Hans Koschnick, über die sicherheitspolitische Lage auf dem Balkan berichtet: „Hans Koschnick sagte eingangs, dass er seit seiner Tätigkeit in Mostar feststelle, dass er trotz seiner dreißigjährigen Befassung mit Jugoslawien das Land eigentlich nicht richtig gekannt habe. Für den heutigen Konflikt spielten die historischen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, aber auch ihre Behandlung durch Tito eine große Rolle. Dieser habe die Auseinandersetzung zwischen den Serben auf der einen und den Muslimen und Kroaten auf der anderen Seite nicht beseitigt, sondern durch Druck zugedeckt (...). Die Chancen einer Versöhnung sehe er eher in langfristiger Perspektive, da der Bürgerkrieg sehr tiefe menschliche und politische Gräben aufgerissen habe (...). Er halte die

---

<sup>304</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Januar 1995, S. 7.

<sup>305</sup> Ebd.

<sup>306</sup> Ebd.

aktuelle deutsche Diskussion über eine Beteiligung am Schutz eines eventuellen UNPROFOR-Rückzuges für ein Scheingefecht, da in diesem Falle Deutschland die anderen europäischen Nachbarn nicht allein lassen könne. Eine Diskussion über eine aktuelle Unterstützung der UNPROFOR durch deutsche Tornados sei derzeit unsinnig.<sup>307</sup>

Der Präsidiumsbericht enthielt eine abschließende Zusammenfassung, in der nochmals Kontinuität in der Positionierung der deutschen Sozialdemokratie betont wurde: „An der anschließenden längeren (sic!) Diskussion beteiligten sich fast alle Mitglieder des Präsidiums. Dabei wurde u.a. über die Haltung der SPD zur deutschen Außenpolitik gegenüber dem früheren Jugoslawien und dem UNO-Einsatz dort sowie die politischen Perspektiven in Bosnien und die deutsche Unterstützung eines eventuellen UNPROFOR-Rückzuges gesprochen. Es bestand Einigkeit darüber, dass dazu derzeit kein Entscheidungsbedarf bestehe und die Bundesregierung in der Pflicht sei, ihre entsprechenden Angebote zu begründen.“<sup>308</sup>

In der Sitzung des Parteivorstandes am 20. Februar kam es zu keiner weiteren Debatte über die Außenpolitik. Diskussionen über die künftige Steuer- und Energiepolitik wurden geführt.

Interessant erscheint ein beiläufiger Einwand von Johannes Rau. Während die Bundes-SPD weiterhin auf eine rot-grüne Mehrheit nach der nächsten Bundestagswahl setzte, warnte der Ministerpräsident des an Einwohnern stärksten Bundeslandes „vor einer Bezeichnung der rot-grünen Koalition in Hessen als bundesweites Modell, da man in Nordrhein-Westfalen auf den Ausbau der absoluten Mehrheit setze.“<sup>309</sup> Von einer absoluten Mehrheit im Bund war die SPD in allen Umfragen allerdings weit entfernt, so dass der Hinweis von Rau keine weitere Erörterung erfuhr.

---

<sup>307</sup> SPD-Parteivorstand: Bericht des Präsidiums zur Vorlage in der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Januar 1995, S. 4.

<sup>308</sup> Ebd.

<sup>309</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 20. Februar 1995, S. 2.

In der PV-Sitzung vom 20. März 1995 spitzte sich der Streit zwischen beiden innerparteilichen Lagern nun auch auf persönlicher Ebene zu. Norbert Gansel stellte dort fest, dass die SPD „auf Grund fehlender oder langweiliger Konzepte junge Wähler verliere. Er erläuterte weiter seine Unterstützung für eine deutsche Beteiligung am Schutz eines eventuellen Abzuges der UNPROFOR aus dem früheren Jugoslawien, was jedoch eine Entscheidung des Parteivorstandes oder eines außerordentlichen Parteitages voraussetze, und stellt fest, er akzeptiere daran sachliche, aber nicht persönliche Kritik wie die durch Oskar Lafontaine, die klargestellt werden müsse. Oskar Lafontaine sagt, seine Kritik richte sich gegen die wiederholten Verletzungen der außenpolitischen Parteitagsbeschlüsse, die beendet werden müssten. Persönliche Angriffe seien von ihm nicht beabsichtigt (...). Norbert Gansel betont in seiner Antwort, die Unterstützung eines eventuellen Rückzuges der UNPROFOR sei kein Kriegseintritt und die Nennung von Argumenten gegen Parteitagsbeschlüsse sei kein Verstoß gegen diese.“<sup>310</sup>

Rudolf Scharping hielt noch einmal fest, dass es keinen Grund gebe, den zur Lage im früheren Jugoslawien gefassten Beschluss zu verändern. Dieser Konsens sei die adäquate Antwort für den Umgang der SPD mit diesem Thema.<sup>311</sup> Auch in dieser Sitzung fehlte der niedersächsische Ministerpräsident Schröder unentschuldig.<sup>312</sup>

Am 21./22. Mai veranstaltete der Parteivorstand eine Klausurtagung in Bad Breisig. Rudolf Scharping beglückwünschte Johannes Rau, der mit 46% der Stimmen bei der Landtagswahl zwar die absolute Mehrheit verloren, aber dennoch ein beeindruckendes Ergebnis erzielt hatte. Rau blieb auch hier noch einmal bei seiner Warnung vom Februar: Er betonte, dass die auf eine absolute Mehrheit der Partei orientierte Wahlkampfstrategie richtig gewesen sei. Er wies darauf hin, dass es dort Verluste gegeben habe, wo es innerhalb der Partei streitige Auseinandersetzungen gegeben habe. Politisch gebe es sehr große Differenzen zwischen den Positionen der Grünen und der SPD. Rau bat darum, NRW nicht als Versuchsland für mögliche politische Konstellationen im Bund zu betrachten.<sup>313</sup>

---

<sup>310</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 20. März 1995, S. 4.

<sup>311</sup> Vgl. Ebd.

<sup>312</sup> Vgl. a.a.O., Anwesenheitsliste S. 4.

<sup>313</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Klausur des Parteivorstandes am 21./22. Mai 1995, S. 4.

Die zweitägige Klausur befasste sich mit einer Vielzahl von Themen. So standen die Analysen der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und in Bremen ebenso auf der Agenda wie auch die Konzeption zur Sozialhilfe, das Rentenüberleitungsgesetz oder das Jahressteuergesetz 1996.<sup>314</sup>

In den intensiven Aussprachen lässt sich jedoch kein Hinweis auf eine außen- oder sicherheitspolitische Diskussion finden. Einzig Heidemarie Wieczorek-Zeul war mit der Bemerkung vertreten, dass „die SPD ihre Positionen nicht an Meinungsumfragen ausrichten dürfe, sondern auf Meinungsbildung und Meinungsführerschaft setzen müsse. Das in Fortschritt `90 erarbeitete Konzept dürfe nicht länger zurückgestellt werden, da Politik mit Themen gemacht werde. Dabei dürfe sich die SPD nicht auf Traditionsthemen reduzieren, sondern sie könne aus den Themen Außenpolitik sowie aus der Frauenpolitik wesentlich mehr herausholen.“<sup>315</sup> Dem folgte keine weitere Diskussion. Es zeigte sich somit auch im März 1995, dass der Außenpolitik keine intensive Auseinandersetzung in Form einer grundsätzlichen Debatte mit anschließender Orientierung gewidmet wurde.

Scharping blieb bei seiner Linie. Außenpolitisch verfolgte er die Ziele, die er auch vor der Bundestagswahl genannt hatte. Ohne den Zwang zu integrativ wirkenden Formulierungen vor einer Wahl konnte der SPD-Chef nun jedoch verbindlicher in der Sache auftreten. Er erläuterte, dass für die Sozialdemokratie ein fortgesetztes Engagement der USA in Europa eine wesentliche Garantie für die Stabilität des Kontinents sei. Einem Rückzug von Verantwortung der Amerikaner sehe er mit Sorge entgegen.<sup>316</sup> Den Tschetschenien-Krieg bezeichnete Scharping als unverhältnismäßig in der Anwendung der Mittel und als einen Rückfall Russlands in sowjetische Verhaltensweisen. Eine Erweiterung der EU nach Osten unterstützten die Sozialdemokraten aus „politisch-strategischen wie ökonomischen Gründen“.<sup>317</sup>

---

<sup>314</sup> Vgl. a.a.O., S. 8.

<sup>315</sup> a.a.O., S. 10.

<sup>316</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 5. Februar 1995, Bonn 1995, S. 5.

<sup>317</sup> a.a.O., S. 7.

In der Mitte des Jahres 1995 eskalierte dann aber die innerparteiliche Diskussion über den weiteren Umgang mit der fortwährenden Krisensituation auf dem Balkan. Scharping bezeichnete die Art der innerparteilichen Diskussion als „für ihn nicht mehr nachvollziehbar.“<sup>318</sup> Er kritisierte die Art und Weise, wie verschiedene Mitglieder in der Öffentlichkeit miteinander umgingen. Er verlangte deshalb vom Parteivorstand eine Linie in dieser Frage, die er auch nach außen vertreten könne.<sup>319</sup> Nach Auffassung von Oskar Lafontaine musste sich die Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland „langfristig orientieren. Die frühe Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die Europäische Union sei ein politischer Fehler gewesen. Die europäische Integration sei nach seiner Auffassung nicht gleichbedeutend mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oder einer Glaubensgemeinschaft, sondern mit der Integration der demokratischen Staaten und einer Vielzahl von Menschen (...). Die NATO müsse weiterhin in ihrem alten, politisch definierten Rahmen beachtet werden. Es gebe für Deutschland daher keinen Auftrag zur Selbstverteidigung oder zur Intervention (...). Nach seiner Auffassung dürfe die deutsche Bundeswehr keine Kampftruppen und Kampfflugzeuge nach Bosnien abstellen.“<sup>320</sup> Günter Verheugen plädierte dafür, dass die SPD weiterhin die Linie verfolge, die sie auch in Somalia verfolgt habe: „Keine Bodentruppen, keine Kampfflugzeuge. Er rät dringend dazu, die Frage der Tornado-Kampfflugzeuge nicht weiter zu diskutieren (...) Die NATO dürfe nur unter der Verantwortung der UN eingreifen.“<sup>321</sup>

Für Norbert Gansel war die Diskussion ebenfalls nicht nachvollziehbar: Für ihn gehe es in Bosnien um die Frage der Solidarität. Er würde jede Hilfe nach Bosnien geben, die denkbar ist. Deshalb werde er sich auch nicht an den Beschluss des Parteitages halten, sondern nach seinem Gewissen im Bundestag abstimmen.<sup>322</sup> Karsten Voigt ging noch einen Schritt weiter als Gansel. Er deutete nun die Definition von „humanitären Einsätzen“ (die nach aktueller Beschlusslage der SPD im Einzelfall zulässig wären) um: „Der Einsatz von Kampfhubschraubern zur Befreiung eines US-Soldaten sei kein Kampfeinsatz

---

<sup>318</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Juni 1995, S. 5.

<sup>319</sup> Vgl. ebd.

<sup>320</sup> Ebd.

<sup>321</sup> a.a.O., S. 4.

<sup>322</sup> Vgl. ebd.

gewesen, sondern ein humanitärer Einsatz.“<sup>323</sup> Mit Blick auf sein mögliches Abstimmungsverhalten als Mitglied des Deutschen Bundestages schloss sich Voigt seinem Vorredner Gansel an: „Wenn die Bundesregierung von den Vereinten Nationen gebeten wird, Tornados einzusetzen, werde er diesem Antrag im Deutschen Bundestag zustimmen.“<sup>324</sup> Auch die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier, pflichtete Gansel und Voigt bei: „Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es keinen Handlungsbedarf, der eine voreilige Festlegung rechtfertigen würde. Sie kritisiert Oskar Lafontaine für dessen Äußerung, die Abstimmung im Bundestag zu diesem Punkt nicht freizugeben. Die Entsendung der Tornados sei für sie genauso eine Gewissensentscheidung wie die zur Reform des § 218.“<sup>325</sup>

Die außenpolitische Wortführerin der Parteilinken, Wieczorek-Zeul, entgegnete ihren Vorrednern, sie zerstörten den Partiefrieden: „Heidi Wieczorek-Zeul weist darauf hin, dass mit dem Vorstoß von Norbert Gansel, Karsten Voigt und anderen ein Großteil derjenigen Mitglieder verprellt werde, der sich der Entscheidung für die Blauhelme in Wiesbaden zähneknirschend gebeugt habe. Es gebe sicherlich abweichende Positionen innerhalb der SPD. Aber es müsse klar sein, was die politische Richtung der SPD sei. Für sie ist der Kernbestandteil der Sozialdemokratie die friedliche Nutzung von Waffen.“<sup>326</sup> Auffällig ist an dieser Stelle des Protokolls, dass offenbar niemand nachfragt, wie denn Waffen generell friedlich genutzt werden können.

Christoph Zöpel fachte die Auseinandersetzung mit Lafontaine weiter an, indem er die moralischen Aspekte der Frage nach einem Militäreinsatz noch einmal thematisierte. Er „erklärt, dass er die Vorlage mittragen wird. Er sei jedoch nicht bereit, sich moralischen Anstand – wie Oskar Lafontaine immer betone – aufzwingen zu lassen. Wenn Menschen Gewalt geschieht, ist es für ihn moralisch verantwortlich, diesen zu helfen. Es sei daher unverschämt, jemanden, der sich darüber seine Gedanken macht, als unmoralisch zu verurteilen. Der demokratische

---

<sup>323</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 12. Juni 1995, S. 5.

<sup>324</sup> Ebd.

<sup>325</sup> Ebd.

<sup>326</sup> Ebd.

Sozialismus habe auch nicht ohne die Gewalt der Revolution seinen Weg gemacht.<sup>327</sup>

Scharping erklärte sodann öffentlich: „Die Lage im ehemaligen Jugoslawien hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschlechtert. Der Krieg ist wieder ausgebrochen. Die Einheiten von UNPROFOR werden von den bosnischen Serben daran gehindert, ihren humanitären Auftrag zu erfüllen. Wir verurteilen die Geiselnahme von Angehörigen der UNPROFOR durch die bosnischen Serben und die dauernde Verletzung der Schutzzonen als einen barbarischen Akt. Der SPD-Parteivorstand bekräftigt, dass der Konflikt in Bosnien nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann, um das Leiden der Bevölkerung zu beenden. (...) Den Einsatz von deutschen Bodentruppen und Kampfflugzeugen lehnen wir ab. Er würde darüber hinaus, aufgrund der besonderen historischen Situation, im ehemaligen Jugoslawien die Konflikte verschärfen, den Krieg eskalieren und politische Lösungen erschweren (...).“<sup>328</sup>

#### 4.1.6.3 Diskussion über die Wehrpflicht

Im Sommer 1995 diskutierte die Partei die Frage, ob die Wehrpflicht noch zeitgemäß sei. So plädierte der Abgeordnete Dieter Heistermann für die Wehrpflicht, da bei keinem anderen Modell die gesellschaftliche Integration der Soldaten so stark sei wie bei Wehrpflichtstreitkräften.<sup>329</sup> Der Abgeordnete Hans Wallow forderte, dass sich die Fortdauer der Wehrpflicht nach der zukünftigen Sicherheitslage und nicht nach „den Kampfeinsatzphantasien der Generäle“ zu richten habe.<sup>330</sup>

---

<sup>327</sup> Ebd.

<sup>328</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 276/95

<sup>329</sup> Vgl. *Vorwärts* Nr. 5/1995, S. 15.

<sup>330</sup> ebd.



#### 4.1.6.4 Gerangel im Sommer 1995

Das Gerangel an der Parteispitze verschärfte sich. Der Streit in der SPD hatte ausschließlich einen machtpolitischen Aspekt: Würde Lafontaine Parteichef und bliebe Scharping Fraktionsvorsitzender – das ließe Raum für einen Kanzlerkandidaten Schröder.<sup>331</sup> In der Sitzung des Parteivorstandes am 3. Juli 1995 verlangte Peter Glotz, „dass sich der Parteivorstand deutlich gegen die Kritik am Parteivorsitzenden ausspricht.“<sup>332</sup> Einen interessanten Analysebeitrag zum Führungsstreit steuerte Franz Müntefering bei. Er „stellt fest, dass die Debatte über Personen in der Partei zeige, dass innerhalb der Partei die Parlamente und ihre Apparate an politischem Gewicht gewonnen und die Parteistruktur verloren habe.“<sup>333</sup> Damit spielte Müntefering auf das Verhalten Gerhard Schröders an, mittels der Medien seine eigene Person ständig in den Mittelpunkt zu rücken und inhaltliche Diskussionen dadurch eine Richtung zu geben, ohne dass die manchmal schwerfälligen Parteigremien eine Chance der Einwirkung hätten. Schröder selbst ließ verlauten, dass Scharping jemand sei, „dessen professionelle Arbeit ich respektiere, aber das war’s dann auch.“<sup>334</sup>

Scharping sagte mit Blick auf den anstehenden Bundesparteitag in Mannheim, „dort müssten die Linien der Politik behandelt und beschlossen werden. Mit eventuell auftretenden Interessengegensätzen könne man rational umgehen (...).“<sup>335</sup>

In der letzten Sitzung des Parteivorstandes vor dem Bundesparteitag sprach auch Lafontaine die Interessengegensätze an, warb aber für eine Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten: „Er erinnert an den Erfolg der sog. Troika im Bundestagswahlkampf und bedauert die Beendigung der dort begonnenen Zusammenarbeit. Seiner Einschätzung nach komme es jetzt mehr als bisher darauf an, Aufgaben zu teilen und zu verteilen. Daher plädiere er für klare Verantwortungsbereiche im Präsidium (...) In den letzten Tagen sei über eine andere Aufgabenverteilung in der Parteispitze diskutiert worden, wofür er sei. Da

---

<sup>331</sup> Anda, Bela und Rolf Kleine: Gerhard Schröder. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 221.

<sup>332</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 3. Juli 1995, S. 4.

<sup>333</sup> a.a.O., S. 5.

<sup>334</sup> Köpf, Peter: Der Neue, S. 192.

<sup>335</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 3. Juli 1995, S. 5.

dies nur konsensual möglich sei, habe man sich nicht dazu durchgerungen, was er sehr bedauere (...) Die Partei habe nur dann eine Chance, wenn die derzeitige Parteiführung enger zusammenarbeite, wozu auch der Versuch einer Einbeziehung von Gerhard Schröder gehöre.“<sup>336</sup>

In dieser Sitzung des Parteivorstandes sprach sich außer der neu gewählten Juso-Bundesvorsitzenden, Andrea Nahles, niemand offen gegen eine erneute Wahl von Scharping zum Parteivorsitzenden aus. Nahles „gibt zu Protokoll, dass der Juso-Bundesvorstand sich einstimmig für eine Trennung der Funktion des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden ausgesprochen habe, da man eine Konzentration auf die jeweilige Aufgabe zur Profilierung der Partei für notwendig halte.“<sup>337</sup>

Doch Scharping wird dem Parteitag einstimmig (sic!) zur Wiederwahl als Vorsitzender vorgeschlagen. Der Parteichef trägt seinen Dank auffallend emotionslos und formelhaft vor: „Rudolf Scharping dankt dem Parteivorstand für das ausgesprochene Vertrauen und sagt, er werde seinen Beitrag zu einer kooperativen, vertrauensvollen Parteiführung leisten.“<sup>338</sup>

---

<sup>336</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Oktober 1995, S.5.

<sup>337</sup> a.a.O., S.6

<sup>338</sup> Ebd.

## 4.2 Die SPD wechselt die Spitze aus

### 4.2.1 Lafontaine ersetzt Scharping

Während der ersten Sitzung des Parteivorstandes in Mannheim zur Vorbereitung des Parteitages wurde eine Stellungnahme zum Bosnien-Konflikt verabschiedet. Darin hieß es unter anderem: „(...) Die Menschen müssen auch darauf vertrauen können, dass der Krieg nicht wieder aufflammt. Dazu soll eine international zusammengesetzte Friedenstruppe nach Abschluss eines Friedensabkommens auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen entsandt werden (...) Voraussetzung ist, dass alle Konfliktparteien dem Mandat einschließlich der deutschen Beteiligung zugestimmt haben, dass Grundlage zeitgleich ein befristetes UN-Mandat ist, dass die Einheiten keinen Kampfauftrag erhalten, deutsche Einheiten nicht in Bosnien-Herzegowina stationiert sind und Grundwehrdienstleistende nicht eingesetzt werden.“<sup>339</sup>

Bis zu diesem Punkt erschien der Parteitag noch harmonisch und unspektakulär. Doch dieser Eindruck täuschte. Auf dem Mannheimer Parteitag kam es zu einem regelrechten „Showdown“ im Kampf um die Führung der Partei. Am ersten Tag der Versammlung verstärkten sich die Gerüchte, dass Lafontaine gegen Scharping für den Parteivorsitz kandidieren werde. Scharping erbat daraufhin - nach seiner Erinnerung - eine klare Entscheidung Lafontaines und des Parteitages.<sup>340</sup>

Scharfe Kritik an Lafontaines Vorgehen kommt von Kurt Beck, der ihm sogar mangelndes Verständnis vom Umgang miteinander innerhalb einer Demokratie vorwirft: *„Ich kritisiere nicht, dass es eine Kandidatur gegen den Vorsitzenden gab. Das ist Demokratie. Es ist das Spiel, welches gespielt wurde und mich abgestoßen hat. Lafontaine hätte am Morgen des Parteitages zu Scharping gehen und ihm die Gründe für seine Kandidatur darlegen sollen. Stattdessen nutzte er seine Rede als Vorsitzender der Antragskommission, um Stimmung gegen Scharping zu machen. Ich habe es so empfunden, dass Lafontaine ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Gegen Scharping stellten sich Leute, die er*

---

<sup>339</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November 1995, Anlage 1.

<sup>340</sup> Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

*zuvor sehr gefördert hatte. Zum Beispiel Andrea Nahles. Ihre heutige Arbeit bewerte ich übrigens als beachtenswert positiv und erfolgreich. Es entstanden Verletzungen, die tief in die Partei hinein gewirkt haben. Für den rheinland-pfälzischen Landesverband, dem ich vorstand, war es allein mit Blick auf die im März 1996 anstehende Landtagswahl ein Tiefschlag – es herrschte eine depressive Stimmung. Das Verhalten Lafontaines passte nicht zum geschichtlichen Bewusstsein der SPD, in dem Solidarität immer eine hervorgehobene Rolle spielte.*<sup>341</sup>

Am 16. November 1995 hatte der Parteitag entschieden: Mit 321 zu 190 Stimmen gewann Oskar Lafontaine die Kampfabstimmung und wurde neuer Vorsitzender der SPD.<sup>342</sup> Trotzdem zeigte sich der bisherige Vorsitzende seiner Partei loyal gegenüber und kam dem drängenden Wunsch des unmittelbar im Anschluss an die Wahl des Vorsitzenden tagenden Präsidiums nach, als stellvertretender Vorsitzender in der Parteiführung weiter zu arbeiten. Tagungspräsident Hans Eichel machte daraufhin die vielsagende Bemerkung, dass vielleicht doch etwas daraus werde, „dass wir aufeinander zugehen und die solidarische Spitze kriegen“.<sup>343</sup>

Der Mannheimer Parteitag ließ Beobachtungen eines neuen Phänomens zu, das einer „Cäsarisierung“ der SPD: Derjenige – nämlich Gerhard Schröder - hatte Erfolg gehabt, der nicht direkt mit den Mitgliedern und Funktionären, sondern größtenteils über die Medien seine Meinung kommunizierte. Diese „Umschiffung“ der herkömmlichen Parteistrukturen schien ein Gebot im Medienzeitalter und konnte zu einer cäsaristischen oder präsidentiellen Partei führen.<sup>344</sup> Schröder profitierte erheblich von der Abwahl Scharpings – schließlich war die Frage nach einem Kanzlerkandidaten für die nächste Bundestagswahl 1998 nun wieder vollkommen offen.

Interessant erscheint die Tatsache, dass einer der engsten Vertrauten Scharpings, sein Nachfolger als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und der als einer von

---

<sup>341</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>342</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14. – 17. November 1995, S. 507.

<sup>343</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14. – 17. November 1995, S. 510.

<sup>344</sup> Lösche, Peter: Die SPD nach Mannheim: Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B6/96, S. 27.

mehreren Tagungspräsidenten in Mannheim amtierende Kurt Beck, einen direkten Einfluss Schröders auf Lafontaines Kandidatur ausschließt: *„Gerhard Schröder mag im Vorfeld an Diskussionen über Scharping beteiligt gewesen sein. Ich weiß aber ganz sicher, dass er an der Übereinnahme durch Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag nicht beteiligt war.“*<sup>345</sup>

Das Auswechseln des Vorsitzenden bedeutete für die SPD zunächst einen weiteren Fall in den „Umfragekeller“. Bis in die Mitte des Jahres 1996 blieb die Stimmung für die Partei anhaltend schlecht.<sup>346</sup>

Die außen- und sicherheitspolitischen Beschlüsse des Mannheimer Parteitages waren als Weiterentwicklung der Beschlüsse von Wiesbaden konzipiert.

Rudolf Scharping räumte der Außenpolitik auf diesem Parteitag einen hohen Stellenwert ein und betonte in seiner Eröffnungsrede (noch als Vorsitzender), dass es weiterhin notwendig sei, gemeinsame Sicherheit in OSZE, NATO und UNO zu organisieren. Wer Deutschland regieren wolle, dürfe das Land nie aus dieser Integration herauslösen, und: *„Wenn die Vereinten Nationen um Hilfe und Beteiligung bitten, kann kein deutscher Bundeskanzler dies von vornherein ablehnen.“*<sup>347</sup>

Mit diesem Satz schob der bisherige Parteichef die deutsche Sozialdemokratie ein Stück in Richtung Regierungsfähigkeit. Zum ersten Mal sprach ein führender Sozialdemokrat aus, dass es keine sicherheitspolitischen Tabus im Falle einer Regierungsübernahme geben könne. Zwar sahen dies Akteure wie Lafontaine und Wiczorek-Zeul anders. Scharping „genoss“ nach seiner Abwahl allerdings eine gewisse „Beißhemmung“, die nicht zuletzt aus einem schlechten Gewissen seiner innerparteilichen Rivalen entstand. Scharping war weg vom Steuerrad, mehr wollten Lafontaine und Schröder nicht gemeinsam schaffen.

---

<sup>345</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>346</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002, S. 242.

<sup>347</sup> „Die Beschlüsse von Wiesbaden weiterentwickeln“, in: SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14. – 17. November 1995, S. 49f.

Zum Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien meinte Scharping: „Wenn dieser Frieden einer militärisch gesicherten Garantie bedarf, dann soll sich Deutschland daran beteiligen. Nicht im Sinne von Kampf, aber im Wissen darum, dass es Zeiten gibt, in denen man Sicherheit auch auf diese Weise und nur auf diese Weise für Menschen schaffen kann.“<sup>348</sup>

#### 4.2.2 Neue Wege mit Blick auf Bosnien

In einer kurzfristig anberaumten Sitzung des Parteivorstandes nach Lafontaines Wahl zum neuen Parteivorsitzenden erklärte dieser, dass er mit Rudolf Scharping über entsprechende Formulierungen im Hinblick auf die Tornados in Bosnien gesprochen habe und es „keine unnötige Diskussion über dieses Thema geben müsse.“<sup>349</sup> Norbert Gansel wies in der gleichen Sitzung noch einmal „auf eine mit einer Entscheidung gegen die Friedensmission verbundene internationale und nationale Isolation hin.“<sup>350</sup>

In der Diskussion über den außenpolitischen Leitantrag des Parteivorstandes zeigte sich, dass die Beschlüsse von Wiesbaden wohl richtungweisend waren, jedoch vom konservativen Flügel der SPD weiterhin nicht als langfristig veranschlagtes Dogma betrachtet wurden.

Im ersten Teil des Mannheimer Leitantrages ging es somit zunächst noch einmal um die Bestätigung der Wiesbadener Beschlüsse, insbesondere in Bezug auf die Festlegung, wo und mit welchen Mitteln die SPD bereit sei, der Bundeswehr die Beteiligung an UNO-Einsätzen zu gestatten. Im zweiten Teil sollte die Frage der NATO-Osterweiterung behandelt werden.<sup>351</sup> In der folgenden Debatte drehte sich jedoch alles um die Frage nach friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen, respektive einer deutschen Beteiligung.

---

<sup>348</sup> a.a.O., S. 50.

<sup>349</sup> Ebd.

<sup>350</sup> Ebd.

<sup>351</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 730.

Karsten Voigt, der außenpolitische Sprecher der Fraktion, begann die Aussprache auf dem Parteitag mit einer sehr differenzierten Sichtweise. Er plädierte für Kontinuität in der Frage einer zivilen Schwerpunktsetzung in der Lösung des Jugoslawienkonfliktes. Allerdings konnte er sich nicht vorstellen, dass die SPD im Bundestag gegen ein von UNO, NATO, EU und den Konfliktparteien unterzeichnetes Gesamtpaket – welches militärisches Vorgehen beinhalten könnte - stimmen würde. Es dürfe keinen deutschen Sonderweg in der Außenpolitik geben.<sup>352</sup> Schon in der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November hatte Voigt seiner Befürchtung Ausdruck verliehen, dass sich die SPD mit dem zur Abstimmung vorliegenden außenpolitischen Antrag international isolieren werde und sich daraus die Frage ergebe, ob man dem Einsatz in Jugoslawien zustimme oder nicht.<sup>353</sup> Der Delegierte Joachim Schuster hingegen kritisierte, dass Krieg scheinbar auch für Deutschland immer mehr zu einem Mittel der Politik werde.<sup>354</sup> Deshalb sprach er sich klar für einen deutschen Sonderweg aus. Die Fehler der anderen müsse Deutschland nicht nachmachen.

Rudolf Scharping, nun neuer stellvertretender Vorsitzender der SPD, meldete sich daraufhin zu Wort. Die Bundestagsfraktion solle einer Friedensmission im ehemaligen Jugoslawien unter deutscher Beteiligung zustimmen. Er hielt es für unvertretbar, dass die SPD nach Einigung aller Konfliktparteien im Kriegsgebiet noch glaubhaft sagen könne: Deutschland wird sich nicht beteiligen.<sup>355</sup> Der Delegierte Jörg Jordan sah den schlechten Zustand der Partei im November 1995 auch dadurch begründet, dass die Beschlüsse von Wiesbaden nur vom linken Parteiflügel ernstgenommen wurden. Außenpolitische Sprecher der Partei – welche wie Karsten Voigt alle dem rechten Flügel angehörten - hätten so getan, als galten diese Beschlüsse für sie nicht.<sup>356</sup>

---

<sup>352</sup> Vgl. a.a.O., S. 732ff.

<sup>353</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November 1995, S. 4.

<sup>354</sup> a.a.O., S. 737.

Vgl. Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 246: „Ich höre so oft, dass die Deutschen keinen Sonderweg beschreiten sollten, aber ich muss dann daran erinnern, dass sie zu Beginn einen Sonderweg beschritten haben, als sie gegen die Widerstände in Paris, in London und in Washington die Anerkennung der Teilstaaten durchgesetzt haben.“

<sup>355</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 739.

<sup>356</sup> Vgl. a.a.O., S. 741.

Zum Schluss der Debatte ergriff der neue SPD-Vorsitzende, Oskar Lafontaine, das Wort. Die Debatte war – gemessen an vorherigen Parteitagen – äußerst kurz ausgefallen. Die großen außenpolitischen Kontroversen wurden überhaupt nicht ausgetragen.<sup>357</sup> Der Grund war nach Meinung von Teilnehmern des Parteitages die Sorge der Parteiführung, dass nach der Kampfkandidatur um den Vorsitz ein außenpolitischer Streit zur weiteren Eskalation im Ringen um Macht und Einfluss innerhalb der SPD hätte beitragen können.<sup>358</sup>

Lafontaine führte aus, welche zwei Meinungen dort auf dem Parteitag aufeinander prallten: Die erste Auffassung sei die, dass man durch Kampfeinsätze im Auftrag der UNO Frieden erzwingen könne. Die zweite Auffassung verwerfe solche Kampfeinsätze. Diese zweite Meinung sei nach wie vor die Überzeugung der großen Mehrheit der SPD.<sup>359</sup>

In einer sehr kurzen, auf seine bisherigen Veröffentlichungen verweisenden Antwort auf die Fragen des Verfassers deutet Oskar Lafontaine auch knapp siebzehn Jahre nach seinem plötzlichen Ausscheiden aus allen Führungsfunktionen in SPD und Bundesregierung auf die damalige Beschlusslage: „Eine Minderheit in der SPD, darunter auch Rudolf Scharping, hat immer wieder versucht die Zustimmung der SPD auch zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr durchzusetzen. Eine Mehrheit dafür gab es aber nie.“<sup>360</sup> Lafontaine ließ für sich selbst keine Überlegungen darüber zu, ob sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen oder die Rolle der Bundesrepublik Deutschland dergestalt verändert hatten, dass auch die SPD neue Antworten auf neue Fragen hätte finden müssen. Hier liegt eine bedeutende Wurzel für die Flucht Lafontaines aus aller Verantwortung im März 1999. Darauf wird später noch eingegangen werden.

---

<sup>357</sup> Vgl. Lösche, Peter: Die SPD nach Mannheim: Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B6/96, S. 21.

<sup>358</sup> Vgl. Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, Wirges, 26. Juni 2005.

Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>359</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 742.

<sup>360</sup> Antwortmail an den Verfasser vom 04. Januar 2016.



Mit Blick auf seine außenpolitische Positionierung gehörte der Parteichef mittlerweile zu den linken Traditionalisten.<sup>361</sup> Damit polarisierte er oft die SPD, sehr zum Leidwesen von Günter Verheugen, Karsten Voigt oder Norbert Gansel.<sup>362</sup> Gansel hatte schon auf der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November – noch unter Leitung des Vorsitzenden Scharping – zu Protokoll gegeben, „dass es seiner Ansicht nach bei dem Antrag zur Außenpolitik nicht nur um Jugoslawien und die UNO gehe, sondern um das verantwortbare Risiko, mit der das Projekt Europäische Union vorangetrieben werde.“<sup>363</sup>

Lafontaine erweiterte den Handlungsspielraum Scharpings als Spitze der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion überraschenderweise sehr deutlich: Denn in welchem Rahmen die Bundestagsfraktion einer Beteiligung der Bundeswehr an humanitären Einsätzen zustimmen konnte, sollte in der Fraktion jedes Mal am konkreten Einzelfall geprüft werden. Scharping und Lafontaine verständigten sich darauf, dass die Fraktion in dieser Frage freie Hand habe. Trotzdem wollte Lafontaine die große Linie für eine Diskussion im Bundestag selbst vorgeben: „Die Wählerinnen und Wähler (...) werden aus dieser Debatte, an der ich mich gegebenenfalls beteiligen werde, mitnehmen, dass wir mit großer Mehrheit – das gilt auch für die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag – gegen Kampfeinsätze sind. Daran wird es überhaupt keinen Zweifel geben.“<sup>364</sup>

Schon an dieser Stelle kann man eine wichtige formale Differenz zwischen Lafontaine und dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder ausmachen. Denn für Schröder waren Festlegungen von Bundesparteitagen kein Dogma. Er wettete, dass in der SPD Parteitagebeschlüsse ernster genommen würden als die Fähigkeit, in den politischen Prozess einzugreifen.<sup>365</sup>

Der Leitantrag legte die SPD noch einmal auf die Beschlüsse von Wiesbaden fest. Die allgemeinen Tendenzen zu militärischer Intervention müssten aufgehalten und

---

<sup>361</sup> Vgl. Kritisch zu diesem Begriff Grebing, Helga: Sozialdemokratische Zustände, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 9/1999, S. 1033f.

<sup>362</sup> Vgl. DER SPIEGEL Nr. 47/1995, S. 29.

<sup>363</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November 1995, S. 4.

<sup>364</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 745.

<sup>365</sup> Vgl. Köpf, Peter: Der Neue. Gerhard Schröder – Deutschlands Hoffnungsträger, München 1998, S. 151.

die Elemente einer nichtmilitärischen Friedenspolitik sollten fortentwickelt und verstärkt werden. Beinahe entstand der Eindruck, dass bei einigen die Wiesbadener Beschlüsse nicht verstanden worden sein müssen – so heftig verweisen die Autoren des Leitantrages immer wieder auf die bestehende Beschlusslage der Partei: „Die SPD bleibt bei ihrer bisherigen Entschlossenheit, allein auf friedenserhaltende Maßnahmen zu setzen und keiner deutschen Beteiligung an Missionen zuzustimmen, die über ein Peace-Keeping-Mandat im Rahmen der Vereinten Nationen hinausgehen. (...) Zum Peace-Keeping hat die SPD ihre Haltung auf dem Wiesbadener Parteitag festgelegt, die nach wie vor Gültigkeit hat.“<sup>366</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul: „Peace-Keeping ist keineswegs überholt!“<sup>367</sup> Der Antrag wurde „bei einer Reihe von Gegenstimmen und drei Stimmenthaltungen“ beschlossen.<sup>368</sup>

#### 4.2.3 Wer bestimmte die sozialdemokratische Außenpolitik? Parteivorstand oder Bundestagsfraktion?

Der neue Parteivorsitzende Oskar Lafontaine konfrontierte die Mitglieder des Parteivorstandes gleich in den ersten Sitzungen unter seiner Leitung mit Initiativen hinsichtlich der internen Verfahrensabläufe wie auch mit Blick auf die Außenpolitik der Partei:

- „Der „Bericht zu Lage“ führe häufig dazu, dass andere, lange vorbereitete Tagesordnungspunkte zu kurz behandelt würden. Die Erfahrung zeige, dass die Teilnahme im Parteivorstand nach drei bis vier Stunden abnehme. (...) Er schlägt vor, die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Zur Lage“ auf maximal eine Stunde zu begrenzen.“<sup>369</sup>

---

<sup>366</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 843.

<sup>367</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 68.

<sup>368</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995, S. 747.

<sup>369</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Dezember 1995, S. 3.

- Er führte außerdem aus, „die Debatte um den Bosnien-Einsatz sei für die SPD gut gelaufen, wobei immer auf äußerste Zurückhaltung in militärischen Fragen geachtet werden müsse. Anschließend berichtet er über seine Besuche bei Präsident Chirac in Paris, bei dem russischen Premierminister Tschernomyrdin und Außenminister Kosyrew, bei Gyula Horn in Ungarn und geht anschließend auf die bevorstehenden Wahlen in Österreich, die zurückliegende SI-Tagung in Brüssel und den bevorstehenden Gipfel der Sozialdemokratischen Partei Europas am 14. Dezember in Madrid ein.“<sup>370</sup>

Die SPD-Bundestagsfraktion nutzte demgegenüber ihre selbst vom Parteivorsitzenden eingeräumten Möglichkeiten und schuf Fakten durch ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag: Kurz nach dem Parteitag stand im Parlament die Entscheidung an, ob 4000 deutsche Soldaten an einer Friedenstruppe der NATO teilnehmen sollten. Die Bundesregierung befürwortete diesen Einsatz. Günter Verheugen verwies darauf, dass zwischen dem militärischen und dem politischen Engagement kein Missverhältnis entstehen dürfe. Es sei immer noch nicht klar, zu welchen Leistungen die Bundesregierung bereit sei.<sup>371</sup> Die SPD-Bundestagsfraktion halte daran fest, dass die Wahrung des Weltfriedens (...) Aufgabe des kollektiven Sicherheitssystems der Vereinten Nationen sei. Verheugen bekräftigte, dass die Stärke des Rechts – und nicht das Recht des Stärkeren – maßgeblich sein sollte. Die für den Bosnienkonflikt gefundene Lösung einer Friedenstruppe unter NATO-Kommando sei als Zukunftsmodell untauglich.<sup>372</sup>

War 1993 in Wiesbaden noch weitgehend Einigkeit darüber vorhanden, dass deutsche Soldaten keinesfalls in Bosnien eingesetzt werden sollten, so führte Verheugen jetzt zwei Jahre später im Bundestag aus: „Ein Bundeswehreinsatz im Rahmen einer Friedensmission in Gebieten, wo Hitlers Armeen waren, ist nur möglich, wenn alle Beteiligten ihn ausdrücklich wollen.“<sup>373</sup>

---

<sup>370</sup> Ebd.

<sup>371</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/74 vom 30.11.1995, S. 6432.

<sup>372</sup> Vgl. a.a.O., S. 6433.

<sup>373</sup> a.a.O. S. 6434.

Ein führender Vertreter sozialdemokratischer Außenpolitik bekundete damit zum ersten Mal ein Abrücken von der bisherigen Position, dass deutsche Soldaten im ehemaligen Jugoslawien nichts zu suchen hätten. Dies ist eine bedeutende Zäsur in der Begründung sozialdemokratischer Außenpolitik.

Doch wie war dieser Tabu-Bruch möglich geworden?

Walter Kolbow erklärte, diese Positionsveränderung habe ausschließlich mit dem Bekanntwerden von Völkermord und ethnischen Säuberungen zu tun.<sup>374</sup> Die SPD ging damit einen großen Schritt auf die Politik der Bundesregierung zu, welche allen militärischen Maßnahmen unter UN-Mandat aufgeschlossen gegenüber stand.

Karsten Voigt ging im Bundestag sogar so weit, den Einsatz deutscher Soldaten als typisch sozialdemokratische Außenpolitik vermitteln zu wollen. Die von der UNO eingesetzten Militärs seien weniger Soldaten, sondern eher Polizisten einer internationalen Friedens- und Rechtsordnung: „Als Jungsozialist hätte ich früher mehr pathetisch, mehr martialisch und auch mehr ideologisch gesagt: `Die Internationale erkämpft das Menschenrecht`, was in Bosnien heißt: auch das Völkerrecht. Heute sage ich (...): Die Zustimmung zu diesem Friedenseinsatz entspricht guten linken, guten internationalistischen und guten sozialdemokratischen Traditionen.“<sup>375</sup> Nachdem sich die SPD in der Diskussion über die deutsche Beteiligung an Friedensmissionen selbst bei ihren Bruderparteien isoliert hatte, erklärte Voigt, dass die SPD zwar den Gegensatz zur Bundesregierung, „aber nicht zu all unseren Freunden“ aushalten könne.<sup>376</sup>

Rudolf Scharping stellte im Bundestag klar, dass der Einsatz mit breiter Unterstützung der SPD beschlossen werden würde. Dabei sprach er den Paradigmenwechsel, der in Bezug auf sozialdemokratische Außenpolitik stattfand, an: Bisher sollten deutsche Soldaten nach Lesart der SPD ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden dürfen. Scharping führte nun aus: „Ihre Aufgabe ist jetzt nicht die Verteidigung des eigenen Landes; ihre Aufgabe ist, gemeinsam mit anderen, (...) jenen Werten und Grundvorstellungen

---

<sup>374</sup> Vgl. a.a.O., S. 6460.

<sup>375</sup> a.a.O., S. 6448f.

<sup>376</sup> Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 19. Juni 1997.

des Zusammenlebens zum Durchbruch zu verhelfen, die unser Land auszeichnen (...).“<sup>377</sup> Scharpings Rede zu diesem ersten Einsatz deutscher Soldaten in einem Kriegsgebiet zeichnete sich weniger durch Regierungskritik als vielmehr durch das Bekunden von politischer Verantwortung aus. Die SPD werde auch künftig in jedem Einzelfall prüfen, was getan werden müsse und was ein sinnvoller deutscher Beitrag sein könne. In dieser historischen Situation sei sich die SPD ihrer internationalen Verantwortung bewusst. Abwägend fügte er hinzu: „Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland kann von vornherein eine Bitte der Vereinten Nationen um Hilfe bei der Durchführung ihrer Maßnahmen ablehnen, und kein deutscher Bundeskanzler kann (...) von vornherein einen Blankoscheck ausstellen.“<sup>378</sup> Allerdings erwartete die SPD von der Bundesregierung schnellstmöglich ein Konzept zur zivilen Konsolidierung des Friedensprozesses.<sup>379</sup>

#### 4.2.4 Die nächste Bundestagswahl im Blick

Die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Bundesregierung und größter Oppositionspartei reduzierten sich nun aufs Marginale, und die SPD witterte nach dem Wechsel im Parteivorsitz und einigen erfolgreichen Landtagswahlen eine Siegchance bei der Bundestagswahl 1998.

Die mit inhaltlichen Annäherungen verbundenen strategischen Herausforderungen diskutierte man im Parteivorstand im Februar 1996 aber sehr kontrovers. Da die SPD mit ihrer Mehrheit im Bundesrat eine entscheidende Rolle in der Bundesgesetzgebung spielte, suchte die Bundesregierung nach Möglichkeiten, Gesetzesvorschläge frühzeitig gemeinsam mit der SPD zu erarbeiten. Eine Arbeitsgruppe aus Ministerpräsidenten und Vertretern der Bundesregierung sollte die „Front“ zwischen unterschiedlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat

---

<sup>377</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/76 vom 06.12.1995, S.6634f. Vgl. dazu Hacke, Christian: Deutschland und die neue Weltordnung. Zwischen innenpolitischer Überforderung und außenpolitischen Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B46/1992, S. 14.

<sup>378</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/76 vom 06.12.1995, S. 6635. Vgl. Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994.

<sup>379</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/76 vom 06.12.1995, S. 6637.

auflösen helfen. Die Bundestagsabgeordneten Ulrich Maurer, Hermann Scheer, Sigrid Skarpelis-Sperk, Renate Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Edelgard Bulmahn, die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt sowie die Juso-Vertreter Benjamin Mikfeld und Andrea Nahles warnten „vor einer Annäherung an die Union und einem möglichen Schaden für die Chancen der SPD bei den Landtagswahlen im März. Es wird darauf hingewiesen, auch früher, beispielsweise bei den Themen Renten und Gesundheitspolitik, habe die SPD aus der Mitarbeit nie politischen Nutzen ziehen können.“<sup>380</sup>

Im Folgenden wurde dann deutlich, wie scharf die argumentative Trennlinie zwischen den „*Legislativ-Sozialdemokraten*“ auf der einen Seite (denn bis auf Regine Hildebrandt war keines der oben genannten PV-Mitglieder jemals Mitglied einer Regierung) und den „*Exekutiv-Sozialdemokraten*“<sup>381</sup> auf der anderen Seite verlief.

Der oben wiedergegebenen Argumentation stellten sich die Ministerpräsidenten Reinhard Höppner und Gerhard Schröder, die Landesminister Wolfgang Clement und Klaus Matthiesen, die ehemaligen Regierungsmitglieder Peter Glotz und Anke Fuchs sowie die Berliner Senatorin Christine Bergmann entgegen. Sie wiesen gemeinsam „darauf hin, dass die Partei Verantwortungsbewusstsein und Verhandlungsbereitschaft angesichts der dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei den Staatsfinanzen zeigen müsse.“<sup>382</sup>

Das Thema „Außen- und Sicherheitspolitik“ spielte in den (nicht unwichtigen) Landtagswahlkämpfen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein keine große Rolle. Die Bundes-SPD stellte arbeitsmarkt- und sozialpolitische Auseinandersetzungen ins Zentrum, auch gab es keinen sogenannten „Lager-Wahlkampf“, sondern eine klare Absetzung vom potentiellen

---

<sup>380</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, S. 2.

<sup>381</sup> Die Bezeichnung „*Legislativ-Sozialdemokraten*“ und „*Exekutiv-Sozialdemokraten*“ hat der Verfasser dieser Arbeit eingeführt, um exakt zwischen denen unterscheiden zu können, die zum damaligen Zeitpunkt in (Landes)Regierungsverantwortung standen und jenen, die eben diese Verantwortung auf Bundesebene im Deutschen Bundestag anstrebten, aber eben noch nicht zu tragen hatten.

<sup>382</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, S. 2.

Koalitionspartner im Bund, den Grünen. Die Mottos der Wahlkampagne lauteten somit „Reden ist grün. Handeln ist rot.“, „Stillstand ist schwarz. Innovation ist rot.“, „Egoismus ist gelb. Gerechtigkeit ist rot.“, „Der Hass ist braun. Die Liebe ist rot.“ Oder „Starke Wirtschaft, sichere Arbeit, gesunde Umwelt.“<sup>383</sup> Relativ unspektakulär und nüchtern heißt dann eine Broschüre „Außen- und Europapolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.“<sup>384</sup>

Offenbar fühlte sich in der PV-Sitzung Rudolf Scharping dazu ermuntert, selbst in die Führung des Protokolls einzugreifen. Wurde die Niederschrift sonst ausschließlich von dazu abgestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstandes geleistet, so vermerkte der stellvertretende Parteivorsitzende nun handschriftlich in der Anwesenheitsliste hinter dem Namen Gerhard Schröders: „War da bis 15.30 R.S.“<sup>385</sup> Schröders neuerdings vermehrte Anwesenheit im Parteivorstand erfuhr offenkundig Aufmerksamkeit an interessierter Stelle.

An den vom Deutschen Bundestag mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion geschaffenen Fakten orientierte sich die SPD in der Folgezeit bei der Diskussion um ihre außen- und sicherheitspolitische Leitlinie. Die Bundestagsfraktion übernahm außenpolitisch die innerparteiliche Vorreiterrolle, als sie im Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen zur militärischen Absicherung des Friedensprozesses unterstützte. So berichtete Rudolf Scharping dem Parteivorstand im Februar 1996 ohne die Nennung weiterer Details, dass die Bundestagsfraktion langfristig an „verteidigungspolitischen Fragen“ weiter arbeite.<sup>386</sup> Mit weiteren parlamentarischen Initiativen zum Verbot von Kinderarbeit, einem weltweiten Verbot der Todesstrafe, sowie der Forderung nach einem Verbot von Antipersonen-Minen wurden aus abstrakten Überlegungen konkrete Handlungsanweisungen formuliert.<sup>387</sup> Im Jahresbericht 1996 der SPD-Bundestagsfraktion findet sich unter der Überschrift „Friedliches Zusammenleben fördern – internationale Kooperation stärken“ als erster Punkt die nicht

---

<sup>383</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, Anlage 1.

<sup>384</sup> Ebd.

<sup>385</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, Anwesenheitsliste (Die Sitzung dauerte insgesamt von 13.00 Uhr bis 16.06 Uhr).

<sup>386</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, S. 2.

<sup>387</sup> Bericht der Bundestagsfraktion, in: SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitag in Hannover vom 2.- 4. Dezember 1997, S. 334.

unumstrittene Unterstützung der Fraktion zur stärkeren Beteiligung an der Konfliktlösung im ehemaligen Jugoslawien: „Wir haben die Beteiligung Deutschlands am UNPROFOR im ehemaligen Jugoslawien zur Sicherung des Waffenstillstands und der Einleitung konkreter Schritte hin zu einem dauerhaften Friedensabkommen auf der Grundlage des Gewaltverzichts unterstützt.“<sup>388</sup>

#### 4.2.5 Die konkrete Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

In der Sitzung des Parteivorstandes im Februar 1996 fielen nun wichtige Entscheidungen bezüglich der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1998. Der Parteivorstand setzte „Schwerpunktcommissionen“ ein, die „neben begleitenden Diskussionen zu zentralen Fragestellungen bis 1997 in zentralen politischen Feldern Grundsatzpositionen“ entwickeln sollten.<sup>389</sup> Den Vorschlag zur Besetzung der Kommission „Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie die inhaltliche Zielsetzung hatte im Vorfeld Rudolf Scharping erarbeitet.

So war es eine logische Schlussfolgerung, dass er auch den Vorsitz der Kommission übernahm. Als Stellvertreter wurde der ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes unter Bundeskanzler Willy Brandt, Horst Ehmke, nominiert. Weitere Mitglieder waren Egon Bahr, Eberhard Brecht, Gernot Erler, Katrin Fuchs, Ingomar Hauchler, Magdalene Hoff, Walter Kolbow, Hans Koschnick, Heiko Kretschmer, Günter Verheugen, Karsten Voigt, Norbert Wiczorek, Hans-Jürgen Wischnewski, Uta Zapf und Christoph Zöpel.<sup>390</sup> Auffallend an der personellen Zusammensetzung ist, dass die Befürworter eines stärkeren deutschen Engagements in Konfliktregionen der Welt (z.B. Kolbow, Verheugen, Voigt, Wischnewski) zahlenmäßig stark in der Kommission vertreten waren. Sicher ein geschickter Schachzug, um die weit fortgeschrittenen Positionen der SPD-Bundestagsfraktion nun auch zum Allgemeingut der Gesamt-Partei machen zu können.

---

<sup>388</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, S. 224.

<sup>389</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, Anlage zu TOP 4 (Schwerpunktcommissionen des Parteivorstandes).

<sup>390</sup> Vgl. ebd.



Denn neben der Vorbereitung eines außenpolitischen Kongresses der Partei, welcher im Mai/Juni 1997 stattfinden sollte, war die Hauptaufgabe der Kommission die Erarbeitung eines Leitantrages für den nächsten Parteitag.<sup>391</sup> So heißt es im Jahrbuch der SPD, dass der Parteivorstand vom Parteitag in Mannheim beauftragt wurde eine Kommission einzurichten, „die für den nächsten ordentlichen Parteitag einen Leitantrag zur Außen- und Sicherheitspolitik vorlegen sollte (...) Auf ihrer konstituierenden Sitzung im Februar 1996 einigte sich die Kommission auf ein pragmatisches Vorgehen, in dem zu den Themenkomplexen `globale Herausforderung` und `europäische Sicherheitsfragen` handlungsorientierte Papiere erörtert werden und Zwischenergebnisse mit Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion und Vertretern/Vertreterinnen der Landes- und Bezirksverbände sowie mit ausländischen Gästen auf Arbeitstagen diskutiert werden sollten.“<sup>392</sup>

Der Parteivorstand umriss in seiner Funktionsbeschreibung sehr deutlich, was er inhaltlich von der Kommission erwartete:

- „- Außen- und Sicherheitspolitik der SPD formulieren;  
Verankerung in der Partei sicherstellen
- öffentlichkeitswirksam die Kompetenz der SPD in Außen- und Sicherheitsfragen unter Beweis stellen
- Alternativen zur Regierungspolitik verdeutlichen und Vorarbeit für das Regierungsprogramm 1998
- Klarheit in der Außenwirkung gegenüber Schwesterparteien und ausländischen Regierungen und Organisationen bewirken; diese in die SPD-eigene Meinungsbildung einbeziehen.“<sup>393</sup>

Neben den strategischen Überlegungen legte der Parteivorstand auch transparent fest, inwiefern Schwerpunkte innerhalb der Kommissionsarbeit gesetzt werden sollen.

---

<sup>391</sup> Vgl. ebd.

<sup>392</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, S. 103.

<sup>393</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, Anlage zu TOP 4.

„Grundwerte und Leitmotive sollten sein:

- Frieden und zivile Zusammenarbeit
- Integration/Einbindung, Interessenausgleich
- Menschenrechte und Demokratieförderung angesichts nationalistischer und fundamentalistischer Strömungen

Europäische Union

- Position zur GASP der EU
- EU-Erweiterung
- Mittelmeerpolitik
- Bilaterale Schwerpunktländer (Frankreich, Großbritannien, Polen, Russland)
- Krisenregionen (Balkan, Türkei, GUS)

Sicherheitsarchitektur für Europa

- Perspektiven der NATO, OSZE, WEU
- Rolle der Bundeswehr
- Abrüstungspolitik

Globale Sicherheitspolitik

- Abrüstung, Non-Proliferation
- regionale Sicherheitsstrukturen außerhalb Europas
- Reform der Vereinten Nationen und „umfassender Sicherheitsbegriff“.<sup>394</sup>

Die Aufzählung der Themenschwerpunkte sowie die inhaltliche Ausrichtung ließen erkennen, dass der Wille zur Übernahme von Regierungsverantwortung im Februar 1996 auch außenpolitisch artikuliert werden sollte. Es wird nun untersucht werden müssen, inwiefern dem Willen auch überzeugende Taten folgten.

---

<sup>394</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996, Anlage TOP 4.

Wie wichtig dem Parteivorsitzenden die innerparteiliche Geschlossenheit mit Blick auf die näher rückende Bundestagswahl zu diesem Zeitpunkt war, zeigte sich an den Appellen in Richtung der Mitglieder des Parteivorstandes. Lafontaine betonte nach den am 24. März 1996 stattgefundenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, „die Verteidigung der zwei sozialdemokratisch geführten Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz und der Bundesratsmehrheit sei ein gutes Ergebnis und stelle die Bundesregierung vor dieselben Probleme wie bisher. Er weist darauf hin, dass nicht nur durch die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, sondern auch durch Stimmen aus der Fraktion der Eindruck entstehen könne, die Partei sei sich nicht einig, und bittet um Geschlossenheit in der weiteren Auseinandersetzung.“<sup>395</sup> Ergänzend zu Lafontaines Äußerungen hielt der Protokollführer die Wortmeldungen zahlreicher PV-Mitglieder in einer Zusammenfassung fest: Die Bundestagswahlchance „entscheide sich bis zum Sommer 1996, die Probleme im Bund bestünden weiter, das Gerede um eine Große Koalition schade nur der Perspektive der SPD, die sich verstärkt um die Jugend und um die Arbeitnehmer kümmern müsse.“<sup>396</sup>

Die Sitzungen des Parteivorstandes am 29. April sowie am 3. Juni 1996 waren geprägt von Diskussionen zur Sozial- und Steuerpolitik. Außerdem stand die Vorbereitung eines „Jugendpolitischen Parteitages“ am 24./25. November 1996 in Köln im Mittelpunkt.<sup>397</sup>

Auch in der letzten PV-Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause 1996 appellierte Lafontaine „an die Mitglieder des Parteivorstandes, in der Sommerpause keine interne Debatte in den Medien zu führen, sondern die Bundesregierung zu attackieren und dabei die eigenen Politikvorschläge in den Vordergrund zu stellen.“<sup>398</sup> Im Oktober 1996 schloss Lafontaine in der Sitzung des Parteirates noch einmal an die PV-Sitzung vor der Sommerpause an: „Er stellt ausdrücklich fest, dass die aktuellen Schwierigkeiten der Koalition kein Anlass seien, irgendwelche Koalitionsdebatten zu führen. Die SPD halte an ihrem Ziel

---

<sup>395</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 25. März 1996, S. 5.

<sup>396</sup> a.a.O., S. 4.

<sup>397</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzungen des Parteivorstandes am 29. April und 3. Juni 1996.

<sup>398</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 1. Juli 1996, S. 2.

fest, stärkste Partei zu werden. Koalitions- und Personaldebatten seien dabei wenig hilfreich.“<sup>399</sup>

Rudolf Scharping führte im Bericht der Bundestagsfraktion aus, dass die Partei deutlich machen müsse, dass sie die Partei der sozialen Gerechtigkeit und die Partei für Familien und Kinder sei. Auch das Thema „Modernisierung des Staates und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ sei sozialdemokratisch zu besetzen.<sup>400</sup>

Bemerkungen zur außenpolitischen Arbeit der Bundestagsfraktion oder zur Arbeit der von Scharping geleiteten Schwerpunktkommission sucht man vergeblich. Dieses – von ihm durchaus mit zu verantwortende - Defizit erkannte Scharping offenbar selbst, denn er sprach davon, „nach dem Jahr der Konsolidierung müsse 1997 nun damit begonnen werden, zu unseren politischen Schwerpunkten die zentralen Botschaften zu formulieren.“<sup>401</sup>

Die Stimmung in der Partei und für die Partei verbesserte sich ab der zweiten Jahreshälfte 1996 zunehmend. Lafontaine „weist darauf hin, dass die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung mittlerweile als konsolidiert wahrgenommen werde, er betont aber zugleich, dass die inhaltlichen Alternativen noch nicht deutlich genug erkennbar seien. Er weist auf die Notwendigkeit hin, den begonnenen Konsolidierungsprozess fortzusetzen. Es muss darauf geachtet werden, durch eigene Äußerungen keine neuen Koalitionsspekulationen auszulösen. Solche Debatten sorgten nicht für höhere Sympathie in der Öffentlichkeit und stabilisierten lediglich die Bonner Koalition.“<sup>402</sup>

Scharping pflichtete dem Parteivorsitzenden bei und stellte fest, „dass die bessere Koordinierung zwischen Präsidium, Bundestagsfraktion und Bundesländern in den letzten Monaten vor allem bei Fragen mit hoher symbolischer Bedeutung für die SPD gut verlaufen sei.“<sup>403</sup> Scharping bekräftigte seine Auffassung nochmals in der den außerordentlichen „Jugend“-Parteitag in Köln vorbereitenden Sitzung

---

<sup>399</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 21. Oktober 1996, S.2.

<sup>400</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 21. Oktober 1996, S.4.

<sup>401</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 21. Oktober 1996, S.3.

<sup>402</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 28. Oktober 1996, S. 2.

<sup>403</sup> Ebd.

des Parteivorstandes. Auf diesem Parteitag müsse eine Diskussion „nach vorne geführt werden mit dem Ziel, 1998 die Mehrheit zu erreichen. (...) Die SPD müsse sich auf diesem Parteitag positiv und geschlossen präsentieren.“<sup>404</sup>

#### 4.2.6 „Die Beschlüsse der Wirklichkeit anpassen.“ Vorbereitungen für einen möglichen Regierungswechsel

Wie schon zuvor 1993/94 spielte auch im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 die Außen- und Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion eine insgesamt eher untergeordnete Rolle. Schon im Januar 1996 legte der Parteivorsitzende Lafontaine eingangs einer Klausurtagung des Parteivorstandes fest, dass zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung die Beschäftigungspolitik sein müsse.<sup>405</sup>

In seinem Jahresrückblick 1996 während der letzten Sitzung des Parteivorstandes erläuterte der SPD-Vorsitzende zahlreiche innenpolitische Themenbereiche, bezüglich derer die Entwicklung eines klaren politischen Profils gelungen sei. Dies seien der „Kündigungsschutz, die Lohnfortzahlung, die Beamtenbesoldung, Ausbildungsplätze und das Jahressteuergesetz.“<sup>406</sup> In seinem Ausblick auf das die Bundestagswahl vorbereitende Jahr 1997 ging Lafontaine aber auch auf die Außenpolitik der Partei ein. Die SPD könne im außenpolitischen Bereich nur dann bestehen, „wenn sie weiterhin einen internationalistischen Ansatz vor allen Dingen im europäischen Kontext verdeutlichen würde. Die Antwort auf die neue Weltlage und die Globalisierung der Ökonomie könne keine Renationalisierung der Politik sein. Auf dem außenpolitischen Kongress 1997 sollten diese Fragen vertieft werden. In diesem Kontext solle dann auch die Zukunft der Bundeswehr und die Sicherheitsarchitektur in Europa erörtert werden. Wichtig bei allen außenpolitischen Diskussionen sei, dass Russland nicht isoliert werde.“<sup>407</sup>

In der gleichen Sitzung diskutierten die PV-Mitglieder den Arbeitsplan für das Jahr 1997, welcher von den Sitzungsteilnehmern angenommen wurde. Mit Blick

---

<sup>404</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 24. November 1996, S. 4.

<sup>405</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Klausursitzung des Parteivorstandes mit dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand am 12. Januar 1996, S. 3

<sup>406</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Dezember 1996, S. 3.

<sup>407</sup> Ebd.

auf die Außen- und Sicherheitspolitik (Punkt III. 3) als Arbeitsschwerpunkt des Parteivorstandes wurden drei Kernpunkte festgehalten:

1) „Entwicklungsprozesse:

- Globalisierung und internationale Kooperation
- Krisenbewältigung auf dem Balkan, Nahost, Russland/Kaukasus
- die NATO-Erweiterung

2) Handlungsmöglichkeiten:

Zur Globalisierung: Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialistischen Internationale (...) / gezielte Kontaktpflege innerhalb der Triade (vorrangig USA und Japan sowie internationalen Organisationen wie IWF/Weltbank und WTO)

Zur NATO-Erweiterung: Zusammenarbeit mit den Beobachterparteien der SPE sowie des Forums für Demokratie und Solidarität (...) / Reisen der Parteiführung in die Länder der EU-Beitrittskandidaten sowie Russland und USA und entsprechende Gespräche hierzulande.

3) Veranstaltungen:

- Arbeitstagung der Schwerpunktkommission Außen- und Sicherheitspolitik mit NATO-Generalsekretär Solana im Januar
- Außenpolitischer Kongress der Schwerpunktkommission Außen- und Sicherheitspolitik (voraussichtlich im Juni)
- Kongress der SPE in Malmö (voraussichtlich im Juni)
- Veranstaltung des Forums Eine Welt.<sup>408</sup>

---

<sup>408</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Dezember 1996, Anlage 1 zu TOP 3, S. 8.

Die Sitzungen des Parteivorstandes am 03. Februar und am 24. Februar 1997 befassten sich in keiner Weise mit außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen. Die Steuer-, Abgaben- und Rentenpolitik wie auch die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze waren dominierende Themen.<sup>409</sup>

Auch in der Sitzung des Parteirates am 3. März standen die oben genannten Themenfelder im Vordergrund. Ergänzend schließt sich eine Analyse der für die SPD positiv verlaufenen Kommunalwahlen in Hessen an. Weder im „Bericht zur Lage“ des Parteivorsitzenden noch im „Bericht aus der Bundestagsfraktion“ finden außenpolitische Themen Beachtung.<sup>410</sup>

Auch die PV-Sitzung am 17. März barg wenig Erhellendes mit Blick auf außenpolitische Positionierungen. Über fünf Seiten des Protokolls hinweg ließen sich die Diskussionen um Kohlepolitik, Konjunkturprogramm der Bundesregierung, Steuerpolitik und Energiepolitik verfolgen. Bosnien und alle kausalen Zusammenhänge fanden keine Erwähnung.

Lediglich Rudolf Scharping wies – zusammengefasst in fünf Zeilen (!) des Protokolls - darauf hin, „dass die Frage der Osterweiterung nach der Osterpause intensiv von Seiten der SPD behandelt werden müsse. Er erläutert das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Ausfliegen von Botschaftsangehörigen aus Tirana. Der Bundestag werde sich in dieser Woche mit dieser Frage auseinandersetzen und nachträglich diese Maßnahmen billigen.“<sup>411</sup>

In der darauffolgenden Sitzung des Parteivorstandes am 28. April fiel der Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gleich ganz aus: Lapidar heißt es im Protokoll an diesem Punkt: „Kein Beratungsbedarf.“<sup>412</sup>

Aber auch anhand dieser Sitzung drängt sich dem Beobachter der unbedingte Wille zum Gewinn der nächsten Bundestagswahl auf. Lafontaine hielt aus seiner

---

<sup>409</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzungen des Parteivorstandes am 3. und am 24. Februar 1996.

<sup>410</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. März 1997, S. 2ff.

<sup>411</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. März 1997, S. 8.

<sup>412</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 28. April 1997, S. 6.

Sicht fest, „dass eine Abwahl der Regierung Kohl nur noch durch die SPD selbst vereitelt werden könne. Gegenwärtig werde wieder einmal versucht, einzelne Personen gegeneinander auszuspielen. Ziel sei es, Unfrieden in die SPD zu tragen. Er habe sich in den letzten Monaten intensiv darum bemüht, Positionen abzustimmen. Wenn dies durchgehalten werde, sei ein Wahlerfolg 1998 möglich.“<sup>413</sup> Selbst ein lokal stark begrenztes Ereignis wie die Oberbürgermeisterwahl in Schwäbisch Hall wurde in der Analyse extrem überhöht und war nach Auffassung Lafontaines „ein Erfolg für die baden-württembergische SPD, aber auch der positiven bundespolitischen Gesamtlage zuzuschreiben.“<sup>414</sup>

In der Sitzung des Parteivorstandes am 26. Mai fehlten erneut jegliche Aussagen bzw. Diskussionspunkte zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD.<sup>415</sup>

---

<sup>413</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 28. April 1997, S. 3.

<sup>414</sup> a.a.O., S. 2.

<sup>415</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 26. Mai 1997.



#### 4.2.7 Parteitag in Hannover 1997

Auf dem SPD-Parteitag in Hannover 1997 ging der Vorsitzende Lafontaine lediglich mit einem Satz während seiner Eröffnungsrede auf den Themenbereich „Außen- und Sicherheitspolitik“ ein. Er verkündete zwei neue Merkmale sozialdemokratischer Außenpolitik: „Wir werden die Dritte-Welt-Politik wieder auf die Tagesordnung setzen, und wir werden bei den Waffenexporten beginnen, wenn es um Friedenssicherung geht!“<sup>416</sup>

Sozialdemokratische Außenpolitik wurde damit vom Parteichef persönlich auf einige wenige Teilbereiche reduziert. Schon ein halbes Jahr zuvor, auf einem außenpolitischen Kongress der SPD, hatte Lafontaine die allgemeine Formulierung gewählt, dass die internationale Zusammenarbeit zum „Gütesiegel“ künftiger sozialdemokratischer Außenpolitik werden müsse.<sup>417</sup> Im Jahrbuch 1995/96 der SPD findet man zur Arbeit der 1995 eingesetzten Kommission „Außen- und Sicherheitspolitik“ den knappen Hinweis, die Kommission habe „ihre Arbeitsergebnisse in einem Diskussionspapier zusammengefasst, das auf dem außenpolitischen Kongress im Juni 1997 präsentiert wurde und dort auch und gerade von den ausländischen Referenten sehr positive Resonanz erfuhr“.<sup>418</sup>

Es fällt auf, dass weder Oskar Lafontaine noch Heidemarie Wieczorek-Zeul in der außen- und sicherheitspolitischen Debatte des Parteitages das Wort ergriffen. Sie ersparten der Partei durch ihre Zurückhaltung womöglich polarisierende Redebeiträge.<sup>419</sup> Denn dramatische Wortgefechte um die Neuformulierung des einen oder anderen Beschlussteils wären womöglich auf Kopfschütteln in der Wählerschaft gestoßen. Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl war den beiden ausgewiesenen Traditionalisten erneut die Schaffung von Harmonie als Voraussetzung zur Regierungsübernahme wichtiger als die aktive Beteiligung an einer kontroversen Diskussion.

---

<sup>416</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.- 4. Dezember 1997, S. 58.

<sup>417</sup> Vgl. Neue Ruhr-Zeitung, Kölner Stadtanzeiger, Bonner General-Anzeiger, Bonner Rundschau vom 19.06.1997.

<sup>418</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, S. 104.

<sup>419</sup> Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

Diese Sichtweise negiert jedoch Heidi Wieczorek-Zeul: *„In Fragen von Krieg und Frieden war mein Handeln nie taktisch bestimmt. Da habe ich eine Überzeugung klar und deutlich vertreten. Es war ja auch so, dass sich die Praxis der Friedensmissionen in diesem Zeitraum stark veränderte. Inzwischen sind alle diese Missionen mit sowohl zivilen als auch militärischen Elementen ausgestattet, oft unter ziviler Leitung. Das ist ein enormer Fortschritt gewesen.“*<sup>420</sup>

Schon jetzt war allerdings zu spüren, dass sich die Sozialdemokratie nach eher unruhigen Jahren (wieder einmal) danach sehnte, als innerparteilich geschlossen wahrgenommen zu werden. Außerdem war Lafontaine bewusst, dass Regierungsfähigkeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik ein heikles und sensibles Feld ist, und dass es von großer Wichtigkeit für einen eventuellen Wahlsieg sein würde, in Fragen der äußeren Sicherheit des Landes als zuverlässig und berechenbar zu gelten.<sup>421</sup>

Diese Einschätzung wird durch den Jahresbericht der Partei noch untermauert: „Nach dem erfolgreichen Verlauf des Parteitages in Hannover und angesichts der einsetzenden Wahlkampfanstrengungen der Bundespartei fanden Vermittlung und Präsentation der Themen und Inhalte des Bundestagswahlkampfes der SPD besondere Berücksichtigung“.<sup>422</sup>

Tatsächlich hatte sich die SPD seit dem Mannheimer Parteitag außenpolitisch stark in die Defensive begeben, von der Partei war öffentlich kaum eine sicherheitspolitische Neuigkeit zu vernehmen. Eine Studie des „Polis-Instituts“ über die „Kommunikationschancen der SPD“ ergab, dass das Kompetenzdefizit der Partei in der Außenpolitik „problematisch“ sei.<sup>423</sup> Manch einer glaubte schon, die SPD habe ihr „Interesse an der Welt verloren“.<sup>424</sup>

Den inhaltlichen Grundstock für die Diskussion auf dem Parteitag in Hannover hatte die oben erwähnte Schwerpunktkommission unter Vorsitz von Rudolf

---

<sup>420</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden 2015.

<sup>421</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 424.

<sup>422</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1997/98, S. 11.

<sup>423</sup> Frankfurter Rundschau vom 03.07.1997.

<sup>424</sup> Die Zeit vom 04.04.1997.

Scharping erarbeitet. Dass auf die globalen Herausforderungen erfolgversprechend nur durch multilaterale Zusammenarbeit reagiert werden konnte, war von Beginn an einhellige Meinung in der Kommission.<sup>425</sup> Nach Scharpings Auffassung sollte die Außenpolitik der SPD in Zukunft vor allem eins sein: „realitätstauglich.“<sup>426</sup> Scharping glaubte, dass die Anträge in Hannover – im Gegensatz zu den Anträgen auf vorherigen Parteitag – einerseits von großem Einvernehmen getragen seien, andererseits trotzdem für Klarheit sorgen würden.<sup>427</sup>

Eine massive Kursänderung nahm die SPD 1997 in einem Punkt vor:

Bezüglich der Frage der Mitwirkung der Bundeswehr an friedenserhaltenden und -sichernden Operationen schlug die Parteiführung vor, dass künftig darauf verzichtet werden sollte, die Umstände zu beschreiben, unter denen die Bundeswehr an der Umsetzung von Mandaten mitwirken konnte. Es sollten nun lediglich die Maßstäbe beschrieben werden, die bei einer Entscheidung angelegt werden sollten.

Für einige Beobachter fehlte genau dieser eine letzte Schritt, nämlich das klare Bekenntnis zu militärischen Erzwingungsmaßnahmen, um die SPD als „regierungskompetent“ erscheinen zu lassen.<sup>428</sup> Es zeigte sich jedoch, dass in den Jahren 1995-97 der außenpolitische Richtungswechsel über Auseinandersetzungen in speziellen Problembereichen wenigstens eingeleitet wurde.<sup>429</sup>

Günter Verheugen sprach in Hannover für die Antragskommission: „Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kann nicht gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dem NATO-Rat oder dem EU-Rat sagen: Es tut uns leid, wir können bei bestimmten Fragen nicht mitdiskutieren; da gibt es leider einen Parteitagsbeschluss von 1993. Sie muss vielmehr sagen können, auf

---

<sup>425</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, Bonn 1996, S. 103.

<sup>426</sup> Vgl. Die Welt vom 19.07.1997.

<sup>427</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 418.

<sup>428</sup> Bruckmann, Wolfgang: SPD sucht Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1997, S. 911f.

<sup>429</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München-Zürich 1975, S. 176.

Basis welcher Rechtslage und welcher politischer Kriterien die Entscheidungen fallen.“<sup>430</sup> Die Partei musste folglich zum ersten Mal entscheiden, ob sie ihre restriktive Haltung bei Bundeswehreinsätzen aufgeben wollte.

Uta Zapf, Parteitagsdelegierte und Bundestagsabgeordnete, verteidigte die Veränderung der sozialdemokratischen Außenpolitik: „Ich stehe dazu, dass wir dem Bosnien-Einsatz zugestimmt haben. Heute können wir sehen, dass diese Art des Einsatzes militärischer Kräfte in der Tat dazu geeignet ist, friedenserhaltend oder friedensfördernd zu wirken.“<sup>431</sup>

Vertreter der Parteilinken sahen im Antrag des Parteivorstandes ein falsches Signal. Es gehe um Krieg und Frieden, und Krieg müsse für die SPD generell ausgeschlossen bleiben. Außerdem sei sozialdemokratische Außenpolitik inzwischen eher Reaktion auf die Politik der Bundesregierung denn eigenständige Aktion. Am weitesten ging auf Seiten der Parteilinken die Delegierte Angelica Dullinger. Sie fragte: „Warum außenpolitische Krisen militärisch absichern?“ Man habe in Somalia und auch im ehemaligen Jugoslawien beobachten können, dass dies nicht funktioniere. „Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs“, forderte sie, „sollte deutsche Politik alles machen, aber bloß nicht militärisch.“<sup>432</sup> Doch die Parteilinke blieb mit ihren Ansichten in der Minderheit. Gerhard Schröder spottete: „Wir nehmen es der Weltpolitik übel, dass sie sich nicht an den Parteitagbeschlüssen der SPD orientiert.“<sup>433</sup>

Der Parteitag folgte der Empfehlung des Parteivorstandes, wonach die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer außenpolitischen Programmatik endlich auf der Höhe der Zeit sein müsse. Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik seien die Reform der UNO als Organisation, Entwicklung von Vorschlägen zum Einsatz von präventiven Maßnahmen durch die UNO und Forcierung der Blauhelmeinsätze als Instrument der Friedenssicherung.

---

<sup>430</sup> Vorstand der SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 426.

<sup>431</sup> a.a.O., S. 453.

<sup>432</sup> a.a.O., S. 467.

<sup>433</sup> Köpf, Peter: Der Neue. Gerhard Schröder – Deutschlands Hoffnungsträger, München 1998, S. 152.

Vgl. dazu kritisch: Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

Klar bestätigte der Parteitag das Handeln der Bundestagsfraktion: „Es ist Sache des Deutschen Bundestages, im Einzelfall zu entscheiden, ob er einer Beteiligung der Bundeswehr an der Umsetzung eines UNO-Mandates zustimmt.“<sup>434</sup> Als von Verheugen genanntes Kriterium zur Überprüfung eines Einzelfalles sollte feststehen, ob vor Operationen mit dem Recht auf Erzwingung alle nichtmilitärischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind und ob der friedenssichernde Charakter der Maßnahme unbezweifelbar sei.<sup>435</sup> Zivile Konfliktprävention habe absolute Priorität, aber wenn die Risikovorsorge tatsächlich scheitern sollte, „dann müssen wir als Ultima ratio auf Grund unserer Partnerfähigkeit (...) und unserer Internationalität in dieser Welt bereit sein, Militär einzusetzen.“<sup>436</sup> Zum ersten Mal hob die SPD das Prinzip der Treue in einem Bündnis besonders hervor.

Die SPD halte außerdem an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und werde im Falle der Regierungsübernahme eine restriktive Rüstungspolitik betreiben.<sup>437</sup>

Übereinstimmung zwischen den innerparteilichen Strömungen herrschte auf dem Parteitag allerdings bei der Frage, dass es keinen deutschen Einsatz – in welcher Form auch immer – ohne ein Mandat der Vereinten Nationen geben werde. Das Gewaltmonopol der UNO dürfe nicht angetastet werden.<sup>438</sup> Eine Selbstmandatierung der NATO werde nicht akzeptiert werden.<sup>439</sup>

Die Partei sah außerdem die Notwendigkeit einer Verringerung der Stärke der Bundeswehr, und daraus folgend eine wachsende Wehrungerechtigkeit. Die SPD wollte jedoch so lange „wie vernünftig begründbar“ die Wehrpflicht aufrecht erhalten.<sup>440</sup> Aufmerksamkeit muss an dieser Stelle der Forderung nach

---

<sup>434</sup> SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 27.

<sup>435</sup> Vgl. ebd.

<sup>436</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 469.

<sup>437</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages in Hannover vom 2.-4. Dezember 1997, S. 28f.

<sup>438</sup> Vgl. a.a.O., S. 27.

<sup>439</sup> Vgl. a.a.O., S. 32.

<sup>440</sup> Vgl. a.a.O., S. 33.

Einrichtung einer Wehrstrukturkommission geschenkt werden. Diese Kommission sollte nach dem Willen der Fraktion zukunftsweisende Vorschläge zu Friedens- und Verteidigungsumfang der Bundeswehr machen.<sup>441</sup> Seit Helmut Schmidts Zeiten als Verteidigungsminister hatte es eine solche Kommission nicht mehr gegeben.

Unter der Überschrift „Tradition und Verantwortung“ stellte der Parteitag im außen- und sicherheitspolitischen Teil abschließend fest: „Deutschlands außenpolitische Verantwortung liegt im Handeln für eine friedliche, demokratische und solidarische Welt.“ Und: „In der Regierungsverantwortung wird die SPD diese Tradition einer berechenbaren und zuverlässigen internationalen Politik in deutschem Interesse fortführen.“<sup>442</sup>

---

<sup>441</sup> Vgl. Bericht der Bundestagsfraktion, in: SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.- 4. Dezember 1997, S. 334.

<sup>442</sup> Ebd.

## 4.3 „Wir sind bereit!“. Der Bundestagswahlkampf 1998

### 4.3.1 Kanzlerkandidat Schröder: ein außenpolitischer Laie?

Von dem Hannoveraner Parteitag an sollte nichts mehr dem Zufall überlassen bleiben. Die Parteiführung blieb darauf bedacht, die sozial- und wirtschaftspolitischen Schwachpunkte der Regierung Kohl herauszustellen und außenpolitische Kontinuität im Falle eines Regierungswechsels zuzusichern.

Zu Beginn des Jahres 1998 stellte Lafontaine fest, dass „1998 für die SPD ein entscheidendes Jahr sei. (...) Die SPD sei in einer guten Ausgangsposition, die Partei könne die Wahl nur noch dann verlieren, wenn sie selber gravierende Fehler mache. (...) Die jetzt wieder beginnende Kandidatendebatte sei kontraproduktiv für die Wahl in Niedersachsen. Die SPD könne an diesem Thema kein Interesse haben, solche Debatten um personelle Fragen würden der SPD in Niedersachsen schaden.“<sup>443</sup>

Mehrere Debattenbeiträge stützten diese Position des Parteivorsitzenden, sehr deutlich brachte es der sich per Fax für die PV-Sitzung entschuldigende ehemalige Erste Hamburger Bürgermeister, Henning Voscherau, auf den Punkt: „Sollte an den gegenwärtigen Medienberichten über Querelen in der Spitze im Vorfeld der Kandidatenentscheidung im März etwas dran sein, müssen die Beteiligten mit dem Klammerbeutel gepudert sein. Die schmerzhaft Erfahrung, dass Herr Kohl so etwas mit Erfolg auszunutzen versteht, haben wir - nach ebenso guten Ausgangsvoraussetzungen – durch mehrere Niederlagen in Folge doch schon gemacht.“<sup>444</sup>

Die außerordentliche PV-Sitzung am 2. März 1998, einen Tag nach der niedersächsischen Landtagswahl, dauerte zwar gerade einmal eine Stunde. In der Wirkung des zentralen Beschlusses zählte diese Sitzung jedoch mit Sicherheit zu den wichtigsten Sitzungen der vergangenen Jahre. Oskar Lafontaine begrüßte die

---

<sup>443</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 26. Januar 1998, S. 3.

<sup>444</sup> a.a.O., Anlage Absagen.

Anwesenden und erläuterte die Dramaturgie der letzten Tage. Man habe „damit gerechnet, dass in Niedersachsen ein gutes Ergebnis erzielt werden könne, dass das Ergebnis so gut ausfallen würde, sei nicht zu erwarten gewesen (...) Er habe sich mit Gerhard Schröder am Donnerstag auf ein klares Verfahren verständigt. Bei Erreichen oder Verbesserung des Wahlzieles werde er die Kanzlerkandidatur von Gerhard Schröder bekannt geben. Sollte das Wahlergebnis von 44,3% nicht erreicht werden, sollten die Gremien über den Kanzlerkandidaten entscheiden. Er sei sehr froh über das Ergebnis, es sei das beste Ergebnis, das die Sozialdemokratie je in Niedersachsen erzielt habe.“<sup>445</sup>

Gerhard Schröder betonte, dass „in Niedersachsen ein Wahlergebnis erzielt worden sei, dass er in dieser Form auch nicht erwartet habe (...) und darum gebeten habe, über die Nominierung zum SPD-Kanzlerkandidaten geheim abstimmen zu lassen. Er freue sich auf diese Aufgabe und hoffe auf eine weiterhin gute und positive Zusammenarbeit.“<sup>446</sup> Unter TOP 2 nominiert der PV Gerhard Schröder mit 38 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen in geheimer Wahl zum Kanzlerkandidaten.

Schröder hatte diese indirekte Entscheidung der niedersächsischen Wählerinnen und Wähler über den nächsten Kanzlerkandidaten der SPD als wichtigen Baustein in seiner Planung. Zwei Jahre später jedoch wird er im SPD-Präsidium über eine ähnliche Strategie des CDU-Hoffnungsträgers Volker Rühle urteilen, dieser sei als Bewerber für das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten lediglich „Durchgangskandidat“ in einem „Plebiszit“.<sup>447</sup>

In der zwei Wochen darauf folgenden PV-Sitzung berichtete Lafontaine zur Lage, dass „die SPD in den letzten Wochen richtig und klug agiert habe und gute Entscheidungen sowohl im personellen als auch im inhaltlichen Bereich getroffen habe. Die Entscheidung, Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten der Partei zu nominieren, sei in der Partei positiv aufgenommen worden (...) Insgesamt befinde sich die Partei in einem guten Zustand und in einer guten Position für die

---

<sup>445</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 2. März 1998, S. 2.

<sup>446</sup> Ebd.

<sup>447</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Aufzeichnungen Sontowski.



Bundestagswahl. Man müsse nun darauf achten, dass diese gute Ausgangslage nicht durch unsinnige Debatten zerstört werde.“<sup>448</sup>

Unter TOP 4 „Entwurf Änderungen Grundsatzprogramm“ lässt sich eine Wortmeldung zum Bereich „Außen- und Sicherheitspolitik“ finden. Heidi Wiecek-Zeul riet mit Blick auf den außenpolitischen Teil des Wahlprogrammes zu Zurückhaltung. Franz Müntefering fügte dem hinzu, dass „der Aspekt Außenpolitik auf einem der folgenden Parteitage geregelt werden“ solle.<sup>449</sup> Kurt Beck unterstreicht später den Wandel im Bewusstsein seiner Partei, einhergehend mit taktischen Überlegungen im Vorfeld der Bundestagswahl: *„Die Welt hatte sich seit 1989/90 dramatisch verändert. Zunehmend wuchs dafür auch das Bewusstsein innerhalb der SPD. Damit ging die Anerkennung der Bundeswehr als Parlamentsarmee einher. Verfassungsrechtlich war die Lage ja nicht neu, aber die Umsetzung in reales Handeln war neu. An diesem Punkt spiegelte sich die Veränderung am deutlichsten wider. Und ein anstehender Wahlkampf ist sicher keine gute Gelegenheit, um Grundsätzliches zu diskutieren.“*<sup>450</sup>

Währenddessen reagierten die amtierenden Regierungsparteien mit zunehmender Nervosität auf die aus ihrer Sicht schlechten Umfragewerte sechs Monate vor der Bundestagswahl. In allen Erhebungen führte eine mögliche Regierungskonstellation aus SPD und Bündnis90/Die Grünen mit einem Abstand von 5 – 11 Prozentpunkten vor einem Bündnis aus CDU/CSU und FDP.<sup>451</sup> Verstärkt bemühten sich Vertreter der Regierungsparteien, Ängste vor einer möglichen außenpolitischen Unzuverlässigkeit einer Regierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen zu erzeugen. Die bisherige SPD-Forderung nach stärkerer internationaler Kooperation bei gleichzeitig defensiver Sicherheitspolitik der Deutschen bezeichnete Helmut Kohl als „sozialdemokratisches Wolkenkuckucksheim“.<sup>452</sup>

---

<sup>448</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. März 1998, S. 2.

<sup>449</sup> a.a.O., S. 8.

<sup>450</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>451</sup> Vgl. [www.wahlrecht.de/umfragen/forsa/1998.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/forsa/1998.htm)

[www.wahlrecht.de/umfragen/allensbach.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/allensbach.htm)

[www.wahlrecht.de/umfragen/dimap/1998.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/dimap/1998.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

<sup>452</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 13/185 vom 27.06.1997, S. 16741.

Schröder versuchte wie schon Scharping vier Jahre zuvor, potentiellen Wählern die Ängste vor rot-grüner Außen- und Sicherheitspolitik zu nehmen: „Ich sage sehr deutlich: Eine von mir geführte Bundesregierung wird ohne Wenn und Aber zu den Verpflichtungen der NATO stehen. Eine von mir geführte Bundesregierung wird sich an Friedensmissionen der UNO beteiligen.“<sup>453</sup> Die Außenpolitik einer SPD-geführten Bundesregierung werde unter den Vorzeichen von Friedens- und Entspannungspolitik in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt stehen.<sup>454</sup>

Gerhard Schröder wurde am 17. April 1998 mit 93,4% der Delegiertenstimmen auf einem Parteitag in Leipzig zum Kanzlerkandidaten der SPD gewählt.<sup>455</sup>

Dort war es dann der bis dahin letzte sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, der den eigenen Genossen schon prophezeite, dass die Ansprüche oppositionellen Handelns entschieden andere sein können als die Entscheidungen in Regierungsverantwortung: „Ich wünsche dir eine Partei und Fraktion, die zugleich kritisch und loyal ist – und die nie vergisst, dass es für sie leichter ist, Programme auf dem Papier zu verfassen, als für Gerhard Schröder, dieselben tatsächlich Schritt für Schritt zu verwirklichen.“<sup>456</sup>

Schröder unternahm nach seiner Nominierung einige Reisen ins Ausland, so z.B. auch nach Israel. Er bewegte sich eher vorsichtig und tat alles, um nicht in die Fußangeln der Diplomatie zu geraten. Der niedersächsische Ministerpräsident galt zu diesem Zeitpunkt als ein außenpolitischer „Nobody“.<sup>457</sup> Er besaß nur rudimentäre außenpolitische Kenntnisse und „zeigte zunächst auch wenig Interesse für Deutschlands Rolle in der Welt.“<sup>458</sup> Als Regierungschef eines von sechzehn deutschen Ländern war dies bisher allerdings auch nicht seine Aufgabe.

Beraten wurde der Kanzlerkandidat sowohl von Fachleuten aus der Partei als auch von Wissenschaftlern und Publizisten. So tagte der Kongress „Politikwechsel“

---

<sup>453</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Wahlparteitages vom 17. April 1998 in Leipzig, S. 22.

<sup>454</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, S. 72.

<sup>455</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Wahlparteitages vom 17. April 1998 in Leipzig, S. 60.

<sup>456</sup> Köpf, Peter: Der Neue, S.204.

<sup>457</sup> Herres, Volker und Klaus Waller: Gerhard Schröder. Der Weg nach Berlin, München 1998, S. 236.

<sup>458</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin, S. 442.

vom 28./29. Juni 1998 in Berlin. Dem Forum 3 „Europa, Außen- und Sicherheitspolitik“ gehörten Prof. Dr. Ernst Otto Czempel von der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Prof. Dr. Karl Kaiser von der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hella Pick – The Guardian-, Dr. Wolfgang Reinicke von der Weltbank und Rudolf Scharping an.

Scharping war es dann auch, der in Schröders Schattenkabinett für die Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich zeichnete. Scharping hatte in den vorangegangenen Jahren – wie oben gezeigt - immer wieder versucht, die Partei in kleinen Schritten zu einem neuen Rollenverständnis Deutschlands in der Weltpolitik zu drängen. Ein anderes Verständnis hinsichtlich der Beteiligung der Bundeswehr an Friedenserhaltung und Friedensschaffung beinhaltete dies ebenso. Gleichzeitig schien schon vor der Bundestagswahl klar zu sein, dass im Falle eines Wahlsieges Scharping nur in einem der beiden Ressorts würde Verantwortung übernehmen können: „Dass ihn die jahrelange Tätigkeit an der Spitze der Fraktion und namentlich sein Versuch, die Sozialdemokraten an die neuen weltpolitischen Realitäten heranzuführen, für diese Aufgabe prädestinieren, steht außer Frage. Sicher ist auch, dass Scharping nicht ein neues außen- und verteidigungspolitisches Superministerium beziehen wird. Denn erstens hat Gerhard Schröder ein solches nicht im Sinn, zweitens muss ja ein politischer Freiraum für den Koalitionspartner bleiben (...).“<sup>459</sup>

---

<sup>459</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 344.

### 4.3.2 Das Regierungsprogramm 1998

Das Regierungsprogramm der Partei wies weitgehende Kontinuität zu den Beschlüssen von Hannover auf.

So strebte die SPD eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einbeziehung von EU, OSZE und NATO an. Dazu sollten die bestehenden Organisationen aber nicht abgeschafft, sondern so miteinander verzahnt werden, dass sie sich sinnvoll ergänzen.<sup>460</sup> Eine NATO-Osterweiterung wurde begrüßt,<sup>461</sup> dies durfte aber nicht zu einer Isolierung Russlands führen. Ferner sei die NATO lediglich ein Verteidigungsbündnis, welches nur dann Aufgaben, die über den kollektiven Verteidigungsauftrag hinausgehen, erfüllen könne, wenn ein Mandat der UNO oder der OSZE vorläge. Die Rolle der UNO sei im Zuge einer Reform der Weltorganisation zu stärken. Über die Beteiligung der Bundeswehr an der Durchsetzung eines UNO-Mandates müsse – wie seit 1995 praktiziert – der Deutsche Bundestag in jedem konkreten Einzelfall entscheiden.<sup>462</sup>

Es bleibt an dieser Stelle noch einmal festzuhalten: Die SPD schloss jegliche Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäraktionen ohne UN- oder OSZE-Mandat klar und deutlich aus. Diese vollkommen unmissverständliche Formulierung wird vor dem Hintergrund der am Horizont aufziehenden Kosovo-Krise noch zu einem erheblichen Streitpunkt innerhalb der Partei werden.

Dem Vorwurf der bürgerlichen Parteien, auf dem Terrain der Außen- und Sicherheitspolitik nicht regierungsfähig zu sein, trat die SPD mit einem Bekenntnis zur Bundeswehr und auch dem Erhalt der Wehrpflicht entgegen: „Die Bundeswehr leistet einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Durch eine Verbesserung der politischen Führung werden wir den guten Ruf unserer Bundeswehr sicherstellen. Die SPD wird an der Wehrpflicht festhalten. Die

---

<sup>460</sup> Vgl. *Vorwärts* Nr.7+8 / 1997, S. 30.

<sup>461</sup> Vgl. dazu auch Hacke, Christian: Die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Außenpolitik. German foreign affairs review Nr.2/98, S. 22.

<sup>462</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, S. 75ff.

Wehrpflicht darf einer Verringerung der Bundeswehrstärke nicht im Wege stehen. Wenn neue Entwicklungen es erfordern, kommt eine weitere Verkürzung der Wehrpflicht oder ihre Aussetzung in Betracht.“<sup>463</sup>

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass sich die SPD somit die Hintertür eines Ausstiegs aus der Wehrpflicht offen ließ. Eine nicht näher beschriebene Überprüfung der Personalstärke war der Gradmesser für die Wehrpflicht geworden. Damit bot die deutsche Sozialdemokratie den politischen Mitbewerbern geradezu die Gelegenheit, zum Ziel von Vorwürfen der Unberechenbarkeit zu werden.<sup>464</sup> Es folgte das Bekenntnis zur Beschränkung der Aufgaben: „Die Bundeswehr hat die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung und kann darüber hinaus nur im Rahmen eines UNO- oder OSZE-Mandates eingesetzt werden.“<sup>465</sup>

Die SPD unterschied sich in den außenpolitischen Leitlinien immer weniger von der Regierung Kohl. Internationale Kritik kam nun nicht mehr von amerikanischer Seite, sondern aus dem Osten. So warnte der russische Botschafter in Bonn vor einem „west- statt gesamteuropäischen Denken“ und einem „NATO-Zentrismus“ in der sozialdemokratischen Außenpolitik.<sup>466</sup> Die Parteilinke übte – wenn auch verhalten - ebenfalls Kritik. Andrea Nahles nannte das Wahlprogramm „floskelhaft“, Benjamin Mikfeld sprach von „semantischer Akrobatik“.<sup>467</sup>

Eine nicht unwesentliche Änderung war die oben erwähnte Formulierung der sozialdemokratischen Haltung zur Wehrpflicht. An dieser hielt die SPD nun grundsätzlich fest, es stellte sich also nicht mehr zwingend die Frage nach der Wehrform. Neue Entwicklungen könnten allerdings zur Verkürzung oder Aussetzung der Wehrpflicht beitragen.<sup>468</sup> Auch diese auf den ersten Blick eher

---

<sup>463</sup> SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, S. 75ff.

<sup>464</sup> Dass es dann ein CSU-Verteidigungsminister gut zehn Jahre später war, der ein Aussetzen der Wehrpflicht durchsetzte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie und stellt wiederum einen Verweis auf das allgemein durch Kontinuität geprägte Aktionsmuster der außenpolitisch Verantwortlichen dar.

<sup>465</sup> SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, S. 76.

<sup>466</sup> *Vorwärts* Nr.7+8 / 1997, S. 30.

<sup>467</sup> Köpf, Peter: *Der Neue*, S. 201.

<sup>468</sup> *Vorwärts* Nr.7+8 / 1997, S. 30.

unbedeutende Abwandlung einer Formulierung zeigte, dass die Partei so kurz vor der Wahl bemüht war, Kontinuität zum Handeln der Regierung zu demonstrieren.

Selbstbewusst und überraschend, da ohne Rücksicht auf gesamteuropäische Interessen formuliert, stellt sich die Selbst-Einladung in das bedeutendste Gremium zur Wahrung des Weltfriedens dar: „Die SPD-geführte Bundesregierung wird eine Einladung, Deutschland als ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat zu berufen, annehmen.“<sup>469</sup>

Eine reflektierende Anmerkung im Hinblick auf Ursachen und Entwicklungen in der Außenpolitik sei an dieser Stelle am Beispiel Russlands erlaubt. Seit 2015 steht Russland isoliert da in der Weltgemeinschaft. Die Besetzung der Krim, ein Krieg mit der Ukraine und die Drohgebärden Richtung Westen lassen an Phasen des Kalten Krieges erinnern. Doch sollte nicht Ursache und Wirkung verwechselt werden. Russland sieht sich als „Getriebener“ einer NATO-dominierten Sicherheitspolitik mittelfristig zum Demonstrieren der eigenen Handlungsfähigkeit gezwungen. Die SPD warnte vor Krisensituationen diesbezüglich schon 1998: „Der Prozess der NATO-Erweiterung darf nicht zur Ausgrenzung Russlands führen, darf keine neue sicherheitspolitische Teilung Europas herbeiführen (...).“<sup>470</sup>

---

<sup>469</sup> SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm 1998, S. 77.

<sup>470</sup> Ebd.

### 4.3.3 Die Bundestagswahl 1998

Bis zur Bundestagswahl erfuhr der Themenbereich Außen- und Sicherheitspolitik durch keine der im Bundestag vertretenen Parteien eine weitere Aufwertung. Der weitaus größte Teil der Wahlauseinandersetzung spielte sich wie 1994 in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ab.<sup>471</sup> Dies belegen auch die Niederschriften zu den Sitzungen des Parteivorstandes am 29. Juni und am 24. August 1998.<sup>472</sup>

Die SPD gewann die Bundestagswahl am 27. September 1998 mit 40,9 %, das entsprach einem Abstand von 5,8 Prozentpunkten zu CDU/CSU, die auf ein Ergebnis von 35,1 % kamen. Die Partei „hatte es verstanden, auf die Soziologie ihrer bunten Wählerschaft adäquat einzugehen.“<sup>473</sup>

SPD und Bündnis90/Die Grünen waren auf Grund der Zahl ihrer Mandate in der Lage, die neue Regierung zu bilden. Die Koalitionsverhandlungen konnten zügig abgeschlossen werden, und im Oktober 1998 wurde die erste rot-grüne Bundesregierung vereidigt.

---

<sup>471</sup> Vgl. Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Bonn 2000, S. 118.

<sup>472</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzungen des Parteivorstandes am 29.06. und 24.08.1998. Leider fehlt in den Protokollen bis zum Ende des Jahres 1998 jegliche Darstellung von Diskussionsabläufen. Lediglich Anwesenheitslisten und Terminhinweise lassen sich finden.

<sup>473</sup> Lösche, Peter: Die SPD in den neunziger Jahren, in: Politische Bildung Nr. 2/2000, S. 9.

## 5 Die Übernahme von Regierungsverantwortung ab 1998

### 5.1 Der Regierungswechsel als Konfrontation mit außenpolitischen Herausforderungen

#### 5.1.1 Die Situation auf dem Balkan

Schon während der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung wurde den Beteiligten bewusst, dass sich dramatische Änderungen für die Außenpolitik Deutschlands anbahnen würden.

Der serbische Präsident Slobodan Milosevic hatte in seinem Land ein Regime errichtet, welches die Terrorisierung der eigenen Bevölkerung sowie Vertreibungen ethnischer Minderheiten betrieb. Nach einer verwickelten Vorgeschichte war im Laufe des Jahres 1991 der Vielvölkerstaat Jugoslawien zerbrochen. Die durch kommunistische Systeme verdeckten nationalen, ethnischen und religiösen Unterschiede und Konflikte brachen nach den tektonischen Verschiebungen von 1989/90 allmählich alle wieder auf.<sup>474</sup>

Slobodan Milosevic hatte ein Ziel vor Augen: Er steuerte ein „ethnisch gesäubertes“ Serbien an, in dem andere Volksgruppen kein Zuhause haben sollten.<sup>475</sup> So wurden hunderttausende Albaner von serbischen Milizen aus ihren Häusern verjagt, Familien wurden auseinandergerissen, Menschen geschlagen, gefoltert und getötet. In den angrenzenden Ländern entstanden gleichzeitig riesige Flüchtlingslager.

---

<sup>474</sup> Hacke, Christian: Die Weltmächte und der Kalte Krieg, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 321.

Vgl. Clement, Rolf: Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004, S. 40.

<sup>475</sup> Vgl. Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999, S. 19ff.

Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/248 der Sitzung vom 16.10.1998, S. 23135f.



Auf sämtliche Staaten Europas sowie die Mitgliedsstaaten der NATO wuchs der Druck, der Vertreibung und dem Völkermord nicht länger zuzuschauen. Als Folge begann eine rege Reisediplomatie westlicher Politiker nach Belgrad, um Milosevic zum Einlenken zu bewegen.

Schon in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl war der Regierung Kohl/Kinkel klar, dass am Ende des diplomatischen Ringens um eine friedliche Lösung möglicherweise ein militärisches Eingreifen stehen würde. Mehrfach wurden in den Wochen zwischen Bundestagswahl und Vereidigung der neuen Regierung die designierten Regierungsmitglieder Schröder, Scharping, Lafontaine und Fischer zu Gesprächen über die Lage im Kosovo mit Kohl, Kinkel und Rühle ins Kanzleramt gebeten. Noch ein Jahr zuvor herrschte allgemein die Auffassung, dass in der Außenpolitik wenig Zündstoff zu erwarten sei, denn „die SPD wird die Außenpolitik der bisherigen Regierung fortsetzen müssen“.<sup>476</sup>

Spekuliert wurde über die Gründe, so kurz nach der Bundestagswahl eine derart dramatische Kehrtwende in der Außenpolitik einleiten zu müssen. Nicht der neugewählte, sondern noch der alte Bundestag sollte auf Drängen der Amerikaner über eine Militärintervention entscheiden: „Im rot-grünen Regierungslager glaubte man Berichten, wonach der alte Verteidigungsminister Volker Rühle sich damit brüstete, Urheber dieses Umdenkens zu sein. Man dürfe (...) die Neulinge in Bonn nicht aus den Pflichten entlassen. Wahrscheinlich scheint auch, dass sich in Washington die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright gegen Sicherheitsberater Sandy Berger durchsetzte und Clinton drängte, endlich vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Druck sollte erhöht werden.“<sup>477</sup> Vermutlich haben beide Versionen eine Daseinsberechtigung.

---

<sup>476</sup> Köpf, Peter: Der Neue, S. 213.

<sup>477</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 70f.

### 5.1.2 Erste Personalquerelen in der neuen Regierungspartei SPD

Scharping wollte nach der Bundestagswahl ursprünglich als Vorsitzender der SPD-Fraktion an der Nahtstelle zwischen Regierung und Parlament weiterarbeiten. Doch Lafontaine wandte sich vehement gegen Scharpings Ambitionen. Er wollte selbst Fraktionschef werden. Schröder entschärfte den Streit und bat beide Rivalen, in die Regierung einzutreten. So zog der bisherige Fraktionschef als Verteidigungsminister auf die Hardthöhe und ließ sich ebenso in die Kabinettsdisziplin einbinden wie der neue Finanzminister Lafontaine.<sup>478</sup> Auch Gerhard Schröder war interessiert daran, den (neben Lafontaine) potentiellen zweiten Konkurrenten um das Amt des Bundeskanzlers unter seine Richtlinienkompetenz zu stellen.<sup>479</sup> Letzten Endes barg diese Personalentscheidung somit eine stringente Logik: Lafontaine und Scharping waren eingebunden „besser zu kontrollieren und von Sabotageaktionen abzuhalten. Außerdem sind sie beide einmal als Kanzlerkandidaten gescheitert (...) Das ist im Binnenverhältnis dieses Dreigestirns ein nicht zu unterschätzender Vorteil und stärkt seine Stellung zusätzlich“, mutmaßt der Biograf Gerhard Schröders, Gregor Schöllgen.<sup>480</sup>

Rudolf Scharping beurteilt die damalige Situation im Gespräch mit dem Verfasser dieser Arbeit sieben Jahre später wie folgt: „*Oskar Lafontaine wollte als Partei- und Fraktionschef die Regierung unter Kuratel halten.*“ Die Einbindung aller wichtigen Parteifunktionäre ins Kabinett bezeichnet Scharping als „*allseitige Konfliktvermeidung*“.<sup>481</sup>

Der Bitte des Kanzlers hatte Lafontaine jedoch nicht ohne weiteres entsprochen: Scharping hatte sich seit 1994 in Bonn „dank seiner geräuschlosen, effizienten und loyalen Arbeit bei den Abgeordneten einen ausgezeichneten Ruf erworben. Und so geht Lafontaines Schuss nach hinten los. Als klar wird, was der Parteivorsitzende plant, schließt die Fraktion die Reihen hinter ihrem

---

<sup>478</sup> Vgl. Herres, Volker und Klaus Waller: Gerhard Schröder. Der Weg nach Berlin, München 1998, S. 216.

<sup>479</sup> Vgl. Krause-Burger, Sibylle: Wie Gerhard Schröder regiert. Beobachtungen im Zentrum der Macht, Stuttgart-München 2000, S. 45.

<sup>480</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 345f.

<sup>481</sup> Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

Vorsitzenden (...) Und so kommt es, wie von Scharping erwartet. Weil Lafontaine weiß, dass er als Parteivorsitzender zurücktreten muss, sollte er bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden scheitern, macht er einen Rückzieher.“<sup>482</sup>

Rudolf Scharping verleitet dies zu der Aussage, Lafontaine sei „ein feiger Mann“.<sup>483</sup> Im Rückblick erscheint eine auf den ersten Blick unbedeutende Geste ebenfalls interessant: Scharping gratulierte am 16. September 1993 als SPD-Bundesvorsitzender dem saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine zu dessen 50. Geburtstag. In seiner launigen Ansprache lobte er die gute Beziehung zum Genossen aus Saarbrücken, denn Lafontaine sei „ein guter und zuverlässiger Freund.“<sup>484</sup> Der Rheinland-Pfälzer vergaß aber nicht, seinem Konkurrenten auch an dessen Geburtstag an die dringend nötige innerparteiliche Solidarität zu erinnern: „Die deutsche Sozialdemokratie kann nur bestehen, wenn sie ihre Spitzenleute in entscheidenden Auseinandersetzungen rückhaltlos und ohne Vorbehalte unterstützt.“<sup>485</sup> Folglich war das Verhältnis von Scharping zu Lafontaine nie ein konfliktfreies, sondern ein von Konkurrenz und Misstrauen wie auch von persönlicher Abneigung geprägtes Verhältnis.

Neuer Vorsitzender der Fraktion wurde schließlich der bisherige Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck. Seine Anwesenheit im PV als neuer Fraktionschef signiert der Niedersachse mit dem Zusatz „Vorsitzender der größten demokratischen Fraktion der Welt“ (sic!).<sup>486</sup> Dieser erkennbar von Stolz geprägte Zusatz drückte eine emotionale Besonderheit und Ausnahme in den Niederschriften des Parteivorstandes aus, die dem Umstand der Euphorie über den deutlichen Sieg bei der Bundestagswahl geschuldet war.

---

<sup>482</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 373.

<sup>483</sup> Ebd.

<sup>484</sup> Rosenbaum, Ulrich: Rudolf Scharping, S. 238.

<sup>485</sup> Ebd.

<sup>486</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 7. Dezember 1998, Anwesenheitsliste.

Es fällt auf, dass schon in den ersten PV-Sitzungen nach der gewonnenen Bundestagswahl um das neu einzuschätzende Verhältnis zwischen Partei, Bundestagsfraktion und Regierung gerungen wurde. Ebenso stellte sich die Frage, wie die SPD organisatorisch der hinzugewonnenen Regierungsverantwortung gerecht werden sollte.

Franz Müntefering, der mit dem Wechsel als Verkehrsminister in die neue rot-grüne Bundesregierung das Amt des SPD-Bundesgeschäftsführers frei machte, sah die traditionelle Wahrnehmung der politischen Geschäftsführung innerhalb der Partei durch einen „Bundesgeschäftsführer“ kritisch:“ Die gegenwärtige Konstruktion sei aus seiner Sicht nicht ausreichend. Der Bundesgeschäftsführer müsse in Zukunft die Rolle eines Generalsekretärs haben, der die Partei repräsentieren könne. Eine entsprechende Verankerung dieser Rolle im Statut sei wichtig, aber nicht das Zentrale. (...) Jetzt müsse darauf geachtet werden, dass die Partei bei der politischen Arbeit nicht vergessen werde. Regierung und Sozialdemokratie dürften sich nicht voneinander entfernen.“<sup>487</sup>

Auch in darauffolgenden Sitzungen meldeten PV-Mitglieder ihren Unmut über die Rolle und das Erscheinungsbild der Partei offen an. Benjamin Mikfeld „stellt die Frage nach der zukünftigen Rolle der Partei unter den veränderten Rahmenbedingungen in der Regierungsverantwortung. Es sei richtig, sich in der Arbeit jetzt den Zukunftsfragen zuzuwenden. Dabei müsse als erster Schritt das Projekt der Sozialdemokratie definiert werden und eine Entscheidung über den Entwicklungspfad gefällt werden.“<sup>488</sup> Andrea Nahles „sagt, dass eine offensive Diskussion über die Position der Partei erforderlich sei (...) Es müsse auch die grundsätzliche Frage gestellt werden, wie die Partei zwischen Regierung und Bundestagsfraktion zu verorten sei (...) Der Parteivorstand sollte eine grundlegende Weichenstellung in einer längeren Sitzung intensiv diskutieren.“<sup>489</sup>

---

<sup>487</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 2. November 1998, S. 5.

<sup>488</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 1. Februar 1999, S. 15.

<sup>489</sup> Vgl. a.a.O., S. 16.

In dem – für sonstige PV-Sitzungen mit 19 Seiten vergleichsweise umfangreichen Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 1. Februar 1999 - finden sich Diskussionsbeiträge zu vielerlei politischen Themen und Fragestellungen. Keine der aufgeführten Wortmeldungen hat jedoch einen Bezug zur Außen- und Sicherheitspolitik der Partei!

### 5.1.3 Außenpolitische Kontinuität in Verbindung mit einem neuen deutschen Selbstbewusstsein

Rudolf Scharping beschrieb die Situation bezüglich des Kosovo-Konfliktes wie folgt: „Die Zeit zwischen Herbst 1998 und März 1999 wurde zu einer Zeit zwischen Hoffnung und Sorge, zwischen dem Ringen um einen politisch-friedlichen Weg und den Vorbereitungen auf das womöglich Unvermeidbare – das militärische Eingreifen.“<sup>490</sup>

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes war Krieg als Mittel der Politik nach Europa zurückgekehrt. Gewachsene Gewaltbereitschaft verband sich mit der leichten Verfügbarkeit von Waffen aus den „gewaltigen Arsenalen“ des Kalten Krieges.<sup>491</sup>

SPD und Bündnis90/Die Grünen hatten einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, in dem es hieß: „Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden.“<sup>492</sup> In den Wochen vor der Wahl hatte der SPD-Kanzlerkandidat nicht nur wissen lassen, dass er sich als Koch und die Grünen als Kellner betrachtete, sondern auch: „Wenn Fischer&Co. am Kabinetttisch Platz nehmen wollen, dann ohne die Forderung etwa nach Austritt aus der NATO (...) In einer von mir geführten

---

<sup>490</sup> Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999, S. 24.

<sup>491</sup> Kaiser, Karl, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 500.

<sup>492</sup> Aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom Oktober 1998.

Bundesregierung wird der radikalpazifistische Flügel der Grünen keine Rolle spielen können.“<sup>493</sup>

Peter Struck urteilte rückblickend: „*Ich glaube, wir waren nicht weniger gut vorbereitet als andere auf die tiefgreifenden Veränderungen, die es in der Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989 gegeben hat. Aber natürlich war es kein leichter Start, gleich nach Regierungsübernahme mit einer so schwierigen Frage wie der Beteiligung am Kosovo-Einsatz konfrontiert zu sein. Es war ein Beweis von Gerhard Schröders Führungsstärke, wie er die Sache angepackt hat. Es ist sein bleibendes Verdienst, Deutschland zurück auf die internationale Bühne geführt und die Partei davon überzeugt zu haben, dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen.*“<sup>494</sup>

Es lässt sich festhalten, dass es „für die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland (sprach), dass die rot-grüne Koalition die Außenpolitik ihrer christlich-liberalen Vorgängerin fortsetzte und den eingeschlagenen Kurs beibehielt.“<sup>495</sup>

Auch beim Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl hatte es außenpolitische Kontinuität gegeben.<sup>496</sup> Das damalige Festhalten der ersten Kohl-Regierung am NATO-Doppelbeschluss und der Vollzug der Stationierung der Mittelstreckenwaffen führte zur Demonstrierung von „Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik und verschaffte ihr somit Handlungsspielräume“.<sup>497</sup>

---

<sup>493</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 365.

<sup>494</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>495</sup> Schöllgen, Gregor: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B24/2000 vom 09.06.2000, S. 12.  
Vgl. Bellers, Jürgen u.a. (Hg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München-Wien 2001, S. 59.

<sup>496</sup> Vgl. Weizsäcker, Richard von: Vier Zeiten. Erinnerungen, 1. Auflage, Mai 1999, S. 311.

<sup>497</sup> Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, S. 142.

Neue außenpolitische Akzente setzte die rot-grüne Koalition u.a. mit Forderungen nach aktiver Menschenrechtspolitik und restriktiver Rüstungsexportpolitik.<sup>498</sup> Den neuen Regierungsmitgliedern wurde aber rasch klar, dass man in einer Republik lebte, „die sich im Schlagschatten der Weltpolitik ohne Aufhebens wegducken und unverdrossen ihre Außenhandelsbilanz verbessern konnte.“<sup>499</sup>

Unterdessen verschärfte sich das Vorgehen serbischer Militärs im Kosovo. Die Bemühungen verschiedener Vermittler um eine friedliche Lösung liefen allesamt ins Leere. Milosevic war zu keinem Einlenken bereit; im Gegenteil, er setzte Mord und Vertreibung in gesteigertem Maße fort. Die im Kosovo arbeitenden OSZE-Beobachter gerieten selbst in die Schusslinie. Nachdem aus Sicht der NATO-Mitglieder sämtliche politischen Bemühungen der Europäer, der Vereinten Nationen und der OSZE erschöpft waren, sahen diese als letztes Mittel nur noch die Drohung mit einem militärischen Einsatz.

Die internationalen Partner Deutschlands, allen voran die USA, erwarteten von der neuen Bundesregierung eine Erklärung zur künftigen Außen- und Sicherheitspolitik der Deutschen. Irritationen hatten die Forderungen der Grünen nach NATO-Austritt und Abschaffung der Bundeswehr auch in Washington ausgelöst. Schröder reiste Anfang Oktober als designierter Bundeskanzler zusammen mit dem Außenminister in spe, Joschka Fischer, zum Antrittsbesuch in die Hauptstadt der USA.

In Schröders Biographie ist noch einmal beschrieben, wie bedeutend das Thema „Balkan“ im Vordergrund des US-amerikanischen Interesses stand: „Wird sich Deutschland gegebenenfalls an einem Militärschlag gegen Jugoslawien beteiligen, falls dessen Präsident sich in der Kosovofrage nicht an die Resolutionen der Vereinten Nationen hält? Schröder sagt `Ja`, verweist aber darauf, dass die Entscheidung noch durch die amtierende Bundesregierung zu fällen und durch den alten Bundestag zu bestätigen sei, zerstreut so erneut die Sorgen vor der rot-grünen Regierung und hinterlässt in Amerika die besten Eindrücke.“<sup>500</sup>

---

<sup>498</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 437.

<sup>499</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 255.

<sup>500</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 367.

Am 13. Oktober 1998 gab der NATO-Rat den Einsatzbefehl für begrenzte Luftoperationen zur Abwendung einer weiteren humanitären Katastrophe im Kosovo.<sup>501</sup>

In der Debatte des Bundestages zu einer Autorisierung dieser NATO-Entscheidung bemerkte der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass augenblickliche Anzeichen von serbischem Einlenken wohl eine militärische Intervention noch umgänglich machen würden. Aber er stellte auch klar, „dass wir Europäer und die internationale Gemeinschaft insgesamt eine solche systematische Verletzung von Menschenrechten, ein solches Ausmaß von Gewalt nicht hinnehmen dürfen.“<sup>502</sup>

Schröder dankte in der folgenden Woche ausdrücklich dem SPD-Parteivorstand, dass die Drohung mit militärischer Gewalt auch in diesem Gremium angenommen wurde und machte deutlich, „dass Deutschland weiß, dass es Partner hat, aber auch weiß, dass es Partner sein muss.“<sup>503</sup> Ein erneutes deutsches Abseitsstehen hätte vermutlich einen irreparablen Vertrauensverlust im transatlantischen Bündnis zur Folge gehabt.<sup>504</sup>

Mit dieser Hinwendung zu aktiver Beteiligung an einem möglichen Militäreinsatz brachte Schröder auch ein neues außenpolitisches Selbstbewusstsein zum Ausdruck. Nicht mehr das „Scheckbuch“, sondern die aktive Beteiligung deutscher Soldaten sollte von nun an zur Lösung von internationalen Konflikten beitragen.<sup>505</sup> Peter Struck hat diese für das neue Regierungsbündnis schwierige Situation wie folgt beschrieben: „*Das war schon eine schwierige Debatte, sowohl bei uns als auch bei unserem Koalitionspartner, den Grünen. Es ging ja um nicht weniger als die erste Beteiligung der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz nach dem 2. Weltkrieg. Beide Parteien haben im Grunde stellvertretend für die gesamte*

---

<sup>501</sup> Der NATO-Rat ist das höchste politische Gremium der Allianz. Er ist das Forum für Konsultation und Entscheidung der Mitgliedsregierungen über alle Fragen, die ihre Sicherheit berühren. Er tagt auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister oder der Ständigen Vertreter. Beschlüsse werden einstimmig gefasst. (aus: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Die neue NATO, Bonn 1999, S. 11.)

<sup>502</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 13/248 vom 16.10.1998, S. 23135.

<sup>503</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitag in Bonn am 25. Oktober 1998, S. 39.

<sup>504</sup> Vgl. Baring, Arnulf und Gregor Schöllgen: Kanzler-Krisen-Koalitionen, Berlin 2002, S. 291.

<sup>505</sup> DER SPIEGEL Nr. 51/1998, S. 22f.



*Republik mit dieser Frage gerungen. Denn dass Deutschland mehr Verantwortung würde übernehmen müssen, war eigentlich seit 1989/90 klar. Aber Helmut Kohl, der sich durchaus um die Einheit verdient gemacht hat, hat das nicht in voller Tragweite erkannt oder erkennen wollen und diese Diskussion gescheut. Er hat versucht, weiter die alte Scheckbuchdiplomatie zu betreiben. Das ging irgendwann nicht mehr. So war es dann an der rot-grünen Regierung, Deutschland auf seine Rolle in der internationalen Politik einzustellen.“<sup>506</sup>*

#### 5.1.4 Das Fehlen eines UN-Mandates: Parteitag in Bonn nach der Bundestagswahl

Die folgende Kritik an der Entscheidung, der NATO-Linie zu folgen, bezog sich darauf, dass nicht die Vereinten Nationen, sondern die NATO sich selbst ein Mandat zum militärischen Vorgehen geben würde. Noch im Programm zur Bundestagswahl war zu lesen: „Das globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen. Einsätze der NATO, die über ihren kollektiven Verteidigungsauftrag hinausgehen, bedürfen eines Mandates der Vereinten Nationen oder der OSZE.“<sup>507</sup> Ein UNO-Mandat war aber wegen der ablehnenden Haltung Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat unwahrscheinlich. Schröder erklärte, dass ihm ein UNO-Mandat zwar lieber gewesen wäre. Die angedrohte Militäraktion sei jedoch dem Sinne nach eine Maßnahme nach Kapitel VII der UN-Charta, und die NATO beziehe sich ausdrücklich auf die UN-Charta.<sup>508</sup>

Schröder komplettierte den juristischen Kunstgriff mit der Feststellung, die NATO erteile sich somit nicht selbst ein Mandat, sondern handele im Bezugsrahmen der Vereinten Nationen.<sup>509</sup> Am Grundsatz des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen werde sich auch eine von ihm geleitete Bundesregierung

---

<sup>506</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>507</sup> SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998, S. 75ff.

<sup>508</sup> Kapitel VII Artikel 39 der UN-Charta besagt, dass der Sicherheitsrat feststellt, ob eine Bedrohung oder Angriffshandlung vorliegt. Dies hatte der Sicherheitsrat im vorliegenden Fall getan, konnte sich jedoch auf keine weiteren Maßnahmen einigen.

<sup>509</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 13/248 vom 16.10.1998, S. 23137.

Vgl. dazu Erler, Gernot: Der Kosovo-Krieg ein Jahr danach: Rückblick, Bilanz, Lehren, in: Recht und Politik Nr. 1/2000, S. 65: „An die Stelle der mangelnden Legitimation durch kodifiziertes Völkerrecht trat die Berufung auf nichtkodifiziertes Völkerrecht.“

orientieren.<sup>510</sup> Befürworter des Einsatzes untermauerten ihre Rechtsauffassung nach dem Einsatz mit Hilfe weiterer Rechtsquellen: Die Intervention sei „völkerrechtlich zulässig gewesen. Sie gingen von einem notstandsähnlichen Recht auf humanitäre Intervention aus (...) Wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft seien, so dürfe man zur Abwendung einer humanitären Katastrophe zu militärischer Gewalt greifen. Veranschlagt wurde somit ein Nothilferecht, das aus dem Kriegsvölkerrecht der Genfer Konventionen und der gestiegenen Bedeutung der Menschenrechte im Völkergewohnheitsrecht nach 1945 abgeleitet wurde. Dieses stand in direktem Gegensatz zur ausschließlichen Entscheidungsbefugnis des Weltsicherheitsrates über Krieg und Frieden.“<sup>511</sup>

Der SPD-Parteitag, welcher die Koalitionsvereinbarung mit Bündnis90/Die Grünen beschloss, verdrängte die außenpolitische Krise noch. In der euphorischen Stimmung über den nach 16 Jahren erreichten Regierungswechsel wollte kaum jemand den drohenden Lackmустest neuer deutscher Außenpolitik zur Kenntnis nehmen. Offenbar teilten die Parteitagsdelegierten die optimistische Auffassung ihres baldigen Kanzlers, dass man zwar nur knapp an einer Militäraktion vorbeigekommen sei – aber man habe es geschafft. Die Deutschen waren „nicht wirklich vorbereitet auf diese Situation“ und „Rot-Grün war auf diesen Wandel nicht vorbereitet“.<sup>512</sup> Die Innenpolitik stand maßgeblich im Mittelpunkt der Aussprache auf dem Parteitag in Bonn.<sup>513</sup> Lediglich die Delegierte Uta Zapf bemängelte die aus ihrer Sicht zu unpräzisen, sicherheitspolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag. Dies lasse sich noch mit der Zukunftsproblematik des Themas entschuldigen, aber die Zustimmung zum Einsatz im Kosovo stehe aus völkerrechtlichen Gründen „auf ganz wackeligen Füßen“. Es fehle das Mandat der UNO.<sup>514</sup> Uta Zapfs Redebeitrag blieb der einzige kritische Zwischenton zum Themenbereich Außen- und Sicherheitspolitik.

Der Koalitionsvertrag wurde vom Parteitag bei einer Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen angenommen.<sup>515</sup>

---

<sup>510</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/248 vom 16.10.1998, S. 23137.

<sup>511</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 72.

<sup>512</sup> a.a.O., S. 64f.

<sup>513</sup> Vgl. Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, Wirges, 26. Juni 2005.

<sup>514</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 25. Oktober 1998, S. 97f.

<sup>515</sup> Vgl. a.a.O., S. 104.

## 5.2 Der Kosovo-Konflikt als Nagelprobe für die neue Bundesregierung

### 5.2.1 Der NATO-Einsatz über dem Balkan

Der Optimismus, der auf dem Parteitag zur Verabschiedung der Koalitionsvereinbarung in Bezug auf das Kosovo zu spüren war, hielt nicht lange. Die Situation in der Krisenregion verschärfte sich in den ersten Monaten des Jahres 1999 dramatisch. Serbische Milizen folterten, brandschatzten und mordeten wie im Wahn. Ein militärisches Eingreifen der NATO rückte in greifbare Nähe.

#### 5.2.1.2 Die Entscheidung im Machtkampf zwischen Lafontaine und Schröder

Der SPD-Vorsitzende, Finanzminister Lafontaine, verfolgte die innen- und außenpolitische Richtlinienvorgabe durch den Kanzler von Anfang an mit Skepsis. Als erster SPD-Chef hatte er sich im Range eines Bundesministers in die Kabinettsdisziplin eines SPD-Kanzlers einbinden lassen.<sup>516</sup> Der Zustimmung zur Mitarbeit als Bundesminister war ein Machtkampf um das Amt des Fraktionsvorsitzenden vorausgegangen (siehe oben). Scharping wollte Fraktionsvorsitzender bleiben, Lafontaine hatte es werden wollen. Schröder lenkte beide Rivalen jedoch in die Regierung. Offenbar hatte sich auch Günter Verheugen – der nun als Staatsminister ins Auswärtige Amt ging – auf Grund seiner außenpolitischen Expertise Hoffnungen auf das Amt des Verteidigungsministers gemacht.<sup>517</sup> Schröders Biograph schreibt zu den Intentionen des Bundeskanzlers: „Die Lösung hat für den Kanzler in spe mehrere Vorteile: Lafontaine ist fürs Erste kalmiert, mit Scharping ist die Hardthöhe gut besetzt, außerdem – man weiß ja nie – ein potentieller Rivale in die Kabinettsdisziplin eingebunden, und mit Peter Struck findet die Fraktion eine ideale Lösung für den Vorsitzenden.“<sup>518</sup> (siehe oben).

---

<sup>516</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 438.

<sup>517</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 83.

<sup>518</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder. Die Biographie, S. 374f.

Scharping hatte nicht zuletzt deshalb seine Bereitschaft zum Wechsel auf die Hardthöhe erklärt, weil ihm einige Verbesserungen im Militärbereich zugesagt worden waren – in der Folge aber dann nicht eingehalten wurden: Seinen Widerstand gegen das ihm angetragene Amt hatte er aufgegeben, „als ihm Bedingungen zugesagt wurden, die den Verteidigungshaushalt, den Umfang und die Ausrüstung der Streitkräfte betrafen – finanzielle Zusagen, die schon bei den ersten Beratungen zum Haushalt 1999 nicht eingehalten wurden.“<sup>519</sup>

Eine zentrale Rolle im Konflikt zwischen dem Kanzler und seinem Finanzminister spielte von da an der Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Bodo Hombach. Hombach, studierter Sozialarbeiter und langjähriger Weggefährte des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, kam von gewerkschaftlicher Tätigkeit über seine Arbeit als Landesgeschäftsführer der NRW-SPD in das Amt des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers. Sein Ruf als Macher und geschickter Strippenzieher ließen ihn für den damaligen Kanzlerkandidaten Schröder offenkundig interessant erscheinen. Schließlich war es Hombach, der in den 1980er Jahren für seinen politischen Ziehvater Rau die SPD-Kampagne mit dem Slogan „Wir in NRW!“ erfunden und mit dieser Art der Identitätsstiftung die Grundlage für drei Siege bei nordrhein-westfälischen Landtagswahlen gelegt hatte: „Die beiden haben sich während der Wahlkämpfe 1985 und 1986 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen näher kennengelernt, als zunächst Schröder gelegentlich an Rhein und Ruhr für Johannes Rau die Trommel gerührt und dann der als strahlender Sieger vom Rhein in Schröders Wahlkampf aufgetreten ist (...) Als er sich auf die heiße Phase im Kampf um die Kanzlerkandidatur und dann das Amt selbst vorbereitet, ist Hombach sein Mann. Der wiederum spürt, dass Schröder die Zukunft gehört, und will dabei sein, wenn es soweit ist.“<sup>520</sup>

Hombach agiert jedoch mit keiner glücklichen Hand. Statt geräuschlos für eine Koordination der Bundesministerien aus dem Kanzleramt heraus zu sorgen, betreibt er selbstständig die Arbeit wichtiger Minister – allen voran die Arbeit des Finanzministers. Daniel Friedrich Sturm analysiert Hombachs Arbeit wie folgt: „Statt Interessen auszugleichen, spitzte er zu. Hombach kümmerte sich um

---

<sup>519</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 83.

<sup>520</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 316f.

Arbeitsmarkt- und Energiepolitik, er führte außenpolitische Verhandlungen und machte sich in den Fachressorts entsprechend unbeliebt. Bei alledem besaß er Schröders Prokura. Hombach leitete davon ein Allmachtsverständnis ab, das ihn ausblenden ließ, wie ein Kanzleramtsminister geschickt agiert: nämlich moderierend und integrierend.<sup>521</sup> Hombach nahm die Rolle eines politischen Kampfhundes ein, der insbesondere den Konkurrenten Lafontaine in Schach hielt. Dass dabei die Effizienz der Regierungsarbeit litt und die neuen Bundesminister untereinander schon früh in Streit gerieten, war mehr als nur ein unangenehmer Nebeneffekt.

Heidmarie Wieczorek-Zeul nennt Hombach eine Fehlbesetzung durch den Kanzler: *„Äußerst schlecht waren die ständigen Durchstechereien von Kanzleramtschef Bodo Hombach an die BILD. Neben Wolfgang Clement, der später die Reformen am Arbeitsmarkt einfach nicht sorgfältig umgesetzt hatte, war er einer von zwei personellen Fehlgriffen Schröders. Ein Chef des Kanzleramtes soll im Hintergrund koordinieren. Das hat Hombach nicht geleistet. Seine spätere Arbeit für die Balkan-Region bewerte ich allerdings sehr positiv.“*<sup>522</sup>

Eppler bezeichnete „den politisch unbedarften Manager Bodo Hombach“ als eine „verhängnisvolle Personalentscheidung“.<sup>523</sup> Lediglich in Hombachs direktem Arbeitsumfeld gab es offenkundig keine zermürbenden Differenzen.<sup>524</sup>

---

<sup>521</sup> Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 38.

<sup>522</sup> Heidmarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>523</sup> Eppler, Erhard: Links leben, S. 269.

<sup>524</sup> Vgl. Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

### 5.2.1.3 Der Rücktritt Oskar Lafontaines

Am 11. März 1999 traf eine Nachricht Partei, Fraktion und Regierung tief ins Mark: Oskar Lafontaine hatte seine Ämter als Bundesvorsitzender der SPD, als Bundesfinanzminister sowie sein Mandat im Deutschen Bundestag mit sofortiger Wirkung aufgegeben. Nicht nur die Wirtschaftspolitik, auch die Außenpolitik Schröders seien ein Rücktrittsgrund für ihn gewesen, so Lafontaine später. Er hätte mit Blick auf die Lage im Kosovo als Bundeskanzler „darauf bestanden, den UN-Sicherheitsrat, Russland und China einzubinden (...)“.<sup>525</sup>

Diese Darstellung Lafontaines darf jedoch als falsch bezeichnet werden. Denn als Bundesminister hatte er allen Kabinettsvorlagen, die sich mit dem Vorgehen im Kosovo beschäftigten, seine Zustimmung erteilt.<sup>526</sup> Weder der Bundeskanzler noch irgendein Kabinettsmitglied von damals können sich an eine kritische Äußerung Lafontaines erinnern.<sup>527</sup> Heidemarie Wiczorek-Zeul: *„Der entsprechende NATO-Beschluss war schon gültig bei der Übernahme der Regierungsverantwortung durch uns im Herbst 1998. Ich habe in der Zeit der Regierungsbildung mit Lafontaine darüber gesprochen, und er meinte zu mir: ‚Das können wir nicht revidieren. Die Entscheidung haben schon andere getroffen.‘“*<sup>528</sup>

Dass diese Darstellung Lafontaines nicht zutreffen kann, unterstellt auch Otto Schily, als Innenminister Kabinettskollege Lafontaines. Schily ist der Meinung, „dass er, wenn nicht aus diesem, dann aus einem anderen Anlass die Flucht angetreten hätte.“<sup>529</sup> Gerhard Schröder drückt eine etwas differenzierte Betrachtung aus, wenn er schreibt, dass Lafontaine nie das Gespräch mit ihm gesucht habe, „obwohl der Kosovo mehrfach auf der Tagesordnung des Kabinetts stand (...) Natürlich will ich nicht ausschließen, dass der Zweifel über die Entscheidung für den Militäreinsatz im Stillen bei ihm gewachsen sein könnte. Nur hat er ihn dann für sich behalten.“<sup>530</sup>

---

<sup>525</sup> Lafontaine, Oskar: *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 244.

<sup>526</sup> Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>527</sup> Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: *Wohin geht die SPD?*, S. 42.

<sup>528</sup> Heidemarie Wiczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>529</sup> Schöllgen, Gregor: *Gerhard Schröder. Die Biographie*, S. 412.

<sup>530</sup> Schröder, Gerhard: *Entscheidungen*, S. 109.

Peter Struck unterstützt diese Aussagen: *„Als Fraktionsvorsitzender habe ich an den Kabinettsitzungen nicht teilgenommen. Für die Sitzungen der Fraktion kann ich sagen: Ich kann mich an kein kritisches Wort von Oskar Lafontaine zum Kosovo-Einsatz erinnern.“*<sup>531</sup>

Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Lafontaine und Schröder gingen offenbar nicht mehr zusammen.<sup>532</sup> Schon kurz vor der Bundestagswahl konnte man deutlich beobachten, dass die inhaltlichen Unterschiede zwischen Schröder und Lafontaine erheblich waren.<sup>533</sup> Doch auch Lafontaine ist nicht der gute Traditionalist geblieben, als den er sich gerne sah: Den außenpolitischen Kurswechsel von 1997, als die SPD erstmals der Beteiligung an friedens erzwingenden Einsätzen ihre Zustimmung gab, hatte er damals als „notwendig“ bezeichnet. Noch 1991 hatte er sich allerdings dafür „verbürgt“, dass es mit der SPD nicht mehr als reine Blauhelm-Missionen geben werde.<sup>534</sup>

Einen Tag nach Lafontaines Rücktritt tagten das Präsidium und der Parteivorstand, um über die besondere Lage für die SPD zu beraten. Schließlich ging es nicht nur um die Nachfolge für den Parteivorsitz, sondern allgemein um die inhaltliche Ausrichtung von Partei und Regierung. Gerhard Schröder legte dar, „dass er durch einen Boten einen Brief von Oskar Lafontaine erhalten habe, in dem dieser seinen Rücktritt erklärt habe. Der Versuch mit ihm zu reden sei ihm verwehrt geblieben. Es habe allerdings wenig Sinn, über die Gründe des Rücktritts zu spekulieren. Der Respekt vor der Person geböte, dass dies weder von ihm, noch von anderen PV-Mitgliedern versucht würde. (...) Er bittet die Anwesenden nicht Befürchtungen zu äußern, die Partei würde nun ein Kanzlerwahlverein. Niemand wolle das. Die SPD müsse aber in der Lage bleiben, einen Kanzler bestimmen zu können. Er äußerte Verständnis für die bedrückte Stimmung, man dürfe sich aber nicht in eine Krise hineinreden lassen. Nach außen müsse gezeigt werden, dass die SPD die Lage beherrsche.“<sup>535</sup> Im Präsidium war Schröder noch deutlicher geworden. Dort betonte er, „dass nun öffentliche

---

<sup>531</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>532</sup> Vgl. Lafontaine, Oskar : Das Herz schlägt links, München 1999, S. 226.

<sup>533</sup> Vgl. Köpf, Peter: Der Neue, S. 214.

<sup>534</sup> Rheinische Post vom 19. Juni 1997.

<sup>535</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. März 1999, S. 2f.

Stellungnahmen besonders wichtig seien und entsprechend behutsam formuliert werden müssten. Stellungnahmen wie `die SPD darf jetzt kein Kanzlerwahlverein werden` schadeten nur. Auch kritische Äußerungen zur Integrationsfähigkeit seiner Person erschwerten die weitere Arbeit.“<sup>536</sup>

Gut anderthalb Jahrzehnte später verurteilen noch immer einige ehemalige Weggefährten Lafontaines dessen Flucht aus allen Ämtern. Auch politische Beobachter zeichnen das Bild eines Menschen, der „ein ebenso talentierter wie von der Wirklichkeit überforderter Politiker“ sei.<sup>537</sup>

Als wahrscheinlich einziges Regierungsmitglied hatte lediglich Heidi Wieczorek-Zeul noch Verbindung zu Lafontaine nach dessen Rücktritt. Sie stellte aus ihrer Sicht fest, dass Lafontaine tatsächlich mehr „geflüchtet“ denn einem lange feststehenden Plan zum Ausstieg gefolgt sei: „*Sein Rücktritt war eine Kurzschlussreaktion – so hat er es mir vierzehn Tage nach seinem Rücktritt auch in einem Telefonat gesagt.*“<sup>538</sup>

Erhard Eppler bezeichnete Lafontaine als Narziss, „selbstverliebt, egozentrisch, für Teamarbeit nicht zu gebrauchen. Mein Verhältnis zu ihm wurde nicht erst durch die Art zerstört, wie er seinen Konflikt mit Gerhard Schröder zelebrierte (...) Viel von dem, was Brandt aufgebaut hat, hat Lafontaine eingerissen. Das bekommt die Partei zu spüren, bis weit ins 21. Jahrhundert hinein.“<sup>539</sup> Und Sigrid Skarpelis-Sperk urteilt: „*Lafontaine war ein guter Parteitagsredner und hat immer gerne Propaganda gemacht. Schlussendlich war er der Sozialdemokratie gegenüber illoyal und ist ihr in den Rücken gefallen.*“<sup>540</sup>

Das PV-Mitglied Benjamin Mikfeld hoffte „auf baldige Aufklärung über die Gründe von Oskar Lafontaines Rücktritt. Viele Erklärungen von neoliberalen Wirtschaftsvertretern zum Rücktritt des Finanzministers seien unverschämt gewesen. Die Partei habe den Verlautbarungen der Wirtschaftsvertreter nichts entgegenzusetzen gehabt (...) Es gebe einen Widerspruch zwischen einer

---

<sup>536</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des SPD-Präsidiums am 12. März 1999, S. 7.

<sup>537</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 410f.

<sup>538</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>539</sup> Eppler, Erhard: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, S. 234.

<sup>540</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.



Programm- und einer Medienpartei (...) Der Rücktritt habe die Entwicklungen in der SPD, die seit der Kandidatenkür im März 1998 stattgefunden haben, beschleunigt. Eine Doppelspitze halte Benjamin Mikfeld für besser.“<sup>541</sup> Diese Kritik wurde in Teilen von Andrea Nahles unterstützt. Sie erklärte, dass Gerhard Schröder in der Vergangenheit immer wieder von den politischen Inhalten abgewichen sei. Kurzfristig betrachtet „sei die Übernahme des Vorsitzes durch Gerhard Schröder eine gute Lösung. Unter anderem wegen der Aufgaben in der Regierungsarbeit wäre es allerdings gut gewesen ein wenig mehr Zeit zur Prüfung zu haben, ob die Übernahme des Amtes durch Gerhard Schröder auch mittelfristig die beste Lösung sei.“<sup>542</sup> Dem widersprach der neue Bundesverkehrsminister Franz Müntefering und sagte, dass „Gerhard Schröder als Parteivorsitzender die einzige vernünftige Entscheidung sei. Die Doppelspitze sei die eher unübliche Situation gewesen. (...) Es sei ein Einschnitt besonderer Art. Man dürfe nun nicht in zu große Trauer verfallen, aber auch nicht glauben, es sei mit der Personalentscheidung alles geklärt. Zu überlegen bleibe, was in Bonn gemacht werden könne, damit es besser wird. Man dürfe nun nicht nichts verändern. (...) Der Eindruck, `alles bleibt wie es ist` dürfe nicht vermittelt werden (...) Bis zum Parteitag im Dezember müsse nun eine Diskussion über die weitere Arbeit geführt werden. Für die Menschen sei das Regieren wichtiger als die Partei, der Kanzler sei in der Wahrnehmung der Menschen der wichtigste Sozialdemokrat.“<sup>543</sup>

Johannes Rau fragte daraufhin, ob Schröder die Partei kommissarisch führen solle und ob er die Empfehlung des Parteivorstandes für den Vorsitz sein solle. Von 33 abgegebenen Stimmen ist eine ungültig, 23 PV-Mitglieder stimmen mit Ja, sechs mit Nein und drei enthalten sich.<sup>544</sup>

---

<sup>541</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. März 1999, S.3.

<sup>542</sup> a.a.O., S. 5.

<sup>543</sup> Ebd.

<sup>544</sup> a.a.O., S. 6.

#### 5.2.1.4 Die Vorbereitung der Luftschläge

Verteidigungsminister Scharping beschrieb die Stimmung in der Sitzung des Kabinetts am 22. März als „sehr ernst“.<sup>545</sup> Nachdem sämtliche Bemühungen um eine friedliche Konfliktbeilegung endgültig gescheitert waren, begann die NATO am 24. März 1999 mit den ersten Luftschlägen gegen Ziele im ehemaligen Jugoslawien. Dieser Einsatz „war durch nichts gedeckt, worauf Sozialdemokraten und Grüne in der Vergangenheit immer Wert gelegt hatten: nicht durch ein UN-Mandat (...) nicht durch den NATO-Vertrag (...) und auch nicht durch die programmatische Beschlusslage der beiden Regierungsparteien.“<sup>546</sup> Man kann zweifelsohne feststellen: „Mit diesem Tag ging die Nachkriegszeit für Deutschland zu Ende.“<sup>547</sup>

Die Verteidigungsminister der beteiligten Staaten sprachen in der Folgezeit jedoch nicht von einem Krieg, sondern von einem „Konflikt“ mit dem Milosevic-Regime.<sup>548</sup> Aus Furcht vor einer Stärkung radikalpazifistischer Meinungsbilder vermied jede politische Führung in Europa die Rede von einem Krieg. In seinen Erinnerungen wird der damalige Bundeskanzler konkreter: Wer in seine Regierung eintrat wusste, „dass es zur Beteiligung am Kosovokrieg keine Alternative gab, wenn Rot-Grün nicht schon vor Eintritt in die politische Verantwortung die Flagge streichen wollte.“<sup>549</sup>

Scharping informierte am Tag nach Beginn der Operation die Fraktionen des Deutschen Bundestages. Die Sitzung seiner Fraktion habe er mit dem „guten Gefühl starken und ungeteilten Rückhalts“ verlassen; der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble wünschte Scharping mit Blick auf zweifelnde Genossen und Bündnisgrüne „überall soviel Unterstützung wie bei den Christdemokraten“.<sup>550</sup>

---

<sup>545</sup> Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999, S. 65.

<sup>546</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 65.

<sup>547</sup> Ebd.

<sup>548</sup> STERN Nr. 17/99 vom 22.4.1999, S. 223.

<sup>549</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 111.

<sup>550</sup> Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999, S. 78.

Vgl. Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

Wiederum einen Tag später erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass die Bundesregierung keine andere Wahl habe, als ein Zeichen gegen die systematische Verletzung der Menschenrechte im Kosovo zu setzen. Es liege allein an der Belgrader Führung, die Militäroperation unverzüglich zu beenden und ein Friedensabkommen zu unterzeichnen.<sup>551</sup>

Peter Struck beschrieb das Dilemma, welches einige Mitglieder der nun von ihm geführten SPD-Bundestagsfraktion beklagten: „Wir standen vor der schwierigen Alternative, entweder (...) schwerste Menschenrechtsverletzungen geschehen zu lassen oder ohne die Zustimmung Russlands und Chinas im Sicherheitsrat für eine Beendigung dessen zu sorgen.“ Struck hielt die Entscheidung der Bundesregierung für richtig, da „die Verhinderung von Völkermord schwerer ins Gewicht fällt als der Respekt vor dem Vetorecht von zwei Mitgliedern des Sicherheitsrates (...).“<sup>552</sup>

Die Beweggründe für die von Struck erwähnten Russen, einer Intervention die Zustimmung zu verweigern, lagen auf der Hand: „Mit einer Zustimmung hätte sich zugleich die Gefahr erhöht, dass die Russische Föderation auseinanderbrechen würde. Tschetschenien und weitere autonome Republiken des Riesenreichs hätten ein Mandat zur Unabhängigkeit erhalten (...).“<sup>553</sup>

Rudolf Scharping rechtfertigte den Militäreinsatz auch moralisch: Menschliche Empörung, die historische Erfahrung sowie das Wissen um die Gräueltaten hätten eine Rolle gespielt.<sup>554</sup> Scharping im Bundestag: „Ich weiß, dass Empörung kein Mittel der Politik ist, aber ein Antrieb kann sie schon sein.“<sup>555</sup> Diese Empörung über vermeintliche Gräueltaten wird aber auch später noch zurückgewiesen. Scharping – so ein Vorwurf aus den eigenen Reihen – habe es unterlassen, seine Informationen durch mehrere Quellen verifizieren zu lassen. Deshalb seien einige der beschriebenen Gründe für eine Bombardierung falsch gewesen.<sup>556</sup> Auch Sigrid Skarpelis-Sperk weist die Darstellung Scharpings zurück. Der Kanzler und der

---

<sup>551</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 14/31 vom 26.3.1999, S. 2572.

<sup>552</sup> a.a.O., S. 2580.

<sup>553</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 75.

<sup>554</sup> Vgl. DER SPIEGEL Nr. 17/1999, S. 26.

<sup>555</sup> Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/32 vom 15.04.1999, S. 2646.

<sup>556</sup> Vgl. Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

Verteidigungsminister – so ihr Vorwurf - seien lediglich willfähige Instrumente der militärischen Obrigkeit gewesen: „ (...) *Der Balkan und Kosovo waren ein Paradebeispiel für eine misslungene Außenpolitik. Es fehlte dort die saubere Fehleranalyse. Ich hatte außerdem den Eindruck: Nach den langen Jahren im Wartestand der alten Bundesrepublik wollte das Militär irgendwann einmal seine Instrumente einsetzen können. Dies ermöglichten leider Schröder, Scharping und andere.*“<sup>557</sup>

Auch die als ausgewiesene „Parteilinke“ nun dem Kabinett angehörende Heidi Wieczorek-Zeul pflichtete dem Einsatz bei und fiel somit als Verbündete der „Rumpf-Linken“ innerhalb der Bundestagsfraktion aus: „*Die Entscheidung für eine deutsche Beteiligung an den NATO-Luftschlägen ohne ein Mandat der Vereinten Nationen war sehr schwer. Aber es war dann auch eine Frage der Abwägung: Lassen wir es zu, dass es einen Konflikt gibt, in dem massiv gegen Muslime auf dem Balkan vorgegangen wird, oder schreiten wir zeitnah ein?*“<sup>558</sup>

Immer wieder wurden Vergleiche historischen Ausmaßes angestellt: Vor der dunklen deutschen Vergangenheit sei es nur folgerichtig, heutzutage andernorts die Errichtung von Vernichtungslagern zu bekämpfen und den Leitspruch „Nie wieder Auschwitz!“ zu leben: „Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus wurden moralisch und gesinnungsethisch aufgeladen, sie wurden aktualisiert und neu codiert (...) mit der Folge, dass das historisch einmalige Ereignis Holocaust relativiert wurde.“<sup>559</sup> Wahrscheinlich blieb den Akteuren aber keine andere Wahl, wollten sie den drohenden Völkermord im Kosovo endlich wirksam bekämpfen.

Einem internen Vermerk eines Mitarbeiters im Parteivorstand zufolge sollte Scharping auf dem anstehenden „Bonner Parteitag eine herausgehobene Möglichkeit erhalten, um zur Entwicklung im Kosovo Stellung zu beziehen“.<sup>560</sup> Diese Auffassung unterstrich auch der Bundeskanzler in einer Sitzung des PV: „Angesichts der bevorstehenden Wahlen sei es notwendig, dass die SPD gut über ihre Politik spreche. Das Auftreten von Rudolf Scharping in der Kosovokrise biete

---

<sup>557</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>558</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>559</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 106f.

<sup>560</sup> Vermerk an Ottmar Schreiner von Andreas Kuhlmann (Vorstandsbüro) vom 29.3.1999.

ebenfalls eine Chance, aus dem Meinungstief heraus zu kommen. Dies sei eine wichtige Grundlage für die Mobilisierung zu den Wahlen“.<sup>561</sup> Gerhard Schröder urteilte rückblickend über die Rolle Scharpings in diesen Wochen, dass „dieser in der öffentlichen Diskussion über diesen Zeitenwechsel der deutschen Außenpolitik eine wichtige und gar nicht zu überschätzende Rolle spielte.“<sup>562</sup>

Kritisch zu würdigen bleibt an dieser Stelle der vollkommen auf die Europawahl fokussierte Blick. Ein Krieg in Europa, der als Instrumentarium zur Herbeiführung innerparteilicher Geschlossenheit führte, wurde dadurch missbräuchlich einem kurzfristigen, parteipolitischen Ziel geopfert.

#### *5.2.1.5 Das Wiedererstarken einer alten Rivalität?!*

Die in der parteiinternen und in der medialen Bewertung starke Rolle Scharpings in diesen Wochen zeigte noch eine ganz andere Wirkung. Lafontaine gab es als Führungsfigur nicht mehr, es blieben Scharping und Schröder: „Mit dem Kosovokrieg schlug Scharpings große Stunde, kaum jemals zuvor (...) war er angesehenener als im halben Jahr zwischen März und September 1999. Ein regelrechtes `Lobkartell` breitete sich aus, und Scharping zog Schröder und Fischer mit.“<sup>563</sup> Für Scharpings Umgebung war es eine fast schon mathematische Überlegung, die saarländische SPD nun gegen Schröder und damit für Scharping zu mobilisieren. Zusammen mit den rheinland-pfälzischen Genossen und dem mächtigen SPD-Landesverband NRW zeichneten sich mögliche Mehrheiten auf einem Bundesparteitag ab. Scharping machte sich Hoffnungen, Schröder als Bundeskanzler zu beerben: „In der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz wie im Saarland gab es derartige Planspiele. Schon wurden für den bevorstehenden Parteitag Stimmen gegen Schröder gesammelt. In beiden Landesparteien war Schröder zutiefst unbeliebt.“<sup>564</sup> Die hin und wieder vertretene Meinung,

---

<sup>561</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März 1999, S.2.

<sup>562</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 114.

<sup>563</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 85.

<sup>564</sup> Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 51.

Scharping sei schon 1995 „abgehalftert“ gewesen, traf somit – bezogen auf die erste Hälfte des Jahres 1999 – nicht zu.

Diese Überlegungen hinsichtlich eines „Kanzlersturzes“ verloren jedoch an Strahlkraft, als mit Reinhard Klimmt ein sozialdemokratischer Ministerpräsident aus dem Saarland die Landtagswahl deutlich verlor und sich als Verkehrsminister in die Regierung Schröder einbinden ließ. Der saarländische Landesverband fiel von nun an als Verbündeter des Rheinland-Pfälzers Scharping aus. Es sollte dies die letzte Möglichkeit für Scharping bleiben, einen Zugriff auf das Kanzleramt doch noch zu schaffen.

#### 5.2.1.6 „Internationale Politik“ als neuer Schwerpunkt der SPD

Offenbar erkannten nun aber auch die Referenten des PV, wie hoch die Bedeutung der außenpolitischen Themenfelder für die Partei und deren Wirkung nach außen waren. Ein Referent schreibt in einem Vermerk, dass Günter „Verheugen sagt, dass die Partei eine Arbeitsgemeinschaft Internationale Politik braucht“.<sup>565</sup> In diesem Referentenvermerk wird zum ersten Mal deutlich, dass sich innerhalb der SPD eine neue Erkenntnis breit machte: Bisher hatte sich die Partei zu wenig mit internationaler Politik beschäftigt. Die Akteure müssen zentral sichtbar sein, und das Finden außenpolitischer Positionen braucht eine parteiinterne Institutionalisierung.

Für viele Parteilinke war die moralische Begründung des deutschen Kriegsbeitrages unerträglich. Wer so argumentiere könne nicht mehr begründen, weshalb er Mord und Vertreibung in vielen anderen Teilen der Welt nicht auch militärisch bekämpfe.<sup>566</sup> Im Ergebnis war die Parteilinke damit nahe an der bisherigen Linie der sogenannten „Bellizisten“: Denn noch fünf Jahre zuvor hatte der SPD-Sicherheitspolitiker Gerster zwar die Beteiligung Deutscher an Kampfeinsätzen gefordert und seiner Partei damit einige Unruhe beschert. Doch an das ehemalige Jugoslawien wollte auch er sich nicht heranwagen: „Wer einem

---

<sup>565</sup> Vermerk an Ottmar Schreiner von Andreas Kuhlmann (Vorstandsbüro) vom 29.3.1999.

<sup>566</sup> Vgl. Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 249.

Vgl. Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

militärischen Einsatz auf dem Balkan das Wort redet, muss ihn und seine Folgen zu Ende denken. (...) Der Rat ist eindeutig: Nein!“<sup>567</sup>

Der Parteivorstand musste sich nun auf Grund der internationalen Entwicklungen schwerpunktmäßig mit der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen. Zum ersten Mal seit der gewonnenen Bundestagswahl erschien dieser wichtige Bereich der Regierungsarbeit nun nicht mehr nur als Randnotiz. Die SPD war – durch die von außen aufoktroierten Umstände - gezwungen worden, sich mit sicherheitspolitischen Fragen auseinanderzusetzen, und: Antworten auf diese Fragen zu finden.

Am 29. März 1999 berichtete Bundeskanzler Schröder im PV über die Lage im Kosovo. Es hätten „sich in den letzten Tagen keine größeren Veränderungen ergeben.“ Als merkwürdig empfand Gerhard Schröder, dass einige den Eindruck vermittelten, von Deutschland sei ein Krieg ausgegangen. Die Maßnahmen der letzten Tage seien im Gegenteil nötig, den Krieg im Krisengebiet zu stoppen, und die Kriegsfähigkeit dort abzubauen. Da militärische Aktionen alleine nicht reichten, sei man auch weiterhin auf der Suche nach einer politischen Lösung. Langfristig bedürfe es einer ökonomischen Stabilisierung der Region durch die Europäische Union.<sup>568</sup>

Sein Verteidigungsminister führte daraufhin Beispiele an, um die Dringlichkeit der NATO-Bombardements zu unterstreichen. So befänden sich aktuell „70.000 – 80.000 Menschen unmittelbar auf der Flucht. Nördlich von Pristina gebe es Hinweise auf ein Konzentrationslager. Der Nahrungsmitteltransport werde behindert (...) Das militärische Ziel der NATO sei die Ausschaltung der Luftabwehr und die Schädigung der Kriegsmaschinerie der Serben (...) Man könne reichlich über die Versäumnisse der Politik in den letzten zehn Jahren reden, doch dies helfe nicht. Wichtig sei nun, dass die humanitäre Hilfe nun schneller und besser geleistet werden müsse (...) Eine Versöhnung nach dem Krieg im Kosovo werde lange auf sich warten lassen, die Erfahrungen der Länder im Westen Europas könnten dabei eine wichtige Hilfe sein.“<sup>569</sup>

---

<sup>567</sup> Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994, S. 66.

<sup>568</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März, S. 2.

<sup>569</sup> Ebd.

Unterstützung erhielt Scharping im PV vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen: „Mit normaler Diplomatie komme man hier nicht weiter. Milosevic sei ein Verbrecher. Vor dem Einsatz seien schon viele Versuche unternommen worden, zu einer politischen Lösung zu kommen (...) Die jetzige Weltordnung passe nicht mehr auf die jetzige Realität. Die SPD habe schon lange eine Reform der UNO verlangt. Es herrsche die Situation einer humanitären Legitimation jenseits der UNO-Ordnung.“<sup>570</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Verheugen um die Schwierigkeit seiner Argumentation im Sinne einer völkerrechtlich zutreffenden Analyse wusste. Wie komplex und herausgehoben die Situation auch sein mochte – geltendes Recht stand im Widerspruch zu den Aussagen des ehemaligen SPD-Bundesgeschäftsführers. Und auch, wenn die akute Situation noch so sehr Wünsche an die Rechtslage hervorrief, so konnte geltendes Recht nicht einfach umgangen werden. Auf diesen Umstand wies der ehemalige Hamburger Erste Bürgermeister, Henning Voscherau im PV hin, indem er die Entscheidung der NATO als falsch bezeichnete. Es gebe „1. Kein UNO-Mandat, 2. Sei das angegebene Ziel mit Luftschlägen nicht erreichbar, 3. Sei das Risiko einer Ausweitung des Krieges unkalkulierbar und 4. Müsse bei einer ehrlichen Betrachtung der Einsatz von Bodentruppen die Konsequenz sein. Für ihn scheidet ein Krieg am Boden jedoch aus, auch hinsichtlich der Vergangenheit Deutschlands. Daraus folgere er, wer nicht B sagen will, darf auch nicht A sagen.“<sup>571</sup>

Nach einigen weiteren Wortmeldungen anderer PV-Mitglieder wollte Henning Voscherau auf dem Parteitag einen Antrag gegen den Einsatz von Bodentruppen beschließen lassen. Voscherau galt innerhalb der Partei als Pragmatiker, eher „rechter“ hanseatischer Sozialdemokrat. In das linke Spektrum der Partei wurde er nie eingeordnet. Wohl deshalb und vermeintlich auch wegen seines beruflichen Hintergrundes als Jurist, der von geltendem Recht ausgehend beurteilt, sah sich der Kanzler im PV herausgefordert und wies Voscheraus Forderung umgehend zurück. Schröder zufolge „könne der Eindruck entstehen, es gebe Differenzen zur erklärten Regierungspolitik. In der Diskussion sei gelegentlich der Eindruck

---

<sup>570</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März 1999, S. 4.

<sup>571</sup> Ebd.



entstanden, man könne souverän über die deutsche Außenpolitik entscheiden. Dies sei insofern ein Trugschluss, als dass man es sich nicht erlauben könne, anders zu handeln als unsere Partner. Tue man dies, sei man erst recht in Schwierigkeiten. Nicht nur wegen der außenpolitischen Stabilität, sondern auch wegen der verheerenden innenpolitischen Wirkung.<sup>572</sup> Trotz allem glaubte man in Schröders Umfeld an dessen Führungsstärke und war überzeugt davon, dass die Bundesregierung weiter bestehen bleiben würde.<sup>573</sup>

Scharping drohte mit dem verheerenden öffentlichen Bild einer Bundesregierung, deren sie tragende Parteien Zweifel am rechtskonformen Vorgehen im Kosovo aufkommen ließen: „Wer völkerrechtliche Bedenken habe, sage zugleich, die Regierung begehe Verfassungsbruch. Man müsse fragen, ob das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat noch zeitgerecht sei, oder ob es nicht vielmehr ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges sei.“<sup>574</sup>

#### 5.2.1.7 Übernahme von Verantwortung oder der Sündenfall sozialdemokratischer Sicherheitspolitik?

Die Kontroverse innerhalb der SPD konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf die oben erwähnte Tatsache, dass die Militäraktion ohne UNO-Mandat zustande gekommen war. Alle im Bundestag vertretenen Parteien - mit Ausnahme der PDS - wiesen in den letzten Jahren die Gemeinsamkeit auf, dass friedensschaffende Einsätze nur dann unternommen werden dürften, wenn ein UNO-Mandat vorlag.<sup>575</sup>

Einige Abgeordnete der SPD-Fraktion erarbeiteten für den bevorstehenden Sonderparteitag – auf welchem nach Lafontaines Rücktritt eigentlich die Wahl eines neuen Vorsitzenden im Mittelpunkt stehen sollte – einen Antrag, in dem u.a. eine unbefristete Feuerpause verlangt wurde.

---

<sup>572</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März 1999, S. 6.

<sup>573</sup> Vgl. Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

<sup>574</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März 1999, S. 6.

<sup>575</sup> Vgl. Rittberger, Volker: German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester – New York 2001, S. 167f.

So bezweifelte das Parteivorstandsmitglied Hermann Scheer, dass die Bombardierung die Ultima ratio gewesen sei. Die NATO habe von Anfang an versucht, den Kosovo-Konflikt in Eigenregie zu lösen. Weil somit auch der militärische Teil der Implementierung von der NATO dominiert wurde, habe Russland ohne Gesichtsverlust überhaupt nicht zustimmen können.<sup>576</sup>

Der Bremer Bürgermeister Henning Scherf entgegnete Scheer: „Bitte, lasst uns nicht die Vorstellung erwecken, die Deutschen allein könnten die Weltprobleme lösen oder die Sozialdemokratische Partei in Deutschland allein könnte diesen entsetzlichen Konflikt beenden!“<sup>577</sup> Innenminister Otto Schily erklärte, dass diejenigen, die nun mit politischen Winkelzügen anfangen, der Sache keinen Gefallen täten. In dieser Situation sei Festigkeit angesagt.

Der Außenpolitiker Rolf Mützenich reflektiert noch Jahre später, dass „*sich einige Abgeordnete regelrecht genötigt*“ sahen, dem Einsatz zuzustimmen.<sup>578</sup>

Eine weitere Vertreterin des linken Flügels der SPD, die Abgeordnete Skarpelis-Sperk, sieht rückblickend weniger den Druck der eigenen Parteiführung, als vielmehr die aus ihrer Sicht mangelnden Alternativen im Zentrum der Entscheidungsfindung: „*Für den Fortbestand der Regierung Schröder gab es keine Alternative im Handeln. Bei Nichtbeteiligung wäre Rot-Grün am Ende gewesen. Und wir waren uns sicher: Die Konservativen hätten in Regierungsverantwortung noch mehr hingelangt.*“<sup>579</sup>

Eine Behauptung, die allerdings keine argumentative Unterstützung anderer erfährt und deshalb Spekulation bleibt.

Die Parteilinke hatte zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bundesregierung durch ihr Handeln bereits Fakten geschaffen hatte. Neben einer sich abzeichnenden Mehrheit in Partei und Fraktion wurden die Luftschläge auch von der Bevölkerung mehrheitlich als notwendig erachtet.<sup>580</sup> Dies war umso wichtiger,

---

<sup>576</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 12.4.1999 in Bonn, S. 69.

<sup>577</sup> a.a.O., S. 71.

<sup>578</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>579</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>580</sup> Eine erste Umfrage zeigte, dass nahezu 63% der Bevölkerung das Vorgehen der Bundesregierung unterstützten (aus: Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen, S. 90). Diese Zahl relativierte sich jedoch schon bald, zumal eine Mehrheit von Befürwortern lediglich in Westdeutschland erreicht wurde. In den neuen Ländern lehnte eine Mehrheit

da nach früheren Erfahrungen auch anderer Länder das Entscheidungshandeln der Regierung in außenpolitischen Krisensituationen verlässlich in die Auffassung der Volksmehrheit integrierbar sein musste.<sup>581</sup>

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass in der Bevölkerung gleichzeitig eine 2/3-Mehrheit verlangte, die Ausgaben für militärische Zwecke zu kürzen.<sup>582</sup> Die Zustimmung zum Kosovo-Einsatz war folglich nur mit der Darstellung einer humanitären Katastrophe im Kosovo zu erklären, und nicht mit einer grundsätzlichen Umorientierung der Deutschen hin zu einer Militarisierung der bisher militärisch defensiven deutschen Außenpolitik.

Im Verlauf der Luftangriffe nahm die Kritik am Kosovo-Einsatz selbst zu. Auch der Bundeskanzler spürte wenige Tage nach Beginn der Operation erste Erosionserscheinungen im SPD-Parteivorstand. Offensichtlich aus diesem Grund verlagerte er seine Argumentation nun schwerpunktmäßig darauf, von seiner sozialdemokratischen Partei Treue im nordatlantischen Bündnis einzufordern. Die Bindung an andere Staaten war von nun an das prioritäre Gut, welches es zu erhalten galt.

Die ablehnendste Haltung seitens der SPD-Linken in der innerparteilichen Debatte vertrat die Bundestagsabgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk. Sie warf der SPD-geführten Regierung den Bruch der UN-Charta, des Völkerrechts sowie des 2+4-Vertrages vor.

Auffallend ist, dass das Präsidium des Sonderparteitages im April 1999 für solche, das Handeln der sozialdemokratisch geführten Regierung kritisierende Wortmeldungen offenbar nur wenig Platz einräumen wollte. Die Rednerin Skarpelis-Sperk überzog ihre Zeit wie die meisten anderen Diskutanten auch. Doch in ihrem Fall versuchte der Tagungspräsident Walter Momper (ehemals

---

von über 50% die Angriffe ab (aus: Emnid-Umfrage vom 26.03.1999, in: Der Spiegel Nr.13/99 S. 26).

<sup>581</sup> Vgl. Funke, Manfred: Zwischen Staatsvernunft und Gefühlskultur. Aspekte innerer und äußerer Sicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51/2001, S. 3f.

<sup>582</sup> STERN Nr. 25/99 vom 17.06.1999, S. 128.

Regierender Bürgermeister des Landes Berlin) eindringlich, den äußerst kritischen Beitrag mit Verweis auf die überschrittene Redezeit zu beenden.<sup>583</sup>

Skarpelis-Sperk verwehrt sich auch Jahre später noch gegen den Vorwurf, die SPD habe sicherheitspolitische Realitäten nicht wahrhaben wollen. Im Gegenteil: Ihrer Meinung nach habe die SPD in Oppositionszeiten schon ebenso verantwortungsvoll im deutschen Interesse gehandelt: *„Der Begriff „träumerisch“ ist hier fehl am Platz. Die Tage der Regierungen Brandt und Schmidt waren alles andere als träumerisch. So wurde beispielsweise die deutsche Einheit in der Zeit der beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler präzise vorbereitet. Der nachfolgende Bundeskanzler Kohl hätte sich für diese intensive Vorarbeit nach den Fall der Mauer fünfmal am Tag bei uns bedanken müssen.*

*Zum anderen hat die SPD die Oppositionszeit verantwortungsvoll genutzt. Dass Deutschland im Nachgang zur Wiedervereinigung nicht plötzlich pro-russisch, dass US-Truppen nicht auf dem Gebiet der dann ehemaligen DDR stationiert werden konnten – dies war das Ergebnis einer verantwortungsvollen SPD-Arbeit in der Opposition.“<sup>584</sup>*

Scharping erklärte auf dem Parteitag, die SPD werde nie eine Applausmaschine sein, sie solle aber auch nie eine reine Kritisiermaschine werden.<sup>585</sup> Schröder stellte – laut Biograf Schöllgen - in diesen Wochen fest, dass der Ausgang des Konfliktes zwischen Scharping und Lafontaine um den Fraktionsvorsitz im Nachhinein gut gewesen sei. Lafontaine war aus der Bundespolitik geflohen, und Scharping als angesehenes Mitglied in die administrative Arbeit eingebunden. Scharping genieße „in der Bundeswehr hohes Ansehen, schon weil er die mit dem Kanzler und dem Außenminister getroffenen Entscheidungen sachorientiert und ruhig umsetzt und die öffentliche Kommunikation im Griff hat.“<sup>586</sup>

Franz Müntefering erklärte: „Es wäre schöner, die UNO würde handeln. Aber wenn Russland, China und Namibia nicht mitmachen (...), dann kann das

---

<sup>583</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 12. April 1999, S. 74f.

<sup>584</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>585</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 12. April 1999, S. 66.

<sup>586</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 444.

Nichthandeln der UNO für Sozialdemokraten kein Alibi sein, an dieser Stelle wieder beiseite zu blicken.“<sup>587</sup> Eine Aussage, die auch noch zwei Jahre zuvor, als der Parteitag in Hannover die SPD als regierungsfähige politische Kraft darstellen sollte, vollkommen undenkbar gewesen wäre.

Der saarländische Ministerpräsident Reinhard Klimmt stellte dann - zu Recht - fest, dass die Militäraktion gegen sämtliche außenpolitische Parteitagsbeschlüsse der Vergangenheit verstoße.<sup>588</sup> Diese Aussage blieb unwidersprochen. Hinzufügen muss man jedoch den Rückblick Klimmts auf den Kosovo-Krieg einige Wochen später. Er „bedauert diejenigen, die in der Kosovo-Krise die Entscheidung treffen mussten. Die Partei befinde sich im Schockzustand, doch der Druck werde steigen. Er dankte Rudolf Scharping und auch Gerhard Schröder für ihr zurückhaltendes und besonnenes Auftreten. Wenn Bodentruppen notwendig seien, dann müsse dies aus historischen Gründen ohne deutsche Truppen gehen.“<sup>589</sup> Auch der ehemalige Parteichef Oskar Lafontaine meldete sich aus dem politischen Exil und forderte einen sofortigen Stopp der Bombardierung und die Wiederaufnahme politischer Verhandlungen.<sup>590</sup>

Wie schon in den vorgelagerten Beratungen des Parteivorstandes war die Koalition derjenigen in der SPD, die sich gegen die Militäraktion stellten, auffällig. Denn nicht nur die Linken opponierten gegen die Politik der Bundesregierung – auch Sozialdemokraten des rechten Parteiflügels sprachen sich gegen die NATO-Aktion aus. So glaubte Henning Voscherau, dass die NATO-Aktion kein taugliches Mittel sei, da immer Unschuldige getroffen würden. Voscherau artikuliert auch auf dem Parteitag seine juristischen Bedenken am deutlichsten von allen „Nicht-Linken“, die gegen den Militäreinsatz Stellung bezogen. Er sah die gleichen Probleme wie Skarpelis-Sperk: „Ich halte die Zustimmung zum NATO-Einsatz für einen Bruch des Grundgesetzes, für eine Verletzung des Amtseides der Mitglieder der Bundesregierung, einen Bruch der UN-Charta und einen Bruch des 2+4-Vertrages.“<sup>591</sup> Was da geschehe, sei „ein

---

<sup>587</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 12. April 1999, S. 77.

<sup>588</sup> Vgl. a.a.O., S. 96.

<sup>589</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 7. Juni 1999, S.5.

<sup>590</sup> Vgl. Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 247.

<sup>591</sup> Interview mit Henning Voscherau im Hamburger Abendblatt vom 4.6.1999.

Rückfall in die jahrhundertealte Irrlehre vom gerechten Krieg“, und diese Irrlehre habe noch immer Unglück bewirkt.<sup>592</sup>

Besonders interessant erscheinen jedoch die unterschiedlichen Motive der beiden Akteure, die dann zu der gleichlautenden Konsequenz führen. Während Voscherau sich von rechtlichen Aspekten leiten lässt, erläuterte Skarpelis-Sperk ihr Argumentationsmuster mit Erkenntnissen, die sie aus Gesprächen mit dem ehemaligen Kanzleramtschef und Botschafter in Belgrad, Horst Grabert, gewonnen habe: *„Im Vorfeld meiner Meinungsbildung habe ich mich sehr genau bei Horst Grabert, ehemals Kanzleramtschef unter Willy Brandt und deutscher Botschafter in Belgrad, informiert. Horst war für mich der beste Kenner der nicht gerade leicht zu verstehenden Historie des Balkans. Wir vertraten die Auffassung, dass die Russen eine Missachtung der UN-Charta und des 2+4-Vertrages als enormen Vertrauensbruch begreifen würden. Außerdem war klar, dass die US-Amerikaner durch das geheime Errichten von unterirdischen Atomwaffenlagern auf dem Balkan („Camp Freedom“) schon einen Schritt zu weit gegangen waren.“*<sup>593</sup> Die auf Nachfrage bestätigte Tatsache, dass Skarpelis-Sperk ihre Meinungsbildung fast ausschließlich auf den Aussagen Graberts vollzog, darf zumindest Zweifel an der Absicht auf umfassende Beleuchtung der politischen und der rechtlichen Herausforderung aufwerfen. Eine Nachlässigkeit ist der Verzicht auf die Inanspruchnahme weiterer Quellen allemal.

Man kann also am Beispiel des Kosovo-Konfliktes erkennen, dass die Partei zu diesem Zeitpunkt nicht klassisch in einen „rechten“ und einen „linken“ Flügel gespalten war, sondern dass die unterschiedlichsten Strömungen innerhalb der Partei mit der neu gewonnenen Regierungsverantwortung (noch) nicht zurechtkamen.

Neben den Kritikern und der Mehrheit aus gemäßigten Befürwortern des Kriegseinsatzes gab es auch Stimmen, die Kompromisslosigkeit mit dem Regime Milosevics anmahnten. Wolfgang Clement: „Hier geht es nicht um zwei Kriegsparteien. Das ist ein Fehler, wenn wir die Diskussion so führen. (...) Es geht um militärische Einsätze der NATO gegen die, die Menschenrechte Tag für Tag

---

<sup>592</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 92.

<sup>593</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

brechen. (...) Das Mordbrennen auf dem Balkan muss zu Ende gehen. Und es geht gegenüber einem Gewalttäter nur mit Gewalt zu Ende (...).“<sup>594</sup> Clement konnte sich sogar den Einsatz von Bodentruppen vorstellen. Für eine solche Entscheidung sah der Kanzler jedoch keinen Handlungsbedarf.<sup>595</sup>

Man hätte annehmen können, dass der Krieg im Kosovo das zu diesem Zeitpunkt entscheidende politische Thema auch für die deutsche Öffentlichkeit gewesen ist – aber diese Annahme ist falsch. Innenpolitische Entscheidungen beschäftigten die Deutschen weitaus stärker: „Je näher man einer friedlichen Beilegung des Konflikts kam, desto mehr nahm das Interesse in der Öffentlichkeit ab, Anfang Juni geradezu erdrutschartig. Die Deutschen interessierten sich nicht für Außenpolitik, nicht für Krieg und Frieden, sondern sorgten sich um ihren inneren Wohlstand.“<sup>596</sup>

---

<sup>594</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 92.

<sup>595</sup> DER SPIEGEL Nr. 14/1999, S. 27f.

<sup>596</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 98.

#### 5.2.1.8 Annäherung an die eigene Regierungsfähigkeit?

Rudolf Scharping nahm der Diskussion während seiner Parteitagsrede im April die Schärfe, indem er aus einer Mischung von rückwärtiger Fehleranalyse und Vorausschau auf künftige sozialdemokratische Sicherheitspolitik bemerkte, dass „unsere Fähigkeit, Krisen nicht zuerst als militärische Konflikte zu begreifen, sondern vorbeugend politisch zu handeln“, deutlich gestärkt werden müsse.<sup>597</sup> Scharping versuchte damit auch, dem von Juso-Seite erhobenen Vorwurf, ein „Kriegsminister“ zu sein, entgegen zu wirken.<sup>598</sup> Schon zuvor hatte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler, die Fähigkeit für vorausschauende Friedenspolitik im Vergleich zu den militärischen Interventionsmitteln als „bestenfalls embryonal ausgebildet“ bezeichnet.<sup>599</sup>

Einen bemerkenswerten Einblick in das aufgewühlte Innenleben einer Neu-Regierungspartei gewährte Peter Struck. Der neue Vorsitzende der größten Regierungsfraktion im Bundestag erklärte den Einsatzgegnern, was aus seiner Sicht die neu gewonnene Regierungsverantwortung für die SPD bedeutete: „Verantwortung heißt, dass man entscheiden muss. Man muss in der Bundesregierung, in der Bundestagsfraktion und im deutschen Parlament entscheiden. Man kann sich nicht vor einer Entscheidung drücken, und man kann hier auch keine Formelkompromisse, die man in der Opposition manchmal als Ausweg gefunden hat, schließen.“<sup>600</sup>

Diese Aussage birgt Entscheidendes: Zeigte doch mit dem Vorsitzenden der größten Regierungspartei ein exponierter Akteur auf, welches Procedere eine Oppositions- von einer Regierungspartei unterscheidet. Mit der Übernahme von Verantwortung trat dann offenkundig eine neue Beurteilung der politischen Lage ein.

Auf die Frage, ob die Diskussionen innerhalb der SPD vor 1998 somit lediglich Schaukämpfe waren und Fakten ausgeblendet worden sein könnten, antwortete Struck: „Nein, das kann man so nicht sagen. Es ist ja generell nicht so, dass es

---

<sup>597</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 65.

<sup>598</sup> Vgl. *Vorwärts* Nr. 7-8/2000, S. 22.

<sup>599</sup> Erler, Gernot: Kosovo. Die Aporien des internationalen Systems, in: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte Nr. 5/99, S. 389ff.

<sup>600</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 80.



*immer eine eindeutige Faktenlage gibt und man zwingend zu einer bestimmten Entscheidung kommen muss, wenn man nur alle Fakten berücksichtigt. Es gibt immer unterschiedliche Wahrnehmungen der Faktenlage und daraus resultieren dann unterschiedliche Schlussfolgerungen. Der entscheidende Unterschied zwischen Regierung und Opposition: In der Regierung muss irgendwann entschieden werden, auch wenn die Situation nicht eindeutig ist und Raum für unterschiedliche Wertungen lässt. In der Opposition neigt man bei strittigen Fragen manchmal schon dazu, strittige Fragen nicht abschließend zu klären. Das gilt aber für alle Parteien, übrigens nicht nur in Deutschland.“<sup>601</sup>*

Aus dieser Aussage lässt sich ableiten, dass die Partei bis zu diesem Zeitpunkt im Frühjahr 1999 selbst in den Augen führender Sozialdemokraten überhaupt nicht darauf vorbereitet war, Verantwortung zu übernehmen. Mit den Worten des Spiegel-Redakteurs Jürgen Leinemann war festzustellen, dass nun „ausgerechnet die Koalition von SPD und Grünen, in deren Reihen sich viele überzeugte Pazifisten und noch viel mehr unverbesserliche Zivilisten fanden“ einen Kriegseinsatz vorzubereiten hatte.<sup>602</sup>

Auch der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Beck beurteilt diese Phase sozialdemokratischer Regierungstätigkeit als Einschnitt: „*In den Jahren 1998/99 waren die deutsche Außenpolitik und damit auch die SPD zum ersten Mal konkret gefordert. Diese Situation war gravierend, aufwühlend, fordernd, aber auch notwendig und richtig. Es gab eine sehr unübersichtliche Lage im ehemaligen Jugoslawien. Am Ende hat die SPD – trotz tiefgreifender Diskussionen - ihre Verantwortung wahrgenommen.*“<sup>603</sup>

Scheinbar näherte sich die SPD nun erst Stück für Stück ihrer eigenen, außenpolitischen Regierungsfähigkeit.

---

<sup>601</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>602</sup> Leinemann, Jürgen: Höhenrausch, S. 352.

<sup>603</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

#### 5.2.1.9 „Verantwortung“ – auch Horizonterweiterung?

Das Verhalten der neuen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, bestätigte die obige Vermutung ebenfalls. Keine sechs Jahre zuvor, auf dem Wiesbadener Parteitag, legte sie sich fest: Es werde mit einer SPD-geführten Regierung keine Beteiligung Deutschlands an Kriegseinsätzen geben, da werde man Kontinuität zum Verhalten in der Opposition wahren.

Das neue Ministeramt vermittelte Wieczorek-Zeul offensichtlich ganz andere Perspektiven. Die Frage nach Krieg oder Frieden beantwortete sie nun wie folgt: „Das Wichtigste, das wir in der jetzigen Situation tun können, um dafür zu sorgen, dass die vertriebenen Menschen in den Kosovo zurückkehren können, ist die ununterbrochene Aufrechterhaltung des Drucks auf Milosevic“.<sup>604</sup> Faktisch bedeutete dies die Weiterführung der Bombardierungen. Doch auch mit Blick auf das fehlende UNO-Mandat hatte die Ministerin ihre Ansicht im Vergleich zu früher geändert: „Ich komme angesichts globaler Entwicklungen, die den Nationalstaat (...) nicht mehr voll souverän erscheinen lassen, zu der Auffassung, dass es notwendig ist, das Völkerrecht so weiterzuentwickeln, dass das Prinzip der Sicherung der Menschenrechte im Völkerrecht entsprechend verwirklicht wird.“<sup>605</sup>

Die Mitglieder der Bundesregierung führten immer wieder moralische Rechtfertigungsgründe an. So gehe es bei den kriegerischen Handlungen nicht um Öl oder Rohstoffe, sondern um die Beendigung der Verletzung von Menschen- und Lebensrechten.<sup>606</sup>

Um den eigenen moralischen Anspruch bei der militärischen Lösung des Konfliktes noch stärker zu untermauern, wartete die Parteispitze mit einem „elder statesman“ als Redner auf dem Parteitag auf: Der ehemalige Bundesminister und

---

<sup>604</sup>SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 106.

<sup>605</sup>Ebd.

<sup>606</sup>Vgl. DER SPIEGEL Nr. 17/1999, S. 26.

Aktivist in der Friedensbewegung der achtziger Jahre, Erhard Eppler, sprach zum Ende der Debatte zu den Delegierten.<sup>607</sup>

Er glaubte, dass diejenigen, die das Recht des Stärkeren für sich in Anspruch nehmen, irgendwann erfahren müssten, dass es noch Stärkere auf der Welt gebe. An das Gewissen der Sozialdemokratie appellierend fügte er hinzu: „Tragisch ist eine Situation, wenn man schuldig wird, ganz gleich was man tut. Natürlich wird man schuldig, wenn man Bomben wirft. Die Frage ist doch nur, wie man noch schuldiger wird. Deshalb muss diese Partei jetzt diesen tragischen Konflikt, auf den sie gar nicht vorbereitet ist, aushalten. (...) Dann muss die Regierung handeln. Ich habe den Eindruck, sie handelt so, dass wir ein bisschen weniger schuldig werden, als wenn wir nichts täten.“<sup>608</sup>

Eppler bezeichnete die Diskussion auf dem Parteitag als eine „sehr gute Debatte, ohne Ausrutscher“. Das Hinwegsetzen über die Absicht, nur auf UNO-Beschluss einzugreifen, bezeichnete er als „die erträglichere Entscheidung“.<sup>609</sup>

Der langanhaltende Beifall bestätigte, dass diese Ansicht auch mehrheitlich die Auffassung der anwesenden Delegierten darstellte.

Eppler selbst blickte sechzehn Jahre später in seinen Erinnerungen noch einmal auf den Bonner Parteitag und die dortige Debatte zurück. Seine Beurteilung des Sachverhaltes ist auch im Rückblick noch die gleiche geblieben: „Was würde der Erhard Eppler sagen, der zwei Jahrzehnte zuvor nichts von den Pershings gehalten, im Bonner Hofgarten geredet hatte? Was ich zu sagen hatte, war einfach: Wer Bomben wirft und überdies nie genau weiß, wen sie treffen, macht sich schuldig. Wer zusieht, wie Hunderttausende, in diesem Fall albanische, Kosovaren vertrieben und dabei Hunderte getötet werden, nur damit ein anderes Volk, in diesem Fall das serbische, ihre Dörfer und Städte übernehmen kann, macht sich auch schuldig. Ich war überzeugt, dass wir auch darüber zu

---

<sup>607</sup> Erhard Eppler war von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Während der Aktivitäten der Friedensbewegung trat er als Redner gegen die Sicherheitspolitik der Regierung Schmidt auf.

<sup>608</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 111ff.

<sup>609</sup> Interview mit Erhard Eppler in: *Vorwärts* Nr. 5/99, S. 39.

entscheiden hatten, was in Europa künftig möglich sein durfte. So fand ich, das Zusehen würde mich noch mehr bedrücken.“<sup>610</sup>

Epplers Unterstützung wurde in der medialen Begleitung des Parteitages als nachdenklich und ruhig, sogar als „eindringlich-nachdenklich“ bezeichnet.<sup>611</sup> Die Morgenpost aus Berlin zeigte sich sogar „überrascht“ von der deutlichen Unterstützung des SPD-Linken zugunsten der Bundesregierung.<sup>612</sup> Gerhard Schröder wusste diese argumentative Hilfe seines langjährigen innerparteilichen Kritikers zu schätzen, denn auf dem Parteitag sei „es vor allem Erhard Eppler zu verdanken“ gewesen, „dass die deutschen Sozialdemokraten ihre Verantwortung schulterten, auch wenn sie diese Last fast erdrückte.“<sup>613</sup>

Rudolf Scharping gab zum Schluss der Debatte als Vorsitzender der Antragskommission einen Überblick über die Ergebnisse der Diskussion: Einigkeit unter allen Debattenteilnehmern sah Scharping 1. in der Beurteilung der Politik von Milosevic, 2. in der Reklamierung der kurzfristigen Ziele, 3. in der Notwendigkeit der humanitären Hilfe, 4. in den politischen Perspektiven, 5. in dem Ziel, dass Russland einbezogen werden müsse, 6. im langfristigen Ziel der Stärkung der UNO.<sup>614</sup>

Der Parteitag stimmte daraufhin dem Leitantrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit zu.<sup>615</sup>

---

<sup>610</sup> Eppler, Erhard: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, S. 271.

<sup>611</sup> Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/nur-76-prozent-stimmen-fuer-schroeder/75334.html> (abgerufen am 10.12.2018)

<sup>612</sup> <http://www.mopo.de/rechter-voscherau-gegen---linke-eppler-und-scherf-fuer-linie-der-schroeder-regierung-beim-kosovo-debatte-mit-neuen-fronten-18961342> (abgerufen am 10.12.2015).

<sup>613</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 85.

<sup>614</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999, S. 114f.

<sup>615</sup> a.a.O., S. 120.

Vgl. Rittberger, Volker: German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester – New York 2001, S. 167: “In SPD programmes the idea of Bundeswehr participation in peace-keeping and humanitarian operations is also embraced, but support for German participation in NATO-led operations that entail the use of force cannot be found before 1998.”

Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

## 5.2.2 Die „Seele“ der SPD nach den Luftschlägen

### 5.2.2.1 Eine kritische Reflexion durch die Parteibasis

Auch wenn an der Basis, also in den Ortsvereinen und Kreisverbänden/Unterbezirken der SPD, zu jener Zeit die Forderung immer lauter wurde, ein baldiges Ende der Militäroperation einzuleiten, stand die SPD-Führung öffentlich geschlossen hinter dem Vorgehen der Regierung. Überall häuften sich Parteiaustritte, und je länger der Krieg dauerte, desto mehr Mühe hatten die SPD-Abgeordneten, ihn an der Basis zu begründen.<sup>616</sup> Die Partei erlebte auf allen ihren Ebenen zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine intensive Debatte um die deutsche Beteiligung an Kriegshandlungen in Europa. Nach einer vom PV in Auftrag gegebenen Umfrage zur Politik der immer noch neuen Bundesregierung konnten sich die Regierungsmitglieder jedoch auf Zuspruch aus der Bevölkerung berufen:

- 68% der Befragten hielten die Politik der Bundesregierung im Kosovo-Konflikt für richtig. Diese Unterstützung ging quer durch die Parteianhängerschaften mit Ausnahme der PDS-Anhänger.
- 71% hielten das Vorgehen der NATO für gerechtfertigt, „weil nur so eine humanitäre Katastrophe verhindert werden kann.“
- 75% der Befragten waren für eine Fortsetzung der Angriffe der NATO, „bis die Serben an den Verhandlungstisch zurückkehren“.
- Nur 30% waren dafür, die Luftangriffe der NATO „ohne Wenn und Aber“ jetzt zu stoppen“.<sup>617</sup>

Allerdings differenzierten die Befragten sehr stark zwischen Luftschlägen der NATO und dem Einsatz von Soldaten am Boden: Gegen eine Beteiligung

---

<sup>616</sup> DER SPIEGEL Nr. 14/1999, S. 28.

<sup>617</sup> SPD-Parteivorstand: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse einer polis-Studie vom 13.-15.04.1999, S. 4.

deutscher Bodentruppen sprachen sich 67% aus, und 30% für eine Beteiligung. Auch, wenn man bei den Gegnern des Einsatzes von Bodentruppen nachfragte, ob sie bei ihrer ablehnenden Haltung auch dann blieben, wenn Deutschland im NATO-Bündnis dadurch isoliert würde, blieben 64% bei ihrer ablehnenden Haltung.<sup>618</sup>

Erst in den Monaten nach Beendigung der Luftschläge wagten sich auch wieder die Mitglieder der Parteiführung aus der Deckung, welche sich in den Wochen des Kosovo-Konfliktes auffällig defensiv verhalten hatten.

Am 12. Juni berichtete der Bundeskanzler im Parteivorstand von den neuesten Entwicklungen: Im Mai habe er Signale aus dem Umfeld des russischen Präsidenten erhalten, dass es „ein gewisses Interesse an Gesprächen zur Beilegung der Kosovo-Krise gebe (...) Seit vergangenen Samstag gebe es nun militärische Gespräche mit den Serben. Dabei sei klar, dass die Schutztruppe einen robusten NATO-Kern erhalten werde (...) Zurzeit gebe es Versuche, eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu entwerfen. Außerdem gebe es Gespräche mit der chinesischen Regierung. Boris Jelzin habe viel Wert auf die Entwicklungsperspektiven des Balkans gelegt. Seit drei Tagen gebe es faktisch eine Bombenpause im Kosovo. Es würden nur Ziele angegriffen, von denen Angriffe her erfolgten. Ob dies haltbar sei, hänge aber davon ab, ob Milosevic mit den Trickereien bei den militärischen Verhandlungen aufhören werde.“<sup>619</sup>

Nach lediglich drei (!) Nachfragen aus den Reihen der Mitglieder des Parteivorstandes und entsprechenden Antworten stellte Schröder dar, dass „die Außendarstellung der militärischen Gespräche ein Problem sei. Die Möglichkeiten der Einflussnahme seien extrem begrenzt. Er könne es nicht mit Sicherheit sagen, jedoch sei es sehr wahrscheinlich, dass es in der gleichen Woche noch zu einem Ende des Krieges kommen werde. Einen Ende Juni stattfindenden G8-Gipfel in Köln, an dem Jelzin und Clinton teilnehmen werden, könne er sich ohne ein Ende des Kosovo-Krieges nicht vorstellen.“<sup>620</sup>

---

<sup>618</sup> Vgl. ebd.

<sup>619</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Juni 1999, S. 3.

<sup>620</sup> Ebd.

### 5.2.2.2 Die Europawahl 1999 im Fokus

Da die SPD in den Umfragen – u.a. auch auf Grund bisheriger sozialpolitischer Entscheidungen – einen neuen Tiefstand erreicht hatte, nutzte Bundeskanzler Schröder diese Gelegenheit, um eine weitere Drohkulisse vor den anstehenden Europawahlen aufzubauen: Die Partei werde sich noch wundern, so Gerhard Schröder, wie tief sie in den Umfragen sinken werde, wenn sie jetzt einen deutschen Sonderkurs durchsetzen wolle.

Auf die Frage, welche Auswirkungen der Kosovo-Krieg auf die bevorstehenden Wahlen habe, antwortete der SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Klaus Hänsch: „Ich glaube nicht, dass der Krieg Stimmen bei der Europawahl kostet, denn hier geht es darum, dass Europa dafür sorgt, dass Nationalismus und Rassismus keine Chance mehr in irgendeinem Land Europas bekommen.“<sup>621</sup>

Tatsächlich endete die Europawahl für die SPD desaströs. Gegenüber der Europawahl von 1994 verbuchte die Partei ein Minus von 1,5 Prozentpunkten, im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 sogar –10,2 Prozentpunkte.

Untersuchungen ergaben jedoch, dass die Verluste hauptsächlich das Resultat einer Denkmittelwahl waren, die die Unzufriedenheit der Wähler mit der rot-grünen Wirtschaftspolitik quittierte. 60% der SPD-Anhänger waren zwar mit der Außenpolitik einverstanden, konnten jedoch nicht genügend zur Stimmabgabe mobilisiert werden. Der Kosovo-Konflikt spielte als Wahlkampfthema lediglich eine untergeordnete Rolle: „71% der Befragten gaben zu Protokoll, die Arbeitslosigkeit sei für sie das wichtigste Problem, der Konflikt um den Kosovo sank in den Nennungen auf unter 20 %.“<sup>622</sup>

Einen interessanten Einblick in die Strategie der Parteiführung hinsichtlich des schwierigen und dilemmata-behafteten Vorgehens liefert ein interner

---

<sup>621</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 147/99 vom 18. Mai 1999 (Interview des Deutschlandfunks mit Klaus Hänsch).

<sup>622</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 98.

Referentenvermerk an den neuen Generalsekretär der Partei, Franz Müntefering, und seinen Bundesgeschäftsführer, Matthias Machnig. In dem Schreiben, das den Leitantrag des PV „Internationale Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts“ bewertete, finden sich bemerkenswerte Gedankenspiele. Zunächst beschreibt der Referent, dass der Leitantrag von der „AG Internationale Politik“ erstellt wurde. Die AG hatte sich am 2.7.1999 unter der Leitung von Rudolf Scharping konstituiert; ihr gehörten alle relevanten Außen-, Europa- und Entwicklungspolitiker der Partei an. Das Kanzleramt war durch Michael Steiner vertreten.<sup>623</sup> Der Referent kommt nun zu einer Einschätzung, die ganz offenkundig im Sinne der Adressaten seines Schreibens ist: „Der Leitantrag wurde am 6.10.1999 von der AG dem PV zur Annahme empfohlen (...) Einschätzung: Unser Ziel, einen konsensualen Antrag zu erstellen, der auf dem Parteitag nicht zu großen Diskussionen führt, ist erreicht worden.“<sup>624</sup> Nach Ansicht des Verfassers zeigt sich hier ganz unverblümt, was auch schon in den Monaten vor der Bundestagswahl analysiert werden konnte: Die Spitze der SPD definierte als erste Priorität Ruhe und Geschlossenheit der Partei. Daraus lässt sich ableiten, dass gründliche Analysen und intensive Debatten weiterhin nicht gewünscht waren.

Damit nicht genug: Henning Scherf wollte einen eigenen Leitantrag des Forums „Dritte Welt“ auf dem Parteitag einbringen. Doch damit hatte der Referent offenkundig ein Problem: „Henning möchte, dass auch dies ein Leitantrag des PV wird. Die Diskussion dazu war in der AG eher leidenschaftslos. Entwicklungspolitik ist im Leitantrag Internationale Politik gut vertreten. Rudolf Scharping wollte vor seinem endgültigen Votum den Scherf-Antrag erst einmal lesen. Er war aber über einen zusätzlichen Leitantrag Entwicklung nicht gerade begeistert. Mein Votum: Um des lieben Frieden willens könnte man einen zusätzlichen Leitantrag akzeptieren. Aber nur, wenn das AG-Sekretariat den Scherf-Antrag in Übereinstimmung mit dem Leitantrag bringen kann. Dies wäre unabdingbar (Beispiel Kosovo-Teile). In jedem Fall sollte der PV dem Votum von Rudolf Scharping folgen!“<sup>625</sup> Für den Parteitag fand sich dann ein Kompromiss: Scherfs Antrag wurde behandelt, jedoch nicht mit dem Status eines Leitantrages.

---

<sup>623</sup> SPD-Parteivorstand, Abteilung III (Interner Vermerk von Achim Post am 7.10.1999.)

<sup>624</sup> Ebd.

<sup>625</sup> Ebd.



Die Folgen der Kosovo-Entscheidung für das Finden außenpolitischer Positionen beschrieb im Nachhinein Gernot Erler treffend: „Die Wunde des Kosovo-Krieges hat uns in der ganzen rot-grünen Zeit begleitet. Und sie hat bei allen Entscheidungen mitgewirkt wegen des Makels, an einer nicht durch das Völkerrecht eindeutig abgesicherten militärischen Intervention beteiligt gewesen zu sein.“<sup>626</sup>

### 5.2.2.3 Parteitag in Berlin 1999

Auf dem ordentlichen SPD-Parteitag im Dezember 1999 wurden schwerpunktmäßig der Leitantrag „Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik“, der Antrag „Internationale Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts“ sowie der von Henning Scherf eingebrachte Antrag „Frieden braucht Entwicklung“ debattiert.<sup>627</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul trat dort als Sprecherin der Antragskommission zum Themenbereich „Internationales“ auf. Das Ende des Krieges im Kosovo beschrieb sie als einen Erfolg der Politik der Bundesregierung. Für ihre Ausführungen zu diesem Thema erhielt sie nur vereinzelt Beifall. Wirklichen Anklang fand ihr Redebeitrag dann, wenn sie darlegte, dass die SPD für eine restriktive Rüstungsexportpolitik oder eine Entschuldungsinitiative von 70 Milliarden Dollar für Entwicklungsländer stehe.<sup>628</sup>

Wie Salbe für die verletzte Partiseele mutete die Formulierung an, welche die Antragskommission für die Arbeit der Bundesregierung zur Beilegung des Kosovo-Konfliktes gefunden hatte: „Die Bundesregierung hat entscheidenden Anteil daran, dass der Krieg im Kosovo beendet wurde (...). Auf Initiative der Bundesregierung hat die internationale Staatengemeinschaft mit dem europäischen Stabilitätspakt den Völkern Südosteuropas eine neue Perspektive angeboten (...).“<sup>629</sup> Tatsächlich hatte der Bundeskanzler auf dem G8-Gipfel in Köln im Juni 1999 zum ersten Mal seine Fähigkeiten als Vermittler unter Beweis

---

<sup>626</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 109.

<sup>627</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Vermerk an Gerhard Schröder und Franz Müntefering zur Vorbereitung der Sitzung des Parteivorstandes am 11.10.1999.

<sup>628</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 121f.

<sup>629</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 22.

gestellt, als er die Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen für den Balkanstabilitätspakt gewann.<sup>630</sup>

Wieczorek-Zeul stellte ein anderes außenpolitisches Thema als Reibepunkt für die geschundene sozialdemokratische Parteiseele ins Zentrum ihres Redebeitrages: Die SPD verurteilte „auf das schärfste“ das Vorgehen Russlands im Tschetschenien-Konflikt. Keine Regierung habe das Recht, sein Volk mit Bomben und Krieg zu überziehen. Sogleich präsentierte sie dem Parteitag einen Initiativantrag, in welchem an Russland appelliert wurde, alle Kampfhandlungen sofort einzustellen und auf eine politische Lösung hinzuarbeiten.<sup>631</sup>

Der Delegierte Werner Schuster glaubte, dass man ein Konzept für die Zeit nach militärischen Interventionen haben sollte, bevor man sich zu diesen entscheidet.<sup>632</sup> Und auch die Delegierte Uta Zapf meinte, dass die Bundesregierung zwar durch den südosteuropäischen Stabilitätspakt viel für das Ende des Krieges im Kosovo getan habe, jedoch noch „sehr, sehr viel mehr“ für die Prävention vor militärischen Konflikten leisten müsse.<sup>633</sup>

Es gab allerdings einige andere Delegierte, die an der Beteiligung an einem Kampfeinsatz Positives erkennen konnten. So meinte der Delegierte Marco Bülow, dass die SPD lediglich in die außenpolitische Realität geworfen wurde. Und der Bundestagsabgeordnete Eberhard Brecht ergänzte: „Die Sozialdemokratische Partei hat in einer schwierigen Situation (...) Reife gezeigt. Dies ist ein guter Ausgangspunkt für weitere Diskussionen.“<sup>634</sup> Erhard Eppler konnte in den letzten Kriegstagen sogar nicht mehr ausschließen, dass der Einsatz von Bodentruppen bevorstehe: „Jetzt aufzuhören und Milosevic diesen Triumph zu gönnen wäre das Dümme, was ich mir vorstellen kann.“<sup>635</sup>

---

<sup>630</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 446.

<sup>631</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 122.

<sup>632</sup> a.a.O. S. 132.

<sup>633</sup> a.a.O., S. 133.

<sup>634</sup> a.a.O., S. 148.

<sup>635</sup> DER SPIEGEL Nr. 15/1999, S. 25.

Doch auch diejenigen, die schon während der Kriegshandlungen offen ihre Ablehnung gegenüber dem Kurs der Regierung und SPD-Führung artikulierten, meldeten sich noch einmal zu Wort.

So fand Henning Voscherau mit Blick auf die moralische Argumentation zur Rechtfertigung des Kosovo-Einsatzes einerseits und mit Blick auf fehlende Aktion in Bezug auf den Tschetschenien-Konflikt andererseits: „Schneller als erwartet (...) werden wir von damaligen Warnungen (...) eingeholt, die besagten, dass man die Sicherung von Menschenrechten und die Wahrung oder Herbeiführung von Frieden mit militärischen Mitteln jedenfalls nicht mit zweierlei Moral weltweit betreiben könne.“<sup>636</sup> Zwischen Kosovo und Tschetschenien gebe es keinen Unterschied auf dem Gebiet der Moral. Beharrlich legte Voscherau den Finger in die Wunde der Partei, unterschiedliche Maßstäbe im Umgang mit Menschenrechten anzulegen.

Menschenrechtspolitik gilt allgemein hin als sehr langwieriger Prozess. „Moralische Außenpolitik auf der Grundlage der UN-Menschenrechtscharta ist eine zähe Angelegenheit, die viel Beharrlichkeit verlangt“, urteilte der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Beck.<sup>637</sup>

Voscherau übersah jedoch, dass es zwischen den beiden Konfliktpunkten eine Differenz deutscher Interessen gab: Deutschlands vorrangiges Interesse lag darin, die Balkanregion zu beruhigen und zukünftig Konflikte einzudämmen. Dieses Vorgehen hatte nicht zuletzt den Zweck, das explosionsartige Aufkommen von erheblichen Fluchtbewegungen in Richtung Mitteleuropa zu unterbinden. Ferner hätte eine Ablehnung des NATO-Einsatzes erheblich negative Folgen für das Gewicht Deutschlands in internationalen Organisationen gehabt. Im Gegensatz dazu Tschetschenien: Dort, so Olaf Theiler, war wohl eine moralische Begründung gegeben, aber „die fast ausschließlich an Russland und seiner Rolle in Europa ausgerichteten Stabilitätsinteressen und die machtpolitischen Realitäten“ hätten einer möglichen Intervention im Wege gestanden.<sup>638</sup>

---

<sup>636</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 143.

Vgl. dazu v. Ditfurth, Christian: SPD – eine Partei gibt sich auf, Berlin 2000, S. 300f.

<sup>637</sup> Beck, Kurt: Ein Sozialdemokrat, S. 185.

<sup>638</sup> Theiler, Olaf: Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation.

Tagungsband zum 7. Strausberger Symposium vom 28. bis 30. Juni 2000, Baden-Baden 2001

Der Parteitagsdelegierte und Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges kritisierte die gesamte außenpolitische Debatte des Parteitages: „Ich glaube, es wäre für die Sozialdemokratische Partei angemessen gewesen, hier eine selbstkritische Reflexion ihrer im Frühjahr gefällten politischen Entscheidungen vorzunehmen. Man hätte nicht so tun dürfen, als hätte es kein tiefgehendes Ereignis gegeben, das die Seele der Sozialdemokratischen Partei auf das heftigste verletzt hat (...).“<sup>639</sup> Gilges galt bei Schröder und anderen sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern als „Wortführer der Verweigerer“.<sup>640</sup> Er verlangte wie Voscherau eine moralische Rechtfertigung der Bundesregierung bei allen anderen außenpolitischen Krisen auf der Welt. Gilges sprach aber auch einen Punkt an, der wichtig war für die Legitimation aller weiteren Bundeswehreinätze. Der Leitantrag ließ nämlich in seiner Formulierung die Frage offen, ob Einsätze der Bundeswehr in Zukunft generell auch ohne UNO-Mandat stattfinden konnten. Auch Jahre später forderte der ehemalige Mitarbeiter von Konrad Gilges und heutige Außenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich: *„Völkerrecht ist nichts anderes als ein Aushandlungskonsens zwischen den Nationen der Welt. Und in dieses Völkerrecht sind wir eben auch zu Zeiten der Regierungsverantwortung eingebunden.“*<sup>641</sup>

Tatsächlich fand sich in dem später beschlossenen Leitantrag nicht mehr die alte Formulierung, dass ein UNO-Mandat für einen Bundeswehreinatz zwingend erforderlich sei. Im Gegenteil: Die SPD-Führung ließ einerseits ihr Vorgehen im Kosovo absegnen, und schaffte andererseits eine neue außenpolitische Beschlusslage für die Partei: „Bei massiven Menschenrechtsverletzungen (...) darf sich der Sicherheitsrat seiner Verantwortung nicht entziehen. Die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats dürfen entsprechende Entscheidungen nicht mit ihrem Veto blockieren.“<sup>642</sup>

---

S. 171f.

<sup>639</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 140. Vgl. Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

<sup>640</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 311.

<sup>641</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>642</sup> SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages der SPD in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 26.

Gerhard Schröder griff zum Ende der außenpolitischen Debatte diese Bedenken noch einmal auf: In der bisherigen Diskussion hätten die einen gesagt, dass das Vorgehen der Regierung mit moralischen Mitteln zu rechtfertigen sei, die anderen sagten, dass die Mittel des Einsatzes nicht erlaubt gewesen seien.

Schröder fügte den aus seiner Sicht gewichtigsten Aspekt hinzu. Er fragte was passiert wäre, wenn sich Deutschland durch einen Sonderweg im Bündnis der NATO-Staaten isoliert hätte. Man könne nicht mehr wie früher unter dem Hinweis auf mangelnde Souveränität außenpolitische Privilegien genießen. Schröder wurde seiner Partei gegenüber noch deutlicher: Man könne den Bündnispartnern nicht einfach sagen: „Verhaltet Euch doch so wie der nächste Bundesparteitag der SPD“. Die Partner dächten nämlich anders.<sup>643</sup>

Der Bundeskanzler kritisierte noch einmal das, was sein Amtsvorgänger früher als „sozialdemokratisches Wolkenkuckucksheim“ bezeichnet hatte: „Was richten wir an, wenn wir meinen, wir brauchen einfach nur zu beschließen, dann wäre die Welt so, wie wir sie uns vorstellen?“<sup>644</sup> Der Kanzler reklamierte nun für sich zwar unmissverständlich einen Führungsanspruch. Aber er versäumte es, die neue Außenpolitik auch sozialdemokratisch verständlich auszulegen.<sup>645</sup> Es entstand zuweilen der Eindruck, dass der Bundeskanzler entschlossen voran schritt, und die Partei sich müde und ratlos hinterher schleppte.

---

<sup>643</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 157.

<sup>644</sup> a.a.O., S. 158.

<sup>645</sup> Vgl. Walter, Franz: Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004, S. 95.

Vgl. Zeuner, Bodo: Das System Schröder/Fischer oder die unvollständige Abschaffung der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2000, S. 1196.

#### 5.2.2.4 Allmähliche Akzeptanz der neuen außenpolitischen Realität

Die SPD war außenpolitisch „ins kalte Wasser geworfen“ worden. Doch nach und nach schien sich die Partei in ihrem inneren Gefüge wie auch in den Umfragen wieder zu erholen.

Im regelmäßigen Bericht zur aktuellen Lage im Parteivorstand stellte Rudolf Scharping als Leiter der Sitzung in Stellvertretung für den Parteivorsitzenden Schröder fest, dass „die Situation in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gut sei. Im gesamten Bundesgebiet sei die SPD derzeit im Stimmungshoch.“<sup>646</sup>

Es bildete sich eine breite Mehrheit in Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion, die bereit war, die neuen Realitäten zu akzeptieren.<sup>647</sup> Ähnlich wie in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik hatte der Bundeskanzler die Partei als neue Regierungspartei in die Pflicht genommen.

Angelehnt an Sturm kann man feststellen: „Nachdem die SPD viele Jahre in der Opposition ungenutzt hatte verstreichen lassen, sah ihr Vorsitzender nun die Chance, sie mit den Realitäten zu versöhnen.“<sup>648</sup> Die gute Stimmungslage der SPD hing allerdings auch wesentlich mit der in den Jahren 1999/2000 aktuellen Parteispendenaffäre der CDU zusammen. Die Stärke der deutschen Sozialdemokraten resultierte fast ausschließlich aus der dramatischen Schwäche der Christdemokraten, die vor einem Scherbenhaufen ihres Ehrenvorsitzenden Helmut Kohl stand. Ein Teil der guten Stimmung für die Sozialdemokratie war jedoch auch auf eigene Verdienste zurückzuführen, so eine Umfrage von Infratest Dimap im Januar 2000. Demnach meinten 57% der Befragten, „dass die Bundesregierung mittlerweile Tritt gefasst hat“. 39% glauben dies nicht.<sup>649</sup>

---

<sup>646</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 31. Januar 2000, S.2.

<sup>647</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/35 vom 22.04.1999, S. 2771f.

<sup>648</sup> Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 48.

<sup>649</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Präsidiumssitzung am 14.2.2000.

Ein weiteres Momentum des außenpolitischen Gleichklangs aller Kräfte innerhalb der SPD bot sich im Umgang mit der in Österreich aus den Nationalratswahlen hervorgegangenen Koalition aus konservativer ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ. Deren Vorsitzender Jörg Haider sollte isoliert und Österreichs Regierung gänzlich innerhalb der EU separiert werden. Schröder gab laut der Aussagen seines Büroleiters Rainer Sontowski die Linie vor, Haider „nicht hoffähig“ zu machen.<sup>650</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul mahnte zu Vorsicht beim Thema „Haider“.<sup>651</sup>

#### 5.2.2.5 Kooperation als Leitprinzip

Für die SPD war die Kooperation mit ihren Verbündeten zum Leitprinzip ihrer Außenpolitik geworden. Die Partei erkannte an, dass die militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien die Vertreibung der Kosovo-Albaner beendet hatte.<sup>652</sup> Sie unterstützte nun auch die Anpassung der NATO an die veränderte Sicherheitslage. Voraussetzung waren aber die künftige Bindung von NATO-Aktivitäten an die UN-Charta, die Betonung von Krisenverhütung und eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland.<sup>653</sup>

Um diese neuartigen und lokal begrenzten, aber international wirksamen Konflikte wie auf dem Balkan künftig zielgerichtet eindämmen zu können, sprach sich die SPD weiterhin für eine Reform der UNO und den Aufbau einer handlungsfähigen Instanz zur Lösung internationaler Probleme aus.<sup>654</sup>

---

<sup>650</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>651</sup> Ebd.

<sup>652</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.-9. Dezember 1999, S. 19ff.

<sup>653</sup> Vgl. a.a.O., S. 23.

Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2001/02, Berlin 2003, S. 18.

<sup>654</sup> a.a.O., S. 25

Die Partei war mehrheitlich bereit, zur Lösung von Konflikten militärische Gewalt einzusetzen. Dies schloss – in den vom Bundesverfassungsgericht gezogenen Grenzen - die aktive Teilnahme der Bundeswehr ein. Die „künstliche Trennung“ von ziviler und militärischer Konfliktbewältigung sollte überwunden werden, denn „beide Elemente müssen als Einheit verstanden werden, um durch frühzeitiges Eingreifen unterhalb der militärischen Schwelle eine Eskalation zu vermeiden“.<sup>655</sup>

Die außenpolitische Beraterin des Bundeskanzlers, Monika Wulf-Mathies, kam in einer Anhörung der SPD-Grundsatzkommission zu „Globalisierung und ihre Folgen“ im Jahr 2000 zu dem Schluss, dass eine endgültige Befriedung des Kosovo nur durch Stärkung des Balkans und die Zusammenarbeit mit allen Nachbarn herbeizuführen sei. Als Beispiele für eine solche, in der Vergangenheit gelungene Stabilisierung von konfliktbeladenen Regionen führt sie die Überwindung der Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich sowie die Bewältigung der Folgen des Vietnam-Kriegs durch Zusammenarbeit in Asien an.<sup>656</sup> Wulf-Mathies, ehemaliges Mitglied der EU-Kommission, griff auf eigene Erfahrungen durch ihre Tätigkeit auf EU-Ebene zurück wenn sie erklärte, dass „regionale Kooperationen ein Schutzmechanismus gegen Nationalismus“ sein kann und “durch nationenübergreifende Netzwerke zur Konfliktprävention oder wenigstens zur Konfliktbeilegung beitragen“.<sup>657</sup>

Ein Tabu blieb allerdings die Unterstützung militärischer Maßnahmen durch deutsche Bodentruppen.<sup>658</sup>

---

<sup>655</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000, S. 15.

<sup>656</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Materialien zur Programmdiskussion, 2/PVWC000058.

<sup>657</sup> Ebd.

<sup>658</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 12. April 1999, S. 115.



Mit der Mehrheit der rot-grünen Koalition war es nun auch möglich, einen Sozialdemokraten mit dem Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu betrauen. Auf Vorschlag von Peter Struck sollte der SPD-Abgeordnete Willfried Penner in dieses Amt gewählt werden. Im Parteivorstand nannte Struck den Wuppertaler einen „honorigen Politiker“.<sup>659</sup>

### 5.2.3 Die Wehrreform

Zur Erfüllung ihrer neuen Aufgaben hatte die Bundeswehr allerdings weder die nötige Flexibilität noch den aktuellen Stand der Technik. Verteidigungsminister Scharping setzte deshalb im Mai 1999 die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ ein, welche Empfehlungen zur langfristigen Entwicklung der Armee geben sollte.<sup>660</sup> Damit kam der Minister auch einer auf früheren SPD-Parteitag immer wieder erhobenen Forderung nach. Dass die Arbeit einer solchen Kommission gerade innerhalb der SPD, die sich im Hinblick auf den Umgang mit militärpolitischen Fragen (wie gezeigt) schwer tat, nicht ohne Unruhe verlaufen würde, war absehbar.

In der Sitzung des Parteivorstandes am 27. März 2000 mahnte der Bundeskanzler in seinem Bericht zur Lage u.a. mit Blick auf die Bundeswehrreform „zur Geschlossenheit. Einen Konflikt innerhalb der Bundeswehr oder zwischen der Bundesregierung und dem Verteidigungsminister gebe es nicht. Rudolf Scharping hat mit dem Umbau der Bundeswehr eine schwere Aufgabe zu schultern, bei der er die Unterstützung der gesamten Partei brauche. Zunächst müssten allerdings die Ergebnisse der Wehrstrukturkommission abgewartet und angesichts der daraus zu erwartenden Konsequenzen ordentlich diskutiert werden.“<sup>661</sup>

---

<sup>659</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Aufzeichnungen Sontowski. Notiz am Rande: In der dieser Sitzung am 24. Januar 2000 forderte Gerhard Schröder eine „Entemotionalisierung des Verhältnisses zwischen SPD und Vertriebenen“. Dialogbereitschaft müsse signalisiert werden. Scharping gab zu bedenken, dass Aussiedler keine Vertriebenen seien.

<sup>660</sup> Mantzke, Martin: Der Weizsäcker-Bericht zur Reform der Bundeswehr, in: Internationale Politik Nr. 10/2000, S. 93.

<sup>661</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. März 2000, S.3.

Der Verteidigungsminister selbst war es, der ein Defizit sozialdemokratischer Amts- und Mandatsträger im Umgang mit der Bundeswehr ausmachte. In seinem (mehrere Punkte der aktuellen Regierungspolitik streifenden) Wortbeitrag äußerte Scharping „den Wunsch, dass Mitglieder des Parteivorstandes gelegentlich Termine bei der Bundeswehr machen. Diese stehe vor großen Veränderungen und bedürfe auch dabei der Unterstützung auch der SPD.“<sup>662</sup>

Schon in der Sitzung des Parteivorstandes im Mai 2000 warf der nun zeitnah erwartete Bericht der – nach ihrem Vorsitzenden benannten - Weizsäcker-Kommission seine Schatten voraus.

Die Weizsäcker-Kommission schlug umfassende Veränderungen für die Streitkräfte vor. Von diesen stellenweise radikalen Vorschlägen fanden in der Hauptsache die folgenden Eingang in die Arbeit der Bundesregierung: So „sollten die Truppe schrittweise von 340.000 auf 285.000 Mann verkleinert, der Wehrdienst auf neun Monate verkürzt und 30 größere sowie 20 kleinere Bundeswehrstandorte geschlossen werden Ein Kooperationsprojekt `Bundeswehr und Wirtschaft` wurde auf den Weg gebracht, Frauen war von nun an der Dienst an der Waffe erlaubt (...).“<sup>663</sup>

Scharping wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „es bereits seit dem Frühjahr 1999 eine Bestandsaufnahme aus dem Ministerium zum Zustand der Bundeswehr gibt. Eine Neustruktur der Bundeswehr müsse unbedingt mit den ca. 460.000 Beschäftigten gemeinsam vollzogen werden. Als Grundlage dient neben dem Bericht der Weizsäcker-Kommission auch der Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr. Deutschland muss sich auf die veränderte sicherheitspolitische Lage einstellen. Die Verankerung im Bündnis bringt neue Herausforderungen mit sich. Im Zentrum stehe nun nicht mehr die Angst vor einer Invasion in Europa, sondern die internationale Verpflichtung. Dies erfordert bewegliche Kräfte und Systeme. Es hat auch zur Folge, dass die Streitkräfte nicht mehr so groß sein müssen (...) Von den rund 420.000 jungen Männern die derzeit jedes Jahr in das wehrpflichtige Alter kommen, leisten nur 150.000 junge Männer Wehrdienst. Andere nehmen andere Aufgaben wahr, wie z.B. den Zivildienst und die Mitarbeit im THW. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2009 ein starkes

---

<sup>662</sup> Ebd.

<sup>663</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 320.

Absinken der Jahrgangsstärken zu erwarten ist. Ein wichtiger Teil der Pläne ist eine durchgreifende Bildungsreform innerhalb der Truppen.“<sup>664</sup>

Zu diesen Plänen nahm in der PV-Sitzung lediglich der Nachfolger Scharpings als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident Stellung. Kurt Beck „begrüßt die Vorgehensweise Rudolf Scharpings in Sachen Bundeswehrreform. Der Erhalt der Wehrpflicht als Position der SPD muss weiterhin erkennbar bleiben.“<sup>665</sup> Beck bezieht sich hier vermutlich auf Anträge aus den SPD-Gliederungen, die eine Abschaffung der Wehrpflicht, die Stärkung der freiwilligen Dienste und die Abschaffung des Zivildienstes zugunsten des Ausbaus des freiwilligen sozialen Jahres forderten.<sup>666</sup> In einer Sitzung des SPD-Präsidiums wiesen die beiden Ministerinnen Wieczorek-Zeul und Bergmann darauf hin, dass die Folgen der Vorschläge der Wehrstrukturkommission auch für den Zivildienst nicht unerheblich seien. Peter Struck ergänzte, dass die Grünen nun offenkundig ein Papier vorlegen wollten, in dem die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert würde.<sup>667</sup>

In einer Präsidiumssitzung erläuterte der Verteidigungsminister unter Ausschluss der Öffentlichkeit einige Aspekte genauer:

- 1) Sicherheitspolitik sei nur noch in einem Bündnis, also gemeinsam, möglich. Und nur mit Hilfe dieses Bündnisses sei eine Beschränkung der Supermacht USA zu erreichen.
- 2) Für die Bundesrepublik Deutschland hätten ganz eigene Maßstäbe Geltung:
  - Soldaten seien weiterhin „Staatsbürger in Uniform“
  - es gebe einen Wehrbeauftragten beim Deutschen Bundestag
  - ein Soldat würde nur dann den Rang eines Generalstabsoffiziers erreichen, wenn zuvor ein Studium durchgeführt wurde.
- 3) Die Marine müsse als Teilstreitkraft erhalten bleiben.

---

<sup>664</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22.05.2000, S.3

<sup>665</sup> Ebd.

<sup>666</sup> Vgl. Vermerk von Jürgen Hitzges ( Abt. I/1 – Parteiorganisation) an den PV am 22.05.2000.

<sup>667</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski, Präsidiumssitzung am 08. Mai 2000.

4) Nach einer Befragung innerhalb der Bundeswehr sei der Zuspruch für die SPD „z.Zt. neutral.“<sup>668</sup>

Die Bundestagsfraktion schilderte in ihrem Jahresbericht, inwiefern eine Reform der Bundeswehr geboten sei: „Die Bundeswehr muss an ihre neuen, auf Krisenbewältigung und Friedenssicherung gerichteten Aufgaben angepasst werden. Die von Bundesverteidigungsminister Scharping dazu einberufene Kommission hat im Mai 2000 ihren Bericht und die Optionen für eine grundlegende Bundeswehrreform vorgelegt. Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung die Grundentscheidung für die Umstrukturierung der Bundeswehr getroffen. Die Bundeswehr wird auf ca. 360.000 Personen (...) verkleinert. Die Zahl der Wehrpflichtigen wird auf 77.000 (...) begrenzt, der Grundwehrdienst auf 9 Monate verkürzt. Alle Laufbahnen in den Streitkräften werden für Frauen geöffnet. Die bisherige Unterscheidung zwischen Hauptverteidigungskräften und Krisenreaktionskräften wird aufgehoben, die teilweise völlig veraltete und unzureichende Ausrüstung wird modernisiert.“<sup>669</sup>

In seiner Sitzung am 19. Juni 2000 befasste sich der Parteivorstand dann mit den Ergebnissen der Wehrstrukturkommission. Scharping „berichtet, dass die nun getroffenen Entscheidungen wegen der internationalen Verpflichtungen Deutschlands bereits vor einigen Jahren hätten getroffen werden müssen. Die Konsequenz der internationalen Sicherheitspolitik wird eine höhere Flexibilisierung sowie eine Reduzierung der Streitkräfte sein müssen (...) Der Parteivorstand nimmt die vom Kabinett verabschiedeten Reformpläne mit Zustimmung zur Kenntnis.“<sup>670</sup>

Leider ist keine Debatte im PV dokumentiert – einiges spricht jedoch dafür, dass es die in dieser Sitzung auch nicht gab. Die drängenden tagespolitischen Fragen

---

<sup>668</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski, Präsidiumssitzung am 04./05. Juni 2000.

<sup>669</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000, S. 133.

<sup>670</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 19. Juni 2000, S.2

ergaben sich zu diesem Zeitpunkt auf den Gebieten Rentenreform und Verbesserung der Mitgliederbeteiligung.

Rückblickend stellte der Parteivorstand fest: „Die Bundesregierung führte auf der Grundlage des Berichts der Weizsäcker-Kommission eine große Bundeswehrreform durch, um auch die Streitkräfte stärker auf die neue Art der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen und gemeinsam mit den Partnern in NATO und EU vorzubereiten.“<sup>671</sup>

#### 5.2.4 Vom Umgang mit Kritikern und dem politischen Gegner

Sehr anschaulich dokumentiert ist die Reaktion der inneren Parteiführung auf Kritik an den Reformplänen der Bundesregierung. 46 Bundestagsabgeordnete hatten einen Brief mit teils erheblicher Kritik an der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik an den Bundeskanzler geschrieben. Der Brief wurde – wie zu erwarten – öffentlich. Schröder warf den Abgeordneten in einer Präsidiumssitzung „parteischädigendes Verhalten“ vor. Es seien nun die „Landes- und Bezirksvorsitzenden“ gefordert, um Geschlossenheit herbeizuführen. Dieser „ernste Vorgang“ müsse Konsequenzen für Listenkandidaten haben.<sup>672</sup> Franz Müntefering beruhigte und empfahl „eindämmen, aber nicht drohen“. Die Briefeschreiber sollten ernst genommen, aber nicht dramatisiert werden. Wolf-Michael Catenhusen beschrieb die Briefeschreiber als „Querulanten“. Und Sigmar Gabriel stützte Münteferings Aussage, denn man solle „entschieden, aber nicht eskalierend“ vorgehen.<sup>673</sup>

Am 10. April 2000 nahm die Auseinandersetzung mit der CDU-Spendenaffäre noch einmal Raum im SPD-Präsidium ein. Franz Müntefering forderte dort einen unnachgiebigen Umgang mit Helmut Kohl – dieser müsse nun endlich „vors Rohr“ geschickt werden.<sup>674</sup> Mit Merkel – die an diesem Tag zur CDU-

---

<sup>671</sup>SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 18.

<sup>672</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski, Präsidiumssitzung am 16./17. April 2000.

<sup>673</sup> Ebd.

<sup>674</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

Bundesvorsitzenden gewählt wurde – solle man fair umgehen, gleichzeitig aber immer die Frage danach stellen, wofür sie denn eigentlich stehe.<sup>675</sup>

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Mitte Mai warf schon früh ihre Schatten voraus. Nach der gewonnenen Wahl stellte Franz Müntefering im Präsidium am 15. Mai 2000 fest, dass die NRW-SPD zwar „mangelhaft“ mobilisiert gewesen sei, der Wahlausgang jedoch ein großer Erfolg für Wolfgang Clement sei. Es werde deshalb auch keine Ratschläge aus der Mitte des Präsidiums bezüglich einer Koalitionsbildung in Düsseldorf geben. Unbeeindruckt davon sprach sich im weiteren Sitzungsverlauf Wiczorek-Zeul für Rot-Grün aus. Und der Bundeskanzler forderte, eine Koalition „so schnell wie möglich“ zu bilden, „um den Druck auf den Koalitionspartner zu erhöhen“.<sup>676</sup>

Interessant ist die Einschätzung Schröders hinsichtlich der Bedeutung Wladimir Putins: Dessen Staatsbesuch sei „gut“ gewesen, solle aber doch bitte nicht überschätzt werden.<sup>677</sup>

Ebenfalls interessant erscheint die Aussage Münteferings am 10. Juli 2000, wonach die „SPD vor Ort schlechtes Personal“ habe. Manfred Güllner hatte Zahlen der aktuellen Wahlforschung vorgelegt und eine steigende Wahlenthaltung bei zurückliegenden Landtagswahlen thematisiert. Leider sind in diesem Protokoll keine Aufzeichnungen darüber vorhanden, ob es selbstkritische Anmerkungen gab, die eine Ursache für die Abnahme des Wählerzuspruches auch in bundespolitischen Entscheidungen sah. In den Aufzeichnungen zum 13. November 2000 findet sich immerhin die Aussage Schröders, dass die SPD in die Ecke einer „reformunwilligen Partei“ gedrängt werde, „wir“ aber dazu beigetragen hätten.<sup>678</sup>

Den Vorwurf des Regierens „ohne Herz“ – laut Schröder zumeist in Medien der Springer-Gruppe zu finden – bezeichnete der Bundeskanzler im Präsidium am 11. September 2000 als „organisierte Verantwortungslosigkeit“ der Verleger.<sup>679</sup>

---

<sup>675</sup> Vgl. ebd.

<sup>676</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>677</sup> Ebd.

<sup>678</sup> Ebd.

<sup>679</sup> Ebd.

In der Präsidiumssitzung des 13. November 2000 bekam der Koalitionspartner den Unmut Schröders und seiner Vertrauten zu spüren. Schröder führte knapp aus, dass es „ein paar Fragen mit dem Koalitionspartner zu klären“ gebe. Wiczorek-Zeul bezeichnete die Grünen als „Problem“, da es jetzt um die Gestaltungshoheit im Rest der Legislaturperiode gehe. Scharping nahm das Wort „Problem“ ebenfalls in den Mund und führte aus, dass sich „schwache Grüne auf den Kernfeldern der SPD“ tummelten, wohingegen „starke Grüne“ sich auf „Peripherfeldern“ bewegten.<sup>680</sup> Vernichtend ist die Bewertung des Bundeskanzlers mit Blick auf die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller: Diese sei „nicht die Hellste“.<sup>681</sup>

#### 5.2.5 Reflexion des bisher Erreichten

Am 9. Oktober 2000 findet sich im PV neben einem Bericht des Bundeskanzlers mit Blick auf die zweite Hälfte der laufenden Legislaturperiode als Tagesordnungspunkt 2 „Schwerpunkte der Außenpolitik“ – Berichterstatter waren der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister. Die Dokumentation dieser – im Vergleich zu anderen Sitzungen - intensiven Debatte stellte eine Ausnahme in den Sitzungen des PV für das Jahr 2000 dar.

So begrüßte Gerhard Schröder ausdrücklich, „die jüngsten Entwicklungen in Serbien. Er verwies auf die intensive Unterstützung der demokratischen Kräfte durch Deutschland und betonte die Bedeutung des Stabilitätspaktes, der schließlich eine deutsche Erfindung sei. Jetzt gelte es, den neuen Präsidenten zu stützen, zunächst auf die Bildung einer neuen Regierung zu drängen und die ökonomische Situation des Landes zu verbessern. Im Übrigen sei völlig klar, dass Milosevic nach Den Haag (vor den Internationalen Strafgerichtshof, Anm. des Verfassers) gehöre (...) Zur Staatsräson gehöre es auch, in der UNO größere Verantwortung zu übernehmen. Deutschland sei dazu bereit, drängele aber nicht.“<sup>682</sup>

---

<sup>680</sup> Ebd.

<sup>681</sup> Ebd.

<sup>682</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 9. Oktober 2000, S.13.

Scharping ergänzte laut Protokoll die Ausführungen Schröders und „hebt die Bedeutung des EU-Grundwertekatalogs hervor. (...) Bezüglich des vorliegenden Antrags der Jusos zum NATO-Einsatz in Jugoslawien verweist er auf die nächste Sitzung der Internationalen Kommission des PV, die sich am 13.11.2000 mit dem Schwerpunktthema `Stabilität in Südosteuropa` befassen werde.“<sup>683</sup> Auf diesen Termin wies Scharping erneut hin, nachdem Benjamin Mikfeld als Bundesvorsitzender der Jusos darum gebeten hatte, dass „dem Anliegen des Parteitagsbeschlusses nach Einrichtung einer Süd-Ost-Europakommission` nachgekommen werde.“<sup>684</sup>

In der Debatte würdigte Anke Fuchs ausdrücklich die außen- und europapolitischen Leistungen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers. Einige weitere PV-Mitglieder (so Hans Eichel, Heide Simonis, Detlev Albers und Wolf-Michael Catenhusen) formulierten ihre Unterstützung für die Regierungspolitik.<sup>685</sup>

Interessant erscheint in der Präsidiumssitzung am 15. Januar 2001 der bisher in dieser Offenheit nicht protokollierte, sehr kritische Bezug auf Teile der deutschen Medienlandschaft. Gerhard Schröder zeigte konkret auf zwei Verlage, die seiner Meinung nach – insbesondere innenpolitisch - Stimmung gegen die Bundesregierung machten: „Springer“ und „Bauer“ seien gegen Rot-Grün, und eventuell sei eine eigene, sozialdemokratische Kampagne nötig: „BILD lügt wieder!“<sup>686</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul und Rudolf Scharping stimmten dieser Einschätzung zu. Es gebe eine Kampagne der Springer-Presse – allerdings habe es diese auch schon im Frühjahr 1999 gegeben. Ein gemeinsames Vorgehen sei nun erforderlich.<sup>687</sup> Auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr blickend erklärte der Bundeskanzler im Präsidium, dass es einen Koalitionswahlkampf nicht geben werde, aber „unser Partner sind die Grünen“.<sup>688</sup>

---

<sup>683</sup> a.a.O., S.14.

<sup>684</sup> a.a.O., S.15.

<sup>685</sup> a.a.O., S.15ff.

<sup>686</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>687</sup> Ebd.

<sup>688</sup> Ebd.



Kritisch mit der eigenen Außenpolitik gingen lediglich zwei PV-Mitglieder um: Wolfgang Clement und Sigrid Skarpelis-Sperk. Clement, der dem eher rechten Spektrum innerhalb der Sozialdemokratie zugeordnet werden kann, „konstatiert einen Verlust an Internationalität in Deutschland und in der SPD. Diese nachlassende Internationalität sei auch eine der Hauptursachen für den wachsenden Rechtsradikalismus im Lande. Für Regierung und Partei sei es deswegen elementar, neben das Leitmotiv `Sicherheit im Wandel` auch die Bedeutung internationaler Politik stärker in den Vordergrund zu rücken.“<sup>689</sup>

Für Skarpelis-Sperk stand weniger die mangelnde Bedeutung von Außenpolitik im Zentrum des Interesses, sondern vielmehr die erneut kritische Reflexion der Rolle Deutschlands im transatlantischen Bündnis. So plädierte sie dafür, „das genannte Leitmotiv `Sicherheit im Wandel` auch europäisch zu belegen. Sorge bereite ihr das neue strategische Konzept der NATO, wonach Krisenreaktionskräfte installiert werden sollen, die über eine Reichweite von viertausend Kilometern verfügen. Sie sei sehr daran interessiert zu erfahren, wie in diesem Zusammenhang der weitere Umbau der Bundeswehr aussehen werde.“<sup>690</sup>

Scharping antwortete, „dass es sich um Krisenreaktionskräfte der EU handele. Im Übrigen verweist er auf die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der WEU eingegangen sei. Die vertraglichen Grundlagen der WEU seien viel weitergehend als das, was konkret verabredet worden sei.“<sup>691</sup>

Der Analyse durch die Weizsäcker-Kommission schlossen sich bald schon konkrete Handlungsabsichten an. Teil der Reduktion von Streitkräften sollte somit auch eine neue Bedarfsplanung für Standorte der Bundeswehr sein. Die Diskussion hierzu flammte Anfang des Jahres 2001 auf. Im SPD-Präsidium ist es Kurt Beck, der mit Blick auf die rheinland-pfälzische Landtagswahl am 25. März 2001 warnte, die „Bundeswehr-Schließungsdebatte“ sei „schädlich für Rheinland-Pfalz“.<sup>692</sup>

---

<sup>689</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 9. Oktober 2000, S.16.

<sup>690</sup> a.a.O., S.17.

<sup>691</sup> Ebd.

<sup>692</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000020, Aufzeichnungen Sontowski. Es bleibt an dieser Stelle unklar, ob Beck mit „Rheinland-Pfalz“ die Interessen des Landes oder –etwas verklausuliert–

Peter Struck ging im Parteirat „auf die aktuelle Diskussion zur Standortplanung bei der Bundeswehr ein. Bereits im Juli des vergangenen Jahres habe die Bundestagsfraktion einen Beschluss gefasst, der eine Reduzierung der Stellen bei der Bundeswehr beinhaltet habe. Natürlich gebe es derzeit einen enormen sozialen Druck. Er plädiere aber dafür, dass nun keine Beratung über Einzelstandorte in der Fraktion oder in anderen Gremien der Partei stattfinden. Rudolf Scharping könne sich hier auf die globale Unterstützung der Fraktion verlassen. Insgesamt sei die Vorbereitung dieser Reform eine starke logistische Leistung des Bundesverteidigungsministers.“<sup>693</sup>

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion sprach im weiteren Verlauf seines Berichtes noch verschiedene andere Themen an. Zu der geplanten Bundeswehrreform äußerte sich lediglich der Kieler Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel. Er „unterstreicht die Ausführungen von Peter Struck zum Thema Bundeswehrreform. Er sei der festen Überzeugung, dass man das Verfahren nicht anders durchführen könne. In seiner Region gebe es einen drastischen Abbau, er sehe aber keine Alternative zu den Planungen.“<sup>694</sup>

In der Sitzung des Parteivorstandes am April 2001 spielte diese Reform keine Rolle (mehr). Nach den Berichten zur Lage erfuhr „Außen- und Sicherheitspolitik“ an einer einzigen Stelle des Protokolls Aufmerksamkeit.

Der elfte Diskussionsteilnehmer, Uli Maurer, „hofft auf eine außenpolitische Debatte in einer der nächsten Sitzungen des Parteivorstandes.“<sup>695</sup> Diese Anregung Maurers wurde im weiteren Verlauf weder unterstützt, noch wurde ihr widersprochen. Wenn man möchte, kann man für diesen Zeitpunkt im Frühjahr 2001 feststellen, dass Außenpolitik kein die SPD umtreibendes Thema gewesen ist. Selbst die Thematisierung der Gefährlichkeit von Uran-Munition im Rahmen einer Telefonschaltkonferenz des Präsidiums am 10. Januar 2001 beschränkte sich

---

die Erfolgsaussichten seiner Partei bei der bevorstehenden Landtagswahl meinte.

Darauf angesprochen erklärte er: „Wichtig war für mich, dass sich die Bundeswehr weiter in der Breite aufstellen konnte. Mir ging es darum, eine „Großstandort-Debatte“ zu vermeiden, um die Bundeswehr weiterhin flächendeckend im Bewusstsein der Menschen zu verankern. In Rheinland-Pfalz spielte das Militär schon immer eine starke Rolle, nicht zuletzt als Wirtschaftsfaktor. Meine Auffassung war, dass bei Vorliegen einer sachlichen Rechtfertigung unsere durch Konversion ohnehin schon gebeutelten Regionen nicht noch einmal getroffen werden sollten.“ (vgl. Gespräch Kurt Beck mit dem Verfasser am 6. Juli 2016).

<sup>693</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 29. Januar 2001, S.3.

<sup>694</sup> a.a.O., S.6.

<sup>695</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 23. April 2001, S.6.

auf die Schlussfolgerung, dass der Vorstoß Italiens zu verstärkter Aufklärung unterstützt und das Gefährdungspotential insbesondere für die Zivilbevölkerung offengelegt werden müsse.<sup>696</sup>

#### 5.2.6 Ruhe vor dem Sturm

Zu Beginn des Jahres 2001 fällt auf, dass erste innerparteiliche Kritik an der Arbeitsweise des Bundesverteidigungsministers dokumentiert wurde. Zwar noch sehr konstruktiv und zurückhaltend, aber doch wahrnehmbar. Offensichtlich hatte es Schwachpunkte in der Arbeit bzw. in seinem Verhalten gegenüber Mitgliedern der Parteiführung gegeben, die nun Reaktionen hervorriefen. So sprach der Fraktionsvorsitzende Peter Struck im Januar 2001 davon, dass bei der Verstrahlung von Soldaten durch Radar ein „Problem des öffentlichen Umgangs“ erkennbar sei. Wiczorek-Zeul hielt in diesem Zusammenhang die Informationspolitik Scharpings für „optimierbar“.<sup>697</sup> Erste Hinweise auf ein wachsendes Kommunikationsproblem Rudolf Scharpings traten zutage.

Im Februar 2001 beschäftigte sich der Parteivorstand zum ersten Mal intensiv mit der Frage nach einer militärischen Lösung für den Irak. Rainer Sontowski notierte hierzu handschriftlich: „Außenpolitik (Irak!!) -> bitte keine Vorfestlegung. Ruhe bewahren! Kein öffentlicher Dialog zu USA/GB-Angriffen.“<sup>698</sup> Henning Voscherau habe sich daraufhin mit einer kritischen Stellungnahme zu Wort gemeldet und eine eigene Position der SPD diesbezüglich als notwendig erachtet.<sup>699</sup>

Einen interessanten Einblick in das Innenleben der engeren Umgebung des Kanzlers gewährt Sontowski ganz nebenbei im Protokoll dieser Sitzung. Spöttisch steht neben dem Namen „Sigrid Skarpelis-Sperk“ die Bezeichnung „Triple S“.

---

<sup>696</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>697</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>698</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/ PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>699</sup> Ebd.

Skarpelis-Sperk hatte Anmerkungen zu den USA und zum Kosovo gemacht („Es bleiben Fragen!!“.<sup>700</sup> Daraufhin notierte Sontowski: „G. Schröder flippt aus!“ und „Kosovo -> Frage für Historiker! Nicht für SPD im Vorwahlkampf.“<sup>701</sup>

Bundeskanzler Schröder sprach in der PV-Sitzung im Mai 2001 das Thema „Missile Defense“ an. Schon im Juni 2000 hatte er die Thematik im Rahmen einer SPD-Präsidiumssitzung kurz erwähnt und den anwesenden Mitgliedern erläutert, dass Konsultationen diesbezüglich mit den USA verabredet seien.<sup>702</sup>

Am 19. März 2001 hatte Schröder den fünf Antragstellern hinsichtlich einer Forderung auf Reduktion durch die Amerikaner den Mitgliedern des Parteivorstandes entgegengeschleudert, „Das ist hier kein ASTA!“.<sup>703</sup> Diesbezüglich geriet er mit Andrea Nahles in die Haare: Auf ihre Bemerkung, ob es Sinn mache sich an NMD zu beteiligen, fragte er: „Ist die Meinungsäußerung (ein) Antrag oder nicht? Sonst Problem!“<sup>704</sup> Nahles antwortete dem Kanzler laut Sontowski: „Kein Antrag, aber Meinungsäußerung. Debatten nach USA-Reise.“<sup>705</sup> Offensichtlich zeigte der Bundeskanzler kurz vor seiner Visite in den Vereinigten Staaten Nerven.

Im April 2001 erläuterte Schröder im „Bericht zur Lage“ vor dem SPD-Präsidium seine Eindrücke aus einer USA-Reise: Vieles sei noch offen, zum jetzigen Zeitpunkt wünschte er keine Diskussion aus der SPD heraus darüber. Allerdings hielt er die Einschätzung der französischen Regierung nicht für falsch, wonach eine Realisierung des MD in der Konsequenz zu einer „Entwertung“ der französischen `Force de frappe`, also der Nuklearstreitmacht, führen würde.<sup>706</sup>

Schröder bat den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, im Parteivorstand um einen Bericht zum Thema. Erler erläuterte daraufhin „den konzeptionellen Unterschied zwischen National Missile Defense und Missile Defense. Nach seiner Einschätzung werden sich die Vereinigten Staaten für ein Startphasensystem entscheiden und demzufolge werde auch eine Debatte über die

---

<sup>700</sup> Ebd.

<sup>701</sup> Ebd.

<sup>702</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>703</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>704</sup> Ebd.

<sup>705</sup> Ebd.

<sup>706</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000020, Aufzeichnungen Sontowski

Militarisierung des Weltraums neu beginnen (...) Die Kosten für die Vorentwicklung würden zwischen 20 und 60 Mrd. Dollar geschätzt, die Kosten für die Entwicklung zwischen 200 und 600 Mrd. Dollar. (...) Bei den Planungen gehe man von einem Bereich verschiedener Risikostaaten aus. In diesen Staaten würden Raketensysteme entwickelt und man rechne damit, dass innerhalb der nächsten 5-10 Jahre diese Systeme auch einsatzfähig seien. Natürlich spielten auch technische und industriepolitische Motive eine Rolle. Darüber hinaus sei man in den Staaten der Auffassung, dass MD die Bedingungen des Kalten Krieges ablöse und der ABM-Vertrag nicht mehr in die heutige Zeit passe (...) Zum einen müsse man sich mit der Zukunft der vertragsgestützten Abrüstung auseinandersetzen. Des Weiteren stehe die Frage, ob der Aufbau von MD nicht regionale Aufrüstungswettläufe in Gang setze. Und man müsse über die grundsätzliche Frage der Behandlung der Risikostaaten diskutieren. (...) In Bezug auf die Risikostaaten sei eine rein militärische Antwort aus seiner Sicht nicht ausreichend.“<sup>707</sup>

Im Lauf der weiteren Diskussion sprach Gerhard Schröder „den Diskussionsprozess im Vorfeld des Bundesparteitages an. Er verwies auf die Konsultationsstrategie der Bundesregierung. Es sei in diesem Bereich sehr wichtig, dass die Bundesrepublik Deutschland eine gemeinsame Diskussion mit den europäischen Partnern führe. Bei diesem außenpolitischen Thema müsse auch ein gemeinsames Agieren von Bundesregierung, Partei und Bundestagsfraktion erfolgen.“<sup>708</sup> Schon im März hatte der Bundeskanzler das Vorgehen einiger Mitglieder des PV (gemeint waren u.a. Andrea Nahles und Mechthild Rothe, die eine deutsche Beteiligung an dem von der neuen US-Regierung vorangetriebenen Raketenabwehrsystem als nicht anstrebenswert bezeichneten) kritisiert:

„Dies könne wohl nur als Meinungsäußerung einzelner Mitglieder des Parteivorstandes verstanden werden, sei aber sicherlich keine Stellungnahme des Parteivorstandes zu diesem Thema. Gerhard Schröder weist darauf hin, dass er nun vor seiner Amerika-Reise stünde und solche Stellungnahmen kontraproduktiv seien.“<sup>709</sup>

---

<sup>707</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Mai 2001, S.7.

<sup>708</sup> Ebd.

<sup>709</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 19. März 2001, S.2.

Heidmarie Wieczorek-Zeul „unterstützt die Schlussfolgerungen von Gernot Erler. Prävention und Kohärenz müsse Teil der Diskussion sein. (...) Sie setzt die 60-200 Mrd. Dollar Entwicklungskosten MD in Beziehung zu den 33 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe.“<sup>710</sup> Hermann Scheer „spricht die technologiepolitische Bedeutung für Deutschland an. Ein wesentlicher Gesichtspunkt sei die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Aufklärungsinfrastruktur. Darüber hinaus müssten aus seiner Sicht die Auswirkungen auf China, Indien und Pakistan betrachtet werden. Die Etablierung von MD hätte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen in dieser Region.“<sup>711</sup>

### 5.3. Mazedonien

#### 5.3.1 Heftige Debatten um ein Bundeswehrmandat

Im Sommer 2001 schlugen die Wellen der außenpolitischen Diskussion kurzfristig wieder hoch. Die NATO plante die Entwaffnung albanischer Einheiten. Laut Plan zur Operation „Essential Harvest“ galten folgende Voraussetzungen die erfüllt sein mussten, um die Operation durchzuführen:

- „1) *Rahmenabkommen zur politischen Lösung der Krise in Mazedonien*
- 2) *Dauerhafter Waffenstillstand*
- 3) *Vereinbarung über die freiwillige Entwaffnung der ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen*
- 4) *Zustimmung der ethnisch albanischen Gruppen und mazedonischen Regierung zur Operation Essential Harvest*
- 5) *Vereinbarung zwischen NATO und Mazedonien über den rechtlichen Status der „Task Force Harvest“*
- 6) *Waffensammelplan*
- 7) *Erklärung eines Drittlands, die Waffen anzunehmen und zu zerstören.“*<sup>712</sup>

---

<sup>710</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Mai 2001, S.7.

<sup>711</sup> Vgl. ebd.

<sup>712</sup> SPD-Parteivorstand: Brief des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion an die Fraktionsmitglieder vom 23.08.2001.

Dem SPD-Präsidium offenbarte der Bundeskanzler am 25. Juni 2001, dass ein Bundeswehreinsatz im Zuge einer möglichen Intervention des europäischen Teils der NATO in der Planung sei. An dieser Stelle müsse man „Entschlossenheit“ demonstrieren und die Haltung der CDU diesbezüglich als „nicht bündnisfähig“ brandmarken.<sup>713</sup>

Auffällig ist, dass Schröders Büroleiter aus dieser Sitzung weder eine Stellungnahme des Verteidigungsministers noch des Fraktionsvorsitzenden dokumentiert. Ob die beiden überhaupt anwesend waren, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Festzuhalten bleibt aber, dass die relativ kurze Bemerkung Schröders unkommentiert blieb und man sich intensiver anderen Themen, z.B. der Diskussion über die Präimplantationsdiagnostik, widmete.<sup>714</sup>

Ein erstes Anzeichen für Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Bundesregierung zeigte sich schon im Juli in einer PV-Sitzung.

Gerhard Schröder betonte anlässlich des geplanten Mazedonieneinsatzes der NATO „die Notwendigkeit, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Wer dies ablehne, stelle die internationale Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in Frage. Für einen NATO-Einsatz seien aber drei wichtige Dinge zu erfüllen. Erstens müsse eine belastbare politische Lösung in Sicht sein, zweitens müsse die Waffenruhe stabil sein und drittens müsse der Einsatz begrenzt und verantwortbar sein. Geplant sei, 500 deutsche Soldaten für den Einsatz zur Verfügung zu stellen. Die Sicherheit der Soldaten sei im höchstmöglichen Maß gewährleistet (...) Die Union zeige sich in dieser Frage derzeit nicht handlungsfähig. Wichtig sei, dass die Koalition in dieser Frage einheitlich bleibe.“<sup>715</sup> Sontowski notierte dazu noch die spöttische Stimmung des Kanzlers gegenüber der Opposition sowie seinen auf die Geschlossenheit der Koalition gerichteten Fokus: „CDU/CSU vorführen! In zentralen Fragen nicht regierungsfähig!“ und „Ich will nicht, dass uns jemand aus der Patsche hilft (FDP) oder die Koalition nicht geschlossen ist (ein Jahr vor der Wahl!“.<sup>716</sup>

---

<sup>713</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>714</sup> Vgl. ebd.

<sup>715</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 09. Juli 2001, S. 4.

<sup>716</sup> Büro Gerhard Schröder; 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

Uli Maurer „äußert sich besorgt, dass die Lage eskalieren könne.“<sup>717</sup>

Henning Voscherau „kritisiert das Vorgehen der Union in der Mazedonien-Frage, auch wenn er einen möglichen NATO-Einsatz ebenfalls als problematisch empfände. Es mangle ihm an einer friedenspolitischen Strategie, die diesen Einsatz begleite. Er äußert auch die Bitte an die SPD, sich die Mühe zu machen, zu definieren, welche mittelfristigen Ziele mit einem NATO-Einsatz verfolgt werden könnten.“<sup>718</sup>

Sigrid Skarpelis-Sperk „ist der Meinung, dass ein militärischer Einsatz nur sinnvoll sei, wenn eine langfristige politische Lösung in Sicht sei. Das eigentliche Ziel müsste die wirtschaftliche Entwicklung der Region sein.“<sup>719</sup> Außerdem müssten die USA mitmachen, sonst sei die Operation „aussichtslos“.<sup>720</sup>

Diese „Irritationen wegen der Nichtteilnahme der USA“ wollte auch Andrea Nahles erkannt haben, und: In der Fraktion gebe es „erhebliche Probleme“ wegen des Einsatzes.“<sup>721</sup>

Hermann Scheer betonte die Notwendigkeit, die UCK zu entwaffnen. Ein Scheitern des Einsatzes könne verheerende Auswirkungen haben. Deshalb sei es erforderlich, friedenserhaltende Maßnahmen zu ergreifen. Eine Entwaffnung müsse auch bei Nichtfreiwilligkeit stattfinden. Außerdem mahnte er, „eine mafiöse Beeinflussung“ Europas durch die Lage im Kosovo und Mazedonien nicht zu unterschätzen.<sup>722</sup>

Wolfgang Clement „berichtet von seiner Reise nach Belgrad und in den Kosovo. Er habe den Eindruck, dass die derzeitige ethnische Trennung nicht als endgültig akzeptiert werde. Die Bundeswehr sei auf seiner Reise insbesondere in ihrer friedenssichernden Funktion sehr gelobt worden.“<sup>723</sup>

---

<sup>717</sup> Ebd.

<sup>718</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 9. Juli 2001, S. 5

<sup>719</sup> Ebd.

<sup>720</sup> Büro Gerhard Schröder; 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>721</sup> Ebd.

<sup>722</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 9. Juli 2001, S. 5

<sup>723</sup> Vgl. ebd.



Rudolf Scharping berichtete „von den Erfolgen, die die Politik auf dem Balkan bereits erzielt habe. So gebe es beispielsweise in Serbien eine demokratisch gewählte Regierung. Die Menschen im Kosovo seien so sicher wie lange nicht mehr. Zudem sei der Stabilitätspakt etabliert worden, der von erheblichen vertrauensbildenden Maßnahmen begleitet werde. Klar sei, dass eine Entwaffnung der UCK nur mit gut ausgerüsteten Soldaten begonnen werde. In Mazedonien stünden bereits Amerikaner, Franzosen, Deutsche und andere Soldaten. Eine Eskalation könne schon aus diesen Gründen nicht hingenommen werden.

Im Hinblick auf eine mögliche Eskalation baute schon der NATO-Plan vor und legte Gewaltanwendung der Task Force und den Ablauf der Entwaffnung fest: „Waffen dürfen nur bei Notwehr und Nothilfe zum Schutz von Leib, Leben und Eigentum (...) sowie zum Schutz der eingesammelten Waffen eingesetzt werden (...). Zwangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der eigenen Bewegungsfreiheit sind zulässig. Zwangsmaßnahmen zur Durchführung der eigentlichen Entwaffnung sind (...) nicht zulässig. Die UCK muss ihre Waffen freiwillig abgeben. In fünf Großräumen werden Waffensammelpunkte eingerichtet (...) In einem Rotationsverfahren werden die Waffensammelpunkte in jeweils einem Großraum geöffnet. Insgesamt werden die Waffensammelpunkte in jedem Großraum drei Mal geöffnet. Bei jeder Öffnung gibt die UCK ein Drittel ihrer Waffen ab. Die Task Force nimmt Waffen an und verwahrt sie in bewachten Lagern bis zu ihrem Abtransport (...).“<sup>724</sup>

Anlässlich einer Telefon-Schaltkonferenz des SPD-Präsidiums am 20. August 2001 schilderte der Parteivorsitzende und Bundeskanzler den geplanten Ablauf der kommenden Tage: Dienstags tagte der NATO-Rat, mittwochs bzw. donnerstags das Kabinett und am Dienstag der darauffolgenden Woche sollte eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages stattfinden.<sup>725</sup> Letztlich gebe es in der Mazedonien-Frage Fortschritte, aber noch keinen Durchbruch hin zu einer Lösung. Interessant ist die dokumentierte Äußerung des Bundeskanzlers, wonach

---

<sup>724</sup> SPD-Parteivorstand: Brief des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion an die Fraktionsmitglieder vom 23.08.2001.

<sup>725</sup> Vgl. Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

die Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten, Condoleeza Rice, davon gesprochen habe, „Russland in die NATO“ zu integrieren.<sup>726</sup> Leider fehlen weitergehende Erläuterungen diesbezüglich.

Auf Wunsch Gerhard Schröders fand – während der parlamentarischen Sommerpause - eine Sondersitzung des Parteivorstandes statt. Die Sitzung fand statt, „um eine Empfehlung der Partei für die anstehende Entscheidung im Deutschen Bundestag zu geben. Das Präsidium habe getagt und habe einstimmig zugestimmt. Politisch gehe es darum, den Verfall Mazedoniens aufzuhalten und eine Zersplitterung des Landes zu verhindern (...) Es sei fast unmöglich, einen zerfallenen Staat im Nachhinein wieder zu reorganisieren und dies müsste bei der anstehenden Entscheidung im Auge behalten werden (...) Die NATO sei die einzige Institution, die in der Region das ausreichende Vertrauen genieße (...) Die Vereinten Nationen seien im gesamten Prozess hinreichend beteiligt und der Sicherheitsrat habe Einverständnis signalisiert (...) Wichtig sei auch, dass die Koalition eine eigene Mehrheit erreiche. Er Sorge sich, dass angesichts der allgemeinen Diskussionslage zur konjunkturellen Entwicklung ein Verfehlen der eigenen Mehrheit als Schwächung der Regierung interpretiert würde, und er bittet den Parteivorstand um eine breite Unterstützung der Position der Bundesregierung.“<sup>727</sup> Einer Bitte des mazedonischen Präsidenten entsprechend werde die NATO die Einsatzführung übernehmen und nicht die Blauhelme der UNO.<sup>728</sup>

Gernot Erler ergänzte, es „gehe um einen politischen Vermittlungsprozess, an dem die Europäische Union, die NATO, die Vereinigten Staaten und die OSZE beteiligt seien (...) Ein Vergleich mit der Situation im Kosovo sei auch deswegen nicht statthaft, da die Anzahl der eingesetzten Truppen für einen weitergehenden Einsatz überhaupt nicht ausreichen würde. Wenn der Einsatz scheitere, sei ein Rückzug der Truppen vereinbart.“<sup>729</sup>

---

<sup>726</sup> Ebd.

<sup>727</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. August 2001, S.2f.

<sup>728</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>729</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. August 2001, S.4.

Mit Blick auf die Frage, ob das Verhalten einzelner Akteure in Oppositionszeiten ein anderes ist als zu Zeiten in Regierungsverantwortung, lieferte die Entwicklungshilfeministerin einen spannenden Einblick: Heidemarie Wieczorek-Zeul argumentierte, „dass es hier um einen schwierigen Abwägungsprozess gehe. Die Argumente, die angeführt werden, sprechen aus ihrer Einschätzung für eine Zustimmung zum Einsatz. Sie verweist noch einmal auf die Konflikte in Afrika und die Folgen des Zerfalls von Staaten. Es sei besser, eine solche präventive Aktion nun zu starten, als nun auf einen weiteren Verfalls des Staates zu warten. Sie habe mit diesen Fragen einen Lernprozess durchgemacht (sic!) (...) Darüber hinaus wolle sie noch einmal darauf verweisen, dass es sich die Partei bei der Kosovo-Entscheidung nicht einfach gemacht habe und sich nun in Serbien die Seite der Demokratie gegen Milosevic eindeutig durchgesetzt habe.“<sup>730</sup> Den Aufzeichnungen von Schröders Büroleiter zufolge sah Wieczorek-Zeul eine „Selbstverpflichtung zur Fortsetzung“.<sup>731</sup> Wichtig war für sie die Herausstellung der politischen Lösung, innerhalb derer das militärische Element eingebettet sein sollte.

Offenkundig hatte die mehrjährige Wahrnehmung des Regierungsamtes zu einem Perspektivenwechsel beigetragen, der ganz neue Rückschlüsse für die politische Praxis einforderte. Im Jahr 1993 hatte Wieczorek-Zeul noch vollkommen anders argumentiert (siehe oben.)

Interessant scheinen dem Verfasser an dieser Stelle in erster Linie die Einlassungen der Einsatzgegner, die nicht im Präsidium, wohl aber in der folgenden Sitzung des Parteivorstandes zum Tragen kamen. Sigrid Skarpelis-Sperk „macht deutlich, dass sie noch nicht entschieden sei und auch noch einige Fragezeichen zu der Aktion habe. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Fehler bei der Auflösung Jugoslawiens in den 90er Jahren und daraus folgend einer Reihe von außenpolitischen Entscheidungen“.<sup>732</sup>

---

<sup>730</sup> a.a.O., S.6.

<sup>731</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>732</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. August 2001, S. 4.

Ein zweiter Skeptiker – Henning Voscherau - ist persönlich nicht anwesend, teilt dem Parteivorstand aber per Brief seine ablehnende Haltung mit: „Lieber Franz, ich bin heute aus dem Urlaub zurück, die Sondersitzung kann ich nicht mehr erreichen. Da der Parteivorstand unmittelbar vor der Sommerpause aufgrund des Berichts des Parteivorsitzenden bereits über Mazedonien beraten hat, wäre es aus meiner Sicht möglich gewesen, das Votum des PV seinerzeit einzuholen. Dass daran nicht alle Beteiligten ein politisches Interesse haben konnten, ist mir bewusst. (...) Da ich aufgrund der Dir bekannten Umstände nun also gehindert bin, mein Votum persönlich abzugeben und zu begründen, auf diesem Wege: Ich spreche mich gegen den Einsatz und gegen deutsche Beteiligung aus.“<sup>733</sup>

Mit Andrea Nahles – die laut ihrer Absage zwei Tage vor der Sondersitzung ihren Urlaub antrat – fehlt in der PV-Sitzung eine weitere Skeptikerin im Hinblick auf internationale Einsätze der Bundeswehr.<sup>734</sup>

Detlev Albers machte seine skeptische Haltung auch deutlich. An die Aussage des Bundeskanzlers anschließend, dass es eine 30-Tage-Frist zur Entwaffnung der Rebellen gebe, fragt Albers, was bei Überschreitung dieser Frist denn geschehen solle. Gerhard Schröder antwortete, dass dann eine erneute Beratung im PV vorgesehen sei.<sup>735</sup>

Welche Bedeutung diese Sondersitzung - und vor allem: ein möglichst einmütiger Beschluss!- für die Parteiführung hatte, wird auch an zwei dokumentierten Briefen des Generalsekretärs deutlich. Franz Müntefering schrieb handschriftlich an zwei bekannte Befürworter des Mazedonien-Einsatzes, Gernot Erler und Gert Weisskirchen. Wortgleich übermittelte er ihnen die folgende Botschaft: „Lieber Gert/Gernot, es wäre gut, wenn du am Montag, 27.8., an der Sitzung des Parteivorstandes teilnehmen könntest. Gib mir bitte ein Signal.“<sup>736</sup>

---

<sup>733</sup> Brief von Henning Voscherau an Generalsekretär Franz Müntefering vom 27. August 2001.

<sup>734</sup> Vgl. Absage Andrea Nahles vom 25. August 2001.

<sup>735</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>736</sup> SPD-Parteivorstand: Einladung zur Sitzung des Parteivorstandes am 27.08.2001, Anhang: Brief von Franz Müntefering an Gernot Erler und Gert Weisskirchen vom 22. August 2001.

Erler argumentierte dann auch der Erwartung Münteferings entsprechend für den Einsatz (siehe oben), Weisskirchen griff die Skeptikerin Skarpelis-Sperk scharf an: „Insbesondere fragt er Sigrid Skarpelis-Sperk, ob sie im Blick habe, dass ihre Position letztendlich den Extremisten der verschiedenen Seiten in die Hände arbeiten würde und es nicht dem Wunsch der politisch gemäßigten Kräfte auf beiden Seiten entspreche. Von einer Verweigerung Deutschlands oder auch der NATO seien zehntausende Mazedonier existenziell und in ihrem Leben betroffen. Eine Verweigerung lege die Gefahr des Bürgerkrieges nahe.“<sup>737</sup> Skarpelis-Sperk bezeichnet Erler als „opportunistisch“: *„Zu Weisskirchen hatte ich eigentlich immer ein gutes Verhältnis, Erler war opportunistisch. Schlimmer als diese PV-Sitzung waren die internen Sitzungen der Parteilinken. Dort wurde ich mit teils unglaublicher Härte und Aggressivität angegangen. Mir ging das alles schon sehr nah. Ob die damalige Nein-Stimme meine Stimme war, vermag ich nicht mehr zu sagen.“*<sup>738</sup>

Schon in der Präsidiumssitzung hatte Weisskirchen an Skarpelis-Sperk appelliert, dem Vorschlag des Parteivorsitzenden zuzustimmen: Es gebe keine Alternative zum Einsatz, und selbst die mazedonischen Sozialdemokraten wollten den Einsatz der NATO.<sup>739</sup> Die konstruktiven Kontakte zu den Parteigenossen auf dem Balkan hatte auch der Jahresbericht im Jahr 2000 zum Inhalt: „Der SPD ist es gelungen, während des Krieges Kontakt zu einer Vielzahl von Partnern in der Region und insbesondere auch in Serbien und Montenegro zu halten, und auf sehr schwierigen Wegen zum Teil gegensätzliche Informationen und Positionen auszutauschen und zu diskutieren (...) Durch den Sieg der Opposition in Kroatien (2000) und Bosnien-Herzegovina (November 2000) und in den Regierungen in Montenegro und Albanien tragen sozialdemokratische und solchermaßen orientierte Parteien in der südosteuropäischen Region ein hohes Maß an Verantwortung“.<sup>740</sup>

Martin Schulz „fragt noch einmal nach den Alternativen. Man müsse sich Gedanken darüber machen, was bei einer Verweigerung des Einsatzes (...) in

---

<sup>737</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. August 2001, S.6f.

<sup>738</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>739</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>740</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000, S. 13.

Mazedonien passiere.“<sup>741</sup> Auch Schulz hatte im Präsidium seine Zustimmung zum Einsatz erklärt und auf die Unterschiedlichkeit der Situationen in Mazedonien und der vormaligen Lage im Kosovo hingewiesen.<sup>742</sup>

Diese Unterschiedlichkeit arbeitete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gernot Erler neben seiner Wortmeldung im Parteivorstand noch einmal am 27.08.2001 in einem Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktion heraus: „Im Kosovokonflikt hat der Westen im Oktober 1998 versucht, Milosevic durch ein militärisches Ultimatum zur Abkehr von seiner Politik zu bringen. Bekanntlich hat dieses Ultimatum, als es nicht wirkte, im März 1999 zum Kriegseinsatz geführt. In Mazedonien gibt es bis heute keine einzige Androhung von Gewalt seitens des Westens (...) Im Sinne einer modernen Krisenprävention besteht das westliche Vorgehen in der Tat aus einer `Kombination aus Anreizen und Druck`(...) Die westliche Politik unterliegt gerade nicht dem Irrtum, dass ethnische Konflikte militärisch gelöst werden können (...) Essential Harvest steht nicht für einen Wechsel von der politischen zur militärischen Logik (...) Mit jeder Waffe der UCK, die abgegeben und zerstört wird, steigt die Chance dafür, den Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges in Mazedonien zu verhindern.“<sup>743</sup>

Der Parteivorstand stimmte schließlich der Position der Bundesregierung bei einer Gegenstimme zu.<sup>744</sup> Im Rückblick urteilte der Parteivorstand: „Im Sinne unseres Konzeptes von Präventionspolitik zog die SPD-geführte Bundesregierung die Lehren aus dem blutigen Zerfall Jugoslawiens und setzte sich in einer gemeinsamen Anstrengung erfolgreich dafür ein, im August 2001 gemeinsam mit der UN, der NATO, den Vereinigten Staaten und der OSZE den bereits gewaltsam ausgebrochenen Konflikt in Mazedonien zu deeskalieren und durch die Teilnahme der Bundeswehr an einem friedenssichernden Einsatz ein Friedensabkommen zwischen den Bevölkerungsgruppen abzusichern.“<sup>745</sup>

---

<sup>741</sup> a.a.O., S.7.

<sup>742</sup> Vgl. Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>743</sup> SPD-Parteivorstand: Brief Gernot Erler an die Fraktionsmitglieder vom 27.08.2001.

<sup>744</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000, S.8.

<sup>745</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 18.

### 5.3.2 Strategische Konsequenzen aus der Mazedonien-Entscheidung

Eine Woche vor den Terrorangriffen des 11. September spielte in der SPD das Thema „Bundeswehreinsatz in Mazedonien“ noch die zentrale sicherheitspolitische Rolle. Die Außenwirkung des Beschlusses im Deutschen Bundestag, bei dem der Regierungskoalition die eigene Mehrheit fehlte, war katastrophal.

Schröder bemerkte im Parteirat, dass „es keine eigene Mehrheit der Koalition gegeben habe und 19 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion gegen die eigene Mehrheit gestimmt haben. Deutschland habe eine enorme Verantwortung, und er wolle in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Mehrheit im Deutschen Bundestag sehr spät zustande gekommen sei. Alle müssten sich fragen, wo dieses Verhalten enden solle und könne. Natürlich sei der Artikel 38 des Grundgesetzes zu beachten. Aber es gehe hier nicht um eine von Gottes Gnaden eingesetzte Regierung, sondern um eine Regierung, die von einer Mehrheit im Parlament eingesetzt werde und unterstützt werden müsse. Er wolle in diesem Zusammenhang auch die Frage aufwerfen, wie er im Europäischen Rat agieren solle, wenn er in der eigenen Koalition für diese Politik keine Mehrheit habe. Mit einem solchen Abstimmungsverhalten lege man die Axt an die Regierungsfähigkeit dieser Koalition und er betrachte dies als einen enorm ernsten Vorgang. Sollte dies so fortgesetzt werden, könne man keine solide Regierungsarbeit machen, und dies sei in den Wirkungen natürlich nicht zu unterschätzen.“<sup>746</sup> Schröders Büroleiter zufolge wählte der Bundeskanzler in einer Präsidiumssitzung am 3. September 2001 die Worte, dass es sich um einen „ernsthaften Vorgang“ handle und „Wenn die Disziplin so weiter geht, können wir einpacken!“. Und noch deutlicher: „Man kann keine Außenpolitik mehr machen, wenn man keine Mehrheit hat!“<sup>747</sup> Franz Müntefering pflichtete dem Bundeskanzler bei und erklärte, dass dieses eine Ereignis nicht „Schule machen“ dürfe.<sup>748</sup>

---

<sup>746</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. September 2001, S.3.

<sup>747</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>748</sup> Ebd.

Nebenbei fällt auf, dass Gerhard Schröder sich offenbar gerne hin und wieder an seinem Nachfolger als niedersächsischer Ministerpräsident, Sigmar Gabriel, abarbeitet. In Bezug auf die aktuelle Affäre um den Bundesverteidigungsminister meinte Schröder, dass Gabriel offenbar ein „neues Thema“ habe: Rudolf Scharping.<sup>749</sup> Schon einmal hatte Schröder seinen Nachfolger in einer Sparkurs-Debatte des SPD-Präsidiums am 2. Juni 2001 mit den Worten kritisiert, dass er gar nicht bemerkt habe, dass ein „neuer Weltökonom“ herangewachsen sei.<sup>750</sup>

In einer Präsentation zur Lage der Partei vor dem SPD-Präsidium wurde Franz Müntefering mit Blick auf innerparteiliche Abweichler im Juni 2000 noch deutlicher: Die SPD müsse für die Zeit bis zu den nächsten Bundestagswahlen „Geschlossenheit sichern, Programmdebatte und Parteimodernisierung ernst nehmen, wichtige Themen inhaltlich und strategisch bearbeiten, den Spagat schaffen im Verständnis der Menschen zwischen Innovation und Gerechtigkeit, die Schwächen der Konkurrenz nutzen.“<sup>751</sup> Den Grünen attestierte der SPD-Generalsekretär, sie hätten den „Übergang von der Oppositions- zur Regierungspartei vollzogen“.<sup>752</sup>

Peter Struck ließ ein Jahr später einen interessanten Blick auf die Wertschätzung für Diskussionen auf der Ebene der SPD-Ortsvereine zu: „Es habe sich nicht bei allen um Gewissensentscheidungen gehandelt, es hätten z.B. sehr früh Festlegungen einzelner Mitglieder vorgelegen, auf keinen Fall dem noch nicht vorliegenden Mandat zuzustimmen. Bei diesen Entscheidungen haben unterschiedliche Motive sicherlich eine Rolle gespielt. Aber die Diskussionslage in einzelnen Ortsvereinen könne nicht als Argument genommen werden, um die eigene Regierungsfähigkeit zu gefährden.“<sup>753</sup> Noch aussagekräftiger sind Strucks Einlassungen über die in der Mazedonien-Frage abweichenden Abgeordneten. Schröders Büroleiter notierte Strucks Urteil, dass von den 19 Abweichlern „einige schlicht böse, einige uneinsichtig und einige blöd seien“.<sup>754</sup> Noch am 10. September forderte Struck, man dürfe „keine Profilierung der 19 zulassen“.<sup>755</sup>

---

<sup>749</sup> Ebd.

<sup>750</sup> Ebd.

<sup>751</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Präsidiumssitzung am 04./05. Juni 2000.

<sup>752</sup> Ebd.

<sup>753</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. September 2001, S.5.

<sup>754</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>755</sup> Ebd.



Fazit an dieser Stelle: Die Nerven lagen blank, und jegliche Kritik wurde als Störung der sozialdemokratischen Regierungsfähigkeit eingeordnet. Das Bestreben der Parteiführung um Gerhard Schröder, den Abweichlern keine politische Zukunft mehr zu ermöglichen, wurde offenkundig.

### 5.3.3 Mazedonien versus Mallorca – Scharping wird zum Problemfall

Für Rudolf Scharping handelte es sich laut PV-Protokoll bei diesem Einsatz in Mazedonien „um eine eindeutig präventive Aktion der NATO. Dieses Land sei in den letzten Monaten immer näher an einen Bürgerkrieg herangekommen, es habe die Bitte des Staatspräsidenten und der Albaner vorgelegen, und die Entwaffnungsaktion sei in einem politischen Gesamtzusammenhang eingebunden. Zwischenzeitlich veröffentlichte die „Bunte“ eine Homestory über Scharping. Der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt wurde in einer Sympathieheischenden Berichterstattung zusammen mit seiner Lebensgefährtin Erholung suchend im Pool eines Anwesens auf Mallorca abgelichtet. Harsche Kritik daran ließ nicht lange auf sich warten.

Rudolf Scharping machte deutlich, dass er den zeitlichen Zusammenhang bei der Veröffentlichung seiner Urlaubsfotos bedauere. Er dankte auch Gerhard Schröder, Franz Müntefering und Peter Struck für die solidarische Unterstützung und bat den Parteirat, die Gesamtheit seiner politischen Arbeit zu berücksichtigen.<sup>756</sup> Zuvor hatte der Bundeskanzler erklärt, „es sei unerheblich, wie und wo jemand seinen Urlaub verbringe und es habe (...) keine Flüge von Rudolf Scharping mit der Flugbereitschaft gegeben, die nicht den Richtlinien entsprochen hätten (...). Es gebe nun den offensichtlichen Versuch der Union, Rudolf Scharping aus dem Amt zu bringen, und man werde diesen Versuch zurückweisen.“<sup>757</sup> Auch in der Präsidiumssitzung am 2. September 2001 bezeichnete Schröder die Vorgänge um Scharping als „nicht schön, aber Rudolf Scharping wird nicht entlassen.“<sup>758</sup> An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, wie enorm sich die innerparteiliche Stellung

---

<sup>756</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. September 2001, S.5.

<sup>757</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. September 2001, S.4.

<sup>758</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

Scharpings nun gewandelt hatte. Nach anfangs zögerlicher Kritik an Amtsführung und Informationspolitik des Ministers wurde nun offen (zumindest in den Führungsgremien) über einen möglichen Rückzug des einstigen Parteivorsitzenden aus der Bundesregierung gesprochen.

In der Präsidiumssitzung des 10. September 2001 war die Wut des Bundeskanzlers präsent, allerdings hier noch auf diejenigen aus der SPD-Bundestagsfraktion, die gegen seine Linie votierten: Das Verhalten der Abweichler sei kein „Bagatell-Verhalten“, sondern bedeute eine „Erosion der Regierungsfähigkeit“.<sup>759</sup>

Rudolf Scharping erläuterte in Ergänzung zum Kanzler, dass die Einsammlung der Waffen in Mazedonien im Plan liege. Und mit Blick auf seine persönliche Situation führte er aus, dass eine „lückenlose Flugliste im Detail“ vorgelegt werde.<sup>760</sup>

Vermutlich wäre der Rückzug Scharpings eine Frage von wenigen Tagen gewesen, hätte nicht ein Ereignis von weltpolitischer und historischer Dimension am folgenden Tag den politischen Alltag eingeholt.

Mit Blick auf Mazedonien bleibt im Rahmen einer innerparteilichen Diskussion nur noch zu erwähnen: Am 24. September findet man eine völlig geänderte Diskussionslage vor. Peter Struck wies lediglich noch einmal „darauf hin, dass das Mazedonien-Mandat am kommenden Mittwoch ende. Eine Verlängerung mit einer anderen Art des Mandates sei derzeit in der Diskussion und die Einsammlung der Waffen sei nach Plan verlaufen.“<sup>761</sup> Die Parteispitze rechnete nicht mehr mit einem weiteren Aufflammen der Kämpfe auf dem Balkan. Franz Müntefering bemerkte dann auch im Präsidium am 8. Oktober 2001, dass eingedenk der vollkommen veränderten Sicherheitslage die Themen „Kosovo und Mazedonien“ noch vor dem Bundesparteitag im November politisch „abgeräumt“ werden sollten.<sup>762</sup>

---

<sup>759</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>760</sup> Ebd.

<sup>761</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. September 2001, S.6.

<sup>762</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

## 5.4 Der 11. September 2001 und die Folgen

### 5.4.1 Risiken ja – Abenteuer nein!

Die - nach dem Kosovo-Konflikt und der davon nicht unabhängig zu betrachtenden Mazedonien-Entscheidung - zweite außenpolitische Bewährungsprobe für die SPD in der seit 1998 erworbenen Regierungsverantwortung stellten die sicherheitspolitischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem in den politischen Fokus gerückten internationalen Terrorismus dar.

Kurz nachdem am Morgen des 11. September des Jahres 2001 die vier von islamischen Fundamentalisten entführten US-Flugzeuge als Werkzeuge zur Verbreitung von Terror eingesetzt worden waren, berief der Bundeskanzler den wichtigsten außenpolitischen Ausschuss der Bundesregierung, den „Bundessicherheitsrat“, ein. Dort erläuterten Schröder und die Bundesminister Scharping (Verteidigung), Fischer (Auswärtiges), Wieczorek-Zeul (Entwicklungshilfe/wirtschaftliche Zusammenarbeit) und Schily (Inneres), welche Konsequenzen sich aus den Anschlägen ergeben könnten. Den gesamten verbleibenden Tag führte der Kanzler Gespräche – sowohl im Inland mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden, dem Bundespräsidenten und den für die Sicherheit des Landes relevanten Ministern – als auch mit den wichtigsten Verbündeten, so Tony Blair, Jacques Chirac und Wladimir Putin. Beobachter sprachen in diesen Momenten von einer „kühlen Rationalität Schröders“.<sup>763</sup> Putins frühes Signal hinsichtlich einer Unterstützung beim Zerschlagen der Terrorstrukturen wurde als „hilfreich“ betrachtet.<sup>764</sup> Schon seit Jahren warnten aufmerksame Beobachter, dass Terrorismus angesichts der weltweiten Vielfalt von Konflikten bisher nicht gekannte Gefahren heraufbeschwören könne.<sup>765</sup> Am 11.9.2001 mündeten diese Befürchtungen dann im „Pearl Harbor“ der westlichen Zivilisation.<sup>766</sup>

---

<sup>763</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 281.

<sup>764</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>765</sup> Vgl. Kaiser, Karl, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995, S. 501.

<sup>766</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin, S. 475.

Am 13. September lud der damalige Generalsekretär der SPD, Franz Müntefering, zu einer Sondersitzung des Parteivorstandes für den 17. September 2001 ein. Einziger Tagesordnungspunkt war laut Einladung die „Information über die Lage nach den Terroranschlägen in den USA“.<sup>767</sup>

Der Einladung war zur Information an alle PV-Mitglieder eine rechtliche Erläuterung der aktuellen Lage beigelegt: „Der NATO-Rat hat am Abend des 12.09.2001 einstimmig den Beschluss gefasst, der feststellt, dass durch die Terroranschläge vom 11.09. in New York und Washington der Bündnisfall gem. Art. 5 NATO-Vertrag eintritt, wenn festgestellt wird (durch erneute Befassung des NATO-Rates), dass diese Anschläge aus dem Ausland gegen die USA gerichtet wurden. Die Bundesregierung hat diesem Beschluss nach Befassung des Bundessicherheitsrates und Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages durch den Bundeskanzler zugestimmt. Tritt der Bündnisfall nach Feststellung der Täter tatsächlich ein, so ist es Sache der Bundesrepublik Deutschland, über die dann zu treffenden Beistands- und Unterstützungsmaßnahmen selbst zu entscheiden (Art. 5 NATO-Vertrag). Dabei muss unterschieden werden zwischen Maßnahmen, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer exekutiven Befugnisse allein veranlassen kann (etwa die Einräumung zusätzlicher Landrechte für US-Flugzeuge, logistische Unterstützung innerhalb Deutschlands etc.), und solchen, die der vorherigen Zustimmung des Deutschen Bundestages bedürfen (namentlich der Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland).“<sup>768</sup>

Bemerkenswert ist im Hinblick auf die Protokollführung des Parteivorstandes, dass sowohl eine Einladung als auch die persönlich von den PV-Mitgliedern unterschriebene Anwesenheitsliste für den 17. September dokumentiert wurde, das Protokoll über die PV-Sitzung selbst allerdings fehlt. Eine Nachlässigkeit, welche die Forschung im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD unnötig erschwert. Dennoch ließ sich eine sehr ergiebige Quelle ausfindig machen: Schröders Büroleiter Sontowski notierte auch in dieser Sitzung die für ihn bedeutenden Wortmeldungen mit und schuf somit eine wertvolle Dokumentation der oben genannten Sitzung.

---

<sup>767</sup> SPD-Parteivorstand: Einladung zur Sondersitzung des Parteivorstandes am 17.09.2001.

<sup>768</sup> Ebd.

Demnach führte Gerhard Schröder im Parteivorstand aus, dass noch nicht klar sei, was die USA im Rahmen der Beistandsverpflichtung aus Art. 5 des NATO-Vertrages erwarteten. Die Einflussnahme auf die USA bliebe begrenzt, und man dürfe nun keine Fehler machen und Vorfestlegungen treffen.<sup>769</sup> Für seine Feststellungen, dies sei eine „sehr schwierige Situation“ und „unsere Partei ist geschlossen“, erhielt Schröder Beifall im Parteivorstand.<sup>770</sup> Beifall gab es ebenso für das sich anschließende Lob Schröders durch Rudolf Scharping. Müntefering stellte fest, dass Antiamerikanismus und Pazifismus in der SPD verbreitet seien.<sup>771</sup> Für Wolfgang Thierse war wichtig, dass die SPD „Adressat von Ängsten“ bleiben müsse, Gernot Erler forderte auf, nun „konzentriert“ zu arbeiten, und Sigrid Skarpelis-Sperk mahnte zu „Vorsicht“.<sup>772</sup> Anhand der Mitschrift, die viele Querverweise und unvollendete Satzkonstrukte enthält, lässt sich ablesen, wie emotional und aufgewühlt diese Sitzung gewesen sein muss. Sontowski selbst spricht rückblickend von der Verantwortung, die nun durch die Bündnismitgliedschaften auf Deutschland zugekommen wäre: *„Die Führung der SPD war (...) geschockt, zugleich gefasst und verantwortlich denkend. Ich ahnte wie viele, dass die Zeit der so genannten „Scheckbuch-Diplomatie“ vorbei war und Deutschland eine angemessene, aber auch zugleich seiner Geschichte gemäße internationale Verantwortung wird künftig stärker übernehmen müssen – und zwar im Rahmen existierender politischer (UN) wie sicherheits- und militärpolitischer (NATO) Bündnisse.“*<sup>773</sup>

In seiner Absage zu dieser Sondersitzung des Parteivorstandes zeigte Henning Voscherau einen für spätere Debatten zentralen Aspekt auf, nämlich die Frage nach dem Umgang mit dem Islam als Religion in Abgrenzung zum Verhalten islamistischer Extremisten: „Lieber Franz, ich kann an der heutigen Sondersitzung nicht teilnehmen. In der Sache hat Gerhard Schröder bisher sehr eindrucksvoll agiert, die richtigen Worte und den richtigen Ton getroffen. Ich bin mit seiner Haltung voll einverstanden und hoffe, dass es gelingt, mit Besonnenheit eine

---

<sup>769</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/ PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>770</sup> Ebd.

<sup>771</sup> Ebd.

<sup>772</sup> Ebd.

<sup>773</sup> Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

weitere Eskalation, insbesondere eine Konfrontation mit der islamischen Welt, zu vermeiden.“<sup>774</sup>

Bemerkenswert ist die Positionsbestimmung des Vorsitzenden der SPD-Nachwuchsorganisation (Jusos), Niels Annen. In der PV-Sitzung am 17. September sprach er sich laut Mitschrift „für Solidarität“ und „für zielgerichtete militärische Interventionen“ aus.<sup>775</sup> Für diese Aussage erfuhr er dann „Lob“ und „Würdigung“ durch den Bundeskanzler, der ihn gleichzeitig drängte, das auch „in der SPD deutlich zu machen“.<sup>776</sup> Und Annen gehorchte: Der Juso-Bundesvorsitzende unternahm in einem Schreiben an die Juso- Bezirks- und Landesverbände den Versuch, die neue Lage unter den bisher gültigen außenpolitischen Richtlinien seiner Organisation zu definieren: „Bereits einen Tag nach den Angriffen hat der NATO-Rat den Bündnisfall nach Art.5 des Nordatlantik-Vertrages ausgerufen. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat diesen Beschluss mitgetragen. Erstmals in der Geschichte der NATO ist nunmehr der Mechanismus in Gang gesetzt, in welchem die Mitgliedsstaaten sich zur Unterstützung eines angegriffenen Staates verpflichten. Allerdings bedeutet dies keinen Automatismus für militärische Maßnahmen (...) Auch für die Politik der Bundesregierung muss gelten, dass sie sich nicht einfach auf das Nachvollziehen jeglicher Entscheidungen nur eines Partners beschränkt. Die skizzierte Strategie darf nicht dazu führen, jegliche Entscheidung der USA, die eine unverhältnismäßige Reaktion zum Gegenstand hat, blind nachzuvollziehen und zu legitimieren, insbesondere wenn sie zu weiteren unschuldigen Opfern führt (...) Auch wenn wir mit gutem Grund militärischen Handlungen ablehnend gegenüberstehen und eine polizeiliche Aufarbeitung der mörderischen Anschläge wünschen, so darf man die Besonderheiten der jetzigen Situation nicht unberücksichtigt lassen. Diese Situation ist in ihren Auswirkungen sicher ohne Beispiel. Gegenüber dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA und anderer auf den Irak Anfang der 90er Jahre und gegenüber dem völkerrechtswidrigen Einsatz im Kosovo ergibt sich ein wichtiger Unterschied: Wenn man in Übereinstimmung mit der herrschenden Völkerrechtslehre die terroristischen Angriffe auf die USA

---

<sup>774</sup> SPD-Parteivorstand: Einladung zur Sondersitzung des PV am 17.09.2001, Anhang: Absage Henning Voscherau.

<sup>775</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/ PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>776</sup> Ebd.

als militärischen Angriff im Sinne der Charta der Vereinten Nationen begreift, so ergibt sich aus dieser Charta das Recht der USA zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung.“<sup>777</sup> Die Jusos – oder doch nur ihr in den Bundestag strebender Vorsitzender?! - waren plötzlich zahm geworden.

Die Mitschrift einer Präsidiumssitzung durch Rainer Sontowski am 17. September 2001 ist ebenso aufschlussreich. Gerhard Schröder führte in diesem Treffen aus, dass man „Solidarität geleistet“ habe und nun eine UN-Entscheidung und ein NATO-Angriff in Rede stehen. Man solle sich keine zu großen Hoffnungen auf Konsultationen durch die USA machen – der Wunsch nach Rache eine die USA. Weiterhin genieße eine politische Konfliktlösung aus seiner Sicht Priorität – dies sei allerdings ein „längerer Prozess“.<sup>778</sup>

Schröder übte auch „leise Kritik“ am Bundespräsidenten Johannes Rau, wegen dessen Äußerungen bezüglich des militärischen Beistandes.<sup>779</sup> Rau hatte zuvor darauf hingewiesen, dass dem Terror nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln begegnet werden könne.<sup>780</sup> Dass sich Rau in seinem Verständnis von Menschlichkeit treu geblieben ist, sollte allerdings an dieser Stelle vermerkt sein. Schließlich kritisierte der Präsident den Kanzler nicht offen und öffentlich, sondern begründete mittels seiner Rhetorik ein anderes „Wie“, nicht unbedingt ein anderes „Was“.

Heidi Wieczorek-Zeul ergänzte im Präsidium, dass es weder eine Konfrontation gegen Kulturen noch gegen Länder geben dürfe und man ein diesbezügliches Signal an den Nahen Osten senden müsse. Außerdem stelle sich die Frage: „Wo ist die Grenze für eine deutsche Bundeswehr-Beteiligung?“<sup>781</sup>

---

<sup>777</sup> SPD-Parteivorstand: Einladung zur Sondersitzung des PV am 17.09.2001, Anhang: Rundschreiben des Juso-Bundesvorsitzenden.

<sup>778</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>779</sup> Ebd.

<sup>780</sup> <http://www.fr-online.de/zeitgeschichte/rau-plaedierte-fuer-zivile-mittel-1477344,2865282.html> (abgerufen am 10.12.2018)

<sup>781</sup> SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

Uli Maurer stellte die gleiche Frage, hielt aber zugleich fest, dass der Bundeskanzler eine „gute Figur“ abgegeben habe.<sup>782</sup> Scharping gab zu bedenken, dass die USA mehr Opfer zu beklagen hätten als durch Pearl Harbour oder den Golfkrieg. Außerdem würden „derzeit Entscheidungen getroffen, die schwieriger sind als viele in den letzten Jahrzehnten“.<sup>783</sup>

Wolfgang Clement drängte darauf, eine Bekämpfung des internationalen Terrorismus „innen wie außen“ als „vordringlich“ zu betrachten: „Entschlossenheit tut Not!“<sup>784</sup>

Die Bemerkungen Franz Münteferings bargen – aus staatsrechtlicher Sicht - Zündstoff: Neben der Aussage, dass der Wahlkampf weiter zu gehen habe, befand der SPD-Generalsekretär: „Die Reihenfolge muss klar sein bei Entscheidungen:

1. Exekutive, 2. Legislative! Wir brauchen Klarheit!“<sup>785</sup>

Allerdings reflektierte er auch kritisch, dass „Antiamerikanismus und Pazifismus im Lande präsent“ seien, deshalb müsse die Parteiführung „rein in die Partei und die Debatte bestimmen!“<sup>786</sup>

Interessant ist der Umstand, dass schon am 24. September (also dreizehn Tage nach den Anschlägen in den USA!) das Thema „Internationaler Terrorismus“ in den Beratungen des Parteivorstandes verdrängt wurde von der Analyse und den Einschätzungen zur Wahl der hamburgischen Bürgerschaft. Diese Wahl brachte den Verlust der Regierungsmehrheit mit sich, und nahezu alle Diskussionsteilnehmer im Parteivorstand lieferten eine persönliche Einschätzung zur Person des Rechtspopulisten Ronald Schill ab.

Gegen Ende der Sitzung erwähnte Franz Müntefering in einem Nebensatz, wie sozialdemokratische Außenpolitik sich weiterentwickeln könnte, indem er unterstrich, „dass die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Diskussion in

---

<sup>782</sup> Ebd.

<sup>783</sup> Ebd.

<sup>784</sup> Ebd.

<sup>785</sup> Ebd.

<sup>786</sup> Ebd.



einem weiteren Antrag festgehalten werden solle. Die soll man nicht mal eben schnell formulieren.“<sup>787</sup>

Gerhard Schröder wandte sich direkt nach den Anschlägen an die Öffentlichkeit und sprach von „uneingeschränkter Solidarität“, die Deutschland gegenüber den USA aufbringen sollte. Der Begriff war keine Erfindung des deutschen Regierungschefs, sondern ging auf eine Nachricht des neuen deutschen Botschafters in Washington, Wolfgang Ischinger, zurück. Dieser hatte nach Berlin gemeldet, dass die Vereinigten Staaten von ihren Verbündeten eben diese „uneingeschränkte Solidarität“ verlangen würden.<sup>788</sup>

Sowohl innerhalb der SPD als auch beim Koalitionspartner stieß diese Festlegung auf Kritik, da eine solche Formulierung einen baldigen Einsatz deutscher Soldaten im Kampf gegen den Terror möglicherweise mit einbezog.<sup>789</sup> Der Bundeskanzler verteidigte seine Aussage mit der Bemerkung, dass die Anschläge in New York und um Washington nicht allein auf die USA, sondern auf die gesamte westliche Welt und deren Werte gezielt hätten. Eben dieser Werte wegen sei Solidarität unabweisbar gewesen: „Deswegen und nicht nur der Bündnisverpflichtungen wegen, sondern gerade als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei habe ich von der uneingeschränkten Solidarität gesprochen. Denn wenn es um die Freiheit geht, dann kann man doch Solidarität nicht tröpfchenweise gewähren und nur eingeschränkt versprechen.“<sup>790</sup>

In der Sitzung des Parteivorstandes am 24. September 2001 fragte Henning Voscherau „Was heißt uneingeschränkte Solidarität?“ und merkte kritisch an: „Terrorismus bekämpfen, nicht weiteren Terrorismus verstärken!“<sup>791</sup> Müntefering äußerte im Laufe der Debatte den Wunsch: „Keine Details, keine Debatten!“<sup>792</sup>

Im Laufe der nächsten Wochen schwoll die Kritik an Schröders Treuezusage an. 49 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion konnten sich lediglich dazu

---

<sup>787</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 24.09.2001, S.12.

<sup>788</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 281.

<sup>789</sup> Baring, Arnulf und Gregor Schöllgen: Kanzler-Krisen-Koalitionen, Berlin 2002, S. 301.

<sup>790</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 44f.

<sup>791</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>792</sup> Ebd.

durchringen, den USA gegenüber „volle Solidarität“ zuzusichern.<sup>793</sup> Schröder erläuterte seine Solidaritätsbekundung noch einmal: Die „Solidarität speise sich aus historischer Dankbarkeit Deutschlands (...) und aus der Bündnisverpflichtung.“<sup>794</sup> Aber Schröder rannte nicht blindlings vorne weg. Das Recht, Informationen zu erhalten leitete er aus seinem Solidaritätsgedanken ebenso ab wie die Möglichkeit, sich Abenteuern zu verweigern. Außerdem – und hier wird die rote Linie einer sozialdemokratischen Politik der letzten zehn Jahre erkennbar – sollten militärische Mittel nur ein Element in der Strategie zur Bekämpfung von Terrorismus sein: „Eine Fixierung auf ausschließlich militärische Maßnahmen wäre fatal. Wir müssen und wollen ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Prävention und zur Bewältigung von Krisen entwickeln.“<sup>795</sup> Und auch der Bundespräsident wahrte – wie oben beschrieben - Distanz zum Kanzler. Wolfrum führt hierzu aus, dass Rau in seiner Rede vor 200.000 Menschen am Brandenburger Tor eine Botschaft überbrachte „wie aus der Bergpredigt: Keine Waffen, keine Gewalt. Der Bundespräsident gab keinerlei Verweis auf eine „uneingeschränkte Solidarität“, ein solcher Begriff wäre Rau nie über die Lippen gekommen“.<sup>796</sup>

Im Rahmen der Präsidiumssitzung des 8. Oktober 2001 berichtete der Chef des Bundeskanzleramtes, Frank-Walter Steinmeier, von der noch vier Tage andauernden Angriffswelle der NATO in Afghanistan: „Gegenreaktionen sind zu erwarten. Hauptangriffsziel bleiben die USA.“<sup>797</sup>

Diese Haltung bekräftigte der Bundeskanzler noch einmal in der den Parteitag vorbereitenden PV-Sitzung am 22. Oktober: „Er sei nicht bereit, diesen (Kurs) zu ändern. Er mahnte jene, die an Entschließungen oder Papieren für den Parteitag arbeiten, dieses im Blick zu haben. Die zentrale Orientierung in diesen Fragen, welche die Bundesregierung in Übereinstimmung mit Fraktion und Parteivorstand beschlossen habe, sei nicht einfach veränderbar. Dabei sei ihm durchaus bewusst, dass es Differenzen zwischen Ost und West gebe. Diese seien auch erklärbar. Dass die SPD auch Schwierigkeiten mit der gegenwärtigen Positionierung habe,

---

<sup>793</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 286.

<sup>794</sup> a.a.O., S. 283.

<sup>795</sup> Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll Nr. 14/187 vom 19.09.2001, S. 18302.

<sup>796</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 288.

<sup>797</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

sei durchaus ein Zeichen der zivilisatorischen Gesinnung der Partei. Die SPD müsse aber auch in der Lage und bereit sein, die Auseinandersetzung zu führen. Es sei selbstverständlich, dass es auf dem Parteitag Raum geben müsse für Bedenken. Der Kurs der Partei müsse aber klar sein.<sup>798</sup>

Hinrich Kuessner bekräftigte „seine unterschiedliche Position zur Afghanistan-Politik. Er teilt mit, dass er nicht beabsichtige, Papiere oder Anträge für den Parteitag in Nürnberg vorzubereiten. Angesichts der Militäreinsätze in Afghanistan müsse er aber überlegen, ob er noch in der richtigen Partei sei.“<sup>799</sup>

Ihm antwortete die Entwicklungshilfeministerin: „Jeder müsse in dieser schwierigen politischen Situation seine eigenen Abwägungen treffen. Sie erinnere aber daran, dass es bereits vor dem 11. September schon acht Millionen Flüchtlinge in und aus Afghanistan gegeben habe. Die Lage in Afghanistan sei schon vorher als katastrophal empfunden worden. Die SPD brauche jeden, der sich friedenspolitisch engagiert.“<sup>800</sup>

Andrea Nahles „stellt fest, dass die SPD in den vergangenen Jahren immer in großer Geschlossenheit aufgetreten sei (sic!). Dennoch sei es legitim, den Afghanistan-Einsatz in Frage zu stellen.“<sup>801</sup> Nicht nur Andrea Nahles, sondern die Mehrheit der Deutschen stellte offenkundig den Einsatz in Frage: Nach einer Analyse des SPD-Planungsstabes ergab sich folgende Meinungslage: „Die Mehrheit der Deutschen ist zwar generell für militärische Aktionen gegen die Urheber des Terrorismus (58%), aber je konkreter nachgefragt wird, umso zurückhaltender sind die Deutschen für eine deutsche Beteiligung. Für eine Beteiligung an möglichen militärischen Aktionen der USA gegen Schuldige sind nur noch 37%, für eine Beteiligung von Kampftruppen der Bundeswehr an einem Einsatz der NATO sind nur 35%.“<sup>802</sup> Hier war eine Einstellung zu beobachten, die symptomatisch war für das Deutschland nach 1945: „Die deutsche Sehnsucht

---

<sup>798</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S.4

<sup>799</sup> Ebd.

<sup>800</sup> a.a.O., S. 7.

<sup>801</sup> Ebd.

<sup>802</sup> SPD-Parteivorstand: Wahlforschung aktuell. September 2001, S. 4.

nach Neutralität im Sinne einer „Superschweiz“ brach sich wieder einmal Bahn.“<sup>803</sup>

Uli Maurer führte einen bedeutsamen Aspekt in die Diskussion ein, nämlich den nach der Wirkung von visualisierenden Elementen: „Die Beurteilung der gegenwärtigen Situation hänge stark davon ab, welche Bilder übermittelt würden. Die eigentlichen Kriegsabläufe seien bisher in keiner Weise erklärt worden. Seiner Meinung nach werde sich schon bald in Umfragen niederschlagen, dass die Lage schwieriger werde. Eine ehrliche Diskussion im Parteivorstand sei notwendig, sonst werde es schwierig, Position zu beziehen.“<sup>804</sup>

Heide Simonis schätzte die Macht der Bilder ähnlich stark ein: „Die Zustimmung zu den Aktionen in Afghanistan sei deswegen so groß, weil die Bilder von New York noch in den Köpfen der Menschen eingepägt seien. Aus Afghanistan gebe es dagegen keine Bilder. Das Land sei schon lange kaputt und durch Bürgerkrieg zerstört. Es gelte nun, sich Vorstellung zu machen, wie das Land nach der Auseinandersetzung aussehen könne.“<sup>805</sup>

Detlev Albers zeigte Akzeptanz dafür, „dass die Sitzung des Parteivorstandes nicht der geeignete Ort ist, einzelne Aktionen des Einsatzes in Afghanistan zu diskutieren. Andererseits habe es in der Vergangenheit einige wichtige Sitzungen gegeben, in denen ein parteipolitischer Konsens erzielt worden sei.“<sup>806</sup>

Rudolf Scharping „sieht das Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit als gemeinsamen Nenner aller politisch diskutierten Fragen der letzten Zeit. Vielen gehe es so, dass sie die Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen im Kopf zwar nachvollziehen könnten, das Gefühl im Bauch aber ein anderes sei. Auch die politische Führung müsse Sicherheit ausstrahlen. Spekulationen in der Öffentlichkeit hätten immer auch zum Ziel, Festlegungen der Bundesregierung zu erreichen. (...) Generell wisse man im Westen zu wenig über die islamische und

---

<sup>803</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 315.

<sup>804</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S. 6.

<sup>805</sup> a.a.O., S. 10.

<sup>806</sup> a.a.O., S. 6

arabische Welt. Die Maßnahmen, die jetzt vonnöten seien, müssten helfen, die Eskalation einer ganzen Region zu vermeiden.“<sup>807</sup>

Rolf Mützenich berichtete 2016 von seinen sorgenvollen ersten Gedanken nach den Anschlägen: „*Hoffentlich waren das nicht die Palästinenser!*“<sup>808</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk fehlten nach eigener Aussage nachrichtendienstliche Erkenntnisse und eine Lageanalyse: „*Ich habe befürchtet, dass Deutschland von Forderungen der US-Amerikaner überrollt wird. Da war ja ein riesiger Rachegeanke im Spiel. Meine Meinung war: Auf Barbaren kann man nicht mit barbarischen Mitteln antworten. Leider fehlten auch hier wieder – ähnlich wie zur Zeit des Kosovo-Konfliktes - genaue Lageanalysen, beispielsweise durch den Bundesnachrichtendienst.*“<sup>809</sup> Leider macht sie hier keine konkreten Aussagen dazu, welche Analysen genau fehlten und wo die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes lückenhaft gewesen seien.

Liesel Schäfer „sieht eine breite Unterstützung für den Kurs der Bundesregierung. Dennoch stellt sie fest, dass sich eine leichte antiamerikanische Stimmung breit mache. Es sei zunehmend wichtig, in die Bevölkerung hineinzuhorchen.“<sup>810</sup>

Die damalige Entwicklungshilfeministerin sieht keine Vergleichbarkeit mit der Situation im Kosovo: „*Es war ja keine blinde Gefolgschaft den USA gegenüber. Unsere Aufgabe bestand darin, der Gewalt in Afghanistan und dem Terror weltweit Einhalt zu gebieten. Im Vergleich zum Kosovo-Konflikt war dieser Einsatz durch die UN legitimiert.*“<sup>811</sup>

Auf einen interessanten Nebenaspekt der Krise nach den Terroranschlägen machen der Bundesfinanzminister und die stellvertretende DGB-Vorsitzende aufmerksam. Hans Eichel „teilt mit, dass es gegenwärtig schwierig sei, ein eindeutiges Bild der konjunkturellen Entwicklungen zu skizzieren. (...) Offenbar nutzten viele Unternehmen den 11. September als Gelegenheit, sowieso schon

---

<sup>807</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S. 7.

<sup>808</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>809</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>810</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S.10.

<sup>811</sup> Heidemarie Wiczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

vorhandene negative Tendenzen offenbar zu machen und mit drastischen Maßnahmen zu reagieren. Die Diskussion um Arbeitszeitmodelle und Wirtschaftspolitik müsse nun wieder eine längere Linie bekommen. Dies sei für das Sicherheitsempfinden der Menschen von großer Bedeutung.<sup>812</sup>

Ursula Engelen-Kefer schloss sich dieser Aussage an und wies darauf hin, „dass viele Unternehmen den 11. September auch nutzten, um negative Wirtschaftsmeldungen absetzen zu können.“<sup>813</sup>

Zum Abschluss der Diskussion ergriff der Parteivorsitzende und Bundeskanzler noch einmal das Wort und bemühte sich, die Partei auf seine Linie festzulegen: Es müsse „vermieden werden, dass in der Öffentlichkeit das Bild entstehe, die Partei würde sich gegen die Bundesregierung wenden. Ein Streit innerhalb der Bundesregierung würde der Partei sehr schaden. Es sei nun besonders wichtig, dass die miteinander reden, die miteinander reden müssten. Dies gelte insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett. (...) Im Falle einer Unterstützung würde geklärt werden, wozu genau und im Rahmen welchen Einsatzes diese Hilfe benötigt würde. Bisher habe die NATO lediglich abstrakt uneingeschränkte Hilfe zugesagt. (...) Eine Möglichkeit sei sicherlich, Verwundete aus Krisengebieten herauszuholen. Dies wäre eine Aktion, gegen die niemand etwas haben könnte. Auch eine Unterstützung bei der Suche nach möglichem Giftgas oder biologischen Angriffen könne gewährt werden. Alle möglichen Maßnahmen seien nicht ausschließlich auf Afghanistan bezogen. Dennoch sei klar, dass ein Ausbreiten der Krise auf andere Länder als Afghanistan eine völlig neue Lage schaffen würde. (...) In der Tat gebe es die Macht der Bilder. Aber dieses sei allen bewusst gewesen, als die uneingeschränkte Solidarität angekündigt worden sei und der politische Kurs festgelegt worden sei. Die Beschlüsse, die getroffen wurden, bleiben auch richtig, wenn sich die Macht der Bilder ändere. Ansonsten sei eine politische Linie nicht festlegbar, geschweige denn durchhaltbar. (...) Eine Diskussion um eine mögliche Feuerpause in Afghanistan sei nicht besonders hilfreich. Nicht zuletzt deswegen, weil sie keinen Einfluss auf das Geschehen haben werde. Lediglich das Handeln in Solidarität zu den USA verschaffe Einflussmöglichkeiten. (...) Eine Lösung des Konfliktes werde es nur durch eine Regierung geben, die sich aus Afghanistan

---

<sup>812</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S.8.

<sup>813</sup> a.a.O., S. 10.

heraus gebildet habe. Im Anschluss könne es durchaus eine Entscheidung über den Einsatz von UN-Blauhelmen geben. (...) Joschka Fischer sei überdies nicht der Außenminister der Grünen, sondern der Außenminister Deutschlands. Wichtig sei, dass die außenpolitische Linie stimmt. Dies sei bei der Arbeit von Joschka Fischer der Fall.“<sup>814</sup> Die deutschen Sozialdemokraten hätten in der Vergangenheit als „unsichere Kantonisten“ gegolten, deshalb sei nun „Festigkeit im Handeln“ gefragt.<sup>815</sup>

Im SPD-Präsidium konkretisierte der Bundeskanzler die Formen der deutschen Beteiligung. Neben AWACS-Flugzeugen und Schiffen erwarte man weitere Bitten. Wichtig war ihm offenkundig die Feststellung, dass es „keine Instabilität in der Koalition“ gebe.<sup>816</sup> Die Haltung der SPD gegenüber der Friedensbewegung sei „deutlich“, aber aktuell solle sich die Partei in eine Debatte gegen die USA nicht „hineinziehen lassen“.<sup>817</sup> Seine nach Indien und China geplante Reise wollte der Bundeskanzler nun um Pakistan ergänzen und sich mit Kofi Annan treffen, um über Hilfen für Afghanistan zu beraten.<sup>818</sup>

Wieczorek-Zeul ergänzte die Ausführungen des Kanzlers um den Punkt, dass die Bemühungen bei der Flüchtlingshilfe für Afghanistan „schon vor dem 11. September hoch“ gewesen sei.<sup>819</sup> Ihre Besuche in Kirgisien, Kasachstan und Pakistan hob Schröder noch einmal hervor.<sup>820</sup>

Franz Müntefering beschrieb die Situation so, dass es auf dem Parteitag weniger Probleme mit „äußerer Sicherheit“ als mit „innerer Sicherheit“ gebe. Außerdem gebe es „keinen Kopf“ in der Friedensbewegung, die SPD sei zudem auf Demonstrationen nicht „erkennbar“.<sup>821</sup>

Die offizielle Einschätzung der Partei zur Teilnahme der SPD an proamerikanischen Demonstrationen im Jahrbuch lautete hingegen ganz anders:

---

<sup>814</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001, S. 11f.

<sup>815</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>816</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>817</sup> Ebd.

<sup>818</sup> Ebd.

<sup>819</sup> Ebd.

<sup>820</sup> Ebd.

<sup>821</sup> Ebd.

„Die am 11. September 2001 von Al-Quaida-Terroristen verübten Massenmorde in New York und Washington haben die Verwundbarkeit aller Staaten und Völker vor Augen geführt, aber sie auch geeint. Spontan hatten sich Hunderttausende Deutsche zu Beileidskundgebungen und Großdemonstrationen zusammengefunden, um ihre Betroffenheit und Solidarität zu bekunden. Zu diesen Demonstrationen leistete die SPD einen entscheidenden Beitrag.“<sup>822</sup>

Die Beschränkungen der Freiheitsrechte im Nachgang zu den Terroranschlägen führten zu heftigen Debatten eben auch innerhalb der SPD. Müntefering schlug vor, dass der zweite Tag des Bundesparteitages in Gänze für Beratungen zur Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung gestellt werden solle. Im Mittelpunkt sollte der 11. September als „neue Dimension des Terrorismus“ stehen.<sup>823</sup>

Renate Schmidt fügte hinzu, dass die „Ziele des Bombardements in Afghanistan deutlicher gemacht werden“ müssten.<sup>824</sup>

#### 5.4.2 Scharping gerät erneut ins Visier

Aus der Dokumentation dieser Wochen ergeben sich trotz einer gefestigten Stellung der Exekutiven in der Wahrnehmung der Bevölkerung und trotz einer souveränen Rolle des Verteidigungsministers erneut Warnzeichen mit Blick auf dessen schwindende Rolle als sozialdemokratische Führungskraft.

Schröders Büroleiter beschrieb den Bundesverteidigungsminister – der durch die Ereignisse des 11. September noch einmal aus der Schusslinie gerückt war – nach seinen Ausführungen zu Milzbrand und den Anträgen zum Bundesparteitag als „sehr alarmistisch“.<sup>825</sup> In der Präsidiumssitzung am 29. Oktober 2001 notierte er bei insgesamt 19 Wortmeldungen verschiedener Präsidiumsmitglieder zu Scharping lediglich: „Stellt wirre Fragen, wie mit Bekennern Bin Ladens umgegangen werden soll (?)“<sup>826</sup> Das Schröder-Lager hatte offenbar mit Scharping

---

<sup>822</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2001/02, S. 18.

<sup>823</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>824</sup> Ebd.

<sup>825</sup> Ebd.

<sup>826</sup> Ebd.



schon abgeschlossen, und zwischen den Zeilen lässt sich dies nun auch deutlich herauslesen.<sup>827</sup> Unterstützt wird diese Auffassung von der Einschätzung Wolfrums: Bereits seit März 2000 habe sich ein Teil der Medien auf Scharping eingeschossen, nicht zuletzt ein geplantes Waffengeschäft mit den Vereinigten Arabischen Emiraten habe ihn unter Druck gesetzt. Ferner „hatte es auch innerhalb des Kabinetts geknirscht. Mit seinen ständigen Beschwerden über die mangelnde Finanzausstattung der Bundeswehr fiel Scharping besonders Finanzminister Hans Eichel auf die Nerven (...).“<sup>828</sup>

#### 5.4.3 Eine Große Koalition als Ausweg?!

In der Präsidiumssitzung am 5. November 2001 berichtete der Bundeskanzler von seiner Reise in die oben genannten Länder. China und Indien würden demnach Teile der Anti-Terror-Koalition bleiben – diese sei aber keine „Herzenskoalition“.<sup>829</sup> In den Blick nehmen müsse man jetzt die „Post-Taliban-Regierung“ – gegenüber den Taliban dürfe es aber keine Feuerpause geben. Mit diesem Statement übte der Kanzler gleichzeitig Kritik an Forderungen der IG Metall, eine Feuerpause einzulegen.<sup>830</sup>

Eine breite Diskussion zu einem Einsatz in Afghanistan ist durch Sontowski am 12. November 2001 dokumentiert. Bedeutsam scheinen die durch Schröder und Müntefering aufgezeigten Perspektiven zu sein. Der Bundeskanzler sprach davon, dass die am folgenden Donnerstag angesetzte Abstimmung im Bundestag eine „existenzielle Frage für Koalition und Partei“ sei, und: „Wir haben sicher zu stellen, dass die SPD ihre eigene Mehrheit hat. Sonst Ende der Koalition und Neuwahlen!“<sup>831</sup> Müntefering spricht im Parteivorstand auch eine Warnung an die Grünen aus: „Wenn (die) SPD ihre Truppen beieinander hat, dann

---

<sup>827</sup> In gleicher Sitzung vermerkt Sontowski zu Finanzminister Eichel lediglich: „The Brain“. Sontowski vermutet rückblickend „Ironie“ (vgl. Gespräch mit dem Verfasser).

<sup>828</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 310.

<sup>829</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>830</sup> Ebd.

<sup>831</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

Koalitionswechsel.“<sup>832</sup> Ganz offenbar erwog die engere Führungsriege der Partei, sich von den Grünen zu trennen und mit CDU/CSU in eine Koalition einzutreten.

Andrea Nahles berichtete aus ihrem Kreisverband, dass man sich an der „uneingeschränkten Solidarität“ als Begriff störe.<sup>833</sup> Ulrich Maurer ergänzte: „Angesichts des geforderten Beitrags Deutschlands Zustimmung. Aber draußen: Kriegseintritt Deutschlands wird diskutiert.“<sup>834</sup> Müntefering riskiert zum Ende der Debatte eine aufschlussreiche Bemerkung: „Man kann mit gutem Gewissen zustimmen. Man muss auch klar argumentieren, nicht zustimmen mit schlechtem Gewissen. Man kann keinen Wahlkampf führen mit präventiven Nein-Sagern!“<sup>835</sup>

In den folgenden Präsidiumssitzungen - nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages über eine deutsche Beteiligung am Afghanistan-Einsatz - am 26. November und am 3. Dezember 2001 spielte zwar die Außen- und Sicherheitspolitik keine dominierende Rolle mehr, dafür erfährt man einiges zur Stimmung in der Partei: Herta Däubler-Gmelin berichtete, die Mandatsträger seien „schlecht drauf“ und eine „Überzeugungsoffensive notwendig“.<sup>836</sup> Müntefering und Wieczorek-Zeul definierten einen Handlungsauftrag über die Frage „Wie kriegt man die Partei ans Laufen?“<sup>837</sup> Gerhard Schröder forderte eine professionellere Arbeitsweise des Parteivorstandes, dazu gehörten „Vollzähligkeit“ und dass Entscheidungen des PV „respektiert“ würden.<sup>838</sup>

Franz Müntefering beschrieb in dieser Sitzung die Außenpolitik als „Achillesferse“ der Partei. Nacharbeit sei nun notwendig – diese können durch die Bildung von Referentenpools, die Einrichtung von Unterstützerguppen und einer gezielten „Vertrauensarbeit in der Partei“ erfolgen. Als Instrument könnten Programmforen dienen.<sup>839</sup>

---

<sup>832</sup> Ebd.

<sup>833</sup> Ebd.

<sup>834</sup> Ebd.

<sup>835</sup> Ebd.

<sup>836</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>837</sup> Ebd.

<sup>838</sup> Ebd.

<sup>839</sup> Ebd.

#### 5.4.4 Des Kanzlers Kampf gegen den Terror – Eine Frage des Vertrauens

Im Parlament gestaltete sich die Situation schwieriger: Schon wenige Abweichler in den rot-grünen Reihen hätten dem Bundeskanzler erneut eine bittere Abstimmungsniederlage bereiten können. Die zweifelhaften Aussagen führender Grüner sowie die zunehmende Zahl politischer Abweichler unter den sozialdemokratischen Abgeordneten zwangen den Bundeskanzler in die Offensive.<sup>840</sup>

Am 16. November 2001 stellte er im Bundestag die Vertrauensfrage. Die Sachfrage, die Schröder mit dem Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, verbunden hatte, war der Einsatz deutscher Soldaten im Krieg gegen den Terror. In der Sache ging es um die Bereitstellung von 3900 Soldaten der Bundeswehr. 336 der 662 Abgeordneten stimmten schließlich für Schröder, vier Grüne und eine SPD-Abgeordnete stimmten dagegen. Ein Teil der SPD-Abgeordneten votierte nur aus Gründen des Machterhalts für Schröder.<sup>841</sup>

Gelegentlich wird angeführt, das zumindest angedrohte Fehlen der Stimmen von Abweichlern sei ein Autoritätsproblem von Fraktionschef Peter Struck gewesen.<sup>842</sup> Diese Einschätzung berücksichtigt nicht, dass Peter Struck ein in seiner Fraktion überaus anerkannter und auch beliebter Fraktionsvorsitzender gewesen ist. Seine Autorität stellte er nahezu wöchentlich in der Begleitung schwieriger Entscheidungen (Kosovo und Mazedonien gehören dazu!) unter Beweis. Wenn nun, bei einer quantitativ und qualitativ neuen militärischen Konfliktsituation einzelne Abgeordnete weder dem Kanzler noch dem Fraktionsvorsitzenden folgen wollten, dann war dies kein Problem mangelnder Autorität, sondern es war die wieder erkennbare rote Linie sozialdemokratischer Politik, zunächst alle anderen Mittel vor den militärischen ausschöpfen zu wollen. Dass die USA drängten, war offenkundig. Und dass die Bundesregierung Bündnistreue demonstrieren wollte, ebenso. An dieser Stelle kann man deshalb besser von den letzten Überzeugten sozialdemokratischer Sicherheitspolitik sprechen, die bis in die Mitte der neunziger Jahre Geltung hatte.

---

<sup>840</sup> Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

<sup>841</sup> ebd.

<sup>842</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 297.

Die Opposition stimmte gegen den Bundeskanzler, womit dieser Unionsparteien und Liberale in die Situation manövrierte, auch gegen den Antiterrorereinsatz der Bundeswehr votiert zu haben.<sup>843</sup> Schröder hatte durch Anwendung der schärfsten parlamentarischen Disziplinierungsmaßnahme die gesamte Koalition auf seinen außenpolitischen Kurs gezwungen.

Das erstmalige Verbinden einer Sachfrage mit der Vertrauensfrage bedarf jedoch einer kritischen Würdigung. Denn Schröder war nicht auf die Mehrheit der rot-grünen Abgeordneten angewiesen, schließlich hatte die Opposition einer Entsendung der Bundeswehr schon vorab die Zustimmung erteilt. Schröder hatte offenbar Respekt vor der Situation, im Ausland als Kanzler ohne eigene Mehrheit im Kampf gegen den Terror da zu stehen. Denn eine eigene Mehrheit für den Antrag der Bundesregierung war für den Fortbestand der Koalition „nicht zwingend“.<sup>844</sup> Schröders ungewohnt nervöses Handeln nach der Bundestagsentscheidung lässt seine Fokussierung auf den wichtigsten Verbündeten erkennen: „Kurz nach der Abstimmung griff (...) Schröder (...) zum Telefonhörer (...) und erkundigte sich drängend, ob die amerikanische Administration überhaupt wisse, durch welches parlamentarische Feuer er gerade gegangen sei. Der Kanzler wurde den Verdacht nicht los, dass Bush den Einsatz des Bundeskanzlers für die uneingeschränkte Solidarität überhaupt nicht zu schätzen wisse.“<sup>845</sup>

---

<sup>843</sup> Vgl. Baring, Arnulf und Gregor Schöllgen: Kanzler-Krisen-Koalitionen, Berlin 2002, S. 302f.

<sup>844</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 299.

<sup>845</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 300.

#### 5.4.5 Parteitag in Nürnberg 2001

Der Bundesparteitag in Nürnberg fand unter dem Einfluss einer fundamentalen sicherheitspolitischen Richtungsentscheidung statt. Zwei Monate nach den Anschlägen des 11. September und zweieinhalb Jahre nach dem Kosovo-Einsatz der Bundeswehr stand die stärkere Beteiligung Deutschlands an militärischen Einsätzen nun wieder auf der Tagesordnung eines Parteitages.

Der Leitantrag A1 „Globalisierung menschlich gestalten“ dokumentierte die sozialdemokratische Antwort auf die neuen Herausforderungen. Demnach sollte es – und hier wird erneut der rote Faden erkennbar – kein Primat für militärische Operationen geben. Vielmehr sollte der Entwicklungspolitik durch „Konfliktprävention und Deeskalation von Konflikten, der menschlichen Gestaltung von Globalisierung, Überwindung der Armut als Schlüsselaufgabe, der nachhaltigen Umweltpolitik und der Achtung der Menschenrechte“ eine Schlüsselrolle im Feld der Außenpolitik zukommen.<sup>846</sup>

Einige Debattenredner forderten zwar eine differenziertere Haltung, als sie der Kanzler hatte. So dürfe Solidarität nicht bedeuten, dass man sich auf Abenteuer einlasse.<sup>847</sup> Auch dürfe man sich nicht auf das Niveau der menschenverachtenden Auseinandersetzungen von Terroristen herunterziehen lassen. Doch durch den Zusatz „Risiken ja, Abenteuer nein!“ versammelte sich eine große Mehrheit des Parteitages hinter Schröder. Die Sozialdemokraten bestätigten ihn mit 88,6 % im Parteivorsitz. Die kanzlerkritische Parteilinke stand - wenn überhaupt sichtbar - auf verlorenem Posten.<sup>848</sup> Und – wenn man Christoph Schwennicke folgen möchte - sogar: „Der Widerstand war weitaus geringer, als vorher suggeriert wurde (...) Der Widerstand der Linken war stilisiert, kalkuliert und dosiert. Zum Teil war er mehr getragen von den bevorstehenden Vorstandswahlen, für die man eine Bewerbungsrede hielt, als von glaubhaften pazifistischen Überzeugungen.“<sup>849</sup>

---

<sup>846</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 18.

<sup>847</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg, S. 146.

<sup>848</sup> Baring, Arnulf und Gregor Schöllgen: Kanzler-Krisen-Koalitionen, Berlin 2002, S. 302.

Vgl. SPD-Bundestagsfraktion: Versprochen und Wort gehalten. Zwischenbilanz der rot-grünen Koalition, Berlin 2001, S. 278ff.

<sup>849</sup> Schwennicke, Christoph: Warten auf die Flut, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2002, Heft 1, S. 6.

Schröder begriff den 11. September aber auch als Chance, um Deutschlands Rolle in der Welt zu stärken: „Wenn wir da nicht mitmachen, sind wir für Jahre aus dem Spiel.“<sup>850</sup>

Und an seine Partei und die den Parteitag beobachtende Öffentlichkeit gewandt appellierte er eindringlich: „Die Bundesregierung braucht die Unterstützung des Parteitages für eine veränderte Außen- und Sicherheitspolitik Sie braucht diese Unterstützung, weil ohne die Unterstützung der eigenen Partei eine solche Politik auf Dauer nicht sinnvoll angelegt ist und auf Dauer nicht geleistet werden kann. Wir brauchen die Unterstützung der SPD aber auch, weil es eure Aufgabe sein wird, nicht nur hier auf dem Parteitag einen Beschluss zu fassen, sondern die Inhalte dieses Beschlusses in den Diskussionen, in den Ortsvereinen und in der Öffentlichkeit auch zu vertreten. Es geht mir darum, dass deutlich wird, dass (...) die notwendigen Veränderungen in der Außenpolitik nicht nur Sache derjenigen sind, die für euch, für unsere SPD in der Regierung sind, die in der Bundestagsfraktion sind, sondern dass es unsere gemeinsame Angelegenheit ist und noch mehr als in der Vergangenheit werden muss.“<sup>851</sup>

Die SPD gierte jedoch nach den Ereignissen auf dem Balkan umso mehr nach einer Bestätigung ihrer eigenen friedenspolitischen Ansprüche. Die Sozialdemokraten fanden diese Bestätigung in der eher übertriebenen Aufwertung von Friedensbewegungen und der Artikulation von Ablehnung gegenüber Kriegen, die keiner moralischen Rechtfertigung bedurften: Denn der Parteitag bekannte sich eindeutig dazu, dass Pazifisten nach wie vor eine Heimat in der SPD hätten. Und weiter lehnte es die SPD ab, dass es zwischen militärischen Interventionen und wirtschaftlichen Interessen (z.B. die Sicherung von Ölquellen) einen unmittelbaren Zusammenhang geben dürfe.<sup>852</sup>

---

<sup>850</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 476.

<sup>851</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 132.

<sup>852</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 146.

Auch kritische Töne gegenüber Bundeskanzler Schröder im Hinblick auf dessen Unterstützung der US-Außenpolitik wurden deutlich: „Und bei allen Ermahnungen von Gerhard Schröder: Die Geschichte hat uns nicht immer nur erfreuliche amerikanische Außenpolitik geliefert, sondern wir hatten vom Vietnam bis zum Irak, bis Pakistan und Afghanistan oft auch guten Grund, an der Rationalität amerikanischer Außenpolitik zu zweifeln, um das ganz vorsichtig auszudrücken.“<sup>853</sup>

Der Parteitag in Nürnberg kann als Weiterentwicklung der „neuen“ sozialdemokratischen Sicherheitspolitik betrachtet werden. Die auf Prävention und Konfliktvermeidung ausgerichtete, traditionelle Linie der SPD wurde ergänzt um eine Konkretisierung der aktiven deutschen Rolle militärischer Art in europäischer Einbettung. Eben deshalb kann man nicht schlussfolgern, dass der Parteitag Kontroversen zudeckte oder diese „teils zugeschüttet oder über Geschäftsordnungs- und Rednerlistenmanöver abgeblockt“ wurden. Solche „Manöver“ gibt es auf jedem Parteitag. Sie waren kein besonderer Umstand für den Konvent in Nürnberg.<sup>854</sup>

Der Parteitag hatte die Herausforderung des Terrorismus angenommen und ihm eine konsistente Strategie entgegen gestellt:

„Neben den politischen, polizeilichen und militärischen Maßnahmen betonte der Parteitag in der globalen Allianz gegen den Terrorismus folgende drei Arbeitsfelder:

- Die führende Rolle der „Afghanistan Support Group“
- Die aktive Entwicklungspolitik für Afghanistan unter dem Schutz der Vereinten Nationen und Mitarbeit an einer Übergangslösung zu einem Post-Taliban-Regime
- Das aktivere Eintreten für eine nachhaltige und faire Friedenslösung im Nahen Osten, um Terrornetzen die Rekrutierungschancen zu reduzieren.

---

<sup>853</sup> Ebd.

<sup>854</sup> Vgl. dazu Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 300.

Zugleich arbeitete der Parteitag im IA1 ein Programm der Krisenprävention und vorausschauenden Friedenspolitik aus, welche die friedenspolitische Eigenverantwortung der Europäer beschleunigen sollte. Darüber hinaus forderte der Parteitag die Stärkung bestehender Abrüstungsverträge, z.B. über Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen und den Atomteststoppvertrag.<sup>855</sup>

#### 5.4.6 Petersberg-Konferenz

Mit der Initiative zu einer Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg im November/Dezember 2001 zeigte die Bundesregierung erneut auch außenpolitisches Einfallsreichtum. Die Konferenz wurde zu einem diplomatischen Erfolg und ließen den Kanzler als Repräsentanten eines Deutschlands erscheinen, welches militärisch mitwirkte, die UNO stärkte und den Gemeinschaftsgedanken in der Antiterrorpolitik betonte.<sup>856</sup> Diesen Erfolg stellte auch der Jahresbericht der Partei noch einmal dar: „Die SPD-geführte Bundesregierung hat sich in ihrer internationalen Politik der größeren Verantwortung des vereinten Deutschlands in der Welt gewachsen gezeigt. Dafür stehen ihre konstruktive Rolle bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union, die Beteiligung deutscher Soldaten an Friedensmissionen innerhalb und außerhalb Europas, aber auch am Kampf gegen den internationalen Terror ebenso wie ihr politisches Engagement wie beispielsweise im Falle Afghanistans. Die Grundlage für die politische Konsolidierung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes wurde im sogenannten Bonn Agreement auf dem Petersberg vereinbart.“<sup>857</sup> Die Konferenz nah an der ehemaligen deutschen Hauptstadt Bonn hatte zweifelsohne einen starken historischen Bezug, wie auch Wolfrum urteilt: „Eine solche Konferenz einzuberufen und sie in Deutschland, zudem an einem symbolträchtigen Ort – an dem die deutsche demokratische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Oberaufsicht der Alliierten Hochkommissare begonnen hatte – abzuhalten war für den Afghanistan-Einsatz

---

<sup>855</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 19.

<sup>856</sup>Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 480.

<sup>857</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2001/02, S. 12f.



eine Angelegenheit, aus der man Legitimation schöpfen konnte. So ließ sich ein Weg beschreiben, auf dessen Wegweiser die Richtung stand: von der Friedensbewegung zur Friedenspolitik. Vor allem aber war die Entscheidung der UNO für Deutschland ein Vertrauensbeweis. Sie zeigte, dass die Bundesrepublik von den Afghanen und der UNO als fairer Mittler akzeptiert wurde.“<sup>858</sup>

#### 5.4.7 Die Konsequenzen von Nürnberg

Auch in der PV-Sitzung kurz nach dem Parteitag ist die Außen- und Sicherheitspolitik ein Thema. Schröder führte aus, dass mit der Situation im Nahen Osten sehr sensibel umgegangen werden müsse, „zu einer möglichen Ausdehnung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus auf andere Länder sei mittlerweile das Notwendige gesagt worden. Zur Lage im Nahen Osten sagt Gerhard Schröder, dass die palästinensische Führung offensichtlich jetzt erst beginne, ihre augenblickliche Aufgabe zu begreifen. Offenbar sei politischer Druck auf Arafat notwendig.“<sup>859</sup>

Franz Müntefering machte in gleicher Sitzung zwei interessante Anmerkungen vor dem Aspekt einer gründlichen außenpolitischen Positionserarbeitung:

- 1) Er reflektierte den Bundesparteitag wenige Tage zuvor und „stellt fest, dass die Begeisterung auf dem Parteitag der SPD gering war. Für einen erfolgreichen Wahlkampf sei allerdings mehr Begeisterung notwendig (...) Wichtig sei ebenfalls eine verstärkte Vertrauensarbeit innerhalb der Partei. Dazu gehöre u.a. auch die Arbeit der Internationalen Kommission.“<sup>860</sup>
- 2) Er reagierte damit auf den – wie weiter oben schon mehrfach festgestellt – in der täglichen, politischen Arbeit der SPD geringen Stellenwert von Außen- und Sicherheitspolitik. Er „berichtet, dass es bisher eine Internationale Kommission unter Vorsitz von Rudolf Scharping,

---

<sup>858</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 305.

<sup>859</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 03. Dezember 2001, S. 2.

<sup>860</sup> a.a.O., S. 6.

stellvertretend durch Gernot Erler gegeben habe. Sein Vorschlag sei nun, schnell an der Arbeit dieser Kommission anzuknüpfen und sie entsprechend den Parteitagsbeschlüssen zu ergänzen. Ergänzend dazu müsse die Debatte in der ganzen Partei geführt werden. Ende Januar/Anfang Februar solle es eine Gesprächsrunde geben, an der die Internationale Kommission, die Landes- und Bezirksvorsitzenden und evtl. deren Vertrauensleute teilnehmen könnten. Er stellt fest, dass es durchaus Nachholbedarf für diese Diskussionen gebe.“<sup>861</sup>

#### 5.4.8 Privatisierte Gewalt als neue sicherheitspolitische Herausforderung

Die Diskussion innerhalb der SPD gab aber auch den Blick frei auf eine grundsätzliche Frage, die sich nach den Terroranschlägen stellte:

Wie können Konflikte geregelt werden, die sich nicht als solche zwischen Staaten, sondern zwischen Akteuren der „privatisierten Gewalt“<sup>862</sup> abspielen?

Rudolf Scharping erklärte, dass es keine Inseln der Stabilität mehr gebe und Sicherheit weniger denn je allein nationalstaatlich gewährleistet werden könne. Deshalb brauche Deutschland Bündnisse, Partner und internationale Kooperation.<sup>863</sup> Wenige Monate vor den Anschlägen hatte Scharping deutlich gemacht, dass Prävention aussichtslos sei, wenn die politisch Verantwortlichen nicht erkennen ließen, zur Not Gewalt anwenden zu wollen.<sup>864</sup> Unterstützung erhielt er vom außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Gernot Erler: „Es geht nicht darum, eine Terrorgruppe therapeutisch zu behandeln. Das wird nie funktionieren.“<sup>865</sup>

---

<sup>861</sup> a.a.O., S. 5

<sup>862</sup> Mit „privatisierter Gewalt“ ist eine Gewalt gemeint, die staatliche Gewalt ablösen will. Privatisierte Gewalt ist organisiert, während im Gegensatz dazu private Gewalt meist von Einzelnen ausgeht. Privatisierte Gewalt bedarf außerdem einer dauerhaften Organisation. (aus: Eppler, Erhard: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a.M. 2002, S. 12f.)

<sup>863</sup> Vgl. Scharping, Rudolf: Zur Rolle einer demokratischen Armee in der Gesellschaft und im Bündnis, in: Monatshefte des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 2-3/2002, S. 70.

<sup>864</sup> Vgl. Gespräch mit Rudolf Scharping im *Vorwärts* Nr.5/2001, S.30.

<sup>865</sup> Gespräch mit Gernot Erler im *Vorwärts* Nr. 10/2001, S. 6.

Vgl. Hoffmann, Bruce: Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, S.284f.

Einige Sozialdemokraten sahen in den Anschlägen auch eine Chance: „Wir haben zum ersten Mal nach diesem Anschlag weltweit eine Zusammenarbeit von Staaten, die sich bisher politisch bekämpft haben (...). Diese große Chance halte ich für so wichtig, dass wir vieles tun müssen, um sie zu stabilisieren.“, so der Delegierte Gernot Grumbach.<sup>866</sup>

Heidi Wieczorek-Zeul forderte die Parteilinke ausdrücklich auf, in einem politischen Konzept darzulegen, wie – auch mit militärischen Mitteln – der entstaatlichten, privatisierten Gewalt entgegengetreten werden könne.<sup>867</sup>

An diesem Punkt muss dann der Frage nach einer generellen Änderung der Meinung der ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden und nun als Entwicklungshilfeministerin mit Ressortverantwortung handelnden Wieczorek-Zeul nachgegangen werden. Hatten sich sozialdemokratische Regierungsmitglieder inzwischen von ihren Positionen in der „Oppositions-SPD“ entfremdet? Die ehemalige Ministerin liefert einen spannenden Einblick in ihren Meinungsbildungsprozess: *„Meine Position bezüglich der Anwendung militärischer Gewalt hat sich tatsächlich geändert, und zwar Anfang der 2000er Jahre. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zerfall ganzer Staaten waren zahlreiche, sehr brutale innerstaatliche Auseinandersetzungen überall auf der Welt zu beobachten. Für mich war dann aber der Bürgerkrieg in Sierra Leone ausschlaggebend: Dort mordeten Terroristen auf der Jagd nach Diamanten wie im Rausch. Auch die UNAMSIL-Soldaten der UN schafften es zunächst nicht, den rivalisierenden Rebellentruppen Einhalt zu gebieten. Es war das britische Militär, das schließlich durch massives Zurückdrängen der Terroristen das Morden beendete und das Land zusammen mit UNAMSIL befriedete. In Sierra Leone erkannte ich die Notwendigkeit, in bestimmten Fällen auch robust mit Gewalt vorzugehen und dadurch die Lebenssituation vieler Menschen zu verbessern.“*<sup>868</sup>

---

<sup>866</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitag in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 153.

<sup>867</sup> a.a.O., S. 138.

Vgl. Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Globalisierung gerecht gestalten, in: Argumente 1/2005, S. 37ff.

Vgl. dazu kritisch Lafontaine, Oskar: Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien, München 2002, S. 142.

<sup>868</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

Zahme Kritik an der Anti-Terror-Politik der Bundesregierung äußerten die Jusos. Der militärische Beitrag Deutschlands im von den USA nach den Terroranschlägen besetzten Afghanistan dürfe nicht dazu führen, dass sich die USA von völkerrechtlichen Grundsätzen entfernten. Außerdem habe der Krieg im Kosovo die dortigen Probleme nicht gelöst, sondern nur verlagert.<sup>869</sup> Der Juso-Vorsitzende Niels Annen berief sich auf einen Bericht des Parteivorstandes, in welchem es hieß, dass sich die Entscheidung zur Interventionsbeteiligung im Kosovo auf ein völkerrechtliches Prinzip habe berufen können, weniger aber auf die erklärten sozialdemokratischen Ziele der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und der Stärkung der Vereinten Nationen.<sup>870</sup>

Der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel bemühte sich, den wieder einmal aufgetauchten Dissens zwischen außenpolitischem Anspruch und der harten Wirklichkeit zu illustrieren: Er kritisierte, „dass wir uns jetzt sehr schwer tun mit dem Thema Militäreinsatz und ansonsten sehr schnell in der Lage sind (...) zu beschreiben, was wir uns für die Hilfe in der Welt vorstellen.“<sup>871</sup>

Als problematisch war sicher zu bewerten, dass die Bundesregierung in ihrer nach außen gerichteten Kommunikation den Eindruck erweckte, es handele sich bei Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan um eine Art „Entwicklungshilfe in Uniform“.<sup>872</sup> Es waren eben nicht nur die Brunnenbauer oder Maurer von Schulen, die in deutschen Uniformen ihren Dienst taten. Die Einsätze bedeuteten Kampfhandlungen und damit Krieg. Doch wurde nie von Krieg gesprochen. Und noch dramatischer: „Die Soldaten befanden sich in permanenter Lebensgefahr, doch in der Heimat herrschte großenteils Desinteresse.“<sup>873</sup>

---

<sup>869</sup> a.a.O., S. 158.

<sup>870</sup> Vgl. Bericht „Der Kosovo-Krieg und seine Lehren“, in: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 824.

<sup>871</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 156.

<sup>872</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 317.

<sup>873</sup> a.a.O., S. 318.

Wie schon 1993 wagten sich auch im Jahre 2001 Florian Gerster und Walter Kolbow<sup>874</sup> weit vor. Die von ihnen acht Jahre zuvor geforderten und innerparteilich heftig umstrittenen Forderungen nach Beteiligung der Bundeswehr auch an internationalen Kampfeinsätzen waren inzwischen Realität geworden.

Gerster sprach nun aber sogar davon, dass es nicht Aufgabe eines Parteitages sei, von der Regierung getroffene Entscheidungen nachträglich zu konzessionieren. Es gehe ausschließlich darum, der Koalition mit einem positiven Votum im öffentlichen Bild Rückendeckung zu geben.<sup>875</sup>

Kolbow stellte auf den militärischen Aspekt ab: „Die Herausforderungen des Terrorismus (...) sind die Grundlagen des neuen Denkens. Nicht, weil wir Krieg und Bomben grundsätzlich als Mittel vertreten wollen, sondern weil die militärischen Möglichkeiten unabdingbar sind.“<sup>876</sup>

Mit Blick auf die Bündnisfähigkeit Deutschlands appellierte der Bundeskanzler unmissverständlich an seine Partei, ihm volle Unterstützung zu gewähren. Ohne diese könne er nicht arbeiten. Aber erneut schwang die Warnung vor einem neuen „sozialdemokratischen Wolkenkuckucksheim“ mit. Denn wer glaube, den Schutz eines Bündnisses voll in Anspruch nehmen zu können, aber keine Verpflichtungen auf sich nehmen, der erliege einem Irrglauben. Eine solche Politik ließe sich vielleicht „in dem einen oder anderen Forum beschließen“, so Schröder, eine Regierung könnte sie aber „niemals zur Leitlinie ihrer Außen- und Sicherheitspolitik“ machen.<sup>877</sup>

Schröder erhielt die geforderte Unterstützung durch den Parteitag, auch wenn vielen Delegierten nicht wohl war in dem Bewusstsein, dass die Terroranschläge noch militärische Maßnahmen nach sich ziehen könnten, von denen zum damaligen Zeitpunkt niemand sagen konnte, wie sie ausgestaltet sein würden.

---

<sup>874</sup> Walter Kolbow war Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

<sup>875</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 163.

<sup>876</sup> a.a.O., S. 167.

<sup>877</sup> a.a.O., S. 133.

Lediglich das Parteivorstandsmitglied Andrea Nahles formulierte ihre Befürchtungen auf weitergehende Militäreinsätze: „Heute geht über den Ticker, dass in den USA ernstzunehmende Debatten laufen, in die Richtung, dass der Konflikt auf den Irak ausgedehnt werden soll. Ich sage, wir müssen hier ein deutliches Signal setzen, dass wir eine solche Ausdehnung nicht für zielführend halten.“<sup>878</sup>

Die Delegierten sprachen sich in der Schlussabstimmung für einen deutschen militärischen Beitrag in Afghanistan aus, gleichzeitig aber auch für eine deutsche Führungsrolle bei der Organisation humanitärer Hilfe und der Entwicklung politischer Zukunftsperspektiven für Afghanistan.<sup>879</sup> Wie in den letzten Jahren auch schon blieb eine verbesserte Krisenprävention und die Stärkung der UNO eine bisher unerfüllte, aber immer wieder aufs Neue gestellte Forderung der Partei.

#### 5.4.9 Afghanistan und der Schlusstrich unter dem Kapitel „Mazedonien“

Die Präsidiumssitzung am 10. Dezember 2001 begann mit einer Analyse des wenige Tage zuvor durchgeführten Bundesparteitages der CDU.

Gerhard Schröder konstatierte einen erfolgreichen Parteitag der Christdemokraten, die Umfragen seien „zugunsten der Union, zu unseren Lasten“.<sup>880</sup> Mit Blick auf Afghanistan führte Schröder aus, dass nicht alle Wünsche der Vereinten Nationen erfüllbar seien, das Land erhalte nun für die nächsten 18 Monate eine Übergangsregierung – eine „Lead-Nation“ gebe es nicht.<sup>881</sup>

Die Mitteilung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, hinsichtlich der Verlängerung des Mandates für den Mazedonien-Einsatz durch

---

<sup>878</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 165.

<sup>879</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages der SPD in Nürnberg vom 19.-22. November 2001, S. 30f.

<sup>880</sup> Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

<sup>881</sup> Ebd.

den Deutschen Bundestag erfolgte ohne tiefere eingehende Einlassungen geschweige denn sich darauf beziehender Wortmeldungen.<sup>882</sup>

## 5.5 Das Regierungsprogramm und der Wahlkampf 2002

### 5.5.1 Diskussion des Programms im Parteivorstand

Der außerordentliche Parteitag der SPD zur Aufstellung eines Wahlprogramms für die kommende Legislaturperiode ein halbes Jahr später zeichnete zum großen Teil die in den vorangegangenen Jahren vollzogene Regierungspolitik nach.

Es fällt allerdings auf, dass die Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2002 einen anderen Stellenwert hatte als bei den vorherigen Bundestagswahlen. Die Programme zu den vorangegangenen Legislaturperioden vermerkten diesen Bereich zum Schluss hin, meist nur in einem Umfang von drei oder vier Seiten. Im Jahr 2002 war dies anders. Gleich zu Beginn findet man „Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt“ über sechs Seiten Länge. Selbstverständlich ist dieser Umstand dem Stellenwert geschuldet, den die Frage nach einer deutschen Beteiligung an einem Irak-Einsatz hatte.

Chronologisch spielen jedoch auch andere Aspekte eine Rolle: Seit 1998 sei Deutschland sicherheitspolitisch verstärkt gefordert gewesen, doch die SPD stehe zum Einsatz der Soldaten, wo er durch Beschlüsse der Vereinten Nationen und des Bundestages legitimiert sei. Man dürfe sich nicht seiner Verantwortung entziehen, wenn Völkermord oder die Eskalation gewaltsamer Konflikte drohten.<sup>883</sup> Eine vollständige Sicherheitspolitik läge jedoch nur dann vor, wenn

---

<sup>882</sup> Ebd.

<sup>883</sup> SPD-Parteivorstand: Programm zur Bundestagswahl 2002 „Erneuerung und Zusammenhalt“, S13f.

Prävention in den Mittelpunkt rücke, die Unteilbarkeit von Sicherheit anerkannt und auf die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg gesetzt werde.<sup>884</sup>

Und dann kommt das Bekenntnis zur einer gewandelten Außenpolitik vor einer sich wandelnden Welt mit dramatischen, neuen Herausforderungen: „Ob auf dem Balkan, bei der Neuordnung und dem Wiederaufbau in Afghanistan, bei der Lösung regionaler Konflikte oder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – seit 1998 war Deutschland auch sicherheitspolitisch verstärkt gefordert und ist seiner internationalen Verantwortung gerecht geworden. Und zwar so, wie es unserem Selbstverständnis entspricht und wie unsere Partner und die Staatengemeinschaft es von uns erwarten können (...) Wir sind ein normales europäisches Land geworden.“<sup>885</sup>

Für die Bundeswehr legte die Partei eine neue Organisationsplanung mittels eines Standort- und Stationierungskonzeptes sowie die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht fest. Moderne Management-Grundsätze sollten Einzug in die Streitkräfte halten und diesen finanzielle Planungssicherheit geben. Das alte Autarkiedenken gehöre der Vergangenheit an, eine enge Kooperation mit der Wirtschaft sei geboten.<sup>886</sup> Die Wehrpflicht als Kernelement sicherheitspolitischer Vorsorge sollte im Zusammenspiel mit präventiver Politik, zivilem Einsatz und der Bekämpfung von Konfliktursachen Bestandteil sozialdemokratischer Sicherheitspolitik bleiben.<sup>887</sup>

Die neue Rolle der Bundeswehr wurde im Regierungsprogramm ganz ausdrücklich betont: „Eine umfassende und wirksame Friedenspolitik benötigt auch die Verfügbarkeit leistungsfähiger militärischer Fähigkeiten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Beitrag der Bundeswehr zu einer solchen Politik der Friedenssicherung noch wichtiger geworden. Deutschland ist gefordert, wenn Vereinte Nationen, NATO, EU und OSZE sich zur Abwehr von Gefahren und zur Sicherung des Friedens engagieren und wird seine internationalen

---

<sup>884</sup> Ebd.

<sup>885</sup> Ebd.

<sup>886</sup> Mantzke, Martin: Der Weizsäcker-Bericht zur Reform der Bundeswehr, in: Internationale Politik, Nr. 10/2000, S. 119.

<sup>887</sup> Gespräch mit Rudolf Scharping im *Vorwärts* Nr. 1/2001, S. 14f.

Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000, Berlin 2001, S. 133.



Verpflichtungen erfüllen. Dabei müssen unsere nationalen Interessen und Fähigkeiten beachtet werden.“<sup>888</sup>

Auffallend war die weitgehende Kritiklosigkeit in der Partei. Die SPD erweckte den Eindruck, als ordne sie sich dem Bundeskanzler ohne Protest und (wenn auch nur gelegentlicher) Opposition auf Parteitag unter.<sup>889</sup>

Der SPD-Parteivorstand beriet das Wahlprogramm im April 2002. Dessen Inhalt verteidigte die veränderte Außenpolitik und kündigte weitere Anstrengungen an: „Deutschlands Rolle in der Welt hat sich verändert. Unsere Stimme hat an Gewicht gewonnen. Unser Rat und unsere Hilfe sind gefragt. Die Staatengemeinschaft zählt auf Deutschland, und sie kann sich auf Deutschland verlassen. Dazu haben wir mit unserer Politik entscheidend beigetragen (...) Ob auf dem Balkan, bei der Neuordnung und dem Wiederaufbau in Afghanistan, bei der Lösung regionaler Konflikte oder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – seit 1998 war Deutschland auch sicherheitspolitisch verstärkt gefordert und ist seiner internationalen Verantwortung gerecht geworden (...) Wir stehen zum Einsatz unserer Soldaten international, wo er durch Beschluss der Vereinten Nationen legitimiert und den Soldaten gegenüber verantwortbar ist. Man darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen, wenn Völkermord oder die Eskalation gewaltsamer Konflikte drohen oder geschehen (...) Die Vereinten Nationen zu stärken und ihnen durch mehr Rechte und eine innere Reform bessere und erweiterte Arbeitsmöglichkeiten zu geben, bleibt deshalb unser Ziel. Deutschland ist bereit, sich in den Vereinten Nationen noch stärker zu engagieren (...) Wir werden die Reform der Bundeswehr weiterführen. Sie

- richtet die Bundeswehr auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aus,
- passt die Organisation der Bundeswehr den neuen Anforderungen an und investiert zielgerichtet in Menschen und Ausrüstungen,
- beseitigt Ungleichgewichte in Personalstruktur und Besoldung,
- setzt auf moderne Management-Grundsätze (...)

---

<sup>888</sup> SPD-Parteivorstand: Programm zur Bundestagswahl 2002 „Erneuerung und Zusammenhalt“, S.14.

<sup>889</sup> Vgl. Walter, Franz: Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004, S. 93.

Die allgemeine Wehrpflicht und die große Zahl von Zeitsoldaten, die nur für eine begrenzte Frist Dienst in den Streitkräften leisten (...) stellen sicher, dass die Bundeswehr künftig fest in der Gesellschaft verankert bleibt. Deshalb bleibt es bei der Wehrpflicht.<sup>890</sup>

Die heutige Aufgabe Deutschlands bestehe in der Prävention von Konflikten und der Eindämmung von Gewalt. Das Ziel einer Stärkung der UNO blieb ebenso bestehen wie die Bereitschaft der Deutschen, sich noch stärker in den Vereinten Nationen zu engagieren.<sup>891</sup> Deutschland werde sich zur Sicherung des Friedens unter Beachtung seiner nationalen Interessen und militärischen Fähigkeiten weiter einsetzen. Die Stärkung des Rechts sollte durch stärkere Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes erfolgen.<sup>892</sup>

Über diesen Entwurf des Regierungsprogramms diskutierte die Parteispitze in einer dreistündigen Sitzung am Abend des 23. April intensiv und lebhaft:

Die Formulierung, dass Deutschland ein „normales Land“ sei, betrachteten einige PV-Mitglieder als überflüssig. Wolfgang Clement schlug schriftlich vor, das Normale durch das Selbstverständliche zu ersetzen („Wir sind ein selbstverständlicher Teil der Staatengemeinschaft geworden.“)<sup>893</sup> Der Vorschlag einer Formulierung, Deutschland sei „ein normales europäisches Land“ geworden, wurde jedoch mit Unterstützung des Bundeskanzlers angenommen.<sup>894</sup>

Heide Simonis schlug im Zusammenhang mit den internationalen Einsätzen die Diskussion um ein Entsendegesetz und deren Verschriftlichung im Regierungsprogramm vor. Gerhard Schröder „stellt klar, dass er der Meinung sei, dass ein Entsendegesetz nötig sei. Allerdings müsse dies nicht im Entwurf des Regierungsprogramms Erwähnung finden. Das Ergebnis einer kurzen Debatte, an der sich Hermann Scheer, Barbara Hendricks, Sigmar Gabriel sowie Ulla

---

<sup>890</sup> SPD-Parteivorstand: Entwurf des Regierungsprogramms 2002-2006 als Beschlussvorlage für die Sitzung des Parteivorstandes am 23. April 2002, S. 20ff.

<sup>891</sup> Vgl. dazu Party of European Socialists (Hg.): Europe 2004. Changing the future, Brussels 2004 ( “Europe and the world are faced with crucial commitments over the coming years. (...) Reforming the system of global governance and of the united nations.” )

<sup>892</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Erneuerung und Zusammenhalt. Regierungsprogramm 2002 – 2006, S. 13ff.

<sup>893</sup> SPD-Parteivorstand: Änderungsanträge zum Entwurf des Regierungsprogramms (Tischvorlage am 23. April 2002).

<sup>894</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 23. April 2002, S. 4

Burchardt beteiligen, ist, dass der Parteivorstand auf die Aufnahme dieses Ziels in das Regierungsprogramm verzichtet.“<sup>895</sup>

Ein zentraler Aspekt fand sich im Programmentwurf dagegen nicht wieder und wurde sofort debattiert: Offenbar haben die bisherigen Autoren des Regierungsprogramms einen bedeutenden Begriff aus der sozialdemokratischen Wertehierarchie nicht berücksichtigt: Menschenrechte. Dies fällt bei der Lektüre dem Chef des Bundeskanzleramtes, Frank-Walter Steinmeier, auf. Er weist schriftlich in einer Randnotiz darauf hin: „S. 22 2. Abs., Ergänzung: Frieden und die weltweite Achtung der Menschenrechte sind unser Ziel. Hinweis: Der Begriff Menschenrechte käme sonst nicht vor.“<sup>896</sup>

Auch Herta Däubler-Gmelin fand eine Textstelle, die unter Berücksichtigung der bisherigen Beschlusslage der Partei Eingang finden sollte. Die SPD hatte es sich seit Beginn der neunziger Jahre (wie oben gezeigt) zur unumstößlichen Regel gemacht, dass die Stärke des Rechts in Konflikten Maßstab allen Handelns sein sollte. So formulierte die Bundesjustizministerin dann: „Wir haben uns seit jeher für die Stärkung des Rechts weltweit eingesetzt. Wir haben das Zustandekommen des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs unterstützt und unterstützen seine Arbeit. Es geht darum, das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts abzulösen.“<sup>897</sup>

Interessant ist die harte Formulierung bezüglich der Beibehaltung der Wehrpflicht. Auch SPD-intern kam es in der jüngeren Vergangenheit zu heftigen Debatten über die Beibehaltung dieser staatsbürgerlichen Verpflichtung. In der Sitzung des Parteivorstandes machte der Bundeskanzler unverhohlen deutlich, dass die oben erwähnte, harte Formulierung nicht zuletzt einer wahltaktischen Überlegung geschuldet ist: „Uli Maurer macht einen Änderungsvorschlag zur Abschaffung der Wehrpflicht. Gerhard Schröder bittet darum, keine Aufweichungen zum Thema Wehrpflicht zu beschließen. Dies würde sich eindeutig gegen den Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping richten, den

---

<sup>895</sup> Ebd.

<sup>896</sup> SPD-Parteivorstand: Änderungsanträge zum Entwurf des Regierungsprogramms (Tischvorlage am 23. April 2002). Im Entwurf findet sich die Formulierung auf S. 22, in der abschließenden Fassung auf S. 14 des Programms.

<sup>897</sup> Ebd.

er bei dieser Diskussion unterstütze. Der Änderungsvorschlag von Uli Maurer wird abgelehnt.“<sup>898</sup>

In seinen Erinnerungen führte Schröder konkret aus, weshalb er die Forderungen nach einer Abschaffung der Wehrpflicht als falsch betrachtete: „Dass die Bundeswehr so weitgehend in die Gesellschaft integriert ist, hat mit ihrer Verankerung zu tun, die wesentlich durch die Wehrpflicht geprägt ist. Rudolf Scharping hatte also meine volle Unterstützung, als er sich nicht von der vor allem von der FDP und den Grünen getragenen Debatte um die Wehrpflicht beirren ließ.“<sup>899</sup>

### 5.5.2 Scharpings Entlassung als Bundesverteidigungsminister

Scharping hatte zu diesem Zeitpunkt schon erheblich an Ansehen und Bedeutung innerhalb der SPD eingebüßt. Der dramatische Ansehensverlust hatte im Sommer 2001 mit einer Homestory, die in der Wochenzeitschrift „Bunte“ erschienen war, an Fahrt aufgenommen. In Schröders Umfeld wurde dies auch so wahrgenommen.<sup>900</sup> Scharping hatte zusammen mit Kristina Gräfin Pilati einen Mallorca-Urlaub angetreten und Fotos von sich im Pool des Ferienanwesens zur Veröffentlichung freigegeben. Der Eindruck einer leichtlebigen Erholung fiel zusammen mit dem Einsatzbeginn deutscher Soldaten in Mazedonien.

Es lag hier keine justiziable Fragestellung vor, sondern eine Frage der politischen Wirksamkeit und des guten Geschmacks. Die Berichterstattung sollte der Startschuss sein für eine beispiellose Jagd der Medien auf ein offenbar schon zuvor angezähltes Mitglied der Bundesregierung. Bisher hatte Gerhard Schröder an Scharping festgehalten, nicht zuletzt wegen dessen Verdiensten in Partei und Ministeramt. Als dann aber schließlich scheinbar anrühige Geschäfte mit dem Frankfurter Unternehmensberater Moritz Hunzinger ins Zentrum des Medieninteresses gerieten, wurde die Affäre auch für den Bundeskanzler gefährlich.

---

<sup>898</sup> Ebd.

<sup>899</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 294.

<sup>900</sup> Vgl. Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

Aber auch verteidigungspolitisch agierte Scharping zu dieser Zeit ungeschickt: „Politisch hoch umstritten waren die Beschaffung und Finanzierung von 73 Airbus-Militärtransportern des Typs A 400M. Der bereits angeschlagene Verteidigungsminister legte sich mit der Opposition und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses an; auch die veröffentlichte Meinung schoss sich auf ihn ein.“<sup>901</sup>

Lässt man diese Vordergründe einmal beiseite, dann treten noch andere Gründe zutage, die aus Sicht Schröders den alten Rivalen Scharping aus dem Weg räumen konnten: Scharping dachte schon während eines Truppenbesuchs auf Sardinien 1999 laut darüber nach, Schröder bald als Kanzler in einer Großen Koalition beerben zu können: „Wenn das Verhältnis zwischen ihm und Schröder trotz anderslautender öffentlicher Bekundungen nicht bereits zuvor schlecht bis zerrüttet war, so konnte von jetzt ab kein Zweifel mehr bestehen: Rudolf Scharping stand ganz oben auf der Abschussliste.“<sup>902</sup>

Zwei Monate vor der Bundestagswahl, am 18. Juli 2002, schlug der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten nach Art. 64 Abs. 1 GG vor, Rudolf Scharping aus dem Amt als Bundesminister zu entlassen. Schröder blieb politisch keine andere Wahl, da Scharping den Vorschlag, selbst zurück zu treten, „ablehnt, weil ein Rücktritt in seinen Augen einem Schuldeingeständnis gleichgekommen wäre, und den Kanzler seinerseits auf die im Grundgesetz vorgesehene Möglichkeit einer Entlassung verweist.“<sup>903</sup>

Die BILD-Zeitung titelte am nächsten Morgen in einem zynischen Wortspiel „Kanzler bombt Scharping weg!“<sup>904</sup>

An diesem Punkt endete die politische Laufbahn Scharpings. Auch wenn er noch bis zur regulären Neuwahl auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag stellvertretender Parteivorsitzender blieb, so war Scharping ab diesem Zeitpunkt doch ohne Einfluss auf bundespolitische oder parteipolitische Entscheidungen.

---

<sup>901</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 313.

<sup>902</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 108.

<sup>903</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 630.

<sup>904</sup> Bild-Zeitung vom 19. Juli 2001.

Schröder beurteilte Scharpings Amtszeit als Verteidigungsminister rückblickend durchweg positiv, denn dieser habe Anteil daran, „dass meine Kanzlerschaft und damit die Rückgewinnung der Regierungsmacht für die deutschen Sozialdemokraten nicht zur Episode wurde. Er war mir als damaliger Verteidigungsminister unentbehrlich, als es darum ging, außenpolitische Verantwortung zu übernehmen und mit den Bündnispartnern im Kosovo zu intervenieren. Dass es ihm gelang, dies auch gegenüber einer zweifelnden Fraktion und Koalition durchzusetzen, ist unter anderem seiner sehr rationalen, sachlichen Haltung zu verdanken.“<sup>905</sup>

Trotzdem stand sich Scharping selbst im Weg. Sein Umgang mit dem Kosovo-Konflikt war zwar professionell und souverän. Andere Herausforderungen ging er dafür umso unprofessioneller an. Der SPIEGEL zitierte einen General mit den Worten: „Im Kosovo munitionieren die Jungs gerade bei 33 Grad schwitzend ihre Panzer und Gewehre auf (...) und dann sehen sie, wie ihr Oberbefehlshaber im Pool mit der Geliebten schäkert.“<sup>906</sup> Ein äußerst irritierendes Bild von Scharping war entstanden. Sein – oft dokumentierter - Rückzug zu sich selbst, seine Uneinsichtigkeit und letztlich die alte Rivalität zu Schröder läuteten sein politisches Ende ein.

Die Position des Schröder-Biographen Schöllgen wird deshalb an dieser Stelle unterstützt: Am 18. Juli 2002 endete die Karriere eines „Berufspolitikers, der mit zeitweilig beträchtlichem Erfolg Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Bund und Verteidigungsminister gewesen ist und sich kurzzeitig auch begründete Hoffnung auf das Kanzleramt machen konnte (...) Jetzt ist es ein Befreiungsschlag, zu dem es keine Alternative gibt.“<sup>907</sup>

Die Einschätzung Wolfrums, dass Scharping „weniger politisch als vielmehr an sich selbst“ scheiterte, ergänzt die Beurteilung.<sup>908</sup> Der langjährige Spiegel-Redakteur Leinemann urteilt undifferenzierter, aber nicht weniger folgerichtig: „Es gehörte zu den ebenso bizarren wie bedrückenden Erfahrungen der an

---

<sup>905</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 294.

<sup>906</sup> Der Spiegel Nr. 35/2001, S. 24.

<sup>907</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 630f.

<sup>908</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 313.

Peinlichkeiten reichen Scharping-Talfahrt, wie lange und mit welcher Konsequenz sich ein Spitzenpolitiker (...) von der Realität isolieren und im Amt halten konnte.“<sup>909</sup>

Scharpings Nachfolger wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Peter Struck. Den beschreibt der Kanzler als den zum damaligen Zeitpunkt geeignetsten Anwärter für dieses Amt.<sup>910</sup> Dieser Entscheidung vorausgegangen waren intensive Beratungen des Kanzlers, u.a. mit Franz Müntefering und Struck selbst. Große Auswahlmöglichkeiten aus Personen, die sich für dieses Amt ihrer politischen Qualifikation nach anboten, hatte Schröder nicht.<sup>911</sup> Entgegen der zum damaligen Zeitpunkt gängigen Medienhaltung, Struck habe dieses Amt nur widerwillig übernommen, blickte er selbst wie folgt zurück: *„Nein, das stimmt nicht. Als ich im Juli 2002 nach Rudolf Scharpings Rücktritt Verteidigungsminister wurde, war ich allerdings darauf nicht eingestellt. Das ist angesichts der Umstände ja auch kein Wunder gewesen. Ich selbst habe dieses Amt sehr gerne ausgeübt. Die drei Jahre als Verteidigungsminister waren wohl die schönste Zeit meiner politischen Laufbahn.“*<sup>912</sup>

---

<sup>909</sup> Leinemann, Jürgen: Höhenrausch, S. 372f.

<sup>910</sup> Vgl. Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 438.

<sup>911</sup> Vgl. STERN Nr. 37/2001, S. 39.

<sup>912</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

## 5.6 Die Irak-Politik der SPD

### 5.6.1 Nur eine wahltaktische Chance?

Obwohl der Kosovo-Konflikt und die Anschläge des 11. September 2001 eine vollkommen neue Sicherheitslage sowie veränderte Ansprüche an die deutsche Außenpolitik gestellt hatten, spielte die Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf die Vergangenheit im anlaufenden Bundestagswahlkampf zunächst eine untergeordnete Rolle. Das beherrschende Thema war – wie schon 1994 und 1998 – die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit.

Doch während der heißen Wahlkampfphase spitzte die SPD-Führung ein außenpolitisches Thema besonders heftig zu: Bundeskanzler Schröder nutzte den drohenden Krieg der USA gegen den Irak, um Deutschland als Vorreiter für die friedliche Beilegung von Konflikten erscheinen zu lassen. Deshalb sprach er sich während des Bundestagswahlkampfes ausdrücklich gegen eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr an einem Einsatz im Irak aus.

In einer Sitzung des Parteivorstandes im März 2002, die der Vorbereitung einer Beschlussfassung des Regierungsprogramms diene, diskutierten die Mitglieder auch die Haltung in der Irak-Frage: „Gerhard Schröder teilt den Mitgliedern des Parteivorstandes mit, dass sämtliche in Afghanistan stattfindenden Aktionen deutscher Soldaten im Rahmen des Beschlusses des Bundestages stattfinden. Es sei von vornherein klar gewesen, dass für den Einsatz bereitgestellte Soldaten auch eingesetzt würden. Gerhard Schröder rät den Mitgliedern des Parteivorstandes, nicht über weitere Einsätze in anderen Ländern zu spekulieren.“<sup>913</sup>

Kurz zuvor hatte Schröder vor Intellektuellen im Kanzleramt noch von der Möglichkeit eines Irak-Krieges gesprochen, wenn denn eine Mandatierung durch die Vereinten Nationen vorliege.<sup>914</sup> Offenbar ließen ihn sowohl das die Verbündeten ignorierende Verhalten der US-Administration als auch die Aussicht

---

<sup>913</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 04. März 2002, S. 2f.

<sup>914</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 407.



auf ein attraktives Leitthema für den Bundestagswahlkampf 2002 seine Meinung komplett ändern.

Schröders Schwenk innenpolitisch auf verbesserte Wahlaussichten zu reduzieren würde jedoch zu kurz greifen und wird der Thematik nicht gerecht. Für den Kanzler war es – nach dem Kosovo-Konflikt und dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – seiner Partei gegenüber schlicht nicht vermittelbar, in einen dritten Krieg zu ziehen.<sup>915</sup>

Trotzdem schloss sich eine Diskussion darüber an: „Andrea Nahles ist der Meinung, dass es noch Defizite bei der Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes gebe. Es habe wegen dieser Auseinandersetzung viele Parteiaustritte gegeben. In jedem Falle stünde sie einem Einsatz im Irak ablehnend gegenüber (...) Uli Maurer ist der Meinung, dass Gerhard Schröder in seinem letzten Interview zur Außenpolitik der Bundesregierung alles Notwendige gesagt habe. Er kritisiert allerdings, dass die Irak-Debatte ständig von außen in die Diskussion gebracht werde (...) Christoph Zöpel erinnert daran, dass die Aktion Enduring Freedom von den USA kommandiert werde. Auch er wolle keinen Einsatz im Irak. Dennoch sei er der Meinung, dass der Druck auf Saddam Hussein erhöht werden müsse. Der Irak besitze schließlich B- und C-Waffen.“<sup>916</sup>

Sigrid Skarpelis-Sperk blickt zwar zufrieden auf das damalige Handeln des Bundeskanzlers zurück, hebt allerdings die eigene, kritische Rolle hervor: *„Ich erinnere mich sehr genau an die entscheidende Sitzung des Parteivorstandes. Schröder erklärte, die Frage einer deutschen Beteiligung im Irak sei Sache der Regierung. Ich habe ihn dann mehrfach darauf hingewiesen, dass der Parlamentsvorbehalt nach wie vor Gültigkeit habe. Also: Wir halten uns eine Parlamentsarmee, kein Regierungsheer. Diese Auseinandersetzung hat mir sicher ein Stück weit meine Karriere versaut. Aber es war richtig. Und seine Haltung wurde durch diese Auseinandersetzung beeinflusst. Sicherlich war sein Nein zur*

---

<sup>915</sup> Vgl. a.a.O., S. 411.

<sup>916</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 04. März 2002, S. 4ff. Im Verlauf dieser Sitzung gibt es eine kurze Auseinandersetzung zwischen dem Generalsekretär und der Schatzmeisterin bezüglich des Austragungsortes für den Bundesparteitag 2003. Müntefering schlägt Düsseldorf vor. Wettig-Danielmeier „kritisiert die frühzeitige Festlegung auf Düsseldorf (...) Sobald eine derartige Entscheidung bekannt würde, würden am Ort die Preise steigen.“ Der PV beschließt deshalb lediglich, dass der Parteitag in NRW stattfinden soll.

*deutschen Beteiligung auch eine innenpolitische Entscheidung, in Sichtweite zur nächsten Bundestagswahl. Aber Schröder blieb in dieser Frage fest. Auch unter dem Druck der USA. Das war bewundernswert. Deshalb: Mit Blick auf den Irak kann Gerhard Schröder als Friedenskanzler betrachtet werden, ja.*<sup>917</sup>

Offiziell vollzog Schröder den Schwenk in der Positionierung zur Irak-Politik der USA während der Veranstaltung zum Wahlkampfauftakt der SPD am 5. August 2002 in Hannover. Dort führte Schröder die Metapher vom „deutschen Weg“ ein: Für Abenteuer stehe man nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie sei endgültig zu Ende.<sup>918</sup> Sicher war „der deutsche Weg“ eine Formulierung, die an die Wurzeln deutscher Empfindsamkeit ging: Deutschland verließ wieder einmal eine Allianz, die vielen Deutschen als fremd und unangenehm erschien. Und der Kanzler konnte darauf aufbauend seinen Wahlkampf strukturieren: „Gegen die internationalen Spekulanten, gegen die Amerikanisierung der Arbeitswelt und gegen einen Krieg im Irak. Schröder wollte Klartext. Der Gegner sollte als Kapitalistenknecht und Kriegstreiber erscheinen, und der eigenen Klientel sollte eingepfift werden, dass es nicht nur um eine Richtungswahl, sondern um eine Schicksalswahl gehe. Erwünschter Effekt dieser Zuspitzung war ein Ablenken von den hohen Arbeitslosenzahlen und der Misere im Staatshaushalt.“<sup>919</sup>

Kritisch anmerken lässt sich allerdings, dass Schröder eine außenpolitisch existenziell wichtige Frage innenpolitisch instrumentalisierte. Damit hat er sicher kein diplomatisches Geschick walten lassen. Es war ein Stück weit „schlechter Stil“.<sup>920</sup> Im Ergebnis jedoch eine richtige Politik, die auch die Parteilinke vollends unterstützen konnte und die Skarpelis-Sperk noch heute argumentativ verteidigt: *„Schröder hat damals geschickt aus außenpolitischer Rason eine innenpolitische Funktion abgeleitet. Der Vorwurf der bloßen Wahltaktik trägt aber nicht: Wahlkampf und das Überzeugen der Wählerschaft mit klaren Positionen gehört nun einmal zu unserem parlamentarischen Regierungssystem dazu.*<sup>921</sup>

---

<sup>917</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>918</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 413.

<sup>919</sup> a.a.O., S. 416.

<sup>920</sup> Vgl. Höll, Susanne, in: Vorwärts extra, S. 113.

<sup>921</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

Auch Heidi Wiecek-Zeul bekräftigt diese Position im Rückblick und fügt eine interessante Aussage des damaligen Bundeskanzlers hinzu: *„Die Bundestagswahl 2002 war ein Votum der Bevölkerung zu diesem Thema. Ohne dieses Votum wären wir in diesen Krieg hineingezogen worden. Ich bin nach wie vor froh, dass wir damals klar Haltung gezeigt haben. Schröder sagte mir gegenüber allerdings auch, dass er zurücktreten müsse, wenn Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden würden. Ich war erstaunt, dass er es mir gesagt hatte, und sonst niemand.“*<sup>922</sup>

Der neue Verteidigungsminister Peter Struck erklärte sodann im Wahlkampf: *„Das entscheidende Kriterium ist für mich: Welche Auswirkungen hätte eine militärische Beteiligung Deutschlands auf das Leben unserer Soldaten? Es wäre ein Abenteuer, für das wir nicht zur Verfügung stehen.“*<sup>923</sup> Viele seiner Amtskollegen dächten wie er und die deutsche Bundesregierung, hätten jedoch nicht den Mut, dies gegenüber den Vereinigten Staaten zu artikulieren. Struck hielt ihnen *„Scheinheiligkeit* vor, denn offiziell folgten sie kritiklos den amerikanischen Vorgaben, doch in Vieraugengesprächen gestanden sie, was sie tatsächlich von den US-Plänen hielten.“<sup>924</sup>

Struck bekräftigte auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt als Verteidigungsminister die seiner Meinung nach richtige Entscheidung: *„Gerhard Schröder hat uns davor bewahrt, an einem Krieg teilzunehmen, der ohne völkerrechtliche Grundlage und auf Basis falscher Tatsachenbehauptungen vom Zaun gebrochen wurde und viele Opfer auf beiden Seiten gefordert hat. Die Amerikaner haben damals schon massiven Druck aufgebaut, ich selbst bin mehrfach mit meinem damaligen Amtskollegen Donald Rumsfeld aneinandergeraten. Es war richtig, dass wir damals gestanden haben.“*<sup>925</sup>

---

<sup>922</sup> Heidemarie Wiecek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>923</sup> Gespräch mit Peter Struck im *Vorwärts* Nr. 9/2002.

<sup>924</sup> Wolfrum, Edgar: *Rot-Grün an der Macht*, S. 424.

<sup>925</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

Unterstrichen wird diese Aussage durch Schröder in einem Spiegel-Interview, in dem er nach seiner Kanzlerschaft davon sprach, „dass jede sachlich begründete Kritik an Amerika als Antiamerikanismus diffamiert wird.“<sup>926</sup> Für Kurt Beck bewies Schröder Mut: *„Sein Nein zur sogenannten „Koalition der Willigen“ war eine tiefe Prägung für die deutsche Außenpolitik und zeigte: Wir rennen nicht allem hinterher! Das zeugt von moralischer Kraft. Zumal diese „Koalition der Willigen“ überhaupt keine Strategie zur Befriedung des Landes entwickelt hatte. Also eine große Leistung Schröders.“*<sup>927</sup>

Neben der Flutkatastrophe in den neuen Ländern konnte die SPD mit dieser auf Erhaltung des Friedens zielenden Politik einen großen Teil ihrer Anhängerschaft mobilisieren. Laut einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen hatte die Thematisierung der Irak-Frage drei positive Effekte:

1. „lenkte die Debatte ein Stück von den ökonomischen Problemen ab
2. konnten durch eine emotionale Debattenführung die konfligierenden Interessen der gewerkschaftlichen Traditionalisten und der alternativ orientierten Linken eingebunden werden
3. wurde den Wählerschichten, die sich der Person des Bundeskanzlers emotional verbunden fühlten, ein politisch rationaler Grund geliefert, bei der SPD zu bleiben.“<sup>928</sup>

Im Jahrbuch der Partei findet sich eine ähnliche Analyse: „Während des Irak-Krieges befand sich die SPD in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb waren wir Ansprechpartnerin für breite und für uns zum Teil auch neue Bevölkerungsschichten.“<sup>929</sup>

Schröder wollte nicht als der deutsche Bundeskanzler in die Geschichte eingehen, der die deutsche Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg als erster in drei kriegerische Auseinandersetzungen geführt hatte: „Nach dem Kosovo-Krieg und dem Engagement der Bundeswehr in Afghanistan war es für den Kanzler (...)

---

<sup>926</sup> Der Spiegel Nr. 43/2006, S. 76.

<sup>927</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>928</sup> Roth, Dieter und Matthias Jung: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B49-50/2002, S. 15ff.

<sup>929</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 19.

ganz unmöglich, noch einem weiteren Krieg zuzustimmen, zumal die amerikanische Begründung nicht überzeugte. Man könnte auch so formulieren: Erst das Ja zum Krieg in Afghanistan gab der Bundesregierung die Freiheit des Neins zum Krieg gegen den Irak.“<sup>930</sup>

Der Irakkrieg hatte für den Bundeskanzler in den letzten Wochen vor der Wahl eine entscheidende Bedeutung. In einer persönlichen Notiz seiner hinsichtlich der Wahl prioritären Themen steht an erster Stelle „Internationales/Irak“, danach folgen dann erst „Flutkatastrophe/Umwelt, Haushaltskonsolidierung, Steuern, Arbeitsmarkt und Familie.“<sup>931</sup>

Der gemeinsame Kanzlerkandidat von CDU und CSU, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, wurde von Schröders Kurs in der Irak-Frage unter Druck gesetzt. Ihm blieb die Möglichkeit der Attackierung des SPD-Kurses. Dies hätte allerdings eine massive Mobilisierung der friedensliebenden und latent US-kritischen deutschen Öffentlichkeit zur Folge gehabt. Somit verlegte sich Stoiber auf die partielle Kritik an der Linie des Bundeskanzlers. Stoiber schwankte und korrigierte seine Aussagen zu einem möglichen US-Angriff und einer deutschen Beteiligung daran ein ums andere Mal: „Während Schröder immer und immer wieder nur den einen Satz bekräftigte, Deutschland werde sich auf keinen Fall an einem Militärschlag gegen den Irak beteiligen, bemühte sich Stoiber darum zu differenzieren (...).“<sup>932</sup> Dass die heiße Phase eines Bundestagswahlkampfes nicht der Zeitpunkt für eine differenzierte und emotionslose Betrachtung zentraler Sachverhalte ist, dürfte auch Stoiber gewusst haben. Den Vorwurf jedenfalls, in der Irak-Frage zu keiner eindeutigen Haltung zu finden, musste er bis zum Wahltag aushalten.

Durch die eindringlichen Töne der SPD zu den Themenkomplexen „Flut“ und „Irakkrieg“ konnte die SPD am Wahltag schließlich Anhänger mobilisieren, ohne die der Wahlabend für die Partei und deren Spitzenkandidaten Schröder vermutlich in einer Niederlage geendet hätte.<sup>933</sup>

---

<sup>930</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 425.

<sup>931</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 634.

<sup>932</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 422.

<sup>933</sup> DER SPIEGEL: Wahlsonderheft 02 vom 24.09.2002, S. 11.

### 5.6.2 Geschlossene Reihen: Die Irak-Politik der Regierung eint die SPD

In den ersten Monaten des Jahres 2003 gewann die Diskussion über einen Krieg im Irak stetig an Fahrt. Der SPD-Parteirat unterstützte die Politik der Bundesregierung ausdrücklich und hielt fest, dass ein militärisches Vorgehen aus Sicht der Parteiratsmitglieder der falsche Weg sei. Die Unionsparteien wurden aufgefordert, „endlich eine klare Position“ zu beziehen.<sup>934</sup>

Die gesamte SPD-Spitze hatte in den Monaten vor dem Einmarsch der Amerikaner im Irak den Druck auf die Führung der Unionsparteien verstärkt. CDU und CSU wurde unterstellt, den Krieg im Irak zu unterstützen und eine grundsätzlich andere Außenpolitik zu wollen.<sup>935</sup>

Der Generalsekretär der SPD, Olaf Scholz, meinte, Angela Merkel betreibe ohne Mandat der Wähler und gegen den Willen einer Mehrheit der Deutschen in Umfragen eine Politik, die auf Krieg setze, während andere am Frieden arbeiteten.<sup>936</sup> Drastischer formulierte es Gernot Erler: „Was Frau Merkel sich in Washington geleistet hat, ist unglaublich. Sie ist dem eigenen Land in den Rücken gefallen. Ihre Schleimspur ist so breit, dass die ganze angebliche Volkspartei CDU noch auf ihr ausrutschen kann.“<sup>937</sup>

Der Parteirat der SPD fasste am 20. Januar 2003 den folgenden Beschluss: „Der SPD-Parteirat ist besorgt über die Gefahr eines Krieges gegen den Irak. Er ruft dazu auf, alles Menschenmögliche zu unternehmen, die Abrüstung des Irak entsprechend den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Der SPD-Parteirat unterstützt daher einhellig die Politik der Bundesregierung, unter Ausschöpfung aller politischen und diplomatischen Mittel den Irak-Konflikt zu lösen. An einer möglichen militärischen Aktion gegen den Irak wird sich Deutschland nicht beteiligen, weil wir ein solches Vorgehen für falsch halten (...) Der SPD-Parteirat ist auch besorgt

---

<sup>934</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 16/03 vom 20.01.2003.  
(Erklärung des SPD-Parteirates zum Irak-Konflikt)

<sup>935</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 24/03 vom 24. Januar 2003.  
(Scholz: Schäuble steht alleine – Die Mehrheit der Deutschen will keinen Krieg im Irak)

<sup>936</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 69/03 vom 25.02.2003.  
(Die neue Pressesprecherin der amerikanischen Regierung: Angela Merkel)

<sup>937</sup> Erler, Gernot: Krieg im Irak? Das Nein hat gute Gründe, in: *Vorwärts* Nr. 3/2003, S. 13.

über die andauernde politische, nationale und religiöse Unterdrückung im Irak und unterstützt alle Bestrebungen, mit friedlichen Mitteln Veränderungen in Richtung auf Achtung der Menschenrechte, auf ethnischen und weltanschaulichen Pluralismus und Demokratie zu fördern. Von der Oppositionspartei CDU/CSU erwarten wir, dass sie in dieser existenziellen Frage endlich eine klare Position bezieht, die sich nicht auf Treueschwüre und Bereitschaftserklärungen zur Kriegsbeteiligung beschränkt (...) Ein Krieg gegen die irakische Führung brächte großes Leid für die Zivilbevölkerung mit sich. Zudem birgt ein militärisches Vorgehen gegen Saddam Hussein die Gefahr, dass jene große politische Allianz gegen den Terrorismus geschwächt oder gar zerstört wird, die im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus unverzichtbar ist. Ein Krieg gegen den Irak kann zu einer Radikalisierung der arabisch-moslemischen Welt führen. Dies wäre ein weiterer Rückschlag im Kampf gegen Extremismus und islamischen Terrorismus.“<sup>938</sup>

Die „Sozialistische Internationale“ schloss sich inhaltlich diesem Aufruf an und ergänzte: „Der Einsatz von Gewalt zur Aufrechterhaltung oder Durchsetzung des Friedens darf nicht auf dem einseitigen Urteil der Mächtigen, sondern muss auf der Achtung des Völkerrechts beruhen und darf nur auf Veranlassung oder zumindest mit ausdrücklicher Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erfolgen. So unvollkommen dieser auch sein mag, ist er das einzige Gremium, welches die Legitimation besitzt, Entscheidungen im Namen der internationalen Gemeinschaft zu treffen.“<sup>939</sup>

Die Opposition aus CDU/CSU und FDP sowie andere Kritiker der rot-grünen Irak-Politik argumentierten, dass das kategorische „Nein“ Deutschlands die Bemühungen um eine Eindämmung des Irak mithilfe des Aufbaus einer militärischen Drohkulisse geschwächt habe. Deutschland habe sich dadurch ins außenpolitische „Abseits“ begeben.<sup>940</sup> Mit einer differenzierten Betrachtung kommt man jedoch zu dem Ergebnis, dass bedingungslose Gefolgschaft zu

---

<sup>938</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 150f.

<sup>939</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 152.

<sup>940</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 509f.

keinem Zeitpunkt die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Washington prägte.<sup>941</sup>

### 5.6.3 Parteitag in Bochum 2003

Vor dem Hintergrund der deutschen Haltung zum Irak-Krieg stand auch der Bundesparteitag der SPD im November 2003 unter besonderen Vorzeichen.<sup>942</sup>

Zum ersten Mal seit der Übernahme von Regierungsverantwortung 1998 gab es auf einem Parteitag ungeteilten Zuspruch zur Außenpolitik der Bundesregierung.<sup>943</sup> Selbst die Parteilinke zeigte sich dort zufrieden mit der Politik des Bundeskanzlers.<sup>944</sup>

Schröder führte in seiner Grundsatzrede aus, dass die internationale Politik Deutschlands durch seine Regierung neu habe definiert werden müssen, da man sich nicht mehr auf die Teilung des Landes und damit einhergehender eingeschränkter Souveränität habe berufen können. Deutschland habe Verantwortung auf dem Balkan und im Kampf gegen den Terrorismus übernommen. Tatsächlich wog das Argument, wonach Deutschland sich bereits mit Tausenden von Soldaten in Afghanistan oder am Horn von Afrika am Anti-Terror-Feldzug beteilige, schwer.<sup>945</sup>

Doch mit Blick auf die Irak-Politik der USA scherte Schröder nun aus seinem bisher dominierenden Argumentationsmuster, welches der Bündnistreue absolute Priorität einräumte, aus: „Wir haben nicht nur Pflichten übernommen, sondern ebenso von unserem Recht Gebrauch gemacht, klar Nein zu sagen, wenn wir mit Entscheidungen unserer Freunde nicht einverstanden waren. (...) Unsere Haltung im Irakkrieg hatte nichts mit der Verweigerung von Partnerschaft und

---

<sup>941</sup> Vgl. Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B11/2004, S. 29f.

Vgl. Blumenwitz, Dieter: Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* Nr. 3/2002, S. 106.

<sup>942</sup> Inzwischen waren die USA in einer Koalition mit u.a. Großbritannien im Irak einmarschiert und fanden sich in guerillaartigen Kämpfen gegen irakische Gruppierungen wieder.

<sup>943</sup> Vgl. Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, *Wirges*, 26. Juni 2005.

<sup>944</sup> Vgl. Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

<sup>945</sup> Schöllgen, Gregor: Ein souveränes Nein, in: *Vorwärts* Nr. 10/2003, S. 38.



Freundschaft zu tun. Sie war Ausdruck des Selbstbewusstseins einer reifen Demokratie.“<sup>946</sup>

Deutlicher wird in diesem Punkt der Europaabgeordnete Josef Leinen: „Die USA müssen sich entscheiden, ob sie Partnerschaft (...) oder ob sie Patronage wollen. Letzteres wird nicht mehr gehen, denn wir sind erwachsen geworden und wollen uns in diesen Dingen nicht mehr vorschreiben lassen, was wir zu tun und zu lassen haben.“<sup>947</sup> Schon 1991 hatte der damalige SPD-Chef Engholm mit Blick auf die USA erklärt: „Freunde sind und wollen es sein – nicht Vasallen.“<sup>948</sup>

SPD-Generalsekretär Scholz ergänzte, dass die „gebetsmühlenartige“ Wiederholung von Bündnistreue zu wenig sei, wenn es um die Frage gehe, ob ein Krieg im Irak verantwortbar ist.<sup>949</sup>

#### 5.6.4 Kritik an Schröders Irak-Entscheidung

In der SPD gab es nur wenige Kritiker, die öffentlich ihre Zweifel an der Irak-Politik der Regierung äußerten. Einer davon war Hans-Ulrich Klose, der Anzeichen eines latenten Anti-Amerikanismus erkennen wollte.<sup>950</sup> Außerdem vermisste Klose eine politische Lösung. Doch muss an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, ob die USA überhaupt eine politische Lösung anstrebten. Anzeichen dafür lagen und liegen bis heute keine vor.<sup>951</sup> Der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs griff den Kanzler ebenfalls in einer Sitzung der Bundestagsfraktion an und warf diesem „kurzsichtigen Unilateralismus und massives Fehlverhalten gegenüber der UNO vor, da er gar nicht mehr auf die Berichte der Inspektoren gewartet, sondern einfach eine Entscheidung gegen den Krieg getroffen habe.

---

<sup>946</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 54.

<sup>947</sup> a.a.O., S. 241.

<sup>948</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bremen vom 28. – 31. Mai 1991, S. 175.

<sup>949</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr.73/03 vom 27.03.2003.

(Scholz: „Schäubles Äußerungen sind zynisch und unverantwortlich.“)

<sup>950</sup> Gespräch mit Hans-Ulrich Klose im *Vorwärts* Nr. 11/2001, S. 10.

<sup>951</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 423.

Deutschland habe sich ins Abseits gestellt und sei heute ohne nennenswerten politischen Einfluss.“<sup>952</sup>

Klose darf unterstellt werden, dass er nach der Entlassung Scharpings gerne das Verteidigungsressort verantwortet hätte, „weil der aber als eigensinnig gilt, lehnen ihn Steinmeier und Müntefering rundweg ab (...).“<sup>953</sup> Schröders damaliger Büroleiter fügt noch eine interessante Formulierung hinzu: „Hans-Ulrich Klose war kein Name, der je eine wirklich ernsthafte Rolle für die Nachfolge spielte.“<sup>954</sup> Spekulation wäre es an dieser Stelle, den erst wenige Monate zurückliegenden Umstand der verpassten Nominierung zum Minister mit dem jetzigen Verhalten des renommierten Außenpolitikers in Verbindung zu bringen. Klose wird im Rückblick von einem Vertreter der Parteilinken verteidigt: „*In der Fraktion habe ich damals übrigens Hans-Ulrich Klose verteidigt, der mit seiner Position dem Bundeskanzler widersprach. Meine Meinung nach gehörte eine solche Position dringend auch in die Partei.*“, so der Außenpolitiker Rolf Mützenich.<sup>955</sup>

Der von Schröder zum letzten richtigen Zeitpunkt geschasste Verteidigungsminister Scharping sparte ebenfalls nicht mit Kritik an Schröders Versuch, an latente amerikanische Gefühle zu appellieren, im Nachhinein sprach er von einer „Grenzüberschreitung“<sup>956</sup> Auch die politikwissenschaftliche Betrachtung unterzieht Schröders neue Außenpolitik teils harscher Kritik. Von einer schweren Krise im Verhältnis zu den USA war ebenso die Rede wie von der Aufgabe einer gemeinsamen kulturellen Identität in Europa (wie auch immer diese auszusehen vermag!). Deutschland sei, so die Kritiker, „nicht in der Lage seine Interessen militärisch durchzusetzen“, es lebe in einem „Reich der Träume, wohingegen die Amerikaner in der Realität lebten (...)“, außerdem sei die deutsche Außenpolitik „aus rein wahltaktischen Gründen moralisiert, eine Beteiligung an Kampfeinsätzen im Irak gar nicht gefordert gewesen (...) Hätte man außenpolitische Experten im Auswärtigen Amt gefragt, wäre dieser Fauxpas nicht passiert, (...) stattdessen habe man im Kanzleramt entschieden.“<sup>957</sup>

---

<sup>952</sup> a.a.O., S. 431.

<sup>953</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 631.

<sup>954</sup> Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

<sup>955</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>956</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 417.

<sup>957</sup> a.a.O., S. 446 ff.

Dieser Einschätzung liegen allerdings zwei Fehlannahmen zu Grunde:

- 1) Zunächst war eine weitere deutsche Beteiligung nicht gefordert. Bei Betrachtung des Einsatzverlaufs deutscher Soldaten insbesondere in Afghanistan konnte man aber schon zum Zeitpunkt des beginnenden Bundestagswahlkampfes davon ausgehen, dass sich das deutsche Engagement im Laufe der amerikanischen Kriegshandlungen ausweiten und nicht nur auf unterstützende Operationen würde beschränken lassen.
- 2) Es ist anmaßend, von einer außenpolitischen Expertise ausschließlich im Auswärtigen Amt zu sprechen. Das Spiegelreferat im Bundeskanzleramt verfügt über ebensolche Fachleute. Offenbar gerät an diesem Punkt eine latente Rivalität zwischen AA und Kanzleramt in den Fokus.

In den USA selbst sah sich Schröder allerdings dem Vorwurf ausgesetzt, das Thema Irak lediglich dazu genutzt zu haben, um Wählerstimmen abzufischen. Das Verhältnis zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten galt als „zerrüttet“. Die damalige US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice stellte fest: „Wir hatten zuletzt keine glückliche Zeit mit den Deutschen.“<sup>958</sup> Das Verhältnis zwischen Schröder und Bush blieb bis zum Ende der beiden Amtszeiten gravierend schlecht. Bush konnte sich im September 2002 noch nicht einmal zu einer persönlichen Gratulation an den deutschen Wahlsieger durchringen – ein einmaliger Vorgang.<sup>959</sup>

Sehr wahrscheinlich ist die These richtig, dass Deutschland auch in intensiven Konsultationen keinen Einfluss mehr auf die US-Regierung hätte nehmen können. Denn auch Großbritannien als engster Verbündeter schaffte es nicht, Einfluss auf George Bush zu nehmen.<sup>960</sup>

Schröder greift die Kritik der US-amerikanischen Administration in seinen Erinnerungen auf: „Das Nein Deutschlands und Frankreichs zum Eintritt in den Krieg gegen den Irak machte dann allerdings klar, was das konservative Amerika von einem eigenständigen Europa hält: nichts.“<sup>961</sup> Schröder zitierte anschließend

---

<sup>958</sup> FOCUS Wahl-Spezial vom 24.09.2002, S. 33.

<sup>959</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 445.

<sup>960</sup> a.a.O., S. 451.

<sup>961</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 332.

den Herausgeber der ZEIT, Michael Naumann, der ganz nach dem Geschmack des Altbundeskanzlers eine publizistische Gegenoffensive startete indem er darauf hinwies, „dass es Schröder gewesen sei, der mit der Entsendung deutscher Soldaten sowohl in den Kosovo als auch nach Afghanistan den immensen Paradigmenwechsel in der deutschen Politik herbeigeführt habe.“<sup>962</sup>

Erhard Eppler konterte den Vorwurf der bloßen Wahltaktik. In seinen politischen Erinnerungen beschreibt er oft als „Vordenker“ der deutschen Sozialdemokratie bezeichnete Eppler, dass Schröder schon lange vor dem Wahltermin und dem vorausgehenden Wahlkampf eine klare Entscheidung getroffen habe. Schröder habe schon im Dezember 2001, zu Epplers 75. Geburtstag, diesem gegenüber erklärt: „Wenn die Amis den Irak angreifen, sind wir nicht dabei.“<sup>963</sup>

Schröder, der es in seinen bisherigen Reden immer vermied, einzelne europäische Staaten besonders hervorzuheben, wertete nun die Beziehungen zu Frankreich auf. Fortschritte hin zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa gebe es nur dann, wenn Deutschland und Frankreich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiteten.<sup>964</sup> Auf dem Bundesparteitag in Bochum erklärte Schröder: „Unsere Politik der Krisenprävention (...) hat nur dann Gewicht, wenn wir sie vor dem Hintergrund eines starken Landes – auch eines starken Europas – vertreten. Wirkliche Fortschritte bei der europäischen Integration in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gibt es nur dann, wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen.“<sup>965</sup> Frankreich war neben Deutschland gewichtigster Kritiker am Irakkrieg der Amerikaner. Oskar Lafontaine hatte dem Kanzler in den Jahren vor der Irak-Krise vorgeworfen, keine richtige Einstellung zur französischen Politik zu finden.<sup>966</sup> Doch schon 1999 hatte Schröder auf einem Kongress der französischen Sozialisten Freiheit, Solidarität und Verantwortung als Grundlage gemeinsamer Politik bezeichnet und angefügt: „Nicht unsere Werte sind überholt, sondern wir müssen immer wieder die

---

<sup>962</sup> Ebd.

<sup>963</sup> Eppler, Erhard: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, S. 268.

<sup>964</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 53.

<sup>965</sup> Ebd.

<sup>966</sup> Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 250.

Vgl. auch Scharping, Rudolf: Deutsche Außenpolitik muss berechenbar sein, in: Internationale Politik Nr. 8/1995, S. 41f.

Instrumente überprüfen, mit denen wir unseren Werten unter radikal veränderten Bedingungen Geltung verschaffen wollen.“<sup>967</sup>

Das – bisher vertrauensvolle - Verhältnis zum britischen Premierminister Tony Blair kühlte jedoch merklich ab. Blair folgte der Linie des US-Präsidenten. Die Konsequenz war eine Distanz zwischen Blair und Schröder, die einer engen, jahrelangen Zusammenarbeit hatte weichen müssen. Schröder betonte dennoch, dass sein Verhältnis zu Blair nicht gelitten habe, sehr wohl aber „geriet Blair aus Schröders Sicht in die Rolle des goetheschen Zauberlehrlings, weil er zum Gefangenen seiner eigenen politischen Linie wurde.“<sup>968</sup>

Schröder vorzuwerfen, er habe keine große europäische Lösung angestrebt, greift ins Leere. Europa war tief gespalten in dieser Frage. So gab es kaum Hoffnung auf Einigung mit den osteuropäischen Staaten, die den USA seit dem Fall des Eisernen Vorhangs dankbar für Schutz und Sicherung ihrer Freiheiten waren. Richtig ist deshalb die Feststellung, „Polen beispielsweise hätte immer an der Seite der USA und nicht an jener Deutschlands gestanden.“<sup>969</sup>

Mit dieser außenpolitischen Linie traf Schröder genau den Nerv der Sozialdemokratie. Die Delegierten des Bochumer Parteitages sahen in der aktuellen Regierungspolitik die konsequente Fortführung einer friedenspolitischen Linie, die bei August Bebel begonnen habe und von Willy Brandt weitergeführt worden sei.

---

<sup>967</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 377/99 vom 8. November 1999.

<sup>968</sup> Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 49.

<sup>969</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 451.

### 5.6.5 Außenpolitik mit neuem Selbstbewusstsein

In einer die Debatte auf dem Bundesparteitag vorbereitenden Klausursitzung der Programmkommission „Internationale Politik“ am 12.-14. Dezember 2003 wird eine Zusammenfassung für den stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Clement angefertigt. In diesem Schriftstück findet der Leser eine wertende Verdichtung der Ergebnisse eines langen Diskussionsprozesses:

„Der vorliegende Text von Erler/Wieczorek-Zeul wurde von der Redaktionsgruppe zum zweiten Mal diskutiert. Der Text bildet die Grundlage für die weitere Arbeit im Bereich der internationalen Politik. Es besteht Einigkeit, dass die vorliegenden Texte und Positionierungen Unterschiede in Nuancen ergeben, aber keine grundsätzlich unterschiedlichen Ansätze. Das neue Programm muss - auch im internationalen Bereich - „Kanten“ haben. Von ihm muss Faszination ausgehen, die Menschen an die SPD bindet.“<sup>970</sup>

Festzustellen ist hier, dass die Führungsebene der Partei zum Ende des Jahres 2003 keinen bedeutenden, außenpolitischen Dissens in der Partei erkennen konnte. Sowohl im Parteivorstand als auch auf dem Parteitag fanden keine grundsätzlichen Diskussionen statt. Der Kosovo-Krieg und die „uneingeschränkte Solidarität“ nach dem 11. September 2001 schienen weit entfernt zu sein. Die SPD hatte sich offenkundig mit den sich aus dem internationalen Terrorismus ergebenden Konsequenzen arrangiert.

Rückblickend stellte das Referat „Internationale Grundsatzfragen, Außen- und Sicherheitspolitik, Internationale Organisationen“ fest: „Das Referat hat die zentralen Themen in der Außen- und Sicherheitspolitik aktiv begleitet und für die Partei aufgearbeitet. So waren im Berichtszeitraum vor allem die Stärkung der Friedenspolitik der SPD, des effektiven Multilateralismus und der Konfliktprävention, die Reform der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen und der Umbau der Bundeswehr thematischer Schwerpunkt. Das Angebot von Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass Deutschland bereit sei, stärkere Verantwortung in den Vereinten Nationen zu

---

<sup>970</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000043.

übernehmen, ist in die internationale Arbeit der Partei eingeflossen. So ist bei Gesprächen der Sozialistischen Internationale (SI) und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und bei bilateralen Gesprächen mit unseren Schwesterparteien diese Position auch parteiseitig vertreten worden.<sup>971</sup>

In der Zusammenfassung Clements erfolgte zusätzlich noch ein Vergleich der neu gefundenen Standpunkte mit denen aus dem bislang gültigen „Berliner Programm“: „Der Text stützt sich konzeptionell auf die Verarbeitung der problematischen sicherheitspolitischen Erfahrungen der 90er Jahre (Balkan-Kriege). Er schreibt den „sozialdemokratischen Internationalismus“ fort und gibt eine zeitgemäße Version. Im Vergleich zum „Berliner Programm“ sind insbesondere die folgenden Elemente neu:

- Entwicklungspolitik, Armutsbekämpfung, Sicherheits- und Außenpolitik und die Gestaltung der Globalisierung werden in einem kohärenten Ansatz gesehen und deshalb zusammen behandelt (...)
- Wir streben die Zivilmacht Europa an. Sie ist in der internationalen Politik ein eigenständiges Modell, das es zu stärken und auszubauen gilt. Dazu muss die europäische Handlungsfähigkeit konsequent ausgebaut werden. Die Besonderheit des europäischen Ansatzes liegt in den zivilen und sozialen Fähigkeiten, aber auch in einer neu zu schaffenden militärischen Handlungsfähigkeit.
- Das Grundprinzip ist die Prävention von Kriegen. Zur strukturellen und globalen Prävention gehören die Entwicklung von globaler Rechtsstaatlichkeit (...) Präventivkriege lehnen wir ab. Angriffskriege bleiben geächtet.
- Es besteht aber auch Einigkeit, dass bei massiven Verstößen gegen die Menschenrechte oder bei Völkermord, unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit und mit einem UN-Mandat ein militärisches Eingreifen möglich sein muss.<sup>972</sup>

---

<sup>971</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 13.

<sup>972</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000043.

Zum Ende hin enthält das Memorandum eine – aus heutiger Sicht - grobe Fehlperzeption hinsichtlich möglicher Entwicklungsformen des internationalen Terrorismus: „Es wird zu bedenken gegeben, ob der internationale Terrorismus im vorliegenden Text – unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse - überbewertet ist. In historischer Perspektive könnte sich ergeben, dass hier aktuelle Ereignisse übergewichtet sind.“<sup>973</sup> In den folgenden Jahren wird sich herausstellen, dass Terrorismus in seinen neuen Dimensionen ganz und gar nicht übergewichtet wurde. Im Gegenteil: Terrorismus als sicherheitspolitische Herausforderung erfuhr ab sofort und für die folgenden Jahre bis in die Gegenwart hinein einen zentralen Stellenwert in den Politiken westlicher Demokratien.

#### 5.6.6 Stolz auf die friedenspolitische Dividende

Die Sozialdemokraten waren stolz darauf, dass sich ihre Partei einem Krieg verweigert hatte, „der zu nichts geführt hätte.“<sup>974</sup>

Erhard Eppler: „Noch selten in der Geschichte wurde weltweit mit so viel Respekt von Deutschland gesprochen wie heute. (...) Aus dem kriegerischen Volk ohne Zivilcourage ist eines geworden, das Tapferkeit vor dem Freunde beweist, wenn es um den Frieden der anderen geht.“<sup>975</sup>

Die Bundestagsabgeordnete Petra Ernstberger dankte der Regierung für ihre selbstbewusste Haltung und fragte, was wohl passiert wäre, wenn CDU und CSU ein Jahr zuvor den Regierungswechsel geschafft hätten: „Würden wir dann nicht hier darüber diskutieren, was unsere jungen Männer und Soldaten im Irak tun? Würden wir dann nicht darüber sprechen, wie Deutschland sich als eine Besatzungsmacht gerieren würde?“<sup>976</sup> Zum ersten Mal habe eine Bundesregierung ganz offensichtlich die von Sozialdemokraten lange geforderte Konfliktprävention ins Zentrum ihres Handelns gestellt.

---

<sup>973</sup> Ebd.

<sup>974</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 105.

<sup>975</sup> Eppler, Erhard: Nein-Non-Njet, in: *Vorwärts* Nr. 4/2003, S. 6.

<sup>976</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 98.



Der weitaus größte Teil der Partei betrachtete Präventivschläge wie den der USA im Irak als mit dem Völkerrecht nicht vereinbar und als mögliche Ursache für eine Verschärfung der Irak-Krise unter Einbeziehung weiterer Länder der Region.<sup>977</sup> Wolfgang Thierse sprach davon, dass ein vorbeugender Krieg das Recht des Stärkeren durchsetze. Dies sei dann der Zustand des „permanenten Krieges“.<sup>978</sup>

Ebenso sah es Heidemarie Wiecek-Zeul: „Der Krieg war Ausdruck einer strategischen Überzeugung in den USA, die wir in aller Entschiedenheit ablehnen. (...) Notwendig ist die Prävention von Krieg, nicht aber Präventivkriege.“<sup>979</sup>

Die Entwicklungshilfeministerin nutzte gleichzeitig die in der SPD populäre Position der Regierung zum Irakkrieg, um einer politischen Aussage der Partei, die weniger sozialdemokratischen Friedenssehnsüchten entsprach, die Schärfe zu nehmen. Denn mit Blick auf die Militäreinsätze gegen das ehemalige Taliban-Regime in Afghanistan sagte sie auch: „Es gibt Situationen, in denen ein militärisches Vorgehen notwendig ist, um solchen Gewaltgruppen das Handwerk zu legen.“<sup>980</sup> Im Gegensatz zur Beschreibung ihrer Position zum Irakkrieg erhielt sie für diese Passage ihrer Rede keinen Beifall auf dem Parteitag.<sup>981</sup>

Den langjährigen nordrhein-westfälischen Minister Christoph Zöpel ließ auch auf diesem Parteitag seine Leidenschaft nicht los, Grundsätzliches zu außenpolitischen Fragestellungen zu formulieren. Wie nahezu alle Redner stützte auch er nachträglich den Kurs der Bundesregierung. Auffällig ist hierbei die

---

<sup>977</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 19/03 vom 21.01.2003.  
(Sozialistische Internationale will die Kriegsgefahr im Irak bannen und schlägt Alternativen vor.)

<sup>978</sup> Gespräch mit Wolfgang Thierse im *Vorwärts* Nr. 4/2003, S. 7.

<sup>979</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 222.

<sup>980</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 221.

<sup>981</sup> Für den Versuch, mit gemäßigten Taliban Gespräche zu beginnen, erntete der spätere SPD-Vorsitzende Beck lediglich Hohn und Spott: „Im Gespräch mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und vielen anderen afghanischen Autoritäten erfuhr ich, dass es viele, ganz unterschiedliche Gruppierungen unter den Taliban gab. Dies waren alles keine einfachen Kräfte, aber sie wiesen Differenzierung in ihrer Zerstörungswut auf. Die Gemäßigten unter ihnen zeigten Verhaltensweisen, die den Versuch von Verhandlungen lohnend erscheinen ließen. Das ist jedoch in der deutschen Innenpolitik, insbesondere durch zu Guttenberg, kaputt geredet worden. Es gab eine Chance, es zu versuchen. Aber die ist nicht genutzt worden.“ (vgl. Gespräch mit Kurt Beck am 6. Juli 2016).

Verwendung des Begriffes von „Stolz“. Mit Stolz auf das Vaterland haben sich Sozialdemokraten seit jeher schwer getan. Schon die bewusste Betonung dieser Gefühlsart durch Willy Brandt im Wahlkampf 1972 hatte zu einigen Irritationen geführt. Die offene Ansprache der Menschen, für die Nation und Nationalgefühl wichtig waren, erschien vielen Sozialdemokraten befremdlich.<sup>982</sup> Nun zeigte Zöpel „Stolz“: „Stolz kann jeder Sozialdemokrat sein, der außerhalb unseres Landes über unsere Partei und unseren Parteivorsitzenden spricht. Die historischen Beiträge der deutschen Sozialdemokratie dazu, Kriege, die zu nichts führen, zu verhindern, haben ihre Fortsetzung gefunden mit der Verweigerung, Soldaten in den Krieg zu schicken. Dadurch konnte vermieden werden, dass dort Soldaten aus Deutschland und großen Teilen Europas sein würden. Begonnen haben unsere Beiträge 1914 mit der Verweigerung der Kriegskredite. Man kann gar nicht oft genug wiederholen, welche hohe Meinung die sozialdemokratische Welt von uns hat.“<sup>983</sup>

Der Leitantrag „Internationale Politik“ wurde auf dem Parteitag im Herbst 2005 beschlossen.

In den vom Parteivorstand dokumentierten Unterlagen finden sich dazu

- a) eine Einschätzung des Büros Wolfgang Clement in Form eines Vermerkes für den Bundeswirtschaftsminister: „Der Antrag ist in enger Abstimmung mit dem Kanzleramt, dem BMVg und dem Büro Solana entstanden. Für die Lösung der Irak-Krise wird `ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept und ein politisch einheitliches Vorgehen der EU` gefordert. Die EU muss als selbständiger strategischer Partner der USA ernstgenommen werden. Dafür ist eine beschleunigte Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Fortentwicklung zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion notwendig. Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sind an die erste Stelle des Aufgabenspektrums der Bundeswehr gerückt. Die künftige Wehrstruktur und –verfassung muss diesem Aufgabenspektrum entsprechen. Zur

---

<sup>982</sup> Vgl. Müller Albrecht: Willy wählen `72. Siege kann man machen, S. 41.

<sup>983</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 105.

Wehrpflicht wird keine direkte Aussage getroffen. Für den Parteitag ist mit Anträgen zur Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen. Bewertung: M.E. unbedenklich“.<sup>984</sup>

Ergänzend hierzu liegt im Jahrbuch der SPD ein Hinweis auf die Fachkonferenz „Zukunft der Wehrverfassung“ am 13. November 2004 vor. Diese Fachkonferenz „markierte den Anfangspunkt der Diskussion zu diesem Thema in der Partei (...) Die Diskussion wurde von einem Gesprächskreis in vier Sitzungen vorbereitet, der unter der gemeinsamen Leitung von Peter Struck und Heidemarie Wiczorek-Zeul stand. Rund 250 Delegierte und Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen habe eine gute und sachliche Debatte geführt. Es wurde deutlich, dass es in der SPD (...) zum Thema Wehrpflicht unterschiedliche Meinungen gibt. Die SPD griff diese gesellschaftliche Debatte als einzige Partei auf. Alle anderen Parteien waren in dieser Frage bereits ohne Diskussion entschieden.“<sup>985</sup>

- b) Mehrere Änderungswünsche bezüglich des Leitantes von Rudolf Scharping, dem ein Jahr zuvor aus seinem Amt entlassenen Verteidigungsminister. Er redigiert den Text, als sei dieser von sicherheitspolitischen Novizen verfasst worden: „Hinweis: Im Ursprungstext wird die EU als Teil der multilateralen Zusammenarbeit dargestellt – das aber ist sie nicht, sondern sie ist Integration mit erheblichen Übertragungen von Souveränität. Das „Transatlantische“ darf nicht auf das Bündnis (so unverzichtbar es ist) verkürzt werden, denn das würde wirtschaftliche, soziale, kulturelle wissenschaftliche, auch Fragen der (mal kooperativen, mal konfliktreichen) Zusammenarbeit in globalen Fragen ausblenden.“ Oder: „der ganze Text reflektiert den Entwurf von Solana zur europäischen Sicherheitsdoktrin nicht, ja erwähnt ihn noch nicht einmal.“<sup>986</sup> Ganz offensichtlich stellte Scharping eine inhaltliche Entfremdung der sicherheitspolitischen Formulierungen seiner Partei nach seinem Ausscheiden als außen- und sicherheitspolitischen Leitfigur seiner Partei über einen Zeitraum der vergangenen zehn Jahre fest. Dieser Eindruck deckt sich mit Scharpings Anmerkungen zur

---

<sup>984</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000006.

<sup>985</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 15f.

<sup>986</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000006.

„demokratieorientierten Weltordnung“: „Hinweis: von einer `demokratieorientierten Weltordnung` im Zusammenhang mit den VN zu sprechen ist bestenfalls von naiver Hoffnungsfreude; wenn überhaupt, gibt es ein gemeinsames Interesse der Staaten, nämlich auf Sicherheit/Stabilität gegründete berechenbare Ordnungen zu haben – und ihre Verhältnisse im Innern nach eigenem Gusto zu regeln, was man akzeptieren muss, so lange es eine bessere Möglichkeit zur Auflösung der Spannung mit universell geltenden Menschenrechten nicht gibt.“<sup>987</sup>

Seine Geringschätzung bringt der (noch amtierende, aber nicht erneut kandidierende) stellvertretende Parteivorsitzende hinsichtlich des folgenden Satzes in der Entwurfsfassung zum Ausdruck: „Deshalb dürfen Kriege niemals zu einem normalen, gar prioritären Mittel der Politik werden. Militärische Mittel bleiben ultima ratio in unserem Konzept umfassender Sicherheit. Angriffskriege sind verfassungswidrig.“ Scharping: „Hinweis: wenn schon, dann sollte jedenfalls eine so schlappe und missdeutbare Formulierung wie im Entwurf unterbleiben.“<sup>988</sup>

Scharpings Zerwürfnis mit der damaligen Parteiführung wird im Protokoll des Parteitages an zwei Stellen deutlich. Bundeskanzler Gerhard Schröder wies auf die Nichtteilnahme seines ehemaligen Kabinettskollegen im Schlusswort hin: „Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seid sicherlich einverstanden, wenn ich die Würdigung von Rudolf Scharping und seiner Arbeit im Kreis des Parteivorstandes vornehme, wenn er anwesend sein kann.“<sup>989</sup> Wesentlich deutlicher fällt die Kritik durch Bundesfinanzminister Hans Eichel aus. Darauf wird weiter unten bei der Betrachtung der Zukunft der Bundeswehr eingegangen werden.

---

<sup>987</sup> Ebd.

<sup>988</sup> Ebd.

<sup>989</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 513.

## 5.7 Vom Berliner Programm auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm

### 5.7.1 Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms in den Jahren 2004 und 2005

Ein Gastredner des Bundesparteitages erhielt besondere Beachtung: Antonio Guterres, der Präsident der Sozialistischen Internationale. In seinem Grußwort formulierte er zum einen deutliche Unterstützung für die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig entwarf er ein gedankliches Gerüst, wie sich aus Sicht der Sozialisten dieser Welt Sicherheit in Zukunft gewährleisten ließe: „Ich möchte hier die Solidarität der Sozialistischen Internationale gegenüber den deutschen Sozialdemokraten, gegenüber der Partei und gegenüber Gerhard Schröder zum Ausdruck bringen (...) Auch der Frieden steht unter Bedrohung. Der Terrorismus ist gefährlicher als jemals zuvor. Es gibt Regionalkonflikte. Die sich vertiefenden regionalen Konflikte sind besonders besorgniserregend (...) Wir alle wissen, dass es heute unmöglich ist, einen souveränen Staat einen Genozid gegen seine Bevölkerung begehen zu lassen. Die internationale Gemeinschaft hat sich in Osttimor eingemischt (...) Aber sie hat sich nicht in Ruanda eingemischt. Dort ist es zu einer furchtbaren Tragödie gekommen. Es muss also Bedingungen für die internationale Gemeinschaft geben, sich einzumischen (...) Dafür brauchen wir Reformen des Völkerrechts. Wenn wir wollen, dass die UNO im Zentrum der internationalen Gemeinschaft steht, dann müssen wir die UNO reformieren, dann müssen wir auch den Sicherheitsrat reformieren, damit der Sicherheitsrat demokratischer, repräsentativer und auch effektiver in der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit überall wird.“<sup>990</sup>

Mit diesen Aussagen befand sich Guterres im Einklang mit der programmatischen Beschlusslage der deutschen Sozialdemokratie. Exakt über diese Frage stritt die SPD nicht zuletzt in der Auseinandersetzung über eine Mandatierung des Kosovo-Einsatzes der Bundeswehr 1999 (wie oben gezeigt).

---

<sup>990</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 39ff.

Guterres's Aussagen erfahren nicht nur auf einem unter besonderer medialer Beobachtung stehenden Parteitag Aufmerksamkeit. Sondern auch im „Zwischenbericht für ein neues Grundsatzprogramm“, welcher ein Jahr später intern vordiskutiert wurde, finden sich nahezu deckungsgleiche Aussagen: Die neuen Gefahren des Terrorismus zwingen die Weltgemeinschaft dazu, die Kontrollen über die Einhaltung der internationalen Verträge und über eventuelle vertragswidrige Waffenprogramme zu verstärken (...) Die Vereinten Nationen bedürfen selbst tiefgreifender Reformen, damit sie den hohen Anforderungen, die die Welt an sie stellt, gerecht werden können. Wir wollen eine repräsentative Zusammensetzung des Sicherheitsrats, in dem alle Weltregionen angemessen vertreten sein müssen, wir wollen eine stärkere Stellung des Generalsekretärs und eine Überprüfung des Veto-Rechts für einzelne Länder.“<sup>991</sup>

Es war das erste Mal, dass sich die SPD während des Ausübens von Regierungsverantwortung daran machte, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. In einem Entwurf für den Parteivorstand wurden drei Aufgaben des neuen Programms genannt:

- 1) „Es soll die weiteren Perspektiven unserer Politik aufzeigen.
- 2) Es hat das Ziel, die Globalisierung zu gestalten, um ihr auch ein europäisches Gesicht zu geben.
- 3) Das Programm soll insofern auch unsere Politik in Berlin erklären und begründen.“<sup>992</sup>

Außen- und sicherheitspolitisch kann das Jahr 2004 als eines der Jahre betrachtet werden, in denen – auch dank keiner nennenswerten Ereignisse, die sicherheitspolitische Reaktionen einforderten - relativ wenig innerhalb der deutschen Sozialdemokratie an Neuigkeiten zu erfahren war. Nach den großen, komplexen Themenbereichen „Kosovokrieg“ und den „Folgen der Anschläge des 11. September 2001“ sowie in deren unmittelbarem Zusammenhang die Diskussion über eine deutsche militärische Begleitung der US-amerikanischen Irak-Intervention schien wieder die altbekannte (sicherheitspolitische) Ruhe in die SPD-Gremien einzuziehen.

---

<sup>991</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Vorlagen für Sitzungen, 2/PVWC000043.

<sup>992</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Vorlagen für Sitzungen, 2/PVWC000055.

Die SPD-Bundestagsfraktion dokumentierte, Deutschland habe seit dem Regierungswechsel 1998 „in hohem Maße internationale Verantwortung übernommen und steht heute für Frieden, engagiertes Konfliktmanagement und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus (...) Deutschland ist heute in Afghanistan einer der wichtigsten Akteure bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität. Es war Deutschland, das durch die Initiierung des Petersberg-Prozesses das internationale sicherheitspolitische Engagement in ein friedenspolitisches Gesamtkonzept einzubetten half (...) Deutschland versteht sein Afghanistan-Engagement auch als wichtigen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (...) Seit dem Sturz des Saddam-Regimes beteiligt sich die Bundesregierung am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Irak (...) Mit großer Sorge wird beobachtet, dass der Prozess von Friedenssicherung durch terroristische Anschläge gefährdet wird (...) Deutschland wird sich deshalb weiterhin für eine Stabilisierung des Irak sowie einen stärkeren Einfluss der Vereinten Nationen in dieser Region einsetzen.“<sup>993</sup>

Zur Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms erhielt die SPD-Programmkommission zahlreiche Zuschriften. Diese Kommentare und Aufsätze beziehen sich auf die gesamte Bandbreite der sozialdemokratischen Programmatik. Die oben beschriebene außen- und sicherheitspolitische Lethargie greift auch in der Gestaltung des neuen Grundsatzprogramms um sich. In den Unterlagen des Parteivorstandes sind lediglich wenige Diskussionsbeiträge dokumentiert.

Einer davon entstammt der Feder des Abgeordneten Gernot Erler. Gemeinsam mit Heidi Wiczorek-Zeul hat er das Kapitel „Internationale Politik/Globalisierung“ verfasst. In diesem Kapitel konstatieren die beiden Verantwortlichen die dargestellte Dominanz des sicherheitspolitischen Handelns als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA: „In der entstehenden Weltgesellschaft wächst die Interdependenz. Es gibt keine Fehlentwicklung, keine Krise und keinen Konflikt mehr, der Unbeteiligten oder weit entfernt Lebenden gleichgültig sein könnte. Der Schock des 11. September 2001 hat diese Entwicklung nicht ausgelöst, aber

---

<sup>993</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04: S. 178f.

beschleunigt. Wir finden uns wieder als Mitglieder einer globalen Schicksalsgemeinschaft, in der es nicht ausreicht zu reagieren, wenn etwas passiert ist. Die neuen Gefahren lassen sich nur beantworten mit einer Friedenspolitik des vorausschauenden Handelns und mit der Entwicklung umfassender Präventionsstrategien.“<sup>994</sup>

Diese Auffassung stärkt der Parteivorstand noch einmal am 12. Januar 2005 in einer gemeinsamen Erklärung der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs, Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik: „Die Erweiterungspolitik der EU ist erfolgreiche Friedenspolitik. Wir wollen Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und überall sonst in der Welt und wollen an unseren Erfahrungen in präventiver Konfliktverhütung teilhaben lassen. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein (...) Wir engagieren uns dafür, dass Europa sich für einen effektiven Multilateralismus einsetzt und die Vereinten Nationen so reformiert werden, dass sie ihre einzigartige Rolle noch wirkungsvoller wahrnehmen können.“<sup>995</sup>

Spannend ist aus heutiger Sicht die Aussage der Parteivorsitzenden bezüglich der demokratischen Entwicklung eines Landes, das immer mehr ins Blickfeld gerät, die Ukraine: „Der feste Wille der mittel- und osteuropäischen Länder, ihre politische Führung in freien Wahlen zu bestimmen und in demokratisch und rechtsstaatlich organisierten Gesellschaften leben zu wollen, hat zu Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrtausends die Welt verändert. In dieser Tradition stehen auch die demokratisch legitimierte Veränderungen in der großen und für Europa bedeutsamen Ukraine. Die Demokratisierung der Ukraine muss jetzt vollendet und auf ein solides Fundament gestellt werden. Dabei werden die Sozialdemokraten in Europa die emanzipatorischen Kräfte der Ukraine weiterhin tatkräftig unterstützen.“<sup>996</sup>

---

<sup>994</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000053.

<sup>995</sup> Jahrbuch der SPD 2005/06, S. 246f.

<sup>996</sup> Ebd.



In den Akten finden sich neben schriftlichen Anregungen ebenso handschriftliche Notizen am Rande des Programmentwurfs. Neben die Aussage im Programmentwurf, dass es „für die Fortsetzung einer vertragsgestützten Abrüstungspolitik keine Alternative geben“ kann, schreibt Wolfgang Clement – mit drei Ausrufezeichen versehen „privatisierte Gewalt!!!“.<sup>997</sup> In einen weiteren Widerspruch zum Entwurf tritt Clement, wenn er neben die Aussage „Wir brauchen neue Regeln bei der Frage von Interventionen und bei der Definition des Selbstverteidigungsrechts unter den Bedingungen der neuen Gefahren“ notiert: „präventive Kriege!!“.<sup>998</sup> Unter den Bedingungen der neunziger Jahre hätte man an diesem Punkt erneut eine innerparteiliche Diskrepanz zwischen „Bellizisten“ und „Pazifisten“ anführen können. Unter den Vorzeichen neuartiger, nicht mehr nationalstaatlicher Konflikte lassen sich diese Begriffe jedoch nicht mehr übertragen.

Im Vorfeld der Beratungen zum neuen Grundsatzprogramm fanden Hintergrundgespräche einer Steuerungsgruppe der Programmkommission statt. Laut Programmkommission war Zielsetzung dieser Gespräche, „in entspannter Atmosphäre mit ausgewählten Einzelpersonlichkeiten über zentrale Fragen der Programmdebatte“ zu sprechen, „um Anstöße für die weitere Arbeitsplanung und die Programmformulierung zu gewinnen“.<sup>999</sup>

Aus einem dieser Hintergrundgespräche berichtete die Leiterin des Büros des stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Clement, Dr. Beate Häupel, in einem handschriftlichen Vermerk (Clement selbst kann wegen terminlicher Verpflichtungen nicht teilnehmen): „Hans-Jochen Vogel bewertete den Zwischenbericht der Programmkommission als gute Grundlage für die weitere Debatte (...) Der Grundwert `Gerechtigkeit` müsse noch konkretisiert werden (...) Eine zentrale Frage der weiteren Diskussion müsse das Zukunftsbild der SPD sein. Als weitere Diskussionsthemen nannte Vogel die Forschungsfreiheit und deren Grenzen sowie die ethischen Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung, die neue Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“.<sup>1000</sup>

---

<sup>997</sup>SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000053.

<sup>998</sup> Ebd.

<sup>999</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000058.

<sup>1000</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000056.

Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm konnte wegen der Ereignisse im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl nicht mehr im Jahr 2005 zu Ende geführt werden. Die Planung des Parteivorstandes sah noch im Januar 2005 einen anderen Prozessverlauf vor: „In der 1. Phase der Programmarbeit wurden in insgesamt 13 Arbeitsgruppen Impulspapiere zu bestimmten Themenbereichen erarbeitet. Die Impulspapiere bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms, das im November 2005 auf einem ordentlichen Parteitag in Karlsruhe verabschiedet werden soll (...) Und mit dem Beschluss des Grundsatzprogramms durch Programmkommission, Präsidium und Parteivorstand im Juni 2005 beginnt die letzte Phase der Programmdebatte.“<sup>1001</sup>

Der Wahlkampf im Rahmen der auf September 2005 vorgezogenen Bundestagswahl verhinderte dann die Umsetzung dieses Planes.

#### 5.7.2 Europawahl 2004

Der Europawahlkampf im Frühjahr 2004 zeichnete sich noch durch inhaltliche Rückgriffe auf die Irak-Politik der Bundesregierung aus. Es scheint ganz offenkundig, dass die SPD auch zwei Jahre nach der Bundestagswahl und ein Jahr nach dem Einmarsch der USA im Irak von der populären Weigerung des Bundeskanzlers hinsichtlich einer Teilnahme am Irak-Krieg profitieren wollte. So findet man Materialien für den Wahlkampf, die in ihrer Aussage den Schutz der Friedensmacht Deutschland ins Zentrum rücken. In einem Faltblatt heißt es: „Die Auseinandersetzung um den Irak-Krieg hat gezeigt: Wir brauchen ein starkes Europa, das sein ganzes Gewicht bei der friedlichen Lösung internationaler Konflikte einbringen kann. Die Völker Europas waren sich einig: Sie haben im Irak-Konflikt die Politik von Gerhard Schröder und der SPD unterstützt. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die Konsequenzen aus dem Konflikt gezogen und sich auf eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie geeinigt.“<sup>1002</sup> Die im weiteren Verlauf erhobene Forderung nach einem europäischen Außenminister ist bis heute keine Realität geworden – wenn auch

---

<sup>1001</sup> Jahrbuch der SPD 2005/06, S. 240.

<sup>1002</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 20.

mit dem Amt des/der Außenbeauftragten eine Stärkung und Bündelung der außenpolitischen Kompetenzen in der EU als erster Erfolg zu werten ist.

Im Manifest der SPD zur Europawahl heißt es konkreter: „Europa wird in den internationalen Beziehungen immer wichtiger. Europa wird als Friedensmacht gebraucht. Auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Afghanistan ist Europa aktiv an der Schaffung von Frieden beteiligt. Der von der Bundesregierung initiierte Stabilitätspakt für Südosteuropa ist ein Meilenstein auf dem Weg zur langfristigen Sicherung dieser Krisenregion (...) Leitlinie unseres Handelns in der internationalen Politik ist, Konflikte präventiv zu verhindern, den Frieden zu sichern, für Menschenrechte einzutreten und Abrüstungsbemühungen zu verstärken (...). Nicht Konkurrenz oder gar Rivalität, sondern gleichwertige, ebenbürtige Partnerschaft zwischen den USA und der EU ist das Ziel (...). Die SPD wird weiterhin dafür eintreten, dass internationale Einsätze der EU nur auf der Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen erfolgen. Das schließt Präventivkriege aus.“<sup>1003</sup>

In einer Unterstützeranzeige während des Europawahlkampfes belässt es die SPD nicht bei der Herausstellung eigener Erfolge, sondern greift die politische Konkurrenz an: „Europa als Friedensmacht stärken. Für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik – keine Beteiligung an militärischen Abenteuern. Die Bundeswehr darf nur für Friedenseinsätze unter UN-Mandat zur Verfügung stehen. Wäre es nach CDU/CSU gegangen, stünden heute deutsche Soldaten im Irak.“<sup>1004</sup>

---

<sup>1003</sup> SPD-Parteivorstand: Europamanifest der SPD zur Europawahl 2004, S. 6f.

<sup>1004</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2003/04, S. 24.

### 5.7.3 Programmdiskussion versus Regierungsalltag

Ein weiterer, interessanter Teilaspekt bot sich Anfang des neuen Jahrtausends im Rahmen der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm bei der Frage, ob nicht auch die Forderungen und Ansprüche einer Regierungspartei im Generellen wie auch im Speziellen kollidieren/kollidieren können.

Schröder unternahm während seiner Regierungszeit immer wieder den Versuch, seiner Partei schon zu Beginn des Diskussionsprozesses mögliche „Träumereien“ und zu hohe Ansprüche auszureden. Dahinter steckten vermutlich die Abwehr von die Regierungsarbeit belastenden Debatten sowie die Vermeidung der Rechtfertigung eines Auseinanderklaffens von Parteianspruch und Regierungshandeln auch vor internationalen Partnern. Nichts schwächt die internationale Verhandlungsposition mehr, als Uneinigkeit innerhalb der eigenen Partei oder innerhalb der Regierungskoalition.

Schröder bemühte in einer Rede sogar den „Übervater“ der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel: „Bei der Diskussion um die programmatischen Grundsätze geht es vor allem um die großen Linien, Richtungen und Ziele. Das muss intellektuell erkennbar, aber eben für Menschen, die sich nicht hauptberuflich mit Politik befassen, Menschen also, die wir erreichen wollen, auch emotional spürbar sein. Daher bedarf es – bei aller Liebe zum fruchtbaren Streit in der internen Diskussion – die Notwendigkeit zur Geschlossenheit nach außen. Hier gilt ein Wort von August Bebel: `Die Partei in der Macht braucht ein gewisses Maß an Geschlossenheit`.“<sup>1005</sup>

Auch die SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Ute Vogt, sparte in ihrer Eröffnungsrede auf dem Karlsruher Parteitag nicht mit Kritik: „Wir haben (...) auch in den eigenen Reihen nicht immer den richtigen Grundsatz beachtet, der da heißt: Vielfalt in der Diskussion, aber Einheit in der Aktion. Nur zum Teil sind wir diesem Grundsatz gerecht geworden. Die Vielfalt in der Diskussion hat uns in den letzten Tagen, Wochen und Monaten sicherlich nicht gefehlt. Aber die Einheit in der Aktion haben wir auch in der Führung der Partei vermissen lassen.“

---

<sup>1005</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000056.

Auf allen Seiten ist es dabei zu schmerzhaften Erfahrungen und zu folgenreichen Konsequenzen gekommen. Wir haben auch in der Führung Fehler gemacht.“<sup>1006</sup>

Wolfgang Clement hielt den Parteitag offenbar ebenfalls für den richtigen Ort, Gegensätzliches innerhalb der Parteiführung nochmals zu thematisieren: „Wir müssen uns in der Zukunft (...) hinsichtlich unseres Verhaltens und der Art der politischen Auseinandersetzung, auch der Absolutheit, in der wir manches vorzutragen pflegen, prüfen, ob das wirklich vor dem Hintergrund von Personen, Fakten und Projekten zu rechtfertigen ist.“<sup>1007</sup>

Zur breiten Debatte in der Mitgliedschaft organisierte die Partei zwischen Februar und Mai 2005 insgesamt vier Programmforen. Die Programmforen waren gedacht als ein „zentrales Element in der Debatte mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Die Programmforen sind in der Außenkommunikation stärker gewichtet als die Sitzungen als die Sitzungen der Programmkommission und leiten eine öffentliche Programmdebatte ein, die mit dem Parteitag in Karlsruhe enden wird (...) Es werden insgesamt vier Programmforen stattfinden zu folgenden Themen:

- 1) Wohlstand – heute und morgen
- 2) Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt
- 3) Demokratie – Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit
- 4) Im Mittelpunkt – der Mensch.“<sup>1008</sup>

Innerhalb des Forums „Deutschlands Rolle in der Welt“ wurden zwei Panels organisiert:

- 1) Globalisierung und soziale Demokratie unter Leitung von Heidemarie Wieczorek-Zeul
- 2) Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert unter Leitung von Gernot Erler

Zu diesem zweiten Panel hatte der Parteivorstand zwei Leitfragen entworfen:

---

<sup>1006</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 14.

<sup>1007</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 69.

<sup>1008</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000069.

- Wie muss die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Deutschland und Europa zukünftig ausgerichtet sein?
- Welche neuen Entwicklungen gibt es im Völkerrecht und in den Internationalen Beziehungen, die deutsche und europäische internationale Politik zu berücksichtigen hat?

Dem Parteivorstand lag daran, den Personenkreis der einzelnen Foren – und dort wiederum der inkludierten Panels - so zu umreißen, dass diejenigen sicher berücksichtigt wurden, die in Fraktion oder Partei mit dem Thema befasst waren. Für Panel 2 bedeutete dies, dass Angelica Schwall-Düren, Günter Gloser, Rudolf Bindig, Rainer Arnold, Gert Weisskirchen, Christoph Zöpel, Reinhold Robbe, Detlef Dzembitzki, Peter Struck, Detlev Albers, Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Cajo Koch-Weser unbedingt dabei sein sollten.<sup>1009</sup>

Auffallend ist, dass einige der Arbeitsgruppenmitglieder, die von der Programmkommission am 17. Juni 2004 eingesetzt worden waren, aus nicht weiter zu erkennenden Gründen auf der obigen Liste nicht mehr vorkommen. Die 2004 eingesetzte Arbeitsgruppe bestand aus Heidemarie Wiczorek-Zeul und Gernot Erler als Berichterstatter, sowie Karin Junker, Reinhold Robbe, Christoph Zöpel und Gert Weisskirchen als Sachverständigen.<sup>1010</sup>

Aus Sicht der Bundestagsfraktion war deutsche Außenpolitik unter sozialdemokratischer Verantwortung auch weiterhin Friedenspolitik: „In der Kontinuität deutscher Außen- und Sicherheitspolitik lasen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten. Deutschland wird international auch dank der SPD weiterhin als Friedensmacht wahrgenommen. Wir haben in zunehmendem Maße international Verantwortung übernommen und uns durch unsere Verlässlichkeit weltweit Ansehen erworben (...) Die deutsche Bundeswehr ist mittlerweile an vielen Friedensmissionen beteiligt. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgen stets auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen und in engster Abstimmung mit unseren Verbündeten in der Europäischen Union und der NATO. Die Mandate werden regelmäßig überprüft.

---

<sup>1009</sup> Ebd.

<sup>1010</sup> SPD-Parteivorstand (Büro Wolfgang Clement): Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000070.

Insofern hat die Mandatierung von Auslandseinsätzen eine immer größere Bedeutung für unsere parlamentarische Arbeit“<sup>1011</sup>

Es fällt auf, dass die Mitglieder der Bundestagsfraktion einen äußerst positiven und selbstgefälligen Rückblick halten. Leider findet sich kein Wort zu den Problemen, die es in dem oben erwähnten Zusammenhang gibt: Welchen Stand hat die nach dem Kosovo-Konflikt als so dringlich festgestellte Reform der UNO? Gibt es auch in Zukunft Konfliktsituationen, in deren Rahmen eine UN-Mandatierung als verzichtbar gelten kann, wenn Menschenrechte verteidigt werden? Wie werden Konflikte zukünftig konkret verhindert? Befriedigende Antworten lassen sich auf diese Fragen nicht finden.

---

<sup>1011</sup> Jahrbuch der SPD 2005/06, S. 212.

## 6 Das Ende von Rot-Grün

Nach der Niederlage bei der NRW-Landtagswahl am 22. Mai 2005 verabredeten der SPD-Parteivorsitzende Müntefering und Bundeskanzler Schröder noch am Wahlabend, durch den negativen Ausgang einer Vertrauensfrage im Parlament die vorgezogene Neuwahl zum 16. Deutschen Bundestag herbeiführen zu lassen.

Diese Vorgehensweise überraschte die Öffentlichkeit und führte – angesichts dramatisch schlechter Umfrageergebnisse für die SPD – zu einer Debatte über den richtigen Umgang mit der Situation. Noch im Oktober 2004 hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Steinbrück im PV erläutert, dass „das Rennen um die Landtagswahl im kommenden Jahr vollkommen offen“ sei und „die CDU sei nervös und Rüttgers habe bereits Fehler gemacht (...) Einen Wahlkampf gegen Berlin wolle und könne man nicht führen, gewinnen könne man nur gemeinsam.“<sup>1012</sup>

Gerhard Schröder stand politisch mit dem Rücken zur Wand. Die Umfragen versprachen der Union eine absolute Mehrheit und damit einen glänzenden Sieg der Kanzlerkandidatin Angela Merkel. Schröder entschied sich für einen Wahlkampf, der alte Reflexe innerhalb seiner Partei und der sozialdemokratischen Wählerklientel weckte: Eine begrenzte Strategie des Opponierens. Dieses Vorgehen hatte sich 2002 im Umgang mit der amerikanischen Irak-Politik ausgezahlt, und es sollte Schröder auch jetzt wieder helfen. Schröder „regierte einerseits nach bekanntem Stil, seine Reformpolitik verteidigend und führte andererseits eine nahezu klassenkämpferische Kampagne. Schröder wünschte sich eine Bestätigung der Agenda 2010 durch das Volk und konterkarierte sogleich seine eigene Reformpolitik.“<sup>1013</sup> Die Bewahrung von Frieden und die Zurückhaltung im Hinblick auf deutsche militärische Beteiligungen schwangen auch in diesem Wahlkampf erneut mit. Auf Plakaten wurde somit nicht nur für eine „moderne Familienpolitik“ oder „gegen Studiengebühren“ geworben, sondern auch „Für den Frieden. Gegen blinde Gefolgschaft.“<sup>1014</sup>

---

<sup>1012</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Oktober 2004, S. 4.

<sup>1013</sup> Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 227f.

<sup>1014</sup> Jahrbuch der SPD 2005/06, S. 32.



Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 rangierte die Außen- und Sicherheitspolitik wieder dort, wo sie vor 2002 auch ihren Platz hatte, nämlich am Schluss. So heißt es unter der Überschrift des letzten Kapitels Nr. 24 „Wir wollen ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das seine globale Verantwortung wahrnimmt“: „Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das Ansehen und das Gewicht Deutschlands in der Welt gemehrt. (...) Wir haben gelernt, dass Sicherheit nicht allein aus militärischer Stärke erwächst. Wir werden unsere Fähigkeiten zur vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen. Dazu gehören auch die Ausweitung des zivilen Friedensdienstes und die weitere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unsere Sicherheitspolitik umfasst auch diplomatische Vermittlung, die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze (...) Wir kämpfen für die Geltung des Völkerrechts und wollen handlungsfähige Weltorganisationen. Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen als die wichtigste Weltorganisation stärker machen. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.“<sup>1015</sup>

Besonders deutlich fällt dann der rückblickende Hinweis auf die Verweigerung einer deutschen Teilnahme am Irak-Krieg aus: „Wir übernehmen, Seite an Seite mit unseren Partnern in der NATO und in der Europäischen Union, militärische Verantwortung dort, wo das zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen unumgänglich ist. Und wir sagen dort Nein, wo wir nicht vom Einsatz militärischer Mittel überzeugt sind. Auch das ist Ausdruck und Folge außenpolitischen Selbstbewusstseins.“<sup>1016</sup>

Und die im Entwurf des Jahres 2002 lediglich in einem Nebensatz (und auch nur nach dem Hinweis durch Frank-Walter Steinmeier) erwähnten Menschenrechte erhalten den letzten inhaltlichen Absatz im Programm: „Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechtspolitik ist fundamentale Friedens- und Stabilitätspolitik, da sie die Schaffung von

---

<sup>1015</sup> SPD-Parteivorstand: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest 2005, S. 40f.

<sup>1016</sup> Ebd.

Stabilität und Wohlstand befördert und Krisen und Kriege vermeiden hilft. Damit dient sie zugleich den eigenen Interessen unseres Landes.“<sup>1017</sup>

Verhaltener fällt die Positionierung in Bezug auf eine Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat aus. Sprach die SPD 1998 noch von einer Einladung an Deutschland, die zu erwarten sei, so schließt die Partei sieben Jahre später eine solche nationale Mitgliedschaft zwar nicht aus, lässt jedoch auch Raum für die Möglichkeit eines europäischen Sitzes: „Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.“<sup>1018</sup> Eine Rolle rückwärts hin zu den Forderungen der neunziger Jahre.

Als am Abend des 18. September 2005 die Wahllokale schlossen, bahnte sich eine kleine Sensation an: Gerhard Schröder, der in allen Umfragen bisher zum Teil deutlich hinter CDU/CSU und deren Kanzlerkandidatin Angela Merkel gelegen hatte, konnte den demoskopischen Rückstand nahezu wettmachen und die SPD zwar nicht zur stärksten Fraktion machen, so aber doch hauteng an die Union heranführen: CDU und CSU kamen zusammen auf 35,2 %, die SPD auf 34,3 %, die FDP auf 9,8 %, die Linke auf 8,7 % und die Grünen auf 8,1 %. Sowohl Merkel als auch Schröder beanspruchten die Führung der Bundesregierung. Nach einigen Wochen intensiver Sondierungsgespräche und sich daran anschließenden Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition stand fest: Deutschland bekommt zum ersten Mal eine Bundeskanzlerin.

## 6.1 Parteitag in Karlsruhe 2005

Der Parteitag in Karlsruhe stand unter anderen Vorzeichen, als die Parteiführung sich dies zum Zeitpunkt der Einberufung des Parteitages dachte. Waren ursprünglich die Verabschiedung eines neues Grundsatzprogramms und die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2006 angedacht, so standen die Delegierten nun – nach einer vorgezogenen Bundestagswahl - vor der Aufgabe,

---

<sup>1017</sup> SPD-Parteivorstand: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest 2005, S. 42.

<sup>1018</sup> a.a.O., S. 41.

einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen und über den Eintritt in eine Koalition als Juniorpartner von CDU/CSU entscheiden zu müssen.

Auch die Außen- und Sicherheitspolitik spielte eine – wenn auch nur rudimentäre - Rolle. Statt Teil eines Grundsatzprogramms zu sein, wurde der außenpolitische Leitantrag zur Beratung in die Parteigremien verwiesen. Interessante Aussagen für die Forschung lassen sich deshalb im Rahmen dieses Parteitages weniger aus den Debatten der Antragsberatungen herauslesen, sondern sie sind vielmehr Teil der Abschiedsreden von Gerhard Schröder und Franz Müntefering sowie einiger weniger Beiträge zur Debatte über die Koalitionsvereinbarung.

#### 6.1.2 Die Reflexion rot-grüner Außenpolitik durch Müntefering

Müntefering lobte die siebenjährige Amtszeit des Bundeskanzlers und stellte genau zwei Aspekte heraus, die seiner Meinung nach in der Bewertung der Ära Schröder von besonderem Interesse sein werden:

„Erstens: Der Mut zur Erneuerung, die Agenda 2010 zu beginnen (...) Zweitens: Aus Deutschland eine friedliche, selbstbewusste Macht zu machen, die im internationalen Konzert sagt: Wir entscheiden selbst darüber, was wir international tun. Dazu gehörte die Bereitschaft Deutschlands, sich auf dem Balkan und in Afghanistan zu engagieren, und beim Irak genauso klar zu sagen: Das wollen wir nicht. Die Agenda 2010 und die Entscheidung zur Friedenspolitik werden bleiben. Das macht uns alle miteinander stolz, lieber Gerd!“<sup>1019</sup>

#### 6.1.3 Die Reflexion rot-grüner Außenpolitik durch Schröder

Schröder selbst ging in seiner letzten Rede als Bundeskanzler auf einem Parteitag der SPD verhältnismäßig kurz auf die eigene Bilanz ein. Knapp fiel von daher auch seine dargelegte außenpolitische Bilanz aus: „Die SPD ist – wir wissen es, wir beweisen es – die Partei des Friedens. Wir haben mit unserer Außenpolitik unser Land als eine mittlere Macht des Friedens neu positioniert, selbstbewusst,

---

<sup>1019</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 24.

aber niemals überheblich, bereit zur Verantwortung, auch wenn es schwierig wird, aber immer dem Frieden verpflichtet.“<sup>1020</sup>

#### 6.1.4 Die Debatte über den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU

In der Debatte über den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU stellte der Delegierte Hendrik Bednarz fest: „Das künftig sozialdemokratisch geführte Außenministerium wird Garant für die Fortsetzung einer selbstbewussten und friedensorientierten deutschen Außenpolitik sein.“<sup>1021</sup>

Walter Meinhold war der nächste Delegierte, der dann wieder auf Außen- und Sicherheitspolitik zu sprechen kam. Ihm gefiel es nicht, dass die Aussagen des Koalitionsvertrages nicht stark genug erscheinen: „In der Politik von Gerhard Schröder – er hat das immer wieder betont – war die Rolle Deutschlands als Friedensmacht unglaublich wichtig. Sie hat uns und auch ihm persönlich große Anerkennung in der Welt verschafft. Auch das Wort Frieden als eine wichtige Leitrichtung für eine Große Koalition kommt nur einmal vor. Es heißt, dass man Konflikte friedlich lösen möchte. Hier hätte man mehr tun können.“<sup>1022</sup>

Der dritte und letzte Debattenbeitrag zur Koalitionsvereinbarung mit Blick auf sozialdemokratische Außenpolitik stammte von Heidemarie Wieczorek-Zeul. Hier kam eine Sicht zum Tragen, die entweder von einem heftigen Perspektivwechsel geprägt war, oder einzelne Gesichtspunkte der rot-grünen Regierungsjahre ausblendete. Wieczorek-Zeul hatte noch 1997 jegliche militärische Komponente für deutsche Außenpolitik abgelehnt. Im November 2005 stellte sie – die als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe auch im Kabinett Merkel I designiert war - fest: „Es ist gesagt worden, (...) dass wir im außen- und entwicklungspolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung in der Kontinuität der Außen- und Entwicklungspolitik von Gerhard Schröder stehen. Wir setzen auf Krisenprävention und auf den Kampf gegen die Armut. Ich danke

---

<sup>1020</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 44.

<sup>1021</sup> a.a.O., S. 47.

<sup>1022</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 91.

Gerhard Schröder, dass er in seiner Amtszeit diese Friedenspolitik gerade im Verhältnis Nord/Süd in der Tradition Willy Brandts verankert und umgesetzt hat.“<sup>1023</sup>

Die Einschätzung Wieczorek-Zeuls, dass sowohl zivile als auch militärische Elemente die neue sozialdemokratische Sicherheitspolitik kennzeichnen, stellte Kurt Beck Jahre später heraus: „In der Regierungszeit von Gerhard Schröder vollzogen wir einen Wandel in der Sicherheitspolitik, in dessen Folge die Bundeswehr zu einer Art internationalen Konfliktmanagers wurde – angesehen und erfolgreich. In Afghanistan konnten wir mit unserem zivil-militärischen Ansatz, bei dem Aufbauarbeit und humanitäre Hilfe geleistet werden, anderen ein Beispiel geben.“<sup>1024</sup>

Die Anträge zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik wurden an die Programmkommission verwiesen, „da sie entweder im Manifest oder auch in anderer Form in Beschlussfassungen enthalten waren oder auch längerfristige Diskussionen brauchen.“<sup>1025</sup>

#### 6.1.5 Der Beginn der Großen Koalition 2005

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD wählte mit Angela Merkel zum ersten Mal eine Frau ins Bundeskanzleramt. Außenminister wurde der bisherige Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD), die Verantwortung für das Verteidigungsressort fiel an Franz-Josef Jung, bisher CDU-Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag. Mit Heidemarie Wieczorek-Zeul stellte die SPD sicher, dass eine ausgewiesene außenpolitische Fachfrau auch weiterhin in Verantwortung stehen würde. Auf Staatssekretärebene fanden umfassende Personalwechsel statt.

---

<sup>1023</sup> a.a.O., S. 99.

<sup>1024</sup> Beck, Kurt: Ein Sozialdemokrat, S. 176f.

<sup>1025</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitag in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S. 127.

Wie schon beim Regierungswechsel 1998 ist ebenso 2005 eine hohe Kontinuität in außen- und sicherheitspolitischen Standpunkten zwischen „alter“ und „neuer“ Regierung zu verzeichnen. Unterschiede zwischen den Regierungspartnern waren so marginal, dass sie kaum ins Gewicht fielen. Selbst im Ton gab es Annäherungen: Steinmeier vermied es, Schröders Russlandpolitik „unverändert fortzusetzen (...) Die Auslandseinsätze waren zwischen den Koalitionspartnern unumstritten (...) Ein Widerstand aus den Reihen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Art ‚Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik‘ war nicht erkennbar.“<sup>1026</sup>

## 6.2 Die Zukunft der Bundeswehr

### 6.2.1 Die Bundeswehr bleibt eine Parlamentsarmee

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hatte die deutsche Bundeswehr einen gravierenden Rollenwechsel durchlebt. Eine Armee, „deren Bedeutung nicht zuletzt aus der fundamentalen sicherheitspolitischen Orientierung der bundesdeutschen Außenpolitik“<sup>1027</sup> resultierte, entwickelte sich weg von einer nach Osten ausgerichteten Verteidigungsarmee hin zu einer konfliktvermeidenden Präventivarmee, eingebettet in die Struktur des NATO-Bündnisses.

Heidmarie Wieczorek-Zeul griff 2005 eine Diskussion auf, die sich in den Monaten vor dem Parteitag entwickelt hatte: Sollte der Bundestag das Recht, Soldaten in Krisensituationen kurzfristig ins Ausland zu senden, in Teilen an die Bundesregierung abgeben?

Einige Delegierte brachten im Laufe des Parteikonvents ihre Furcht zum Ausdruck, dass die Bundeswehr dann in Zukunft wesentlich schneller und parlamentarisch unkontrollierter eingesetzt werden könne.<sup>1028</sup>

---

<sup>1026</sup> Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, S. 316f.

<sup>1027</sup> Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969 – 1990, S. 148.

<sup>1028</sup> Vgl. a.a.O., S. 257.

Andere befürchteten, dass der Bundestag künftig nicht mehr über das „Wie“, sondern nur noch über die Frage des „Ob“ eines Einsatzes entscheiden sollte.<sup>1029</sup>

Doch sowohl Wieczorek-Zeul als auch Peter Struck legten sich auf den Beibehalt der Bundeswehr als eine Parlamentsarmee fest.<sup>1030</sup> Struck forderte aber, „dass die Verfahrensabläufe, da wo es geht, beschleunigt werden.“<sup>1031</sup> Wie diesbezüglich die konkrete Ausgestaltung sein sollte, erwähnte der Minister nicht.

Um die parlamentarische Kontrolle bei Einsätzen der Bundeswehr sicher zu stellen, beschloss der Deutsche Bundestag das am 24. März 2005 in Kraft getretene „Parlamentsbeteiligungsgesetz“. Demnach „musste nun der Deutsche Bundestag Auslandseinsätzen zustimmen, ein vereinfachtes Verfahren gab es bei kleineren Einsätzen (...) und bei der Verlängerung von Mandaten. Der Einsatzantrag galt als genehmigt, wenn nicht innerhalb von sieben Tagen von einer Bundestagsfraktion oder fünf Prozent der Bundestagsabgeordneten eine Befassung des Parlaments verlangt wurde.“<sup>1032</sup>

In einer Sitzung des SPD-Präsidiums notierte Gerhard Schröders Büroleiter, dass Struck meinte, „jede Berufsarmee wäre teurer“ als eine Wehrpflichtarmee. Er erinnerte außerdem an die dann drohende Standortdebatte. Scharping ordnete Schröders Büroleiter die Aussage zu, dass eine Berufsarmee nicht nur teurer würde, sondern auch „rechts“ eingeordnet würde. Sigmar Gabriel sprach sich für eine Wehrpflicht-Armee aus, allerdings müsse es eine weiterführende Debatte zur Wehrgerechtigkeit geben. Wieczorek-Zeul regte zu diesem Anlass die nächste Klausurtagung des Parteivorstandes an. Einzig Renate Schmidt stellte die Wehrpflicht in dieser Sitzung in Frage. Hans Eichel wurde nicht inhaltlich zitiert, dafür aber mit dem strengen Hinweis auf die Einhaltung der Kommunikationsdisziplin.<sup>1033</sup>

---

<sup>1029</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 526/02 vom 09.12.2002.

(Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Klaus Hahnzog, nahm hier zu den Entscheidungs- und Kontrollrechten des Parlaments bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr Stellung.)

<sup>1030</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 223, 244f.

<sup>1031</sup> a.a.O., S. 245.

<sup>1032</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 321.

<sup>1033</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand: Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Aufzeichnungen Sontowski, Präsidiumssitzung am 3. April 2000.

Peter Struck sah das Verhältnis – nicht zuletzt dank seiner Arbeit und der seiner sozialdemokratischen Amtsvorgänger – durchweg positiv: *„Dass Bundeswehr und Sozialdemokratie nicht recht zusammenpassen, ist im Übrigen ein Vorurteil. Das mag seine Wurzeln im Widerstand der SPD gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren haben. Aber die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, dass sozialdemokratische Verteidigungsminister gut sind für die Bundeswehr. Georg Leber und Helmut Schmidt genießen bis heute höchstes Ansehen. Rudolf Scharping hat sich bis zu seinem Rücktritt große Verdienste bei der Modernisierung der Bundeswehr erworben. Und ich selbst blicke auch ganz zufrieden auf die Erfolge meiner Amtszeit zurück.“*<sup>1034</sup>

Der Außenpolitiker Rolf Mützenich sah im Herbst 2016 die Zukunft der Bundeswehr deutlich im Bereich einer Berufsarmee: *„Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes war die Wehrpflicht wirkungsvoll, auch im Hinblick auf die Demokratietauglichkeit der Streitkräfte. Nach dem Zusammenbruch der Blöcke hat sie sich allerdings überlebt. Die Gefahr eines „Staates im Staate“ besteht nicht mehr. Außerdem gerät die Effizienz in den Blickpunkt: Eine Armee mit UN-Einsatzfähigkeit braucht in erster Linie Spezialisten. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Freiwilligenarmee bleiben wird.“*<sup>1035</sup>

Kurt Beck beurteilte das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Militär als entspannt: *„Worauf es ankommt ist die Tatsache, dass wir uns in jedem Einzelfall, der entschieden werden muss, eine differenzierte Betrachtung vornehmen und ergebnisoffen prüfen und dann entscheiden. Die Bundeswehr muss diese Entscheidung personell und materiell tragen können Die SPD jedenfalls hat ihre Orientierung gefunden. Ich möchte hier besonders feststellen: Es gibt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie keine Distanz gegenüber der Bundeswehr. Das sieht man in der Truppe übrigens genauso.“*<sup>1036</sup> Diese Feststellung unterstreicht eine außergewöhnlich deutliche Positionierung der Parteilinken Skarpelis-Sperk zugunsten des Militärs: *„Die Bundeswehr selbst*

---

<sup>1034</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>1035</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>1036</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.



*betrachte ich gesellschaftspolitisch als einen stabilisierenden Faktor, der gut ist für die soziale Integration junger Menschen.* <sup>1037</sup>

Peter Struck, der schon auf dem Bonner Sonderparteitag im Frühjahr 1999 deutlich den unterschiedlichen Anspruch an Oppositions- und Regierungsparteien aus seiner Sicht darstellte, zeichnete auch in Bochum nach, welchen Wandel die SPD in den letzten Jahren auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen habe: „Meine Soldatinnen und Soldaten übernehmen eine Aufgabe, die für uns vor vielleicht zehn oder 15 Jahren auf Parteitag niemals vorstellbar gewesen wäre.“<sup>1038</sup> Für die Art, wie er Regierungsverantwortung wahrnahm, lobte ihn sein Nachfolger im Vorsitz der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck: „*Struck formulierte oft deutlich und plakativ (...). Aber er handelte auch mit großer Kraft und klarer Haltung.*“<sup>1039</sup>

Mit Bezug auf das von Wieczorek-Zeul erwähnte US-Verteidigungskonzept eines „Preemptive Strike“ glaubte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler, dass ein neuer transatlantischer Dialog notwendig sei. Dieser müsse kritisch sein, dürfe aber auch positive Festlegungen der neuen Strategie der Amerikaner nicht übersehen.<sup>1040</sup> Der Parteivorstand formulierte: „Während die SPD und die Bundesregierung aus dem 11. September die (...) Politik der Bekämpfung des Terrorismus mit einer umfassenden präventiven Friedenspolitik verband, führte der Schock des 11. September 2001 in den USA zur Formulierung einer neuen Sicherheitsstrategie, die u.a. den präventiven Krieg als Mittel gegen Massenvernichtungswaffen legitimierte.“<sup>1041</sup>

Zum Ende des Jahres 2003 stellte Peter Struck hingegen fest: „Es gab eine Differenz im Hinblick auf die Vorgänge im Irak (...) Aber diese Irritationen sind heute beseitigt.“<sup>1042</sup>

---

<sup>1037</sup> Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

<sup>1038</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 244.

Vgl. Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

<sup>1039</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>1040</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 235.

<sup>1041</sup> SPD-Parteivorstand: Jahrbuch 2001/02, S. 19.

<sup>1042</sup> Gespräch mit Peter Struck, in: *Vorwärts* Nr. 12/2003-1/2004, S. 50.

Olaf Scholz erklärte zum zweiten Jahrestag der Anschläge in den USA, dass dem Terrorismus durch eine „Weltinnenpolitik“ begegnet werden müsse, „die zur Bekämpfung der Armut, zu demokratischen Strukturen und zum friedlichen Interessenausgleich (...) beiträgt.“<sup>1043</sup> Diese „Weltinnenpolitik“ gibt es – trotz aller Anstrengungen in diese Richtung – laut Peter Struck immer noch nicht: *„Zumindest hat sich seit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges einiges in diese Richtung bewegt. Die Welt ist durch die Globalisierung viel enger zusammen gerückt. Die weltweite Kooperation in Fragen wie dem Klimaschutz oder der Wirtschaft ist so intensiv wie nie in der Geschichte zuvor. Und die Vereinten Nationen haben erheblich an Handlungsspielraum gewonnen, das zeigt alleine die Zahl der Friedensmissionen, die seit 1989 auf den Weg gebracht wurden. Die Folge für uns: Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen.“*<sup>1044</sup>

Bundesfinanzminister Hans Eichel legte die unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Bundesregierung in der internationalen Politik dar: „Wer unsere Außenpolitik unter dem Aspekt des Geldes betrachtet, kommt zu dem Ergebnis, dass wir im militärischen Teil weniger tun als andere vergleichbare Nationen. (...)“ Aber: „Wir sind in den internationalen Organisationen hervorragende Beitragszahler.“

Persönliche Differenzen traten erneut zutage, als Eichel von seinen Beziehungen zum vormaligen Chef des Verteidigungsressorts sprach: „Ich möchte Peter Struck herzlich Dank sagen, dass er sich anders als seine Vorgänger nicht dauernd mit mir herumbalgt, um dann einen nicht vorhandenen Finanzrahmen weiter dehnen zu können.“<sup>1045</sup> Rudolf Scharping hatte öffentlich immer wieder gefordert, dass der Sparkurs der Bundesregierung nicht davon abhalten dürfe, „unsere internationalen Verpflichtungen auf Dauer zu erfüllen.“<sup>1046</sup> Tatsächlich machten und machen der Truppe Engpässe beim Material, unzureichende Transportmöglichkeiten und strukturelle Probleme zu schaffen.<sup>1047</sup> Doch aller

---

<sup>1043</sup> SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 209/03 vom 11.09.2003 (Olaf Scholz zum 11. September: „Bekämpfung des Terrors bleibt Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.“)

<sup>1044</sup> Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

<sup>1045</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003, S. 261.

Vgl. DER SPIEGEL Nr. 17/2000, S. 34f.

<sup>1046</sup> Gespräch mit Rudolf Scharping, in: *Vorwärts* Nr. 5/2001, S. 32.

Vgl. DER SPIEGEL Nr. 30/1999, S. 32.

<sup>1047</sup> Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer

Widerstand des Verteidigungsministers war vergeblich: Eichel hatte die volle Rückendeckung des Bundeskanzlers. Belegt ist dies in einem Referatsvermerk an Kanzleramtschef Steinmeier: Das Verteidigungsministerium müsse „grundsätzlich wie jedes andere Ressort auch seinen solidarischen Konsolidierungsbeitrag erbringen. Neue finanzwirksame Vorhaben müssen im eigenen Bereich durch Umschichtung finanziert werden.“<sup>1048</sup>

Jedoch nicht nur Scharping kam in Konflikt mit Eichel. Auch die damalige Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul spart nach dem Ende ihrer Amtszeit nicht mit Kritik am Finanzminister: *„In meiner elfjährigen Amtszeit habe ich einmal an Rücktritt gedacht. Das war der Zeitpunkt, als der damalige Finanzminister Hans Eichel Kürzungen im Etat meines Ministeriums veranlasste, die anders verabredet waren. Mir war diese Art von Automatismus beim Sparen fremd. Erst nach einem Gespräch mit Erhard Eppler, dem in seiner Amtszeit ähnliches widerfahren war und der mit Rücktritt reagierte, habe ich von diesem Plan Abstand genommen. Mir schien es in dieser Situation wichtiger, weiter für ein starkes entwicklungspolitisches Engagement zu streiten, statt kampfflos aufzugeben.“*<sup>1049</sup>

Ratgeber Eppler selbst befand sich 1974 in einer ähnlichen Lage. Er jedoch stellte Prinzipientreue vor Kabinettsdisziplin und verließ die Bundesregierung nach einem Streit mit Kanzler und Finanzminister: *„Zurückgetreten bin ich 1974 bekanntlich, weil der neue Finanzminister Hans Apel mit dem Segen des neuen Kanzlers (...) meinen Haushalt gründlich zusammengestrichen hatte.“*<sup>1050</sup>

Peter Struck wurde - von Schröder später bilanzierend - als der Akteur genannt, der dem Kanzler 2002 als geeignetster für das Amt des Verteidigungsministers erschien, denn Struck habe „diese Aufgabe tatsächlich hervorragend bewältigt. Von den Soldaten hoch geachtet und von seinen Kollegen als verlässlicher, kooperativer Partner sehr geschätzt. Auch wenn er nur drei Jahre dieses Amt

---

bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. – Berlin 2003, S. 479.

<sup>1048</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder. Die Biographie, S. 497.

<sup>1049</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

<sup>1050</sup> Eppler, Erhard: Links leben, S. 150.

innehatte, muss man anerkennen, dass Peter Struck zu den bedeutendsten deutschen Verteidigungsministern gehört.“<sup>1051</sup>

#### 6.2.2 Auf dem Weg zu einer Berufsarmee?

Die wichtigste Veränderung zu vorangegangenen Beschlüssen erfolgte in Bochum in Bezug auf die Wehrpflicht. Eine SPD-Fachkonferenz sollte dem nächsten ordentlichen Parteitag im Jahr 2005 eine Empfehlung vorlegen, welche Form der Wehrverfassung für die Zukunft gelten sollte. Insbesondere junge SPD-Politiker plädierten für eine Abschaffung der Wehrpflicht. Sie glaubten, dass die Wehrpflicht zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr gerade bei weltweiten Kriseneinsätzen keine Rolle mehr spiele. Auch dem Argument, dass die Wehrpflicht zur stärkeren Verankerung der Soldaten in die Gesellschaft beitrage, konnten sie nichts abgewinnen: Die Wehrpflicht habe weder die Teilnahme des deutschen Militärs am Ersten, noch am Zweiten Weltkrieg verhindern können.<sup>1052</sup> Vertreter der Parteilinken glaubten, dass sich die Bundeswehr in einem „europäischen Kontext“ neu orientieren und darin spezielle Aufgaben übernehmen sollte.<sup>1053</sup> Die Wehrpflicht wurde als obsolet betrachtet.

Sowohl der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping als auch sein Amtsnachfolger Peter Struck lehnten und lehnen eine reine Berufsarmee ab. Sie argumentierten, dass die Verankerung des Militärs in der Gesellschaft und die Rekrutierung geeigneten Personals optimal über das Institut der Wehrpflicht liefen. Alle anderen Wehrformen hätten sich zusätzlich als die teurere Variante erwiesen.

Kurt Beck war noch im Juli 2016 davon überzeugt, dass das Aussetzen der Wehrpflicht – auch im Abgleich mit den Erfahrungen anderer Staaten – falsch war: *„Die Erfahrungen in Frankreich damals mit der Abschaffung der Wehrpflicht waren nicht gut. Klar war immer, dass es um eine Umorganisation der Bundeswehr und um eine Anpassung an die veränderten Anforderungen gehen*

---

<sup>1051</sup> Schröder, Gerhard: Entscheidungen, S. 438.

<sup>1052</sup> Vogt, Ute: Wehrpflicht abschaffen?, in: *Vorwärts* Nr. 5/2002, S. 13.

<sup>1053</sup> Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

*musste. Ebenso um die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft. Die Entscheidung zum Aussetzen der Wehrpflicht war in meinen Augen unzureichend vorbereitet. Besser hätte man die Attraktivität des Berufsbildes „Soldat/in“ erhöht. Die Zugänge, Aufstiegsmöglichkeiten und die Anerkennung von Qualifikationen auch für ein später ziviles Berufsleben hätten gesteigert werden sollen. Es gab nicht genügend Anreize für eine Freiwilligenarmee. Dem damals entscheidenden Minister zu Guttenberg ging es um Effekthascherei statt um Inhalte. Darunter leidet die Bundeswehr bis heute.“<sup>1054</sup>*

Der Außenpolitiker Rolf Mützenich betrachtet solche Äußerungen als nachträgliche Verklärung der Wehrpflicht.<sup>1055</sup> Unterstützung erhält Mützenich in dieser Frage durch Heidemarie Wieczorek-Zeul: *„Ich bin schon früh für eine Abschaffung der Wehrpflicht gewesen. Die SPD-Basis war in dieser Frage lange gespalten. So votierte beispielsweise mein Bezirk, Hessen-Süd, mit einer knappen Mehrheit für die Abschaffung. Demgegenüber befürchteten Beck und Müntefering, dass die Angehörigen der Bundeswehr es als Ablehnung ihrer Arbeit begreifen könnten. Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht war eine gute sicherheitspolitische Entwicklung.“<sup>1056</sup>*

### 6.2.3 Die Debatte um eine künftige Wehrverfassung

Den Beschlüssen zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe entsprechend befasste sich die SPD ab Dezember 2004 intensiv mit der Zukunft von Wehrpflicht und -gerechtigkeit. Den Auftakt machte eine Fachtagung des SPD-Parteivorstandes zu diesem Thema. Von dieser Tagung berichtete die stellv. Parteivorsitzende Wieczorek-Zeul dem Parteivorstand schriftlich. Gleich zu Beginn analysierte Wieczorek-Zeul den Streit diesbezüglich innerhalb der SPD. Ihrer Meinung nach war dieser Streit kein Nachteil, sondern – insbesondere im Abgleich zu anderen Parteien – Ausdruck einer gesunden Diskussionskultur: *„In der SPD gibt es, wie in der Gesellschaft, zum Thema Wehrpflicht unterschiedliche Meinungen. Die SPD greift diese gesellschaftliche Debatte als einzige Partei auf. Alle anderen*

---

<sup>1054</sup> Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

<sup>1055</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

<sup>1056</sup> Heidemarie Wieczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

Parteien sind in dieser Frage entschieden. Wir sind in dieser Frage nicht zerstritten. Wir diskutieren über den besten Weg. Wir wollen diese Diskussion gemeinsam konstruktiv führen und eine Lösung finden, die eine breite Mehrheit hat.“<sup>1057</sup> Weiterhin schrieb sie: „Es wurde schnell klar, dass die SPD eine allgemeine Dienstpflicht ablehnt – sie kommt aus politischen, juristischen und organisatorischen Gründen nicht in Frage.“<sup>1058</sup>

Die festgehaltenen Eckpunkte der Fachtagung sind offenkundig darauf bedacht, allen Seiten der Diskussion festzuhalten und ihnen in der weiteren Debatte Raum zu geben – eine inhaltliche Vorab-Entscheidung in die eine oder in die andere Richtung erfolgte somit nicht:

„ - Es ist in vielen Diskussionen deutlich geworden, dass die Wehrpflicht nicht zwingend notwendig ist, um den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Es ist aber auch nicht belegt worden, dass es ausschließlich ohne sie geht.

- Es gibt gute Argumente, die Wehrpflicht beizubehalten, z.B. die schnelle Aufwuchsfähigkeit und die Gewinnung von Nachwuchs.
- Es gibt auch Gründe für eine Freiwilligenarmee: ggf. noch höhere Professionalität und exzellente Ausbildung der Soldaten für schwierige, komplexe Situationen; hohe Flexibilität und schnelle Einsatzfähigkeit. Die meisten wichtigen Bündnispartner haben sich bereits für Freiwilligenarmeen entschieden.
- Die Wehrpflicht hat bisher dazu beigetragen, die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft zu sichern. Das Prinzip der Inneren Führung muss unabhängig von einer Reform der Wehrverfassung weiterentwickelt werden, gerade weil sich Aufgaben und Struktur der Bundeswehr ändern.
- Die gewichtigsten Argumente beziehen sich auf die Verankerung in der Gesellschaft. Jeder Einsatz der Bundeswehr muss im Deutschen Bundestag beschlossen werden und führt zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion (...).

---

<sup>1057</sup> SPD-Parteivorstand: Kurzbericht zur Vorlage für den Parteivorstand, 6. Dezember 2004, Fachtagung des SPD-Parteivorstandes „Zukunft der Wehrverfassung“.

<sup>1058</sup> Ebd.

- Die Wehrgerechtigkeit stellt uns bei der Beibehaltung der Wehrpflicht vor große Probleme – hier müssen wir innovative Modelle prüfen.“<sup>1059</sup>

Auch auf dem Bundesparteitag 2005 in Karlsruhe startete die Partei als Juniorpartner in einer Großen Koalition programmatisch noch mit der Aussage des Beibehaltens einer Wehrpflicht in die Regierungsarbeit. Heidemarie Wiczorek-Zeul verwies die Delegierten darauf, dass „in der Koalitionsvereinbarung im Rahmen dieser großen Koalition das Fortbestehen der Wehrpflicht beschlossen“ wurde.<sup>1060</sup> Dennoch wurde es im Rahmen einer längerfristigen Debatte als notwendig erachtet, die Anträge zur Abschaffung der Wehrpflicht in die Programmkommission zu überweisen und in naher Zukunft eine Debatte hierüber zu ermöglichen.

---

<sup>1059</sup> SPD-Parteivorstand: Kurzbericht zur Vorlage für den Parteivorstand, 6. Dezember 2004, Fachtagung des SPD-Parteivorstandes „Zukunft der Wehrverfassung“.

<sup>1060</sup> SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005, S.127.

## 7 Fazit

Die SPD des Jahres 2005 war auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik in einzelnen Positionen kaum noch mit der Partei zu vergleichen, die sie im Jahre 1993 gewesen ist.

Teils durch selbst herbeigeführte, oftmals quälend lange Debatten, teils durch den Zwang äußerer Umstände, hatte die SPD einen umbruchartigen Entwicklungsprozess durchlaufen.

Die SPD musste sich nach den enormen Veränderungen durch das Ende der Blockkonfrontation mit der Tatsache auseinandersetzen, dass von Deutschland ab diesem Zeitpunkt eine aktivere Rolle in der Weltpolitik erwartet wurde.

1993 galt für eine deutliche Mehrheit in den Gremien und auf Parteitag jedoch noch weiterhin, dass man sich nicht verbiegen lasse, und mit einer SPD-geführten Bundesregierung sollte es kein Abrücken vom Kurs einer gewaltfreien internationalen Politik geben.

Auch wenn erste führende Parteimitglieder wie Florian Gerster, Karsten Voigt, Norbert Gansel oder Hans-Ulrich Klose eine Debatte über die mögliche Beteiligung Deutscher an Kampfeinsätzen eröffneten, blieb die Partei in Beschlüssen auf Bundesparteitagen bei ihrer Position: Frieden erhalten ja – Frieden schaffen nein! Die SPD behielt mehrheitlich auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik die Einstellung, dass auch ein nun souveränes, wiedervereinigtes Deutschland mit keinerlei weltpolitischen Machtansprüchen ausgestattet sein dürfte. Dies beinhaltete eine defensive Rolle der Bundeswehr.

Mit dem Jahr 1994 öffnete sich die SPD nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes für eine deutsche Beteiligung an Blauhelm-Einsätzen. Die Parteilinke wäre nach diesem Schritt gerne im Status quo verharret. Doch die Entwicklungen auf dem Balkan zwangen die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages, sich klar für oder gegen die Anwendung von Gewalt zur Lösung eines Konfliktes auszusprechen.



## War die SPD ihrer Aufgabe als Oppositionspartei gerecht geworden?

Mit der Zustimmung zur Androhung von Gewalt entfernte sich die SPD von ihrer bisherigen Linie. Einige Mitglieder der Parteiführung sahen diesen Richtungswechsel in einem weitaus wichtigeren Gesamtzusammenhang: Rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl sollte die größte Oppositionspartei sowohl in den Augen der eigenen Bevölkerung als auch im Blickfeld der Verbündeten als „realitätstauglich“ erscheinen. Doch nur einige Wenige schritten voran, und die Partei schleppte sich zögernd hinter den neuen Kursvorgaben hinterher. Dringend notwendige Grundsatzdiskussionen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben und schufen erhebliche Glaubwürdigkeitsverluste unter den eigenen Anhängern.<sup>1061</sup> Ein strategisches Defizit stellte sich in Form des fehlenden Interesses zum sicherheitspolitischen Diskurs in den Gremien dar. Ein einfaches „Weiter so“ genügte zwar nicht mehr, wurde aber nicht durch aufeinander aufbauende Debatten ersetzt.

Mit dem 1999 folgenden Kosovo-Krieg zeigte sich sehr deutlich: Die SPD war 1998 außenpolitisch noch nicht auf die Übernahme von Regierungsverantwortung vorbereitet. Die Partei war gefangen zwischen moralischen Ansprüchen im Hinblick auf die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, der Treue im Bündnis sowie der Wahrung von deutschen Interessen in Bezug auf die Stabilisierung der Verhältnisse auf dem Balkan.

Es wurde ebenfalls offensichtlich, dass die Sozialdemokratie mit ihren alten Friedenssehnsüchten programmatisch nicht mehr das widerspiegelte, was große Teile der Welt von ihr erwarteten. Sozialdemokraten befehligten Militäreinsätze, welche noch zu Zeiten von einem Kanzler Kohl für die meisten Sozialdemokraten undenkbar gewesen waren.<sup>1062</sup>

---

<sup>1061</sup> Vgl. Lösche, Peter: Die SPD nach Mannheim: Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B6/96, S. 21.

Vgl. auch Decker, Frank und Julia von Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 1/2002, S. 158.

<sup>1062</sup> Walter, Franz: Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004, S. 94.

Verglichen mit dem Verhalten der Oppositionspartei SPD zwischen 1993 und 1998 kann die Meinung vertreten werden: Hätte die SPD nicht in Regierungsverantwortung gestanden, so hätte sie mit großer Wahrscheinlichkeit gegen den Militäreinsatz gestimmt.<sup>1063</sup>

Diese These ruft aber auch Widerspruch hervor, der sich mit dem langwierigen Entwicklungsprozess der SPD beschreiben lässt, denn: Der Weg hin zu einem umfassenderen militärischen Engagement war bereitet worden. Die sich kumulierenden Menschenrechtsverletzungen durch das serbische Militär verlangten eine deutliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft.

An dieser Stelle sei ein bedeutsamer Aspekt berücksichtigt: Es stellte sich zu Beginn dieses Forschungsprojektes auch die Frage, ob die SPD – anders als andere im Bundestag vertretene Parteien – zu sehr auf die Oppositionsrolle fixiert sei, ja: sich selbst nur allzu gern auf die Rolle einer opponierenden politischen Kraft festlegt.

Diese Meinung kann zweifelsohne vertreten werden.

Die SPD tat und tut sich - wie oben gezeigt - in den Führungsgremien, auf den Parteitag und in den Gliederungen wesentlich schwerer mit pragmatischem Handeln im Regierungsalltag als andere Parteien. Aus diesem Grund wird bezweifelhaft, dass sich die SPD in ihrer Rolle als Oppositionspartei „regierungsfähig“ halten konnte. Mit der Wahrnehmung von Verantwortung in Oppositionszeiten (z.B. Zustimmung zu Regierungsvorlagen oder proaktive Gesprächsführung) – und hier muss man sehr genau differenzieren – hat dies zunächst einmal nicht viel zu tun. Hinzu kommt, dass innerhalb der SPD keine einheitliche Definition von „Regierungsfähigkeit“ existiert. In der Darstellung bezog sich dieser Begriff auf den Umgang mit militärischen Anforderungen. Für die Parteilinke stellt sich „Regierungsfähigkeit“ so nicht dar. Konfliktprävention, Verhandlungen und humanitäre Hilfe wird hier als bedeutsam erachtet.

---

<sup>1063</sup> Vgl. Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Berlin – Frankfurt a.M. 2003, S. 470.

Vgl. Bellers, Jürgen u.a. (Hg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München-Wien 2001, S. 65.

An dieser Stelle wird die Feststellung Schöllgens geteilt, dass die Sozialdemokraten „sich in der Regierungsverantwortung nie richtig wohlfühlten und ihre oppositionelle Attitüde selbst dann nicht ablegten, wenn einer der ihren Kanzler war. Hinzu kommt, dass die Sozialdemokraten die Machtfülle, die ein Kanzler nun einmal in Händen hält, immer mit Argusaugen und Misstrauen betrachtet haben – weil ihnen Macht per se verdächtig ist und sie das Gefühl nicht loswurden, ein der Partei entfremdeter Kanzler könnte seine Macht gegen sie wenden. Keine parlamentarische Opposition hätte einen sozialdemokratischen Kanzler so effizient demontieren können, wie die eigene Partei und insbesondere die eigene Fraktion das immer wieder getan haben.“<sup>1064</sup> Die SPD neigt in ihren Extremen dazu, den eigenen Bundeskanzler zu stützen oder zu stürzen.

Bundeskanzler Schröder nutzte 1999 die wenig gefestigte Position der SPD, um mit ethisch-moralischer Rechtfertigung sowie dem ständigen Verweis auf dringend notwendige Bündnistreue den deutschen Kampfeinsatz zu rechtfertigen und eine neue Sicherheitspolitik innerhalb der Sozialdemokratie durchzusetzen. Er war jedoch nicht so naiv daran zu glauben, dass die große Abneigung seiner Partei gegenüber militärischen Interventionen irgendwann einmal überwunden sein würde.<sup>1065</sup>

Selbst Vertreter der Parteilinken sahen sich in (Regierungs)Amt und Würden in die politische Lage versetzt, für die neue Linie der Regierung einzustehen. So gelangte die frisch ernannte Bundesministerin Wiczorek-Zeul zu Einsichten, für die sie andere Sozialdemokraten fünf Jahre zuvor noch der Kriegstreiberei beschuldigt hätte.

Die auf Parteitag, im Bundestag und in den Medien heftig geführte interne Debatte ließ die SPD als vollkommen zerstritten erscheinen. Erst nach Beendigung des Kampfeinsatzes – welcher (wie gezeigt) sämtlichen gültigen Parteitagsbeschlüssen widersprach - setzte sich die SPD mit der Definition einer neuen außenpolitischen Positionierung auseinander. Respekt kann man der Parteiführung für ihre Arbeit zollen, mit welcher sie die zerrissene Sozialdemokratie nach der NATO-Operation wieder zusammen führte.

---

<sup>1064</sup> Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, S. 238.

<sup>1065</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2./3. Oktober 2004 (Gespräch mit Gerhard Schröder).

Mit dem Kampf gegen den Terror nach dem 11. September 2001 erfolgte die nächste Zeitenwende für sozialdemokratische Außenpolitik: Die Bundeswehr ist seitdem weltweit im Einsatz. Sowohl in der Partei als auch in der Fraktion hatte es seit der Übernahme von Regierungsverantwortung einen erheblichen Lernprozess gegeben: Allmählich setzte sich die Einsicht durch, dass – konfrontiert mit globalem Terrorismus - Frieden in Europa notfalls in anderen Teilen der Welt erstritten und verteidigt werden muss.

Die SPD konnte ihrer Wählerklientel jedoch nicht glaubhaft vermitteln, weshalb man nun in Regierungsverantwortung so plötzlich militärische Gewalt als probates Mittel betrachtete. Diese Einschätzung wird bestätigt durch die hohe Mobilisierungskraft des Themas „Nein zu einem Krieg im Irak!“ während des Bundestagswahlkampfes 2002. Mit der Darstellung einer aktiven Friedenspolitik konnte die SPD ihre Stammwählerschaft mobilisieren und gewann die Wahl überraschend auf der Zielgeraden. Ferner hätte eine öffentliche Definition von deutschen Interessen in der internationalen Politik der Bundesregierung geholfen, manches argumentative Problem zu überwinden. Denn neben der menschenrechtlichen Begründung gelten bei einer Interventionsentscheidung nach allgemeiner Lehre auch politisch-ökonomische Belange als ausschlaggebend.<sup>1066</sup> Noch heute erhält man von Sozialdemokraten – ob links oder rechts im Spektrum der Partei verortet – die einmütige Zustimmung zu Schröders damaliger Politik.<sup>1067</sup>

Einen Teilbereich der Sicherheitspolitik hatte die SPD als Diskussionspunkt offenbar aus den Augen verloren: die Rüstungsexportpolitik. Waren die Wahlprogramme der neunziger Jahre noch mit deutlichen Forderungen nach einer reduzierten Waffenausfuhr gekennzeichnet, so sah die Realität in Regierungsverantwortung gänzlich anders aus. Selbst aktive Außenpolitiker blicken selbstkritisch zurück: *„Ich hätte mir da mehr gewünscht. Die Stimmung in der SPD und in der Mehrheit der Bevölkerung ist nämlich eine andere als das damalige und aktuelle Regierungshandeln. Rüstungsentscheidungen werden*

---

<sup>1066</sup> Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Hamburg 2002, S. 226.

Vgl. Clement, Rolf: Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2002, S. 41.

<sup>1067</sup> Vgl. Rainer Sontowski, Kurt Beck, Peter Struck u.a. in Gesprächen mit dem Verfasser.

*außenpolitischen Interessen untergeordnet. Dies ist nicht zuletzt ein eklatanter Verstoß gegen das Grundgesetz, denn dies ist in Art. 26 (2) eindeutig.*“, so Rolf Mützenich im Herbst 2016.<sup>1068</sup>

### **Friedenskanzler Gerhard Schröder?**

Die Frage, ob Gerhard Schröder als „Friedenskanzler“ bezeichnet werden kann, ist nicht einfach zu beantworten. Schließlich war er es, der eine anhand von Grundsatz- und Wahlprogrammen auf Friedenserhaltung und strenge militärische Zurückhaltung ausgelegte Regierungskoalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen aktiv in eine Kriegshandlung auf dem Balkan führte. Diese Entscheidung verstieß – zweifelsohne – gegen die Programmatik der beiden Parteien, sowohl in Grundsatz- als auch in Wahlprogrammen. Darüber in den Parteien zu streiten und die Programmatik zu ändern, wäre allerdings jederzeit möglich gewesen. Zusätzlich verstieß der Einsatz gegen das international geltende Völkerrecht, da die NATO in eigenem Auftrag handelte und die an dem Einsatz beteiligten Staaten auf eine UN-Mandatierung verzichteten (verzichten mussten?!).

Ganz offensichtlich ist bis heute versäumt worden, völkerrechtliche Normen den veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen anzugleichen. Dieses Versäumnis liegt nicht in der Schuld deutschen Regierungshandelns, sondern ist Ausdruck des komplexen Aushandlungsverfahrens in den Vereinten Nationen. Das Verharren in Regelwerken, die vom Kalten Krieg geprägt waren, verhinderte und verhindert weiterhin ein flexibles Eingreifen innerhalb zulässiger Vorgaben des Völkerrechts.

Wie gezeigt, nahm Schröder diesen Bruch jedoch ganz bewusst in Kauf, um gegen „das Recht des Stärkeren“ vorzugehen und die ethnischen Säuberungen zu beenden. Festzuhalten ist, dass es lediglich ein Interesse Deutschlands gab: Aus humanitären Gründen eingreifen, und einen Flüchtlingsstrom nach Mitteleuropa

---

<sup>1068</sup> Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

unterbinden.<sup>1069</sup> Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man Krieg als Mittel zur Herstellung von Frieden diskutieren.

Ein Ergebnis des Bundeswehreinsatzes über dem Kosovo war jedoch die (Wieder)Herstellung staatlicher Souveränität und das Ausschalten eines kriegerischen Aggressors, nämlich Serbiens. Schröders Vorgehen kann schon deshalb nicht als ungezügelter Anwendung militärischer Mittel bezeichnet werden, da die ihn im Bundestag tragenden Parteien kritisch darauf achteten, dass militärische Mittel a) zeitlich begrenzt, b) ausschließlich durch Luftangriffe und damit eben nicht ausufernd mit Truppen am Boden und c) nach Beendigung des Einsatzes durch zivile Elemente nach und nach ersetzt wurden (Wiederaufbau, medizinische Versorgung etc.).

Die Verweigerung der Gefolgschaft gegenüber den USA 2002/2003 durch die rot-grüne Bundesregierung ist seine Leistung, und „hat die politische und moralische Stellung Deutschlands in der Welt aufgewertet.“<sup>1070</sup> Schröders Politik der offensiven Konfrontation mit den USA versperrte nicht den Weg des Dialoges – dieser war von US-Seite gar nicht gewollt.

Ebenso verhinderte der Bundeskanzler keine europäische Lösung – der Riss ging quer durch Europa. Spätestens seit dem beginnenden Widerstand Frankreichs war Deutschland nicht mehr das einzige ökonomisch und politisch einflussreiche Land innerhalb der EU, das sich gegen den Kurs der Amerikaner stellte.

Und schließlich isolierte Rot-Grün Deutschland nicht – die Regierung sorgte dafür, dass Deutschland zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr nur in vasallenhafter Treue zum Partner jenseits des Atlantiks stand – die Bundesrepublik demonstrierte nun, dass militärische Zurückhaltung auch weiterhin Teil der politischen Kultur Deutschlands sein würde. Auch wenn es schlechter Stil auf Grund der Instrumentalisierung einer außenpolitischen Frage zu innenpolitischen Zwecken war – Schröder söhnte nach den Einsätzen der

---

<sup>1069</sup> Vgl. Heye, Uwe-Karsten: Vorwärts extra, S. 112.

<sup>1070</sup> Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht, S. 452.

Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan seine Partei ein Stück weit mit ihm aus.<sup>1071</sup>

Und nicht nur das: Festzustellen ist auch, dass Schröder, der sich zumindest zu Beginn seiner Amtszeit gerne durch den Eindruck von Leichtlebigkeit von seinem Amtsvorgänger abheben wollte, der für die Ausübung des Amtes eines Bundeskanzlers nötige Ernst zugestanden wurde. Man kann bilanzieren, „Schröder verdankt es vor allem Kriegen, dass er sieben Jahre regierte (...) Die militärischen Konflikte (...) konfrontierten den hannoverschen Halldri unverhofft und brutal mit dem Ernst des Lebens. Und zur allgemeinen Überraschung stand er die ersten Kriegseinsätze, in die deutsche Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv verwickelt waren, mit Ernst und mit Haltung durch.“<sup>1072</sup>

Zusammenfassend: Der Bundeskanzler setzte militärische Mittel einmal zur Friedensschaffung (Kosovo), und einmal zur Friedenserhaltung (Afghanistan) ein. Die dritte Anfrage (Irak) nach militärischem Beistand beschied er – aus den oben genannten Gründen – negativ und forderte andere Mittel zur Konfliktlösung ein. Somit kann Gerhard Schröder als Bundeskanzler bezeichnet werden, dem der Frieden in seiner Herstellung bzw. Bewahrung wichtiger Teil seiner außen- und sicherheitspolitischen Positionierung gewesen ist.

### **Kontinuität im Handeln: Entscheidungen betreffen den Einzelfall**

Aus dieser Haltung folgend ist die Einhaltung eines Versprechens aus der Oppositionszeit bemerkenswert: Die SPD hatte sowohl zwischen 1995 und 1998 als auch nach der Übernahme von Regierungsverantwortung sehr deutlich festgelegt: Deutschland werde nicht grundsätzlich dem Einsatz von Militär bei der Entschärfung von Konflikten in der Welt zustimmen. Diese Klausel ermöglichte es in den Oppositionsjahren ab 1995, als Bundestagsfraktion frei von Parteitagsbeschlüssen auf eintretende Ereignisse durch Zustimmung oder Ablehnung im Deutschen Bundestag reagieren zu können. Eine Verabredung, die

---

<sup>1071</sup> Vgl. Höll, Susanne: Vorwärts extra, S. 113.

<sup>1072</sup> Der Spiegel, Wahlsonderheft 05 vom 19.09.2005, S. 49.

ihren Ursprung in der Auseinandersetzung zwischen Scharping und Lafontaine hatte und die dann auch in Regierungsverantwortung weiter beibehalten wurde.

Somit stellte sich die SPD keine neuen inhaltlichen Hürden in ihrer außenpolitischen Positionierung. Sondern sie regelte die Art und Weise des Vorgehens, also schlicht: das Verfahren.

Eine Entscheidung sollte jedes Mal von Fall zu Fall getroffen werden. Dies ist bisher dreimal – im Kosovo, in Afghanistan und im Irak - geschehen. Damit hat sich ein großes Stück Pragmatismus in der sozialdemokratischen Außenpolitik breit gemacht. Und dieser ist wichtig, um ohne ideologische Fesseln den neuen Herausforderungen begegnen zu können.

### **Handlungsoptionen**

Als bislang größter institutioneller Fehler kann die unzureichende Beschäftigung mit außenpolitischen Fragestellungen während der Oppositionszeit betrachtet werden. Dieser Fehler muss sich jedoch in Zukunft nicht zwangsläufig wiederholen. Es wäre u.a. eine intensivere Beschäftigung mit den Anliegen und Denkweisen der Akteure im Militär zu empfehlen. Durch Implementierung der folgenden institutionellen Ergänzungen ließen sich Brüche zwischen Oppositionsarbeit und darauffolgender Regierungsverantwortung abmildern:

- 1) Der Parteivorstand bildet eine ihm direkt zuarbeitende Planungsgruppe „Außen- und Sicherheitspolitik“. Diese stellt keinen – bisher ja schon existierenden - Arbeitskreis dar, sondern setzt sich aus den Fachpolitikern in PV und Fraktion sowie aus den aktiven und ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung zusammen, die außenpolitisch Verantwortung tragen oder trugen. So dürfte es für ehemalige Bundesminister und (Parlamentarische) Staatssekretäre nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine spannende Herausforderung sein, die SPD mit dem eigenen Erfahrungsschatz auf dem Weg in die Zukunft auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein Stück weit zu begleiten.



- 2) Durch Beschluss eines ordentlichen Bundesparteitages verpflichtet sich die SPD, zukünftig auf jedem (!) ordentlichen Parteitag der Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik Raum zu geben. Selbst wenn keine gravierenden Veränderungen zu beraten oder weltpolitische Ereignisse zu verarbeiten sind, sollte sich das oberste Beschlussorgan der SPD bei jeder Zusammenkunft „up to date“ halten und somit aktuelle Entwicklungen frühzeitig in die Beratungen einfließen lassen. Ein Aufschieben unbequemer Debatten würde sich erledigen. Unbequem dürften die Diskussionen ohnehin nur dann gewesen sein, wenn eine Beschäftigung mit außenpolitischen Herausforderungen nur unzureichend oder zu spät erfolgte. Die oben beschriebene Arbeitsgruppe bereitet einen Antrag bzw. eine Sachstandsmitteilung zu jedem Parteitag vor bzw. wirkt daran mit.
  
- 3) Der PV richtet eine Kontaktgruppe „Bundeswehr“ ein. Aufgabe dieser Kontaktgruppe ist die regelmäßige und fortwährende Beziehungspflege zu den Angehörigen der Bundeswehr und der ebenso regelmäßige Besuch an Standorten. Die Hinweise, die Scharping in einer PV-Sitzung und Skarpelis-Sperk wie auch Beck in den Gesprächen zu dieser Arbeit gaben, zeigen eine zu große, teils historisch veranlagte Distanz der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik zum Militär auf. Der ständige Kontakt und ein sicherheitspolitisches Netzwerken ließe die Skepsis auf beiden Seiten sinken. Das darf keine kritiklose Nähe zueinander bedeuten. Aber lediglich auf Georg Leber als „Soldatenvater“ vor vierzig Jahren zu verweisen, ist zu wenig. Die SPD muss sich zuverlässig auf die Bundeswehr zubewegen und viele starke Gesprächsfäden knüpfen.

### **Perspektive**

Die SPD hatte zwar immer ein Interesse daran, pazifistische Meinungsbilder in ihre Gesamtpolitik zu integrieren, sie war jedoch niemals eine pazifistische Partei. Sie wird somit wahrscheinlich auch in Zukunft nicht ohne oft zähe und anstrengende Diskussionen pauschal dem Einsatz von militärischer Gewalt zustimmen. Die Partei wird in Oppositionszeiten erneut das Denkbare dem Machbaren vorziehen. Und sie wird bei sicherheitspolitisch relevanten Fragestellungen mit sich ringen. Aber: Am Ende eines Diskussionsprozesses wird immer eine Zustimmung stehen. Handlungsoptionen zur Abfederung möglicher Konflikte wurden aufgezeigt.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

- Anda, Bela und Rolf Kleine: Gerhard Schröder. Eine Biographie, Berlin 1996.
- Appelius, Stefan: Heine – Die SPD und der lange Weg zur Macht, 1. Auflage, Essen 1999.
- Bahr, Egon (Hg.): SPD – Porträt einer Partei, München - Wien 1980.
- Baring, Arnulf und Gregor Schöllgen: Kanzler-Krisen-Koalitionen, Berlin 2002.
- Beck, Kurt: Ein Sozialdemokrat, 1. Auflage, München 2008.
- Bellers, Jürgen u.a. (Hg.): Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München - Wien, 2001.
- Blumenwitz, Dieter: Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus, in: Zeitschrift für Rechtspolitik Nr. 3/2002.
- Bruckmann, Wolfgang: Diskurs statt Erneuerung!, in: Vorwärts vom November 1993.
- Bruckmann, Wolfgang: SPD sucht Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1997.
- Burchardt, Rainer und Werner Knobbe: Björn Engholm. Die Geschichte einer gescheiterten Hoffnung, Stuttgart 1993.
- Bundesverfassungsgericht: Entscheidung vom 17.08.1956, 1 BvB 2/51.
- Clement, Rolf: Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2002.
- Clement, Rolf: Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004.
- Decker, Frank und Julia von Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 1/2002.
- Decker, Frank: Die Macht der Gesäßgeografie, in: Berliner Republik Nr. 4/2002.
- Ditfurth, Christian von: SPD – eine Partei gibt sich auf, Berlin 2000.
- Dowe, Dieter (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Auflage, Bonn 1984.
- Dowe, Dieter (Hg.) : Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996.
- Eppler, Erhard: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen, Berlin 2015.
- Eppler, Erhard: Nein-Non-Njet, in: Vorwärts Nr. 4/2003.
- Eppler, Erhard: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a.M. 2002.
- Erlar, Gernot: Der Kosovo-Krieg ein Jahr danach: Rückblick, Bilanz, Lehren, in: Recht und Politik Nr. 1/2000.

- Erler, Gernot: Kosovo. Die Aporien des internationalen Systems, in: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte Nr. 5/99.
- Erler, Gernot: Krieg im Irak? Das Nein hat gute Gründe, in: Vorwärts Nr. 3/2003.
- Euchner, Walter: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Ordnung; in: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993.
- FDP-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Das Programm der FDP zur Bundestagswahl 1994, Bonn 1994.
- Filmer, Werner und Heribert Schwan: Wolfgang Schäuble. Politik als Lebensaufgabe, 1. Auflage, München 1992.
- Funke, Manfred: Zwischen Staatsvernunft und Gefühlskultur. Aspekte innerer und äußerer Sicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B51/2001.
- Gerster, Florian: Zwischen Pazifismus und Verteidigung. Die Sicherheitspolitik der SPD, Baden-Baden 1994.
- Glock, Florian: Die politischen Orientierungen von Parteitage delegierten, Wiesbaden 2015.
- Glötz, Peter: Die Deutschen in der Zwickmühle, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 1994, 41. Jahrgang, Heft 11.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Grebing, Helga u.a. (Hg.): Die Partei der Freiheit – Willy Brandt und die SPD 1972 – 1992, Bonn 1999.
- Grebing, Helga: Sozialdemokratische Zustände, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 9/1999.
- Groh, Dieter und Peter Brandt: Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992.
- Haberland, Stephan: Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Opposition nach dem Grundgesetz, Berlin 1995.
- Hacke, Christian: Deutschland und die neue Weltordnung. Zwischen innenpolitischer Überforderung und außenpolitischen Krisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B46/1992.
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Frankfurt a.M. - Berlin 2003.
- Hacke, Christian: Die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Außenpolitik. German foreign affairs review Nr.2/98.
- Hacke, Christian: Die Weltmächte und der Kalte Krieg, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995.
- Helms, Ludger: Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen, Opladen 2002.

- Helms, Ludger: Wettbewerb und Kooperation. Zum Verhältnis von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Österreich, Opladen 1997.
- Herres, Volker und Klaus Waller: Gerhard Schröder. Der Weg nach Berlin, München 1998.
- Hoffmann, Bruce: Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 2001.
- Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Westeuropas, 2. Auflage, Opladen 1999.
- Kaiser, Karl, in: Kaiser, Karl und Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn 1995.
- Kaiser, Karl: Eine Welt in Sicherheit und Frieden, in: Scherer, Klaus-Jürgen und Heinrich Tiemann (Hg.): Wechsel '94. Das Regierungsprogramm der SPD. Stellungnahmen aus der Wissenschaft, Marburg 1994.
- Kirchheimer, Otto: Deutschland oder der Verfall der Opposition, in: Hans-Gerd Schumann: Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 – 1965, Bonn 1996.
- Köpf, Peter: Der Neue. Gerhard Schröder – Deutschlands Hoffnungsträger, München 1998.
- Korte, Karl-Rudolf und Manuel Fröhlich: Politik und Regieren in Deutschland, München 2004.
- Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Bonn 2000.
- Krause-Burger, Sibylle: Wie Gerhard Schröder regiert. Beobachtungen im Zentrum der Macht, Stuttgart - München 2000.
- Lafontaine, Oskar : Das Herz schlägt links, München 1999.
- Lafontaine, Oskar: Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien, München 2002.
- Leif, Thomas und Joachim Raschke: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt, Hamburg 1994.
- Leinemann, Jürgen: Höhenrausch, 2. Auflage, München 2004.
- Lösche, Peter und Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1996.
- Lösche, Peter: Die SPD in den neunziger Jahren, in: Politische Bildung Nr. 2/2000.
- Lösche, Peter: Die SPD nach Mannheim: Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B6/96.
- Mantzke, Martin: Der Weizsäcker-Bericht zur Reform der Bundeswehr, in: Internationale Politik Nr. 10/2000.
- Miller, Susanne: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Sozialdemokratie als Lebenssinn: Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD, Bonn 1995.

Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, 3. Auflage, Bonn 1978.

Müller, Albrecht: Willy wählen `72. Siege kann man machen, Annweiler 1997.

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Hamburg 2002.

Naumann, Klaus: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, 1. Auflage, Berlin 1994.

Oberreuter, Heinrich: Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich, Hamburg 1975.

Party of European Socialists (Hg.): Europe 2004. Changing the future, Brussels 2004.

Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945 – 1964, München 1965.

Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, 2. Auflage, Bonn 1978.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Die neue NATO, Bonn 1999.

Rattinger, Hans: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1988.

Risse, Thomas: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/2004.

Rittberger, Volker: German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester – New York 2001.

Ritter, Joachim (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 2, Darmstadt 1972.

Rödter, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969 – 1990, München 2004.

Rosenbaum, Ulrich: Rudolf Scharping, Berlin – Frankfurt a.M. 1993.

Roth, Dieter und Matthias Jung: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B49-50/2002.

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen 1991.

Scharping, Rudolf: Deutsche Außenpolitik muss berechenbar sein, in: Internationale Politik Nr. 8/1995.

Scharping, Rudolf: Was jetzt zu tun ist, München 1994.

Scharping, Rudolf: Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999.

Scharping, Rudolf: Zur Rolle einer demokratischen Armee in der Gesellschaft und im Bündnis, in: Monatshefte des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 2-3/2002.

Schlieben, Michael: Politische Führung in der Opposition, Wiesbaden 2007.

Schmidt, Helmut: Jedermann darf und muss mit unserer Stetigkeit rechnen, Bonn 1982.

Schmitz, Kurt Thomas: Opposition im Landtag. Merkmale oppositionellen Verhaltens in Länderparlamenten am Beispiel der SPD in Rheinland-Pfalz 1951-1963, Hannover 1971.

Schneider, Hans-Peter: Keine Demokratie ohne Opposition, in: Buckmiller, Michael (Hg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik, Hannover 1998.

Schöllgen, Gregor: Ein souveränes Nein, in: Vorwärts Nr. 10/2003.

Schöllgen, Gregor: Gerhard Schröder, 2. Auflage, München 2015.

Schöllgen, Gregor: Willy Brandt, 3. Auflage, Berlin - München 2001.

Schöllgen, Gregor: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B24/2000.

Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, 1. Auflage, Hamburg 2006.

Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München - Zürich 1975.

Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

Schwennicke, Christoph: Warten auf die Flut, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2002, Heft 1.

Sebaldt, Martin: Die Thematisierungsfunktion der Opposition, Frankfurt a.M. 1992.

Seebacher, Brigitte: Willy Brandt, München - Zürich 2004.

SPD-Bundestagsfraktion: Versprochen und Wort gehalten. Zwischenbilanz der rot-grünen Koalition, Berlin 2001.

Steffani, Winfried: Opposition, in: Sontheimer/Röhring (Hg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1978.

Stern, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, München 1984.

Sternberger, Dolf: Lebende Verfassung, Meisenheim (Hain) 1956.

Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD?, München 2009.

Theiler, Olaf: Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation. Tagungsband zum 7. Strausberger Symposium vom 28. bis 30. Juni 2000, Baden-Baden 2001.

Vogt, Ute: Wehrpflicht abschaffen?, in: Vorwärts Nr. 5/2002.

Walter, Franz und Tobias Dürr: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000.

Walter, Franz: Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004.

Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur neuen Mitte, Berlin 2002.

Weizsäcker, Richard von: Vier Zeiten. Erinnerungen, 1. Auflage, Mai 1999.

Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Globalisierung gerecht gestalten, in: Argumente 1/2005.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Band 1, München 2000.

Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998 – 2005, München 2013.

Zeuner, Bodo: Das System Schröder/Fischer oder die unvollständige Abschaffung der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2000.

## **Handakten des SPD-Parteivorstandes**

Antrag des Vorstandsmitgliedes Norbert Gansel für die PV-Sitzung am 13. September 1993.

Änderungsanträge zum Entwurf des Regierungsprogramms (Tischvorlage am 23. April 2002).

Bericht des Präsidiums zur Vorlage in der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Januar 1995.

Brief des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion an die Fraktionsmitglieder vom 23.08.2001.

Brief von Gernot Erler an die Fraktionsmitglieder vom 27.08.2001.

Brief von Henning Voscherau an Generalsekretär Franz Müntefering vom 27. August 2001.

Büro Gerhard Schröder, 2/ PVEF000009, Aufzeichnungen Sontowski.

Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000018, Aufzeichnungen Sontowski.

Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000019, Aufzeichnungen Sontowski.

Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000020, Aufzeichnungen Sontowski.

Büro Gerhard Schröder, 2/PVEF000021, Aufzeichnungen Sontowski.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000006.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000043.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000053.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000055.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000056.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000058.

Büro Wolfgang Clement, Materialien zur Programmdiskussion, 2/PVWC000058.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000069.

Büro Wolfgang Clement, Sitzungsvorlagen, 2/PVWC000070.

Einladung zur Sitzung des Parteivorstandes am 27.08.2001.

Einladung zur Sondersitzung des Parteivorstandes am 17.09.2001.

Entwurf des Regierungsprogramms 2002-2006 als Beschlussvorlage für die Sitzung des  
Parteivorstandes am 23. April 2002.

Kurzbericht zur Vorlage für den Parteivorstand am 6. Dezember 2004.

(Fachtagung des SPD-Parteivorstandes „Zukunft der Wehrverfassung“.)

Vermerk an Gerhard Schröder und Franz Müntefering zur Vorbereitung der Sitzung des  
Parteivorstandes am 11.10.1999.

Vermerk an Ottmar Schreiner von Andreas Kuhlmann (Vorstandsbüro) vom 29.03.1999.

Vermerk (intern) von Achim Post (Abteilung III) an Franz Müntefering und Matthias Machnig am  
07.10.1999.

Vermerk von Jürgen Hitzges (Abt. I/1 – Parteiorganisation) an den PV am 22.05.2000.



### **Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages**

Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/74 vom 30. November 1995.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/76 vom 06. Dezember 1995.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/185 vom 27. Juni 1997.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 13/248 vom 16. Oktober 1998.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/31 vom 26. März 1999.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/32 vom 15. April 1999.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/35 vom 22. April 1999.  
Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll Nr. 14/187 vom 19. September 2001.

### **Pressemitteilungen des SPD-Parteivorstandes**

SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 107/93 vom 24. Februar 1993.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 203/93 vom 02. April 1993.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung vom 18. März 1994.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 05/94.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 723/94 vom 14. September 1994.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 276/95.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 147/99 vom 18. Mai 1999.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 377/99 vom 08. November 1999.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 526/02 vom 09. Dezember 2002.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 16/03 vom 20. Januar 2003.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 19/03 vom 21. Januar 2003.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 24/03 vom 24. Januar 2003.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 69/03 vom 25. Februar 2003.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 73/03 vom 27. März 2003.  
SPD-Parteivorstand: Pressemitteilung Nr. 209/03 vom 11. September 2003.

## **Protokolle des SPD-Parteivorstandes (Parteitage, Präsidium, Parteivorstand, Parteirat)**

### **Parteitage**

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 3. – 7. Dezember 1979, Band II.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bremen vom 28. – 31. Mai 1991.

SPD-Parteivorstand: Protokoll vom außerordentlichen Parteitag in Essen am 25. Juni 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Wiesbaden vom 16.- 19. November 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Wahlparteitages in Halle am 22. Juni 1994, Bonn 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Mannheim vom 14.-17. November 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Hannover vom 2.- 4. Dezember 1997.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Wahlparteitages vom 17. April 1998 in Leipzig.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn am 25. Oktober 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bonn vom 12. April 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Berlin vom 7.- 9. Dezember 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Nürnberg vom 19.-22. November 2001.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Bochum vom 17.-19. November 2003.

SPD-Parteivorstand: Protokoll des Parteitages in Karlsruhe vom 14.-16. November 2005.

### **Parteivorstandssitzungen**

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Klausur des Parteivorstandes am 21./22. Mai 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Klausursitzung des Parteivorstandes mit dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand am 12. Januar 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 10. Mai 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. Mai 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 05. Juli 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. September 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Oktober 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. Dezember 1993.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. Januar 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Februar 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. März 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 02. Mai 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 06. Juni 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 04. Juli 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. August 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. Oktober 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 05. Dezember 1994.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 30. Januar 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 20. Februar 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 20. März 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Juni 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 03. Juli 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Oktober 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 13. November 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. November 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Dezember 1995.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 03. Februar 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Februar 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. Februar 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. April 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 03. Juni 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 01. Juli 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 28. Oktober 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Dezember 1996.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 17. März 1997.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 26. Mai 1997.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 26. Januar 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 02. März 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 16. März 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. Juni 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. August 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 02. November 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 07. Dezember 1998.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 01. Februar 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. März 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 29. März 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 07. Juni 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Juni 1999.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 31. Januar 2000.

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. März 2000.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Mai 2000.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 19. Juni 2000.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 09. Oktober 2000.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 19. März 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 23. April 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 21. Mai 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 09. Juli 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 27. August 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 24. September 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Oktober 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 03. Dezember 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 23. April 2002.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 04. März 2002.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 11. Oktober 2004.

SPD-Parteivorstand: Protokoll über die Sitzung des SPD-Präsidiums am 12. März 1999.

### **Parteiratssitzungen**

SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 18. Mai 1993.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 14. September 1993.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 22. Februar 1994.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 17. Oktober 1994.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 21. Oktober 1996.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 24. November 1996.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. März 1997.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 29. Januar 2001.  
SPD-Parteivorstand: Protokoll der Sitzung des Parteirates am 3. September 2001.

## **Beschlüsse von Parteitag**

SPD-Parteivorstand: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin.

SPD-Parteivorstand: Manifest zu den Europawahlen im Juni 1994.

SPD-Parteivorstand: Reformen für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 1994, Bonn 1994.

SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages in Hannover vom 2.- 4. Dezember 1997.

SPD-Parteivorstand: Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998.

SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages der SPD in Berlin vom 7.- 9. Dezember 1999.

SPD-Parteivorstand: Beschlüsse des Parteitages der SPD in Nürnberg vom 19.-22. November 2001.

SPD-Parteivorstand: Erneuerung und Zusammenhalt. Regierungsprogramm 2002 – 2006.

SPD-Parteivorstand: Europamanifest der SPD zur Europawahl 2004.

SPD-Parteivorstand: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest 2005.

## **Publikationen des SPD-Parteivorstandes**

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1982/1983.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1986/87.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1993/94.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1997/98.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1999/2000.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2001/2002.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2003/2004.

SPD-Parteivorstand: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 2005/2006.

SPD-Parteivorstand: Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom Oktober 1998.

SPD-Parteivorstand: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994, Bonn 1994.

SPD-Parteivorstand: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 5. Februar 1995, Bonn 1995.

SPD-Parteivorstand: Rudolf Scharping im Gespräch mit Hans-Joachim Friedrichs, Bonn 1994.

SPD-Parteivorstand: Schlusswort des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 5. Februar 1994, Bonn 1994.

SPD-Parteivorstand: Sozialdemokratie in Deutschland 1863-1996. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Bonn 1996.

SPD-Parteivorstand: Wahlforschung aktuell. September 2001.

SPD-Parteivorstand: Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse einer polis-Studie vom 13.- 15.04.1999.

### **Zeitungsartikel**

Bild-Zeitung vom 19. Juli 2001.

DER SPIEGEL Nr. 46/1993.

DER SPIEGEL Nr. 37/ 1995.

DER SPIEGEL Nr. 47/1995.

DER SPIEGEL Nr. 51/1998.

DER SPIEGEL Nr.13/1999.

DER SPIEGEL Nr. 14/1999.

DER SPIEGEL Nr. 15/1999.

DER SPIEGEL Nr. 17/1999.

DER SPIEGEL Nr. 30/1999.

DER SPIEGEL Nr. 17/2000.

DER SPIEGEL Nr. 35/2001.

DER SPIEGEL Nr. 43/2006.

DER SPIEGEL, Wahlsonderheft 02 vom 24.09.2002.

DER SPIEGEL, Wahlsonderheft 05 vom 19.09.2005.

Die Zeit vom 04.04.1997.

Die Welt vom 19.07.1997.

Focus „Wahl spezial“ vom 18. Oktober 1994.

FOCUS Wahl-Spezial vom 24.09.2002.

Frankfurter Rundschau vom 03.07.1997.

Rheinische Post vom 19. Juni 1997.

Rhein-Zeitung vom 19./20. März 1994.

STERN Nr. 30/1992.

STERN Nr. 14/1994.

STERN Nr. 49/1997.

STERN Nr. 17/1999.

STERN Nr. 25/1999.

STERN Nr. 37/2001.

Stuttgarter Zeitung vom 19. Juni 1997.

Vorwärts Nr. 5/1995.

Vorwärts Nr. 7+8 / 1997.

Vorwärts Nr. 7-8/2000.

### **Gespräche und Interviews in Zeitungen und Zeitschriften**

Heye, Uwe-Karsten, in: Vorwärts extra. 150 Jahre Sozialdemokratie, Berlin 2013.

Höll, Susanne, in: Vorwärts extra, 150 Jahre Sozialdemokratie, Berlin 2013.

Interview mit Henning Voscherau im Hamburger Abendblatt vom 04. Juni 1999.

Interview mit Erhard Eppler, in: Vorwärts Nr. 5/99.

Interview mit Rudolf Scharping, in: Vorwärts vom Juli 1993.

Gespräch mit Gernot Erler im Vorwärts Nr. 10/2001.

Gespräch mit Hans-Ulrich Klose im Vorwärts Nr. 11/2001.

Gespräch mit Peter Struck im Vorwärts Nr. 9/2002.

Gespräch mit Peter Struck, in: Vorwärts Nr. 12/2003-1/2004.

Gespräch mit Rudolf Scharping im Vorwärts Nr. 1/2001.

Gespräch mit Rudolf Scharping im Vorwärts Nr.5/2001.

Gespräch mit Wolfgang Thierse im Vorwärts Nr. 4/2003.

Süddeutsche Zeitung vom 2./3. Oktober 2004 (Gespräch mit Gerhard Schröder).

### **Webartikel**

[http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/2176/schmalspur\\_obama\\_aus\\_dem\\_westerwald.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/2176/schmalspur_obama_aus_dem_westerwald.html) (abgerufen am 10.12.2018).

[http://imperiumromanum.com/staat/magistrat/magistrat\\_06.htm](http://imperiumromanum.com/staat/magistrat/magistrat_06.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

[https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go\\_btg/go04/245158](https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/go04/245158)  
(abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.fr-online.de/zeitgeschichte/rau-plaediert-fuer--zivile-mittel-,1477344,2865282.html>  
(abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.mopo.de/rechter-voscherau-gegen---linke-eppler-und-scherf-fuer-linie-der-schroeder-regierung-beim-kosovo-debatte-mit-neuen-fronten-18961342> (abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683261.html> (abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-52691146.html> (abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.tagesspiegel.de/politik/nur-76-prozent-stimmen-fuer-schroeder/75334.html> (abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.welt.de/print-welt/article664144/Scharping-richtet-sich-ein.html>  
(abgerufen am 10.12.2018).

[http://www.zeit.de/1996/39/Die\\_Versprechen\\_welken\\_schon/seite-3](http://www.zeit.de/1996/39/Die_Versprechen_welken_schon/seite-3) (abgerufen am 10.12.2018).

<http://www.zeit.de/online/2006/33/KPD-Verbot> (abgerufen am 10.12.2018).

<https://www.zeit.de/1966/30/noch-eine-unbewaeltigte-vergangenheit/seite-2>  
(abgerufen am 11.12.2018).

<https://www.saechsische.de/als-die-kpd-verboten-wurde-3467652.html> (abgerufen am 10.12.2018).

[www.wahlrecht.de/umfragen/allensbach.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/allensbach.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

[www.wahlrecht.de/umfragen/dimap/1998.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/dimap/1998.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

[www.wahlrecht.de/umfragen/forsa/1998.htm](http://www.wahlrecht.de/umfragen/forsa/1998.htm) (abgerufen am 10.12.2018).

### **Persönliche Gespräche**

Inge Kerz im Gespräch mit dem Verfasser, Wirges, 26. Juni 2005.

Konrad Gilges im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, im September 2005.

Kurt Beck im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 6. Juli 2016.

Peter Struck im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 2. Oktober 2009.

Rainer Sontowski im Gespräch mit dem Verfasser, Berlin, 30. Oktober 2016.

Rolf Mützenich im Gespräch mit dem Verfasser, Köln, 27. Oktober 2016.

Rudolf Scharping im Gespräch mit dem Verfasser, Frankfurt a.M., 23. Mai 2005.

Sigrid Skarpelis-Sperk im Gespräch mit dem Verfasser, Bonn, 25. Oktober 2016.

Heidmarie Wiczorek-Zeul im Gespräch mit dem Verfasser, Wiesbaden, 31. Dezember 2015.

Oskar Lafontaine (Kurzantwort), 4. Januar 2016.



## **Gespräch mit Rudolf Scharping**

**Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz von 1991 - 1994**

**SPD-Parteivorsitzender von 1993 – 1995**

**Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion von 1994 – 1998**

**Bundesminister der Verteidigung von 1998 - 2002**

- 1) 1993 wurden Sie in einer Urwahl von den SPD-Mitgliedern zum neuen Parteivorsitzenden bestimmt. Ein Teil der wissenschaftlichen Literatur betrachtet den Verzicht auf eine Stichwahl zwischen Ihnen und Gerhard Schröder damals als taktisches Instrument, um Schröder als SPD-Chef zu verhindern. Ist diese Vermutung richtig?

*RS: Nein. Gerhard Schröder war sich sicher, die Urwahl zu seinen Gunsten zu entscheiden. So kam der betreffende Beschluss des Parteivorstandes – zu dessen Zeitpunkt Schröder übrigens noch der einzige Kandidat für den Parteivorsitz war – auch auf sein Betreiben hin zustande. Heidi Wieczorek-Zeul und ich erklärten unsere Kandidaturen erst einige Zeit nach dieser Entscheidung.*

- 2) Auf dem Essener Parteitag 1993 wurden Sie zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Sie führten in Ihrer Rede aus, dass man vorsichtig sein solle bei der Beurteilung der Frage, ob deutsche Soldaten an internationalen Einsätzen teilnehmen. Soldaten würden ohnehin meist die Fehler von Politik und Unternehmen ausbaden müssen. Gilt diese Aussage auch mit Blick auf das militärische Engagement der SPD-geführten Bundesregierung seit 1998?

*RS: Im Grundsatz: ja! Allerdings hatte 1993 niemand, auch ich nicht, eine Vorstellung oder Ahnung davon, dass es auf dem Balkan zu ethnischen Vertreibungskriegen kommen könnte. Was aber bleibt, ist: Der Einsatz von Streitkräften ist nur zu verantworten, wenn alle anderen Instrumente der Politik nichts mehr nutzen bzw. versagt haben. Das war im Kosovo leider der Fall.*

- 3) Ist die Feststellung richtig, dass die SPD-Führung 1994 bewusst versuchte, das innerparteilich umstrittene Thema „Blauhelmeinsätze der Bundeswehr“ aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten?

*RS: Ja. Aber weniger „heraushalten“ war die Absicht, als vielmehr das Herausstellen von Kontinuität in den Grundlinien deutscher Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik. Es kam darauf an, die SPD schrittweise realitätstauglich zu machen. Und dies musste geschehen, ohne ihre Einheit vor der Wahl aufs Spiel zu setzen und damit eine Ablenkung von den Hauptthemen – Wirtschaft, Soziales, Arbeit – zuzulassen.*

- 4) Hatte jemand ein Interesse daran, die zunächst sachliche Diskussion über Blauhelmeinsätze auf einen SPD-internen Konflikt zwischen „Bellizisten“ und „Pazifisten“ zu reduzieren?

*RS: Die sogenannte „Linke“ hat versucht, mögliche Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta, also Friedensschaffung bzw. Friedenserzwingung, als Kriegsführung missverstehen zu lassen. Das hat bis 1995 auch funktioniert und wurde erst danach allmählich durch die Realitäten und die dazu geführten Debatten in der „Internationalen Kommission“ der SPD verändert.*

- 5) Auch nach dem Wiesbadener Parteitag ging diese Diskussion weiter. Hatte sich nicht schon früh abgezeichnet, dass auch die Wiesbadener Beschlüsse nur kurz zu Geschlossenheit führen würden?

*RS: „Wiesbaden“ ist besser zu verstehen als die Fortsetzung einer Linie vor der Bundestagswahl 1994, nämlich die Suche nach einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung auf den Feldern der Innen- und Gesellschaftspolitik.*

- 6) Die SPD forderte schon 1993 einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Weshalb war dieser bisher nicht durchsetzbar?

*RS: Bis heute steht leider ein auf den Nationalstaat konzentriertes Denken der großen EU-Staaten in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik dagegen.*

- 7) Welche Reaktionen gab es 1994 auf Ihren Redebeitrag bei der Wehrkundetagung, in welchem Sie die „zisierten Feinheiten“ in der außenpolitischen Diskussion Ihrer Partei kritisierten?

*RS: Ich habe mir nicht erst dort den „Verdacht“ erworben, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik (z.B. Westintegration, NATO und EU einschließlich aller UN-Verpflichtungen) als sehr grundsätzliche Orientierung anzusehen. Wie richtig aber genau das war, zeigt das Beispiel „Kosovo“ und die Tatsache, dass ich dann (schon im November 1998) mit dem UN-Generalsekretär ein „stand by agreement“ für Deutschland vereinbaren konnte.*

- 8) Was verstanden Sie in der gleichen Rede unter „umfassender Sicherheitspolitik“?

*RS: Umfassende Sicherheitspolitik heißt: Auch nicht-militärische Ursachen können zu bewaffneten Konflikten führen. Das war das erste Mal, dass diese Überlegung – von einem deutschen Sozialdemokraten – international unterbreitet wurde. Dem voraus gegangen waren sorgfältige Gespräche mit Karten D. Voigt, Norbert Gansel und vor allem Prof. Karl Kaiser, aber auch Egon Bahr und Günter Verheugen.*

- 9) Ist die immer wieder zu lesende Auffassung korrekt, Sie hätten Oskar Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag zu einer Kampfkandidatur aufgefordert?

*RS: Nein, das ist völlig falsch. Lafontaine hielt als Vorsitzender der Antragskommission seine Rede. Nach der Art und Weise, wie er die Rede hielt und den Reaktionen eines Teils der Delegierten zufolge war mir klar, dass er am nächsten Tag für den Parteivorsitz kandidieren wollte. Am Parteiabend verdichteten sich die Hinweise darauf. Ich berief deshalb für den nächsten Morgen eine Sondersitzung des Präsidiums ein und fragte Lafontaine, ob sein Verhalten so zu*

*verstehen sei, dass er für den Vorsitz kandidieren wolle. Lafontaine bejahte meine Frage. Daraufhin machte ich den Vorschlag, dass der Parteitag die satzungsgemäßen Voraussetzungen für eine solche Kandidatur schaffen solle. Nach der bisherigen Satzung wäre eine solche Kampfkandidatur nicht möglich gewesen. Doch ich wollte Klarheit.*

- 10) Volker Herres und Klaus Waller schreiben in ihrer Biographie über Gerhard Schröder, Sie hätten daraufhin gesagt: „Plötzlich kam das reinigende Gewitter, und der Blitz schlug ein. Leider bei mir.“

*RS: Was soll ich gesagt haben? Nein, das ist eine hübsche Erfindung dieser Herren.*

- 11) In Mannheim wurde 1995 beschlossen, bei Fragen über die Unterstützung von Friedensmissionen durch deutsche Soldaten jeden Einzelfall in der Fraktion zu prüfen und dann zu entscheiden. Ging man mit diesem Kompromiss weiterem Streit auf dem ohnehin turbulenten Parteitag 1995 aus dem Weg? Befürchtete Oskar Lafontaine womöglich einen offenen Konflikt zwischen Partei und Fraktion in der Frage von Kampfeinsätzen?

*RS: Als die Frage nach dem Vorsitzenden auf dem Mannheimer Parteitag entscheiden war, kam Lafontaine auf mich zu und bat mich, das Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden zu übernehmen. Ich war der Meinung, dass zunächst in einer Sondersitzung des Präsidiums alle Präsidiumsmitglieder erklären sollten, was sie von dieser Idee hielten. Mit Ausnahme von Rudolf Dreßler stimmten alle dem Vorschlag zu. Ich wies jedoch darauf hin, dass noch eine außenpolitische Debatte anstünde und es sicher nicht von Vorteil für die Partei wäre, wenn dort erneut Streit sichtbar würde. Daraufhin empfahl das Präsidium dem Parteitag*

- 1. Die Bundestagsfraktion hat im Einzelfall freie Hand, über die Beteiligung an militärischen Einsätzen zu entscheiden, und*
- 2. es wird eine „Internationale Kommission“ gebildet, die bis zum nächsten ordentlichen Parteitag 1997 den außenpolitischen Teil eines Regierungsprogramms vorbereiten wird.*

*Der Parteitag folgte dann dieser Empfehlung.*

- 12) Ersparnten Lafontaine und Wieczorek-Zeul dem Hannoveraner Parteitag 1997 neuen Streit durch ihre eigene Zurückhaltung in der außenpolitischen Debatte?

*RS: Nein, die beiden wussten ganz einfach, dass sich die taktische Funktion früherer Debatten erledigt hatte. Innerparteilich musste nichts mehr gewonnen werden.*

- 13) Das Amt des Bundesministers der Verteidigung haben Sie 1998 nicht gerne übernommen. Gab es tatsächlich einen „Machtkampf“ mit Lafontaine um die Führung der Fraktion?

*RS: Lafontaine wollte unbedingt Fraktionsvorsitzender werden, um als Partei- und Fraktionschef die Regierung unter Kuratel zu halten. Ich hatte wiederholt erklärt, mich erneut um den Fraktionsvorsitz bewerben zu wollen. Als dann eine Kampfabstimmung immer wahrscheinlicher wurde, führte Schröder Gespräche mit all denen, die in Schlüsselfunktionen der SPD tätig waren und deren Namen in der Presse für den Fraktionsvorsitz genannt wurden, also mit Lafontaine, mit Müntefering und mit mir. Das Ergebnis der Gespräche war, dass Schröder uns alle in sein Kabinett einbinden wollte. Wenn man so will, betrieb Schröder damit allseitige Konfliktvermeidung.*

- 14) Lafontaine erklärte kurz nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung, er hätte als Bundeskanzler darauf bestanden, Russland und China in der UNO mit Blick auf den Kosovo einzubinden.

*RS: Das ist eine falsche Darstellung. Lafontaine hatte während der Übergangszeit in allen Gesprächen mit der noch amtierenden alten Regierung als auch in allen folgenden Kabinettsitzungen den Entscheidungen zur Lösungsfindung im Kosovo-Konflikt als Bundesminister seine Zustimmung erteilt. Und da war schon längst bekannt, dass China und Russland ein Veto einlegen würden.*

15) Erfolgte inzwischen die auf dem Bonner Parteitag 1999 beschworene Korrektur hinsichtlich der Beseitigung des Ungleichgewichtes zwischen den Mitteln militärischer Intervention einerseits und präventiver Friedenspolitik andererseits?

*RS: Ja. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf dem Balkan, in Afrika und Afghanistan tragen zur frühzeitigen Verhütung von Konflikten maßgeblich bei. Es geht an diesen Plätzen nicht um Kampfeinsätze, sondern um die Bekämpfung der Ursachen von Konflikten dort, wo sie entstehen.*

16) Was wäre passiert, wenn dieser Parteitag den Beschlussempfehlungen des Parteivorstandes nicht zugestimmt hätte? Rücktritt des Bundeskanzlers und damit der Regierung?

*RS: Eine solche Entscheidung des Sonderparteitages hätte die Bundesregierung in enorme Turbulenzen gebracht. Wahrscheinlich wäre das sogenannte rot-grüne Projekt – welches es in meinen Augen so auch niemals gab – schon nach wenigen Monaten wieder beendet gewesen.*

17) Zum Schluss Ihre persönliche Einschätzung: Gab es in den Bonner Oppositionsjahren zu viele sicherheitspolitische Wunschvorstellungen und Tagträumereien, die sich nach 1998 mit der Übernahme von Regierungsverantwortung zum großen Teil nicht verwirklichen ließen? War die SPD damals tatsächlich auf die Übernahme von Regierungsverantwortung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet?

*RS: Die SPD war schon vor 1998 seit einigen Jahren auf dem Weg, realitätstauglich und damit auch regierungsfähig zu werden. Das unerwartete Engagement im Kosovo-Konflikt beschleunigte diese Entwicklung. Es musste jedem einleuchten, dass diese Veränderung im Denken der meisten Parteimitglieder Zeit brauchte. Doch im Rückblick kann man feststellen, dass die SPD diesen Prozess beispielhaft gemeistert hat.*

## **Gespräch mit Konrad Gilges**

### **Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 2002**

- 1) In den Jahren 1993/94 gab es heftige Diskussionen über die künftige SPD-Außenpolitik. Der rechte und der linke Parteiflügel standen sich als sogenannte „Bellizisten“ und „Pazifisten“ gegenüber. Welche Rolle spielten die damaligen „Bellizisten“ (also Personen wie Walter Kolbow, Norbert Gansel oder Karsten Voigt) in der Partei?

*KG: Nach meiner Erinnerung waren die Bellizisten die bestimmende Kraft in der der Debatte über die künftige SPD-Außenpolitik. Es war für uns umso schwieriger unsere Position zu vertreten, da ja solche Genossen wie Norbert Gansel und Karsten Voigt ehemalige Linke waren und behaupteten, die sog. pazifistische Position wäre immer nur eine Minderheitenposition in der SPD gewesen. Anders ausgedrückt, sie sagten immer: „Die SPD war nie pazifistisch, aber Pazifisten haben in der SPD ihren Raum.“ Wir waren geduldete Außenseiter, eben Linke. Die gesamte Diskussion verlief in der Regel nicht aggressiv bzw. abwertend oder diskriminierend. Aber man hatte des Öfteren den Eindruck, dass man uns bzw. unsere Position nicht ernst nahm. Wir wurden zwar geduldet mit unserer Position, aber es wurde uns gleichzeitig vermittelt, dass unsere „Friedensposition“ keine ernsthafte Alternative zu ihrer Position gewesen sei.*

- 2) In den Jahren 1995 bis 1998 veränderte die SPD ihr außen- und sicherheitspolitisches Programm. Es gab Anstöße in Richtung einer aktiveren Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen. War auch aus Ihrer Sicht die Anpassung des Programms der SPD an eine neue Wirklichkeit längst überfällig?

*KG: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Veränderung des außen- und sicherheitspolitischen Programms keine Anpassung an die Wirklichkeit war, sondern Opportunismus gegenüber der Rechten und der Mitte der Republik, insbesondere gegenüber der Publizistik. Hinzu kam noch, dass die Verfechter des neuen sicherheitspolitischen Programms endlich an der Macht auf Bundesebene teilhaben wollten.*

- 3) Als die rot-grüne Bundesregierung einer Beteiligung am NATO-Einsatz im Kosovo zustimmte erklärten Sie, dass Krieg niemals ein Mittel sozialdemokratischer Außenpolitik sein dürfe. War es nicht zutiefst sozialdemokratisch, mit Gewalt als Ultima ratio einem verbrecherischen Regime das Handwerk zu legen und damit für Frieden auf dem Balkan zu sorgen?

*KG: Ich habe gegen den NATO-Einsatz im Kosovo gestimmt. Der Einsatz wurde ja in einer Übergangsphase beschlossen, noch vom alten Bundestag nach der Bundestagswahl 1998, jedenfalls nach meiner Erinnerung. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Entscheidung, mit NATO-Kräften in die kriegsische Auseinandersetzung einzugreifen, falsch war. Die Albaner im Kosovo haben mit verbrecherischen Mitteln die Sezession betrieben. Ich kann in einer so kurzen Antwort nicht alle Hintergründe und Überlegungen erläutern. Aber ich habe damals mit 16 weiteren sozialdemokratischen Abgeordneten eine schriftliche Erklärung zur Abstimmung hinterlegt, in der unsere Position unmissverständlich dargelegt wurde.*

- 4) 1999 sprachen Sie von der „verletzten Seele“ der SPD nach den Luftschlägen. Aus den Wortbeiträgen der Delegierten zu diesem Thema zu schließen war es wohl doch nur ein kleiner Teil der Partei, welcher sich verletzt fühlte, und nicht die gesamte SPD.

*KG: Die Interpretation, dass sich nur ein kleiner Teil der Partei verletzt fühlte, halte ich nach wie vor für falsch. Die Parteimitglieder waren mehrheitlich gegen die sogenannten „Luftschläge“. Bei den Funktionärskadern und den Delegierten des Parteitags sah das anders aus. Ich würde heute nach wie vor die Meinung vertreten, dass die Zustimmung zum Kosovo für die SPD und ihre Mitglieder ein tiefer Kulturbruch war. Wenn man das so sieht, wird auch verständlich, weshalb Schröders Absage an die USA wegen der Teilnahme am Irak-Krieg bei vielen Genossinnen und Genossen ein Stück unglaublich war. Sie wurde viel stärker als wahltaktisches Instrument eingestuft denn als Beitrag zur Friedenssicherung.*



- 5) Sie verlangten daraufhin eine moralische Rechtfertigung der Bundesregierung für ihr Vorgehen bei allen außenpolitischen Krisenherden. War für Sie der Aspekt einer interessengeleiteten Außenpolitik kein Grund, um Ihre Haltung zu überdenken und die deutschen Interessen (Stabilität auf dem Balkan, Eindämmung von Flüchtlingsströmen etc.) im Sinne einer möglichst raschen Konfliktbeilegung wahren zu wollen?

*KG: Es bleibt festzuhalten, dass nach wie vor auf dem Balkan keine Stabilität herrscht, noch Flüchtlingsströme eingedämmt sind. Die moralische Rechtfertigung für militärische Einsätze bleibt nach wie vor bestehen. Eine der größten unmoralischen Feststellungen war die, dass man im Kosovo ein neues Auschwitz verhindern könnte (Fischer). Erstens liegt in dieser Feststellung eine schreckliche Verharmlosung des Massenmordes in Auschwitz, und zweitens wissen wir heute, dass die albanischen Kräfte kein Grad moralischer waren wie ihre politischen Gegner.*

- 6) Im Jahre 2001 sprachen auch Sie dem Bundeskanzler in einer Abstimmung über den Einsatz deutscher Soldaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus das Vertrauen aus. War Ihr positives Votum eher Einbindung in die Fraktionsdisziplin oder die neue Überzeugung, auch durch militärisches Eingreifen Außenpolitik gestalten zu können?

*KG: Der Bundeskanzler und sein Umfeld haben behauptet, dass ich der Verursacher der Vertrauensfrage gewesen sei. Ich habe in einer internen Debatte der parlamentarischen SPD-Linken mit dem Bundeskanzler als einer der letzten Diskussionsredner gesagt: „Wenn der Bundeskanzler meine Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan haben will, dann muss er die Vertrauensfrage stellen. Wobei ich Schwierigkeiten nicht bei der sozialdemokratischen Fraktion sehe, sondern bei den Grünen.“ In der Logik meines Diskussionsbeitrages war es deshalb richtig, dass ich mich in Abwägung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan und dem Fortbestehen der SPD-geführten Regierung für die Fortsetzung der Regierungstätigkeit entschieden habe. Hätte der Bundeskanzler die Vertrauensfrage nicht gestellt, hätte ich dem Einsatz nicht zugestimmt. Meine Entscheidung war weder von der „Gewissensfrage“ noch von der Fraktionsdisziplin bestimmt. Das bestimmende Element war einzig und allein der Auftrag meiner Wähler, einen sozialdemokratischen Kanzler zu wählen und eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen.*

- 7) Während des Bundestagswahlkampfes 2002 nutzte die SPD den drohenden Irak-Krieg, um sich als „Bewahrerin des Friedens“ in Stellung bringen zu können. War dies pure Wahlkampfstrategie oder Ausdruck einer grundsätzlichen Überzeugung?

*KG: Nach der Politik der Bundesregierung bezogen auf das ehemalige Jugoslawien sowie auf Afghanistan war die Entscheidung Schröders, an einem Irak-Krieg nicht teilzunehmen, für die Öffentlichkeit und viele Wähler ein wahltaktischer Vorgang. Ich sehe das nicht so. Ich glaube, dass sich die Bundesregierung außenpolitischen Spielraum verschaffen wollte, um nicht als Juniorpartner der USA weltpolitisch in Erscheinung zu treten. Dahinter stecken grundsätzliche Interessen, ökonomische Interessen, aber auch europäische Interessen.*

- 8) Zwischen 1993 und 2003 spielte die Frage nach der Wehrform immer wieder eine Rolle. Was glauben Sie: Braucht das wiedervereinigte Deutschland noch eine Wehrpflichtarmee?

*KG: Ich war bis Ende des letzten Jahrtausends ein Verfechter der allgemeinen Wehrpflicht. Nachdem sich die Sicherheitslage grundsätzlich geändert und die alten Bedrohungsanalysen nicht mehr stimmen, ist eine Wehrpflichtarmee in Zweifel zu setzen. Die Bundeswehr bzw. die Bundesregierung sollten sich auf einen europäischen Kontext einlassen, in welchen spezielle Aufgaben übernommen werden. Dazu braucht man eine andere Bundeswehr wie die heutige, und deswegen braucht man auch keine Wehrpflicht mehr.*

## **Gespräch mit Inge Kerz**

### **Delegierte aus Rheinland-Pfalz auf den Bundesparteitagen zwischen 1987 und 2003**

- 1) Rudolf Scharping wurde 1993 zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Welche Stimmung herrschte auf dem Parteitag in Essen?

*IK: Zunächst einmal herrschte Ratlosigkeit in der Partei nach Engholms Rücktritt. Doch mit dem Instrument der Mitgliederbefragung zur Findung eines neuen Vorsitzenden war eine deutliche Aufbruchstimmung in der SPD spürbar. Und als dann mit Rudolf Scharping einer aus der Riege der jungen Ministerpräsidenten gewählt wurde, verstärkte sich diese Stimmung. Man kann sich vorstellen, wie euphorisch die Stimmung gerade unter uns rheinland-pfälzischen Delegierten gewesen ist.*

- 2) Florian Gerster und Walter Kolbow befürworteten als Vertreter des „rechten“ Parteiflügels schon 1993 in Wiesbaden Kampfeinsätze der Bundeswehr. Welche Rolle spielten diese sogenannten „Bellizisten“ in der Partei damals?

*IK: Kampfeinsätze der Bundeswehr waren 1993 noch absolut undenkbar. Kolbow und andere wurden innerhalb der SPD als regelrechte Außenseiter betrachtet, deren Meinung so bald nicht mehrheitsfähig werden konnte. Es gab eine eindeutige Mehrheit in der Partei für die Linie: Friedenserhaltende Einsätze ja – friedensschaffende Einsätze nein. Außenpolitik durfte in unseren Augen nicht der Gefahr der Militarisierung ausgesetzt werden.*

- 3) 1995 wechselte der SPD-Vorsitz von Rudolf Scharping an Oskar Lafontaine. War nach dieser Personalentscheidung des Mannheimer Parteitages „die Luft raus“, um weitere wichtige Sachentscheidungen treffen zu können?

*IK: Die Stimmung zumindest unter uns rheinland-pfälzischen Delegierten war natürlich schlecht. Das, was mit der Wahl Scharpings zwei Jahre zuvor hoffnungsvoll begonnen hatte, schien im Augenblick der Wahl Lafontaines mit einem Mal zerstört. Die Partei*

*hatte einen neuen Hoffnungsträger gesucht und – scheinbar – gefunden. Die besonnene Linie des bisherigen Vorsitzenden in der Außenpolitik war nun in Frage gestellt. Nach dem überraschenden Auswechseln des Vorsitzenden gab es keine Diskussion mehr, die irgendwelche gravierenden Veränderungen an der bestehenden Beschlusslage vornahm. Es schien, als ob weiterer Streit vermieden werden sollte.*

- 4) Hatten Sie zum Zeitpunkt des Regierungswechsels 1998 schon Befürchtungen, dass auf die SPD außenpolitische Zwänge zukommen könnten, welche die Partei belasten würden?

*IK: Die SPD hatte ja schon mit den Beschlüssen von Hannover eine Kursänderung vollzogen. Dass eine weitere, dramatische Wende in der Außenpolitik erfolgen würde, ahnte zum Zeitpunkt der Wahl niemand. Wir waren glücklich über die gewonnene Bundestagswahl und wollten nach 16 Jahren Kohl endlich Reformen in der Innenpolitik anpacken.*

- 5) Im Rückblick: Welchen Wandel bezüglich der außenpolitischen Positionierung hat die SPD durch die Übernahme von Regierungsverantwortung mitgemacht? Hat die sozialdemokratische „Seele“ diesen verkraftet?

*IK: Der Abschied von alten Vorstellungen, welche wir in der Opposition entwickelt hatten, war natürlich nicht leicht. Aber um tatsächlich regierungsfähig zu sein hatten wir keine andere Wahl, als uns mit der Realität auseinander zu setzen. Und Realität war damals nun einmal ein menschenverachtendes Regime mitten in Europa, dem durch gutes Zureden nicht mehr beizukommen war. Militärische Gewalt war zweifelsfrei die letzte Möglichkeit. Aber die SPD ist sehr wohl die Friedenspartei geblieben. Denn Verantwortung wahrzunehmen heißt nicht blinde Gefolgschaft. Das hat der Kanzler eindrucksvoll mit seiner Weigerung, an einem Krieg gegen den Irak teilzunehmen, unter Beweis gestellt. Die SPD wird auch in Zukunft ihrer außenpolitischen Verantwortung gerecht werden. Doch im Gegensatz zur Union werden wir uns wie in der Vergangenheit auch auf keine Abenteuer einlassen.*

## **Gespräch mit Heidemarie Wieczorek-Zeul**

**Stellvertretende SPD-Parteivorsitzende von 1993 bis 2005**

**Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
von 1998 bis 2009**

- 1) Auf dem Wiesbadener Parteitag 1993 erklärten Sie: „Es gibt keinen Fall, jedenfalls nicht unter den Bedingungen der Konflikte, die wir heutzutage vorfinden, in dem Frieden durch Krieg hätte hergestellt werden können.“ Wie stehen Sie nach Ihrer elfjährigen Amtszeit als Bundesministerin zu dieser Aussage?

*HWZ: Diese Aussage hatte ich 1993 gemacht. Damals ordnete sich die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes neu – da gab es einfach andere Voraussetzungen. Aber ja: Ich habe einen Veränderungsprozess hinsichtlich meiner Einstellung vollzogen, gerade auch wegen einer veränderten Welt.*

- 2) Inwiefern hat sich Ihre Position bezüglich der Anwendung militärischer Gewalt verändert?

*HWZ: Meine Position bezüglich der Anwendung militärischer Gewalt hat sich tatsächlich geändert, und zwar Anfang der 2000er Jahre. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zerfall ganzer Staaten waren zahlreiche, sehr brutale innerstaatliche Auseinandersetzungen überall auf der Welt zu beobachten. Für mich war dann aber der Bürgerkrieg in Sierra Leone ausschlaggebend: Dort mordeten Terroristen auf der Jagd nach Diamanten wie im Rausch. Auch die UNAMSIL-Soldaten der UN schafften es zunächst nicht, den rivalisierenden Rebellentruppen Einhalt zu gebieten. Es war das britische Militär, das schließlich durch massives Zurückdrängen der Terroristen das Morden beendete und das Land zusammen mit UNAMSIL befriedete. In Sierra Leone erkannte ich die Notwendigkeit, in bestimmten Fällen auch robust mit Gewalt vorzugehen und dadurch die Lebenssituation vieler Menschen zu verbessern.*

- 3) Auf meine Frage „Ersparnen Lafontaine und Wiczorek-Zeul dem Hannoveraner Parteitag 1997 neuen Streit durch ihre eigene Zurückhaltung in der außenpolitischen Debatte?“ antwortete Scharping: „Nein, die beiden wussten ganz einfach, dass sich die taktische Funktion früherer Debatten erledigt hatte. Innerparteilich musste nichts mehr gewonnen werden.“ Stimmen Sie Scharping zu?

*HWZ: In Fragen von Krieg und Frieden war mein Handeln nie taktisch bestimmt. Da habe ich eine Überzeugung klar und deutlich vertreten. Es war ja auch so, dass sich die Praxis der Friedensmissionen in diesem Zeitraum stark veränderte. Inzwischen sind alle diese Missionen mit sowohl zivilen als auch militärischen Elementen ausgestattet, oft unter ziviler Leitung. Das ist ein enormer Fortschritt gewesen.*

- 4) Entspricht es Ihrer Wahrnehmung, dass Oskar Lafontaine 1998/99 im Kabinett kein kritisches Wort zu den bevorstehenden Luftangriffen im Kosovo unter Beteiligung der Bundeswehr verloren hat?

*HWZ: Der entsprechende NATO-Beschluss war schon gültig bei der Übernahme der Regierungsverantwortung durch uns im Herbst 1998. Ich habe in der Zeit der Regierungsbildung mit Lafontaine darüber gesprochen, und er meinte zu mir: „Das können wir nicht revidieren. Die Entscheidung haben schon andere getroffen.“ Sein Rücktritt war eine Kurzschlussreaktion – so hat er es mir vierzehn Tage nach seinem Rücktritt auch in einem Telefonat gesagt.*

- 5) Wie sicher waren Sie 1999, dass die rot-grüne Koalition auf Grund des erstmaligen Kampfeinsatzes der Bundeswehr weiter bestehen bleiben würde?

*HWZ: Die Entscheidung für eine deutsche Beteiligung an den NATO-Luftschlägen ohne ein Mandat der Vereinten Nationen war sehr schwer. Aber es war dann auch eine Frage der Abwägung: Lassen wir es zu, dass es einen Konflikt gibt, in dem massiv gegen Muslime auf dem Balkan vorgegangen wird, oder schreiten wir zeitnah ein?*

- 6) Auch in Bezug auf Afghanistan hatte sich Ihre Einstellung hinsichtlich eines deutschen Engagements grundlegend geändert. Weshalb?

*HWZ: Es war ja keine blinde Gefolgschaft den USA gegenüber. Unsere Aufgabe bestand darin, der Gewalt in Afghanistan und dem Terror weltweit Einhalt zu gebieten. Im Vergleich zum Kosovo-Konflikt war dieser Einsatz durch die UN legitimiert.*

- 7) Die Irak-Politik der SPD im Bundestagswahlkampf 2002 führte einerseits zu einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, andererseits gab es schwere außenpolitische Verstimmungen mit Blick auf die Vereinigten Staaten. Betrachten Sie diese Politik im Nachhinein noch als richtig?

*HWZ: Die Bundestagswahl 2002 war ein Votum der Bevölkerung zu diesem Thema. Ohne dieses Votum wären wir in diesen Krieg hineingezogen worden. Ich bin nach wie vor froh, dass wir damals klar Haltung gezeigt haben. Schröder sagte mir gegenüber allerdings auch, dass er zurücktreten müsse, wenn Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden würden. Ich war erstaunt, dass er es mir gesagt hatte, und sonst niemand.*

- 8) Würden Sie bitte die Art der Zusammenarbeit in der Regierung skizzieren?

*HWZ: Äußerst schlecht waren die ständigen Durchstechereien von Kanzleramtschef Bodo Hombach an die BILD. Neben Wolfgang Clement, der später die Reformen am Arbeitsmarkt einfach nicht sorgfältig umgesetzt hatte, war er einer von zwei personellen Fehlgriffen Schröders. Ein Chef des Kanzleramtes soll im Hintergrund koordinieren. Das hat Hombach nicht geleistet. Seine spätere Arbeit für die Balkan-Region bewerte ich allerdings sehr positiv. In meiner elfjährigen Amtszeit habe ich einmal an Rücktritt gedacht. Das war der Zeitpunkt, als der damalige Finanzminister Hans Eichel Kürzungen im Etat meines Ministeriums veranlasste, die anders verabredet waren. Mir war diese Art von Automatismus beim Sparen fremd. Erst nach einem Gespräch mit Erhard Eppler, dem in seiner Amtszeit ähnliches widerfahren war und der mit Rücktritt reagierte, habe ich von diesem Plan Abstand genommen. Mir schien es in dieser Situation wichtiger, weiter für ein starkes entwicklungspolitisches Engagement zu streiten, statt kampflös aufzugeben.*

- 9) Die SPD debattierte in den Jahren 2004/2005 als einzige der deutschen Parteien kontrovers über das Thema „Wehrverfassung“. Die Diskussion wurde von grundlegenden Konflikten dominiert. Ist es richtig, wenn ich eine Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach einem Status Quo der Parteiführung und einem starken Drängen der SPD-Gliederungen hin zu einer Aufgabe der Wehrpflicht feststelle?

*HWZ: Ich bin schon früh für eine Abschaffung der Wehrpflicht gewesen. Die SPD-Basis war in dieser Frage lange gespalten. So votierte beispielsweise mein Bezirk, Hessen-Süd, mit einer knappen Mehrheit für die Abschaffung. Demgegenüber befürchteten Beck und Müntefering, dass die Angehörigen der Bundeswehr es als Ablehnung ihrer Arbeit begreifen könnten. Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht war eine gute sicherheitspolitische Entwicklung.*



## **Fragen an Dr. Peter Struck**

### **Bundesminister der Verteidigung 2002 - 2005**

1) Als Rudolf Scharping 1998 das Amt des Bundesministers der Verteidigung übernahm, so machte er dies nur ungern. Sie erklärten im September 2002 im Vorwärts, dass sie dieses Amt ebenfalls nicht angestrebt hätten.

Ist das Amt des Verteidigungsministers kein besonders dankenswertes für einen Sozialdemokraten?

*PS: Nein, das stimmt nicht. Als ich im Juli 2002 nach Rudolf Scharpings Rücktritt Verteidigungsminister wurde, war ich allerdings darauf nicht eingestellt. Das ist angesichts der Umstände ja auch kein Wunder gewesen. Ich selbst habe dieses Amt sehr gerne ausgeübt. Die drei Jahre als Verteidigungsminister waren wohl die schönste Zeit meiner politischen Laufbahn. Dass Bundeswehr und Sozialdemokratie nicht recht zusammenpassen, ist im Übrigen ein Vorurteil. Das mag seine Wurzeln im Widerstand der SPD gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren haben. Aber die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, dass sozialdemokratische Verteidigungsminister gut sind für die Bundeswehr. Georg Leber und Helmut Schmidt genießen bis heute höchstes Ansehen. Rudolf Scharping hat sich bis zu seinem Rücktritt große Verdienste bei der Modernisierung der Bundeswehr erworben. Und ich selbst blicke auch ganz zufrieden auf die Erfolge meiner Amtszeit zurück.*

2) Auf den SPD-Parteitag der vergangenen fünfzehn Jahre war zunächst von Außenpolitik, dann von „internationaler Politik“ die Rede. Später tauchte der Begriff der „Weltinnenpolitik“ auf.

Ist es schon an der Zeit, begründet von einer „Weltinnenpolitik“ sprechen zu können?

*PS: Zumindest hat sich seit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges einiges in diese Richtung bewegt. Die Welt ist durch die Globalisierung viel enger zusammen gerückt. Die weltweite Kooperation in Fragen wie dem Klimaschutz oder der Wirtschaft ist so intensiv wie nie in der Geschichte zuvor. Und die Vereinten Nationen haben erheblich an Handlungsspielraum gewonnen, das zeigt alleine die Zahl der Friedensmissionen, die seit*

*1989 auf den Weg gebracht wurden. Die Folge für uns: Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen.*

3) Gibt es so etwas wie eine sozialdemokratische Tradition in Bezug auf Sicherheitspolitik?

*PS: Ja, eindeutig, und diese Tradition hat auch den Epochenbruch von 1989 überdauert. Wir sind stolz darauf, Friedenspartei zu sein. Wir treten seit jeher für einen friedlichen Ausgleich der Interessen, für internationale Kooperation und Verständigung, für den Vorrang ziviler Konfliktregulierung, für eine Stärkung der Vereinten Nationen und für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen ein. Manche Leute werfen uns vor, wir hätten uns mit der Beteiligung an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr von unseren Prinzipien verabschiedet. Das ist Unsinn. Unsere Prinzipien stehen. Grundlegend geändert hat sich allerdings das internationale Umfeld, in dem sich diese Prinzipien bewähren müssen.*

4) Wie sicher waren Sie 1999, dass die rot-grüne Koalition auf Grund des erstmaligen Kampfeinsatzes der Bundeswehr weiter bestehen bleiben würde?

*PS: Das war schon eine schwierige Debatte, sowohl bei uns als auch bei unserem Koalitionspartner, den Grünen. Es ging ja um nicht weniger als die erste Beteiligung der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz nach dem 2. Weltkrieg. Beide Parteien haben im Grunde stellvertretend für die gesamte Republik mit dieser Frage gerungen. Denn dass Deutschland mehr Verantwortung würde übernehmen müssen, war eigentlich seit 1989/90 klar. Aber Helmut Kohl, der sich durchaus um die Einheit verdient gemacht hat, hat das nicht in voller Tragweite erkannt oder erkennen wollen und diese Diskussion gescheut. Er hat versucht, weiter die alte Scheckbuchdiplomatie zu betreiben. Das ging irgendwann nicht mehr. So war es dann an der rot-grünen Regierung, Deutschland auf seine Rolle in der internationalen Politik einzustellen.*

5) Entspricht es auch Ihrer Wahrnehmung, dass Oskar Lafontaine 1998/1999 im Kabinett kein kritisches Wort zu den bevorstehenden Luftangriffen im Kosovo unter Beteiligung der Bundeswehr verloren hat?

*PS: Als Fraktionsvorsitzender habe ich an den Kabinettsitzungen nicht teilgenommen. Für die Sitzungen der Fraktion kann ich sagen: Ich kann mich an kein kritisches Wort von Oskar Lafontaine zum Kosovo-Einsatz erinnern.*

6) Sie sprachen auf dem Bonner Parteitag 1999 von „Formelkompromissen“, die eine Partei in Oppositionszeiten manchmal als Ausweg finde, um den innerparteilichen Frieden nicht zu stören.

Waren die Parteitagsdiskussionen der SPD vor 1998 somit lediglich Schaukämpfe und Beschäftigung mit sich selbst unter Ausblendung von Fakten?

*PS: Nein, das kann man so nicht sagen. Es ist ja generell nicht so, dass es immer eine eindeutige Faktenlage gibt und man zwingend zu einer bestimmten Entscheidung kommen muss, wenn man nur alle Fakten berücksichtigt. Es gibt immer unterschiedliche Wahrnehmungen der Faktenlage und daraus resultieren dann unterschiedliche Schlussfolgerungen. Der entscheidende Unterschied zwischen Regierung und Opposition: In der Regierung muss irgendwann entschieden werden, auch wenn die Situation nicht eindeutig ist und Raum für unterschiedliche Wertungen lässt. In der Opposition neigt man bei strittigen Fragen manchmal schon dazu, strittige Fragen nicht abschließend zu klären. Das gilt aber für alle Parteien, übrigens nicht nur in Deutschland.*

7) War die SPD 1998 tatsächlich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Übernahme von Regierungsverantwortung vorbereitet?

Oder stolperte die Partei vielmehr aus träumerischen Oppositionstagen in die harte Realität des Regierens?

*PS: Ich glaube, wir waren nicht weniger gut vorbereitet als andere auf die tiefgreifenden Veränderungen, die es in der Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989 gegeben hat. Aber natürlich war es kein leichter Start, gleich nach Regierungsübernahme mit einer so schwierigen Frage wie der Beteiligung am Kosovo-Einsatz konfrontiert zu sein. Es war ein Beweis von Gerhard Schröders Führungsstärke, wie er die Sache angepackt hat. Es ist sein*

*bleibendes Verdienst, Deutschland zurück auf die internationale Bühne geführt und die Partei davon überzeugt zu haben, dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen.*

8) Gerhard Schröder meinte auf dem Parteitag 2001 in Nürnberg, dass eine Politik, die zwar den Schutz des atlantischen Bündnisses beanspruche, jedoch nicht eigenständig zur Gewährleistung dieser Sicherheit beitragen wolle, sich „vielleicht in dem einen oder anderen Forum“ beschließen lasse, jedoch niemals zur Leitlinie der Politik der Regierung werden könne.

Wurde die Partei mit ihren Ansprüchen noch ernst genommen im Regierungsalltag? Hatten sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ein Stück weit von der „alten“ Oppositions-SPD entfremdet?

*PS: Es gibt bis heute in Teilen meiner Partei Skepsis gegenüber den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Ich halte das für ehrenwert, auch wenn ich diese Skepsis nicht teile. Gerade ältere Mitglieder, die den 2. Weltkrieg noch selbst erlebt haben, fragen: Muss das wirklich sein? Hat deutsches Militär in der Geschichte nicht genug Schaden angerichtet? Es ist gut, dass es diese kritischen Stimmen gibt, denn sie zwingen alle Beteiligten dazu, sich immer wieder zu fragen: Ist ein Einsatz der Bundeswehr legitim, entspricht er unseren Interessen und nützt er der Sache? Ich bin überzeugt, dass das in allen Fällen, über die wir bisher zu entscheiden hatten, der Fall war.*

9) Die Irak-Politik der SPD im Bundestagswahlkampf 2002 führte einerseits zu einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, andererseits gab es schwere außenpolitische Verstimmungen mit Blick auf die Vereinigten Staaten.

Betrachten Sie diese Politik im Nachhinein noch als richtig?

*PS: Ohne jede Einschränkung. Gerhard Schröder hat uns davor bewahrt, an einem Krieg teilzunehmen, der ohne völkerrechtliche Grundlage und auf Basis falscher Tatsachenbehauptungen vom Zaun gebrochen wurde und viele Opfer auf beiden Seiten gefordert hat. Die Amerikaner haben damals schon massiven Druck aufgebaut, ich selbst bin mehrfach mit meinem damaligen Amtskollegen Donald Rumsfeld aneinandergeraten. Es war richtig, dass wir damals gestanden haben.*

10) Wird sich die Bundesregierung in absehbarer Zeit auf Drängen der Vereinten Nationen mit Truppen an der Sicherung des Wiederaufbaus im Irak beteiligen müssen?

*PS: Das sehe ich nicht. Und ich wäre auch dagegen, dass wir uns daran beteiligen.*

11) Die SPD hat sich –insbesondere in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts- gerne als „Friedenspartei“ bezeichnet.

Ist diese Selbsteinschätzung einer Partei noch korrekt, wenn man die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegshandlungen in Afghanistan berücksichtigt?

*PS: Es gibt, wie schon gesagt, keine Änderung in der außen- und sicherheitspolitischen Grundausrichtung der SPD. Mit unserem Engagement in Afghanistan dienen wir unserer eigenen Sicherheit und wir stärken die Vereinten Nationen, die die ISAF-Schutztruppe mandatiert haben. Immerhin 40 Staaten beteiligen sich am Wiederaufbau und dessen militärischer Absicherung. Afghanistan war Schutzraum für internationale Terroristen. Von dort sind die Terroranschläge von New York und Washington vorbereitet worden. Die Bedrohung war auch für uns in Deutschland sehr konkret. Wir müssen verhindern, dass Afghanistan in diese Zeiten zurückfällt. Für uns war von Anfang an klar: Militärisch ist der Konflikt dort nicht zu lösen. Es geht in erster Linie darum, den Menschen in Afghanistan neue Lebensperspektiven zu eröffnen, damit sie nicht aus reiner Not zu den Terroristen überlaufen. Solange es in Afghanistan aber Kräfte gibt, die den Wiederaufbau verhindern wollen – weil sie genau wissen, dass sie ihre Rekrutierungsbasis verlieren, wenn wir erfolgreich sind – solange werden wir auch den Kampf gegen Aufständische fortsetzen müssen.*

## **Gespräch mit Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**

**Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 2005**

**Mitglied des SPD-Parteivorstandes von 1991 bis 2003**

- 1) In den außenpolitischen Diskussionen der 1990er Jahre kam es oft zum Streit zwischen den Befürwortern friedenserhaltender und friedensschaffender Einsätze.

Welche Haltung nahmen Sie damals ein? Würden Sie entsprechend erneut Position beziehen?

*S.Sk-Sp: Meine Grundüberzeugung ist seit jeher: Kein Krieg! Das hat sicher mit meiner Sozialisation als Flüchtlingskind und somit als Opfer von Krieg und Vertreibung zu tun. Meiner Meinung nach darf die Bundeswehr lediglich zur Landesverteidigung zur Verfügung stehen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich bin keine Pazifistin. Aber ich bin gegen militärische Einsätze ohne weiteres Hinterfragen der Sinnhaftigkeit. Außerdem verbietet es die jüngere Geschichte Deutschlands, sich stark militärisch im Ausland zu engagieren. Die Bundeswehr selbst betrachte ich gesellschaftspolitisch als einen stabilisierenden Faktor, der gut ist für die soziale Integration junger Menschen.*

- 2) Welche Rolle spielte Ihrer Meinung nach Rudolf Scharping 1993-1998 in der außenpolitischen Positionierung der Partei? Welche Rolle spielte Oskar Lafontaine?

*S.Sk-Sp: Mit Scharping hatte ich nie ein persönliches Problem – wir sind uns eher aus dem Weg gegangen. Er hat sogar meine Hochachtung erworben, als er auf meinen Hinweis hin einen Brief an den damaligen Bundeskanzler Kohl im Rahmen der OECD-Verhandlungen schrieb und damit die Verringerung sozialer Standards verhinderte. Lafontaine war ein guter Parteitagsredner und hat immer gerne Propaganda gemacht. Schlussendlich war er der Sozialdemokratie gegenüber illoyal und ist ihr in den Rücken gefallen.*

- 3) War die SPD 1998 tatsächlich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Übernahme von Regierungsverantwortung vorbereitet? Oder stolperte die Partei vielmehr aus träumerischen Oppositionstagen in die harte Realität des Regierens?

*S.Sk-Sp: Der Begriff „träumerisch“ ist hier fehl am Platz. Die Tage der Regierungen Brandt und Schmidt waren alles andere als träumerisch. So wurde beispielsweise die deutsche Einheit in der Zeit der beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler präzise vorbereitet. Der nachfolgende Bundeskanzler Kohl hätte sich für diese intensive Vorarbeit nach den Fall der Mauer fünfmal am Tag bei uns bedanken müssen.*

*Zum anderen hat die SPD die Oppositionszeit verantwortungsvoll genutzt. Dass Deutschland im Nachgang zur Wiedervereinigung nicht plötzlich pro-russisch, dass US-Truppen nicht auf dem Gebiet der dann ehemaligen DDR stationiert werden konnten – dies war das Ergebnis einer verantwortungsvollen SPD-Arbeit in der Opposition.*

- 4) Die am stärksten ablehnende Haltung seitens der SPD-Linken in der innerparteilichen Debatte um einen Bundeswehreinsatz im Kosovo vertraten zum damaligen Zeitpunkt Sie. Sie warfen der SPD-geführten Regierung den Bruch der UN-Charta, des Völkerrechts sowie des 2+4-Vertrages vor. Wie haben Sie die Debatten in der SPD zu dieser Zeit erlebt (Zumal Sie diesbezüglich u.a. Unterstützung von Henning Voscherau, einem Vertreter des rechten Parteiflügels, erfuhren)?

*S.Sk-Sp: Im Vorfeld meiner Meinungsbildung habe ich mich sehr genau bei Horst Grabert, ehemals Kanzleramtschef unter Willy Brandt und deutscher Botschafter in Belgrad, informiert. Horst war für mich der beste Kenner der nicht gerade leicht zu verstehenden Historie des Balkans. Wir vertraten die Auffassung, dass die Russen eine Missachtung der UN-Charta und des 2+4-Vertrages als enormen Vertrauensbruch begreifen würden. Außerdem war klar, dass die US-Amerikaner durch das geheime Errichten von unterirdischen Atomwaffenlagern auf dem Balkan („Camp Freedom“) schon einen Schritt zu weit gegangen waren.*

*Voscherau sah die Bundesrepublik Deutschland folgerichtig als Laufbursche der Amerikaner. Wir würden künftig für alles verwendbar sein.*

- 5) Wie sicher waren Sie 1999, dass die rot-grüne Koalition auf Grund des erstmaligen Kampfeinsatzes der Bundeswehr weiter bestehen bleiben würde?

*S.Sk-Sp: Für den Fortbestand der Regierung Schröder gab es keine Alternative im Handeln. Bei Nichtbeteiligung wäre Rot-Grün am Ende gewesen. Und wir waren uns sicher: Die Konservativen hätten in Regierungsverantwortung noch mehr hingelangt.*

- 6) Im Jahr 2000 reflektierten Sie in einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes kritisch die Rolle Deutschlands im transatlantischen Bündnis. Damit zusammenhängend fragten Sie auch nach der künftigen Struktur der Bundeswehr.

Sehen Sie rückblickend eine Rechtfertigung für die damalige Skepsis?

*S.Sk-Sp: Die Skepsis war gerechtfertigt. Meiner Meinung nach steht die Bundeswehr zur Verteidigung unseres Landes zur Verfügung. Das wars. Bei Fragen der Friedensschaffung hege ich grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Motiven des Militärs. Meine Sicht auf Außen- und Sicherheitspolitik ist bei Willy Brandt begründet. Das Aushandeln von Positionen und das ständige Gespräch miteinander dürfen nicht abgelöst werden von Soldaten und Waffen. Diese Position hat auch einen innenpolitischen Hintergrund: Nahezu in jeder Familie gab es Kriegsschicksale. Deshalb hat sich in Deutschland eine enorme Anti-Kriegs-Haltung manifestiert.*

- 7) Dem PV-Protokoll zufolge attackierte Sie Ihr Kollege Gert Weisskirchen in der Sitzung des 27.08.2001 heftig (nach meinen Recherchen auf Wunsch und gelenkt von Franz Müntefering): „Insbesondere fragt er Sigrid Skarpelis-Sperk, ob sie im Blick habe, dass ihre Position letztendlich den Extremisten der verschiedenen Seiten in die Hände arbeiten würde und es nicht dem Wunsch der politisch gemäßigten Kräfte auf beiden Seiten entspreche. Von einer Verweigerung Deutschlands oder auch der NATO seien zehntausende Mazedonier existenziell und in ihrem Leben betroffen. Eine Verweigerung lege die Gefahr des Bürgerkrieges nahe.“

Wie reagierten Sie darauf? War die eine Gegenstimme bei Beschlussfassung ihre Stimme?



*S.Sk-Sp: Zu Weisskirchen hatte ich eigentlich immer ein gutes Verhältnis, Erler war opportunistisch. Schlimmer als diese PV-Sitzung waren die internen Sitzungen der Parteilinken. Dort wurde ich mit teils unglaublicher Härte und Aggressivität angegangen. Mir ging das alles schon sehr nah.*

*Ob die damalige Nein-Stimme meine Stimme war, vermag ich nicht mehr zu sagen.*

- 8) Der 11. September 2001 ist eine Zäsur in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wie haben sie die Situation nach den Anschlägen in der SPD erlebt?

*S.Sk-Sp: Ich habe befürchtet, dass Deutschland von Forderungen der US-Amerikaner überrollt wird. Da war ja ein riesiger Rachegedanke im Spiel. Meine Meinung war: Auf Barbaren kann man nicht mit barbarischen Mitteln antworten. Leider fehlten auch hier wieder – ähnlich wie zur Zeit des Kosovo-Konfliktes - genaue Lageanalysen, beispielsweise durch den Bundesnachrichtendienst.*

- 9) Die Irak-Politik der SPD im Bundestagswahlkampf 2002 führte einerseits zu einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, andererseits gab es schwere außenpolitische Verstimmungen mit Blick auf die Vereinigten Staaten.

Betrachten Sie diese Politik im Nachhinein noch als richtig?

Und: Kann Gerhard Schröder im Rückblick als „Friedenskanzler“ bezeichnet werden?

*S.Sk-Sp: Ich erinnere mich sehr genau an die entscheidende Sitzung des Parteivorstandes. Schröder erklärte, die Frage einer deutschen Beteiligung im Irak sei Sache der Regierung. Ich habe ihn dann mehrfach darauf hingewiesen, dass der Parlamentsvorbehalt nach wie vor Gültigkeit habe. Also: Wir halten uns eine Parlamentsarmee, kein Regierungsheer. Diese Auseinandersetzung hat mir sicher ein Stück weit meine Karriere versaut. Aber es war richtig. Und seine Haltung wurde durch diese Auseinandersetzung beeinflusst. Sicherlich war sein Nein zur deutschen Beteiligung auch eine innenpolitische Entscheidung, in Sichtweite zur nächsten Bundestagswahl. Aber Schröder blieb in dieser Frage fest. Auch unter dem Druck der USA. Das war bewundernswert. Deshalb: Mit Blick auf den Irak kann Gerhard Schröder als Friedenskanzler betrachtet werden, ja. Aber der Balkan und Kosovo waren ein Paradebeispiel für eine misslungene Außenpolitik. Es fehlte dort die saubere Fehleranalyse. Ich hatte außerdem den Eindruck: Nach den langen Jahren im*

*Wartestand der alten Bundesrepublik wollte das Militär irgendwann einmal seine Instrumente einsetzen können. Dies ermöglichten leider Schröder, Scharping und andere.*

## **Gespräch mit Kurt Beck**

**Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz von 1994 – 2013**

**Bundesvorsitzender der SPD von 2006 - 2008**

- 1) Als Rudolf Scharping 1993 durch eine Urwahl zum Vorsitzenden der SPD bestimmt wurde, traten Sie die Nachfolge im Vorsitz des rheinland-pfälzischen Landesverbandes an.

Wie erlebten Sie Scharpings Start in der Bundespolitik?

*KB: Scharping hatte sich auf die neue Aufgabe gut vorbereitet. Er war innerlich auf den Parteivorsitz eingestellt – schließlich hatte er dieses Amt ja angestrebt. Die Bestimmung des neuen Bundesvorsitzenden in einer Urwahl war die Chance für ihn gewesen. Der Einstieg in diese Funktion schien auch nicht schwierig. Schließlich wurde er auch medial gut aufgenommen.*

- 2) Wie bewerten Sie meine Feststellung, dass Scharping die SPD „in kleinen Schritten an die außenpolitische Realität“ heranführte?

*KB: Die Beobachtung ist richtig. Scharping hatte den Prozess um die Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands als aktiv Handelnder miterlebt. Hier sei besonders seine Rolle während der Verhandlungen zum ersten Länderfinanzausgleich erwähnt. Diese Verhandlungen auf der Grundlage eines sich verändernden Staates haben ihn sehr geprägt. Infolgedessen erkannte er, dass sich auch Deutschlands Rolle in der Welt würde verändern müssen. Neben den innenpolitischen Erfahrungen kam hinzu, dass Scharping als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident gute Kontakte über den Atlantik pflegte. Dies war der großen Zahl der in unserem Land stationierten US-Streitkräfte geschuldet. All das führte in der Summe zu Scharpings Bewusstsein für die Notwendigkeit von Veränderungen. Allerdings: Er ging nicht rücksichtslos vor. Man kann seine außenpolitische Positionsfindung wohl eher als tastend und suchend umschreiben.*

- 3) Welche Ursachen hatte die Abwahl Scharpings auf dem Mannheimer Parteitag 1995 aus Ihrer Sicht?

*KB: Nach der Bundestagswahl 1994 hatten sich in Bonn Gruppen organisiert, die unverhohlen gegen Scharping arbeiteten. Wenn ich sage „Das hat Rudolf Scharping zu schaffen gemacht“, dann tue ich dies, weil ich Vergleichbares erlebt habe. Insgesamt ist äußerst negativ gegen ihn gespinnt worden. Seinem Naturell entsprechend hat er sich dann zurückgezogen. Dieser Rückzug war dann der Anlass für einige, vollkommen maßlos und überzogen gegen den Parteivorsitzenden zu agieren – das Stichwort vom „Autisten“ gehört sicherlich dazu. Ein kurioses Bild von Scharping begann zu entstehen. Am Parteiabend in Mannheim war mit Händen zu greifen, dass Scharping in*

*eine Kampfkandidatur würde gehen müssen. Wohlgemerkt: Ich kritisiere nicht, dass es eine Kandidatur gegen den Vorsitzenden gab. Das ist Demokratie. Es ist das Spiel, welches gespielt wurde und mich abgestoßen hat. Lafontaine hätte am Morgen des Parteitages zu Scharping gehen und ihm die Gründe für seine Kandidatur darlegen sollen. Stattdessen nutzte er seine Rede als Vorsitzender der Antragskommission, um Stimmung gegen Scharping zu machen. Ich habe es so empfunden, dass Lafontaine ihm den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Gegen Scharping stellten sich Leute, die er zuvor sehr gefördert hatte. Zum Beispiel Andrea Nahles. Ihre heutige Arbeit bewerte ich übrigens als beachtenswert positiv und erfolgreich. Es entstanden Verletzungen, die tief in die Partei hinein gewirkt haben. Für den rheinland-pfälzischen Landesverband, dem ich vorstand, war es allein mit Blick auf die im März 1996 anstehende Landtagswahl ein Tiefschlag – es herrschte eine depressive Stimmung. Das Verhalten Lafontaines passte nicht zum geschichtlichen Bewusstsein der SPD, in dem Solidarität immer eine hervorgehobene Rolle spielte. Eines möchte ich jedoch auch anmerken: Gerhard Schröder mag im Vorfeld an Diskussionen über Scharping beteiligt gewesen sein. Ich weiß aber ganz sicher, dass er an der Überrumpelung durch Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag nicht beteiligt war.*

- 4) Ist die Einschätzung richtig, dass die SPD zwischen 1995 und 1998 kontroverse außenpolitische Debatten vermied, um die Geschlossenheit der Partei im Vorfeld der Bundestagswahl nicht zu gefährden?

*KB: Die Welt hatte sich seit 1989/90 dramatisch verändert. Zunehmend wuchs dafür auch das Bewusstsein innerhalb der SPD. Damit ging die Anerkennung der Bundeswehr als Parlamentsarmee einher. Verfassungsrechtlich war die Lage ja nicht neu, aber die Umsetzung in reales Handeln war neu. An diesem Punkt spiegelte sich die Veränderung am deutlichsten wider. Und ein anstehender Wahlkampf ist sicher keine gute Gelegenheit, um Grundsätzliches zu diskutieren.*

- 5) War die SPD 1998 mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik personell wie auch inhaltlich ausreichend vorbereitet?

*KB: In den Jahren 1998/99 waren die deutsche Außenpolitik und damit auch die SPD zum ersten Mal konkret gefordert. Diese Situation war gravierend, aufwühlend, fordernd, aber auch notwendig und richtig. Es gab eine sehr unübersichtliche Lage im ehemaligen Jugoslawien. Am Ende hat die SPD – trotz tiefgreifender Diskussionen - ihre Verantwortung wahrgenommen. Mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler und den beiden sozialdemokratischen Verteidigungsministern Rudolf Scharping und Peter Struck war die Partei personell sehr gut aufgestellt. Zu Scharping habe ich schon etwas gesagt. Struck formulierte oft deutlich und plakativ, so z.B. das Wort von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch. Aber er handelte auch mit großer Kraft und klarer Haltung. Und Gerhard Schröder bewies Mut. Im Kosovo-Konflikt wie auch beim Thema „Irak“. Sein Nein zur sogenannten „Koalition der Willigen“ war eine tiefe Prägung für die deutsche Außenpolitik und zeigte: Wir rennen nicht allem hinterher! Das zeugt von moralischer Kraft. Zumal diese „Koalition der Willigen“ überhaupt keine Strategie zur Befriedung des Landes entwickelt hatte. Also eine große Leistung Schröders.*

- 6) In der Sitzung des Parteivorstandes am 22.05.2000 begrüßten Sie die Vorgehensweise Rudolf Scharpings in Sachen Bundeswehrreform: „Der Erhalt der Wehrpflicht als Position der SPD muss weiterhin erkennbar bleiben.“ Wie stehen Sie heute zu dieser Aussage?

*KB: Die Wehrpflicht hat einen Wert für die Angehörigen der Bundeswehr. Es ist legitim, den Bürgerinnen und Bürgern auch etwas abzuverlangen. Demokratische Rechte und Pflichten gehören zusammen. Die Erfahrungen in Frankreich damals mit der Abschaffung der Wehrpflicht waren nicht gut. Klar war immer, dass es um eine Umorganisation der Bundeswehr und um eine Anpassung an die veränderten Anforderungen gehen musste. Ebenso um die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft. Die Entscheidung zum Aussetzen der Wehrpflicht war in meinen Augen unzureichend vorbereitet. Besser hätte man die Attraktivität des Berufsbildes „Soldat/in“ erhöht. Die Zugänge, Aufstiegsmöglichkeiten und die Anerkennung von Qualifikationen auch für ein später ziviles Berufsleben hätten gesteigert werden sollen. Es gab nicht genügend Anreize für eine Freiwilligenarmee. Dem damals entscheidenden Minister zu Guttenberg ging es um Effekthascherei statt um Inhalte. Darunter leidet die Bundeswehr bis heute.*

- 7) In einer Sitzung des Parteipräsidiums kurz vor der rheinland-pfälzischen Landtagswahl im März 2001 warnten Sie davor, dass eine „Bundeswehr-Schließungsdebatte schädlich für Rheinland-Pfalz“ sei. Bezog sich diese Äußerung auf die Erfolgsaussichten bei der Landtagswahl?

*KB: Wichtig war für mich, dass sich die Bundeswehr weiter in der Breite aufstellen konnte. Mir ging es darum, eine „Großstandort-Debatte“ zu vermeiden, um die Bundeswehr weiterhin flächendeckend im Bewusstsein der Menschen zu verankern. In Rheinland-Pfalz spielte das Militär schon immer eine starke Rolle, nicht zuletzt als Wirtschaftsfaktor. Meine Auffassung war, dass bei Vorliegen einer sachlichen Rechtfertigung unsere durch Konversion ohnehin schon gebeutelten Regionen nicht noch einmal getroffen werden sollten.*

- 8) In Ihrer Autobiografie schreiben Sie, „in der Regierungszeit von Gerhard Schröder vollzogen wir einen Wandel in der Sicherheitspolitik, in dessen Folge die Bundeswehr zu einer Art internationalen Konfliktmanagers wurde – angesehen und erfolgreich. In Afghanistan konnten wir mit unserem zivil-militärischen Ansatz, bei dem Aufbauarbeit und humanitäre Hilfe geleistet werden, anderen ein Beispiel geben.“

Hat die Partei in ihrer Gesamtheit – also nicht nur die Führungsgremien - diesen Wandel emotional vollzogen und die neue Rolle der Bundeswehr verinnerlicht?

*KB: Ja, das hat sie. Nicht alle folgen dieser „neuen“ Außenpolitik mit „Hurra!“, aber das wäre auch nicht wünschenswert. Worauf es ankommt ist die Tatsache, dass wir uns in jedem Einzelfall, der entschieden werden muss, eine differenzierte Betrachtung vornehmen und ergebnisoffen prüfen und dann entscheiden. Die Bundeswehr muss diese Entscheidung personell und materiell tragen können. Die SPD jedenfalls hat ihre Orientierung gefunden. Ich möchte hier besonders feststellen: Es gibt innerhalb der*

*deutschen Sozialdemokratie keine Distanz gegenüber der Bundeswehr. Das sieht man in der Truppe übrigens genauso.*

- 9) Ihre Aussage, dass man in Afghanistan auch mit gemäßigten Taliban zusammenarbeiten müsse, wurde stark angegriffen und nicht verwirklicht. Ist damals eine Chance vertan worden?

*KB: Im Gespräch mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und vielen anderen afghanischen Autoritäten erfuhr ich, dass es viele, ganz unterschiedliche Gruppierungen unter den Taliban gab. Dies waren alles keine einfachen Kräfte, aber sie wiesen Differenzierung in ihrer Zerstörungswut auf. Die Gemäßigten unter ihnen zeigten Verhaltensweisen, die den Versuch von Verhandlungen lohnend erscheinen ließen. Das ist jedoch in der deutschen Innenpolitik, insbesondere durch zu Guttenberg, kaputt geredet worden. Es gab eine Chance, es zu versuchen. Aber die ist nicht genutzt worden.*

## **Gespräch mit Dr. Rolf Mützenich**

**Mitglied des Deutschen Bundestages seit Oktober 2002**

**Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes 1989 – 1993**

**Sprecher der Arbeitsgruppe „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ der SPD-Bundestagsfraktion 2005**

**Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion 2009 - 2013**

- 1) In den außenpolitischen Diskussionen der 1990er Jahre kam es oft zum Streit zwischen den Befürwortern friedenserhaltender und friedensschaffender Einsätze. Welche Haltung nahmen Sie damals ein? Würden Sie entsprechend erneut Position beziehen?

*RM: Den Bellizisten war ich zum damaligen Zeitpunkt sicher nicht zugewandt – ich habe mich bis zuletzt vor dem neuen Weg gesträubt. Ich konnte mich nur schwer an bestimmte Mandate mit Kampfauftrag gewöhnen. Für vollkommen falsch hielt ich die fehlende Einbindung der Diskussionen in völkerrechtliche Vorgaben.*

- 2) Welche Rolle spielte Ihrer Meinung nach Rudolf Scharping 1993-1998 in der außenpolitischen Positionierung der Partei? Welche Rolle spielte Oskar Lafontaine?

*RM: Hier halte ich die Messlatte für falsch angelegt: Scharping hat sich nicht eben mit Ruhm bekleckert. Der von ihm während des Kosovo-Einsatzes präsentierte Hufeisen-Plan war reine Propaganda mit falschen Behauptungen. Von einem Verteidigungsminister kann man erwarten, dass er zweite und dritte Quellen zur Verifizierung nutzt. Das ist unterblieben.*

*Lafontaine war kein Außenpolitiker in erster Linie, obwohl er bei grundsätzlichen Fragen auf Parteitage entscheidend sein konnte.*

- 3) War die SPD 1998 tatsächlich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Übernahme von Regierungsverantwortung vorbereitet? Oder stolperte die Partei vielmehr aus träumerischen Oppositionstagen in die harte Realität des Regierens?

*RM: „Träumerei“ ist mir hier ein zu harter Begriff. Wir wurden mit der Realität konfrontiert, ja. Der Kosovo-Krieg zeigte, dass wir nicht einfach träumten, sondern dass wir uns an außenpolitischen Prinzipien orientierten. Völkerrecht ist nichts anderes als ein Aushandlungskonsens zwischen den Nationen der Welt. Und in dieses Völkerrecht sind wir eben auch zu Zeiten der Regierungsverantwortung eingebunden.*

- 4) Wie sicher waren Sie 1999, dass die rot-grüne Koalition auf Grund des erstmaligen Kampfeinsatzes der Bundeswehr weiter bestehen bleiben würde?

*RM: Jedem war der Ernst der damaligen Situation bewusst. Eigentlich hatte die Partei ja andere Dinge vorgehabt – innenpolitische Reformen. Um den Laden zusammen zu halten sahen sich einige Abgeordnete regelrecht genötigt, dem Einsatz zuzustimmen.*

- 5) Der 11. September 2001 ist eine Zäsur in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wie haben sie die Situation nach den Anschlägen in der SPD erlebt?

*RM: Wichtig war: Ruhe bewahren trotz des Schocks über die schrecklichen Bilder und die vielen Toten. Mein erster Gedanke: Hoffentlich waren das nicht die Palästinenser! In den folgenden Tagen wurde dann auch klar: Die USA sind zu allem bereit. Alle folgenden Reaktionen hier bei uns waren dann weniger innen- als vielmehr außenpolitisch gedacht. Hilfreich war Wladimir Putins frühe Äußerung hinsichtlich einer Unterstützung der USA beim Zerschlagen der internationalen Terrorstrukturen.*



- 6) Die Irak-Politik der SPD im Bundestagwahlkampf 2002 führte einerseits zu einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, andererseits gab es schwere außenpolitische Verstimmungen mit Blick auf die Vereinigten Staaten.

Betrachten Sie diese Politik im Nachhinein noch als richtig?

*RM: Ich halte sie weiterhin für richtig. Sie war das Ergebnis eines Abstimmungsprozesses. Außerdem ein Beleg für die Möglichkeit der Bändigung von Weltmächten. Schröder hat damals geschickt aus außenpolitischer Rason eine innenpolitische Funktion abgeleitet. Der Vorwurf der bloßen Wahltaktik trägt aber nicht: Wahlkampf und das Überzeugen der Wählerschaft mit klaren Positionen gehört nun einmal zu unserem parlamentarischen Regierungssystem dazu.*

*In der Fraktion habe ich damals übrigens Hans-Ulrich Klose verteidigt, der mit seiner Position dem Bundeskanzler widersprach. Meine Meinung nach gehörte eine solche Position dringend auch in die Partei.*

- 7) Hat die SPD in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung den zu Oppositionszeiten erhobenen Ansprüchen mit Blick auf die Reduzierung von Rüstungsexporten entsprochen?

*RM: Nein. Ich hätte mir da mehr gewünscht. Die Stimmung in der SPD und in der Mehrheit der Bevölkerung ist nämlich eine andere als das damalige und aktuelle Regierungshandeln. Rüstungsentscheidungen werden außenpolitischen Interessen untergeordnet. Dies ist nicht zuletzt ein eklatanter Verstoß gegen das Grundgesetz, denn dies ist in Art 26 (2) eindeutig.*

- 8) Wie sehen Sie die Bundeswehr der Zukunft?

*RM: Einige – auch innerhalb der Sozialdemokratie - verklären die Wehrpflicht im Nachhinein. Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes war die Wehrpflicht wirkungsvoll, auch im Hinblick auf die Demokratietauglichkeit der Streitkräfte. Nach dem Zusammenbruch der Blöcke hat sie sich allerdings überlebt. Die Gefahr eines „Staates im Staate“ besteht nicht mehr. Außerdem gerät die Effizienz in den Blickpunkt: Eine Armee mit UN-Einsatzfähigkeit braucht in erster Linie Spezialisten. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Freiwilligenarmee bleiben wird.*

## **Gespräch mit Dr. Rainer Sontowski**

**Leiter des Büros des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder im SPD-Parteivorstand 1999 - 2002**

**Leiter des Büros des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel im SPD-Parteivorstand 2009 - 2013**

**Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2014 - 2017**

**Staatssekretär im Auswärtigen Amt Januar 2017 - März 2018**

- 1) Wie sicher waren Sie 1999, dass die rot-grüne Koalition auf Grund des erstmaligen Kampfeinsatzes der Bundeswehr weiter bestehen bleiben würde?

*„Ich war mir sehr sicher – eine gerade ins Amt gewählte Bundesregierung unter einem Bundeskanzler vom Format Gerhard Schröders muss eine solche Bewährungsprobe überstehen.“*

- 2) Wie beurteilen Sie die Arbeit und das Verhalten Oskar Lafontaines und Bodo Hombachs zu dieser Zeit?

*„Dazu kann ich nichts sagen, weil ich erst am 11. März 1999 ins Bundeskanzleramt gekommen bin, als Oskar Lafontaine bereits aus dem Amt des SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers ausgeschieden war. Mit Oskar Lafontaine hatte ich nie direkt irgendeinen Kontakt – daher erlaube ich mir kein Fernurteil über seine Arbeit. Im Bereich von Kanzleramtsminister Bodo Hombach habe ich ein paar Monate gearbeitet, er war es auch, der mich eingestellt hatte im Bundeskanzleramt. Ich hatte zu ihm stets ein gutes Arbeitsverhältnis.“*

- 3) Der 11. September 2001 ist eine Zäsur in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wie haben sie die Situation nach den Anschlägen in der SPD erlebt?

*„Meine Erinnerung: Die Führung der SPD war – wie alle in Deutschland – geschockt, zugleich gefasst und verantwortlich denkend. Ich ahnte wie viele, dass die Zeit der so genannten „Scheckbuch-Diplomatie“ vorbei war und Deutschland eine angemessene, aber auch zugleich seiner Geschichte gemäße internationale Verantwortung wird künftig stärker übernehmen müssen – und zwar im Rahmen existierender politischer (UN) wie sicherheits- und militärpolitischer (NATO) Bündnisse.“*

- 4) Zu welchem Zeitpunkt hatte sich nach Ihrer Beobachtung entschieden, dass Rudolf Scharping politisch „zum Abschuss freigegeben“ war?

*„Daran habe ich keine belastbare Erinnerung mehr. Nur so viel: Die Fotos in der BUNTE haben Rudolf Scharping sehr geschadet, wobei ich mir die Wortwahl in der Frage „zum Abschuss freigegeben“ nicht zu eigen mache. Persönlich habe ich Rudolf Scharping sehr geschätzt, weil er in seiner Funktion als stellvertretender SPD-Vorsitzender und Leiter der Antragskommission sehr professionell agiert hat.“*

- 5) Ist davon auszugehen, dass die Anschläge vom 11. September 2001 die Amtszeit des angezählten Scharping noch einmal verlängerten?

*„Auch hierfür fehlt mir die Erinnerung, um das aus dem Gedächtnis einschätzen zu können. Jeder Versuch, das jetzt nachzugogeln, wäre im Sinne der Frage nach der unmittelbaren Erinnerung/Einschätzung etwas nachträglich Recherchiertes und damit wertlos.“*

- 6) Weshalb wurde der als Favorit auf die Nachfolge Scharpings gehandelte Hans-Ulrich Klose aus Ihrer Beobachtung heraus nicht neuer Verteidigungsminister?

*„Daran habe ich keine Erinnerung mehr, aber Hans-Ulrich Klose war kein Name, der je eine wirklich ernsthafte Rolle für die Nachfolge spielte.“*

- 7) Die Irak-Politik der SPD im Bundestagswahlkampf 2002 führte einerseits zu einer Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, andererseits gab es schwere außenpolitische Verstimmungen mit Blick auf die Vereinigten Staaten.

Betrachten Sie diese Politik im Nachhinein noch als richtig?

*„Ja, ohne jeden Zweifel.“*

Wie erinnern Sie die erste PV-Sitzung nach den Anschlägen?

*„Daran habe ich keine Erinnerung mehr.“*

- 8) Finanzminister Hans Eichel skizzieren Sie in einer Ihrer Aufzeichnungen als „The Brain“. Welchen Hintergrund hat diese Beschreibung?

*„Ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen sein will. Diese Aufzeichnung müsste ich sehen. Das kann evtl. ironisch gemeint gewesen sein.“*

## **Gesprächsanfrage an Oskar Lafontaine**

**Ministerpräsident des Saarlandes 1985 - 1998**

**SPD-Parteivorsitzender von 1995 bis 1999**

**Bundesminister der Finanzen Oktober 1998 – März 1999**

Herr Lafontaine lehnte ein persönliches Gespräch ab und ließ durch eine Mitarbeiterin erklären:

„Auf allen SPD-Parteitag, an denen er teilgenommen hat, gab es eine klare Mehrheit gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr. Nicht zuletzt auf Betreiben Willy Brandts hat sich die Partei aber darauf verständigt, der Beteiligung der Bundeswehr an UN-Blauhelmeinsätzen zuzustimmen. Eine Minderheit in der SPD, darunter auch Rudolf Scharping, hat immer wieder versucht, die Zustimmung der SPD auch zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr durchzusetzen. Eine Mehrheit dafür gab es aber nie. Die in seiner Nobelpreisrede Willy Brandts vertretene Maxime, „Krieg ist die ultima ratio“, ist beispielsweise in Afghanistan bestätigt worden. Die indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an der Bombardierung in Syrien ist ein weiterer Beweis dafür, dass die heutige SPD eine Außenpolitik vertritt, die Brandt abgelehnt hätte.“

(Per Mail vom 04. Januar 2016).

## **Danksagung**

Von der ersten Idee bis zur Vollendung der vorliegenden Arbeit sind dann doch einige Jahre vergangen. Umso mehr freue ich mich, neben meiner Tätigkeit als Lehrer sowie der Wahrnehmung eines Bürgermeisteramtes dieses Forschungsprojekt zu Ende gebracht zu haben. Dies wäre ohne die große fachliche und geduldige Unterstützung meines Doktorvaters, Herrn Prof. Dr. Frank Decker, nicht möglich gewesen. Ihm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Lehrstuhls danke ich ganz herzlich. Dem Parteivorstand der SPD gilt mein Dank für die Genehmigung zur Durchsicht aller Akten, die für meine Arbeit von Interesse waren. Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Ihre sachkundige und schnelle Hilfe war unverzichtbar. Und schließlich danke ich meinen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern für die wertvollen Antworten und Hinweise im Rahmen der Interviews, die oftmals in einzigartiger Atmosphäre geführt werden konnten.